Wildcat 77

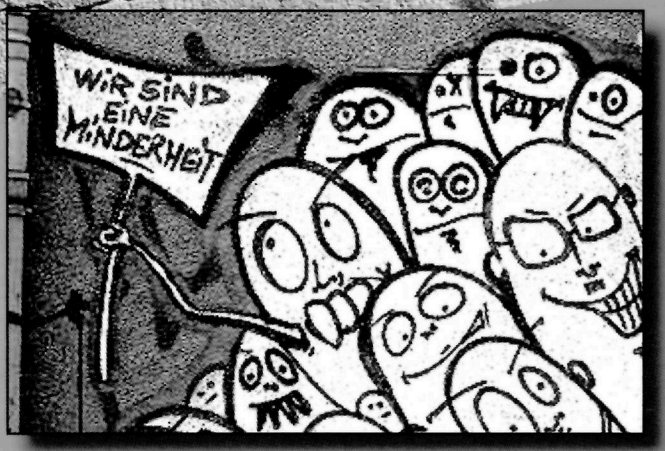
Sommer 2006

Infoladen
Koburger Str. 3 - 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

kostet 3 Euro
(im Ausland 4 Euro)

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Überall Neukölln.



in Kalifornien: MigrantInnenbewegung

in Italien: FuBballfans aus den Vorstädten

in Köln: Barmer Block

...und im Kino auch.

He, Väterchen Franz,
versoffner Chronist,
he, Väterchen Franz,
sag du, wie es ist.
He, Väterchen Franz, he, Väterchen Franz,
erzähle die Geschichte, erzähle sie ganz.
Nun gut. Väterchen Franz hebt an:

Seht ihr drüben, Mitbewohner, das Hygieneinstitut,
da, wo heut die weißen Riesen die Gehirne waschen? - Gut,
genau bis dorthin reichte damals unsre Vaterstadt,
und da lebten die im Aussatz, die man nicht ertragen hat:
Der SS-Offizier, der nachts nicht schlief, sondern schrie,
und der Zoodirektor abgehaltert wegen Sodomie,
der schwule Kommunist mit TBC und ohne Pass
und der abgefallne Priester, der noch schwarze Messen las,
das Hasenschartenkind, das biss, wenn´s bitte sagen sollt´,
und der Schreiner, der partout so wie Jesus leben wollt´.

Viele Jahre lebten sie dort zwischen Trümmern, Schrott und Müll,
aßen Krähen, tranken Wermut, rauchten Pfefferminz mit Dill.
Ihre Haare waren lang und ihre Bärte kraus und dick,
und sie stanken wie die Füchse, jeder hatte seinen Tick:
Der SS-Offizier, der suchte Massengräber und
stach überall mit einer Eisenstange in den Grund.
Der Zoodirektor schuf aus Pappe, Polsterzeug und Draht
ein riesengroßes Tier, das seufzen konnte, wenn man´s trat.
Der Kommunist, der malte rote Sonnen, prophezeite schon
für das nächste Wochenende die Weltrevolution.

Und der Priester psalmodierte monoton von früh bis spät
ein aus Kurs-, Konzils- und Kriegsbericht bestehendes Gebet.
Und der Schreiner, der vermehrte meist den Wermutwein-Vorrat,
und das Kind baute den Ratten eine richt´ge Rattenstadt.
Und so hätten sie gelebt, vielleicht bis heute irgendwann.
Doch es fing dann diese peinliche Geschichte plötzlich an:
Töchter und die Söhne aus den allerbesten Familien
zogen, zunächst heimlich, später offen nach dorthin,
sangen rohe Lieder, tranken, liebten sich die kreuz und quer,
und sie ließen ihre Haare wachsen, wuschen sich nicht mehr.

Viele schlugen sogar mit den Fäusten ihre Erbschaft aus,
schütteten die Mitgift in das Fass voll Saus und Braus.
Sie verbannten - dazu tanzend - gar den Abendlandaltar
und verleugneten ganz öffentlich die gelbe Gefahr.
Das ging nun freilich weiter als ein high-life-Schabernack.
Voll Angst verschloss man alle Tempeltüren, auch am Tag.
Doch im Hirtenbrief erklärte unser Zeitungszar zuletzt
das saubere Empfinden unsrer Stadt als grob verletzt,
sprach dem Senat das Misstraun aus, befahl im barschen Ton
dem fetten Polizeichef eine Säuberungsaktion.

Es war an einem Montag, als die Säuberung begann.
Zwanzig Bagger robbten sich zum Aussatzrevier ran.
Das Hasenschartenkind, das mit den Ratten spielte, das
bemerkte sie als erstes, brüllte, hüpfte in ein Fass.
Der SS-Offizier, der grade bohrte, hört´ es schrein,
gab Alarm, legte die Stange so wie eine Lanze ein,
galoppierte auf die Bagger zu, sang das Horst-Wessel-Lied,
der Baukolonnenführer riss die Hand hoch und sang mit.
Die Baggerrachen - tief am Boden - fauchten, und in ein´
preschte, blind vor Glück und Wut, der SS-Ritter hinein.

Es formierten sich die Bagger dann zu einem offnen Kreis,
rollten vor zu jenem Panzerlied .- Der Tag war glühend heiß.
Mit riesengroßen Seufzern fiel das riesengroße Tier
ineinander. Ein paar Eisenraupen knirschten drüberher.
Dann zunächst fing man mit Netzen alle Bürgerkinder ein,
warf den zappeligen Fang in große Waschtröge hinein.
Nur die Aussätzigen ließ man, und die rannten hin und her.
Doch der Kreis wurd´ enger, schloss sich, und dann sah man sie nicht mehr.
Schließlich spritzte man noch Napalm. Wollt ihr wissen, was geschah,
wie das Hasenschartenkind zum Beispiel hinterher aussah?

Nee, Väterchen Franz,
versoffner Chronist,
nee, Väterchen Franz,
sei's, wie es ist.
Nein, Väterchen Franz, nein, Väterchen Franz,
hör auf mit der Geschichte, Kunst ist doch Genuss.
Nun gut. Väterchen Franz macht Schluss.

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern ...

Pfingsten 1964 saßen 400 Leute im Hunsrück auf der Burg Waldeck um Lagerfeuer herum; diskutierten, tranken, hörten der Musik zu oder sangen gleich selbst. Das erste Open-Air-Festival in der BRD war gegründet. Die Musik war international: Flamenco, griechische Folklore, jiddische Balladen, Gipsy- und Skiffle-Musik, GIs trugen Hillbillysongs vor. Hier stellten die ersten deutschen »Liedermacher« ihr »neues deutsches Lied« vor, das die durch bündische Jugend und die Nazis enteigneten und umgewidmeten Volkslieder ersetzen sollte.
Sie sangen an gegen die muffige, deutsche Nachkriegsenge, das beharrliche Schweigen über die Naziherrschaft und die klerikale Sexualmoral. Mit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg und mit dem weltweiten revolutionären Aufbruch wurden die Songs dezidiert politisch.
Auch die musikalische Entwicklung beschleunigte sich. Im September 1968 spielten auf den Essener Songtagen neben deutschen Liedermachern wie Degenhardt auch Amon Düül, Tangerine Dream und Zappas »Mothers of Invention«

In den Songs von Franz Josef Degenhardt spiegelt sich diese Entwicklung. Der praktizierende Anwalt schrieb seit den 50 Jahren am französischen Chanson orientierte Lieder. »Spiel nicht mit den Schmuddelkindern« von 1965 ist vielen aus dem Deutschunterricht bekannt. Fast 40 Jahre später wurde es von Anarchist Academy neu eingespielt. Die subproletarische Gegenwelt zu einem an Sauberkeit, Ordnung, Kleinfamilie und sozialem Aufstieg orientierten Bürgertum versprüht bis heute einen wilden und gefährlichen Charme. »Väterchen Franz« von 1966 thematisiert noch deutlicher, welche Gefahr die Herrschenden im Zusammenkommen von Bürgerkindern und Ausgeschlossenen sehen und wie sie dagegen vorgehen.

Seine am Urchristentum orientierte Vorstellung vom Sozialismus ließ ihn mit der SPD kollidieren, aus der er 1971 ausgeschlossen wurde, um sieben Jahre später in die DKP einzutreten. Als Vertreter einer an den »kleinen Leuten« ausgerichteten Volksfrontpolitik rief er dazu auf, in die Betriebe und auch in die Bundeswehr (»lern mit ihren Waffen kämpfen, denn wir brauchen sie einmal«) zu gehen. Er selbst blieb politisch zerrissen und wetterte immer schärfer gegen die Antiautoritären.

Sämtliche Songs auf: *www.franz-josef-degenhardt.de*

Inhaltsverzeichnis

»Wenn 7000 Streikende ne Kreuzung blockieren«
Wo stehen wir nach den Streiks im Öffentlichen Dienst? 6

Geh' doch in die Oberstadt ...
Eine Einleitung zur Unterklassendebatte 11

Köln: »Barmer Block« besetzt:
Das Gefühl eines großen Potenzials ... 14

Stolzer Abschaum
Das Gespenst der Undankbaren 20

Fankurven und Vorstädte
Linke Snobs und radikale Rechte 25

Wenn Bildung spaltet ... 28

»Gesellschaft mit begrenzter Haftung«
Buchbesprechung 30

Druckvorstufe
Neue Arbeitsbedingungen 34

CPE/CNE:
Ein kämpferischer Frühling in Frankreich 38

Was bisher geschah:

Gate Gourmet:
Nach dem Streik ist vor dem Streik... 43

Polen:
Arbeitskräftemangel und Lohndruck 44

Schweißer gehen in den Westen 44

Deutschland:
Razzia gegen TauschbörsennutzerInnen 45

Leben als Risiko –
Nur vier Jahre dauerte das letzte Jahrhundert 46

Unterwegs in China:
Aus der Göttin Demokratie wurde die Göttin Ware 48

Der »Si se puede«-Aufstand:
Eine Klassenanalyse 56

Dollar-zentrierte Weltakkumulation
Kontinuitäten und Brüche 66

Debatten um Neukoelln

Es sollte der Imagepflege dienen, als die Behörden 1912 den Ort Rixdorf zu Neukölln umbenannten. Rixdorf galt als Hochburg von Kriminalität und »schlechten Sitten«. Wenn es nach den Filmemachern, Politikern, Soziologen und Journalisten geht, die in den letzten Monaten über den Stadtteil hergefallen sind, steht womöglich zum Hundertjährigen erneut eine Umbenennung an.

Ende März hatten frustrierte Lehrer mit einem offenen Brief die Auseinandersetzung um die Neuköllner Rütlischule losgetreten. Dabei wollten sie doch nur, dass die Hauptschule in eine Gesamtschule aufgelöst wird. Als Argument konnten viele Zahlen aus der PISA-Studie dienen: Hauptschulen werden als Auffangbecken für Schulversager angesehen; es kommt vor, dass die jeweils drei schlechtesten Schüler aus sechs Grundschulen in einer Hauptschulklasse zusammengefasst werden. Der Zugang zur Uni ist in der BRD stark schichtenspezifisch; von den Arbeiterkindern studieren 7 Prozent, von den Angestelltenkindern 25 Prozent, von den Oberschichtskindern weit mehr als 50 Prozent. Deshalb hat die BRD auch im internationalen Vergleich zu wenige Hochschulabsolventen und zu viele Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können (22 Prozent).

Es kam aber anders, als die Lehrer dachten. Stattdessen fragten Politik und Presse, wie die deutsche Leitkultur auch in »monoethnischen Ghettos wie Neukölln« durchzusetzen sei (man fragt sich, ob solche Leute jemals dort waren!). Und CDU-Generalsekretär Kauder verlängerte die Debatte über die nicht integrierten Ausländer dahingehend, dass es auch jede Menge »nicht integrierte Deutsche« gebe.

In den letzten Wochen wurde um die steigenden Kosten für Langzeitarbeitslose eine öffentliche Diskussion losgetreten, in der unter anderem der stellvertretende *Stern*-Chefredakteur Jörges von Hartz IV als dem »komfortabelsten Ausbau« des deutschen Sozialstaats faselte und der SPD-Vorsitzende Beck mahnte, man müsse ja nicht alles beantragen, was gesetzlich möglich sei. In Wirklichkeit gehen die gestiegenen Kosten bei Hartz IV (und die gleichzeitigen Überschüsse bei der Bundesagentur!) auf die Ausweitung der Langzeitarbeitslosigkeit und dramatische Lohneinbrüche im Niedriglohnsektor zurück. Immer mehr Löhne sinken unter das Existenzminimum und die Leute müssen »aufstockendes Arbeitslosengeld II« beantragen. In Stuttgart – nicht im Osten! –, werden

für Jobs in der Gastronomie, Security usw. inzwischen unter 6 Euro bezahlt. Die Löhne in diesen Bereichen sind in einem Jahr um bis zu 15 Prozent gesunken. Hartz wirkt genauso, wie es beabsichtigt war – und schafft dabei »Unterklassen«, die nicht mehr in vollem Umfang Teil der Gesellschaft sind. Dem »Staatsbürger« wird materiell immer weiter das Wasser abgegraben, das wichtigste Integrationsmoment dieser Gesellschaft funktioniert nicht mehr.

Die rot-grüne Regierung wollte – entsprechend der schon in der industriellen Revolution vertretenen liberalen Mangelökonomie – die Armen »durch Mangel« zum Arbeiten, die Reichen aber »durch Überfluss« zum Investieren bringen. Ersteres erzeugt teils schlimmen Druck; letzteres klappt nicht:

Seit dem Regierungswechsel in Berlin wurde auf so was wie den *gefühlten* Aufschwung gesetzt, nach dem Motto: Wenn wir uns die Lage lange genug schön reden, kommt die Wirtschaft auch wieder in Schwung! Zum Beispiel gab die Arbeitsagentur bekannt, im Mai 2006 seien 255 000 Menschen weniger arbeitslos gewesen als im April, dies sei der stärkste Rückgang in einem Mai seit der Wiedervereinigung. In Wirklichkeit ging mehr als die Hälfte dieses Rückgangs auf eine Software-Umstellung zurück: Ein neues EDV-System registriert krank gemeldete Arbeitslose erstmals flächendeckend nicht mehr als »arbeitslos«, sondern lediglich als »arbeitssuchend«, somit fallen diese aus der Statistik.

»Augen zu und durch« – Hauptsache, die strategischen Branchen der deutschen Industrie stellen von Jahr zu Jahr neue Rekordexporte auf! Dann lässt sich die Massenarbeitslosigkeit politisch verkraften. Und wenn die Mehrwertsteuererhöhung – die größte Steuererhöhung in der Geschichte der BRD – die sowieso gesunkene Binnenkaufkraft noch weiter abschöpft, ist das der Exportindustrie schließlich egal. Ein kleiner Haken an der Geschichte: sollte sich das Weltwirtschaftswachstum verlangsamen, ist auch Essig mit Exporten!

Die Herstellungskennziffern im deutschen produzierenden Gewerbe gingen im März deutlich zurück. Auch der IWF hat seine Prognosen nach unten korrigiert: Das deutsche Wachstum werde in diesem Jahr nur 1,4 Prozent erreichen und im Jahr 2007 auf 1,0 Prozent abrutschen. Und selbst diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, sie gelten nur dann, wenn es nicht zu einem Kriseneinbruch kommt. Hier setzt der Artikel von Loren Goldner an (*Kontinuitäten und Brüche im Niedergang der Dollar-zentrierten Weltakkumulation*, S. 66) – dem allerdings an einem Punkt zu widersprechen ist: Die Aufwertung des Euro hat nicht nur Nachteile für die deutsche Exportwirtschaft, sie hat auch Vorteile für die Volkswirtschaft insgesamt (die Importe werden billiger: Wie stark hätten sich Heizöl und Benzin wohl verteuert, wenn der Euro nicht gestiegen wäre!). Außerdem werden drei Viertel der deutschen Exporte bereits jetzt mit Euro bezahlt.

Loren geht auch auf die kapitalistische Lüge der Überbevölkerung ein. Ein Begriff, der auf Malthus, den weltweit ersten Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre zurückgeht. Er stellte zu Beginn des 19. Jahrhunderts die damalige Massenarbeitslosigkeit als »Überbevölkerung« dar, als Ergebnis ungezügelter Sexualität und Genusssucht der Unterschichten. Er schlug vor, Sozialleistungen komplett einzustellen, und statt dessen das Lebensniveau der Unterschichten durch Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle sicher zu stellen. Leicht zu sehen, bei wem die aktuelle »Unterklassen«-Debatte abgekupfert hat (siehe *Wenn Bildung spaltet...*, S. 28).

Die These des »demografischen Problems« erklärt die drohende Kostenkatastrophe der Rentenkassen mit der höheren Lebenserwartung der Menschen – und unterschlägt dabei komplett das Produktivitätswachstum. 1991 lebten (gemäß eigenen Angaben) noch 44 Prozent der Deutschen von eigener Arbeit; 2004 waren es nur noch 39 Prozent; im gleichen Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt von 1,71 Billionen Euro im Jahr 1994 auf 2,06 Billionen im Jahr 2004 (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Proletarische Widerspenstigkeit

Auch dieses Jahr klappt es nicht mit einheimischen Erntehelfern: Im Herbst 2005 verabschiedete die Bundesregierung *Eckpunkte für die Zulassung osteuropäischer Saisonbeschäftigter*. Danach dürfen Landwirte nur noch 80 Prozent der Erntehelfer, die sie im Jahr zuvor beschäftigt haben, im Ausland rekrutieren. Die restlichen 20 Prozent – mindestens aber 10 Prozent – müssen aus Deutschland kommen und am besten Langzeitarbeitslose sein (notfalls auch »Hausfrauen, Rentner oder Studenten«). Das wären deutschlandweit rund 30 000. Da die Zahlen aber statistisch nicht erfasst wurden, wird geschätzt: zwischen 5000 und 17 000 deutsche Erntehelfer soll es in der Erdbeer- und Spargelernte gegeben haben, in der Gurken- oder Apfelernte könnten sich die Zahlen womöglich erhöhen, da hier nicht so viel Qualifikation erforderlich ist. Die Arbeitsagentur hat sich sehr viel Mühe gegeben. In Ludwigshafen z.B. hat sie zwei Jobmessen veranstaltet und 1200 Arbeitslose eingeladen. 600 kamen, 400 bekundeten ihr Interesse für einen Job als Erntehelfer. 150 nahmen die Arbeit auf; die meisten verschwanden spätestens nach drei Tagen. Für einzelne Bauern war das richtig bitter; sie mussten Gemüse wegen Arbeitskräftemangel unterpflügen.

(Auch der Einsatz von PolInnen als Erntehelfer ist nicht mehr ganz so einfach. Seit Polen in der EU ist, müssen die Betriebe Abgaben an die polnische Sozialversicherung zahlen. Knapp 20 Prozent des Bruttolohns soll der Arbeitgeber, 27 Prozent der Arbeitnehmer zahlen. Für die Polen lohnt sich das dann nicht mehr. Anscheinend haben einige Betriebe in diesem Jahr deshalb auch noch die Arbeitnehmerbeiträge voll oder teilweise übernommen. Nun wollen die Bauern verstärkt HelferInnen aus Rumänien anheuern – Rumäniens EU-Beitritt ist allerdings für 2007 geplant.)

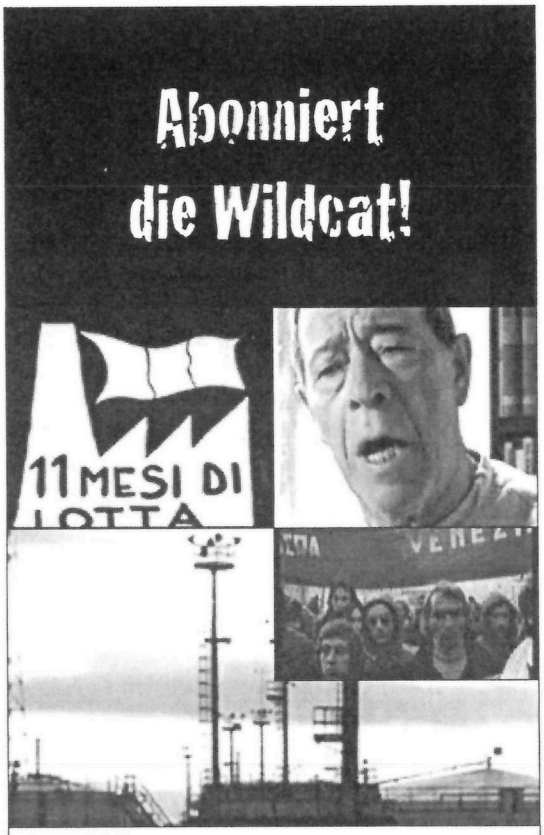
Streikwelle im Öffentlichen Dienst

Was deutsche Gewerkschaften im Konsens mit Regierung und Kapitalisten zu erreichen versuchen – wobei sie zunehmend scheitern –, wird in Frankreich meistens auf der Straße durchgesetzt (siehe *Ein kämpferischer Frühling in Frankreich*, S. 38). Die deutschen Gewerkschaften sind reicher und größer als die französischen, in der BRD sind über 20 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, in Frankreich 8 Prozent. Die französischen Regierungsparteien sehen das schon lange als Problem. Innenminister Sarkozy und die französische Rechte wünschen sich »deutsche Verhältnisse«: »Unser Problem ist nicht, dass wir zu mächtige Gewerkschaften haben, sondern dass sie zersplittert sind und klein.« – Das Problem, das wir Linke mit den deutschen Gewerkschaften haben, ist nicht, dass sie zu wenig Mitglieder haben. Das sehen nur die Gewerkschaftsführer und -kassierer so. Unser Problem ist, dass die Gewerkschaften in Deutschland staatskonform bis zur Selbstaufgabe sind. Wenn Kapitalisten und öffentliche Arbeitgeber die Flächentarife zerschlagen, schwächt das zwar die Gewerkschaften, gleichzeitig aber auch ihre Tranquilizer-Wirkung. (siehe *Wenn 7000 Streikende die Kreuzung blockieren*, S. 6)

Außerdem findet Ihr im Heft u.a. eine Einschätzung der Immigrantenbewegung in den USA: *Der »Si se puede«-Aufstand* (S. 56). Und ein Interview aus der französischen, anarchistischen Wochenzeitschrift *Le Monde Libertaire* mit zwei Genossen, die gerade aus China zurückgekommen sind: *Aus der Göttin Demokratie wurde die Göttin Ware* (S. 48).

Das Heft war nur möglich durch eine Neuköllner Aktivistin, die uns den Raum zur Produktion verschaffte. So endet doch wieder alles in Rixdorf.

25. Juni 2006



Die nächste Wildcat erscheint Ende September

Schwerpunkt: ArbeiterInnen und Operaisten

Einem Teil der Auflage wird eine DVD mit einem aktuellen Film und weiteren Specials zu diesem Thema beiliegen. Diese DVD bekommen zunächst einmal die Abonnenten.

Abonniert, wenn Ihr Euch die DVD sichern wollt!

Per Bestellformular im Internet:
www.wildcat-www.de/aboform.htm

oder per Brief an:
Shiraz e.V., Postfach 301206
50782 Köln

oder per email an:
versand@wildcat-www.de

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll.
6 Ausgaben kosten 15 Euro,
ins Ausland 24 Euro.

»Wenn 7000 Streikende ne Kreuzung blockieren«

Bestandsaufnahme: Wo stehen wir nach den Streiks im Öffentlichen Dienst

Die Abschlüsse von *ver.di* im Öffentlichen Dienst:

I kommunal

Hamburg: ca. 20 000 Beschäftigte – abgeschlossen am 1.03.06
Arbeitszeit: von 38,5 auf 38 bis 40 Std./W.; differenziert nach Alter u. Entgeltgruppe; weitere Differenzierung: Leute mit Kindern bis 12 arbeiten 0,5 Std./W. weniger; Umsetzung durch Einführung von AZ-Konten.

Niedersachsen: ca. 120 000 Beschäftigte – abgeschlossen am 15.03.06
Arbeitszeit: Beibehaltung der 38,5 Std./W. für Beschäftigte in Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Betriebsdiensten sowie für Leute, die in Hannover arbeiten; 39 Std./W. für alle anderen; Beschäftigte mit 38,5 Std./W. müssen auf Verlangen des Arbeitgebers unbezahlt an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen; Öffnungsklauseln zur Erhöhung der AZ und zur "wettbewerbsfähigen Eingruppierung« Neueinzustellender und »Zukunftssicherung der Krankenhäuser« und »Notlagen-TV für Krankenhäuser«; »Meistbegünstigungsklausel« bleibt unberührt.

Baden-Württemberg: ca. 200 000 Beschäftigte – abgeschlossen am 5.04.06; **Arbeitszeit:** von 38,5 auf 39 Std./W. für alle; keine 1 zu 1 Umsetzung des Abschlusses zum Stellenabbau, sondern Nutzung der längen AZ zur Verbesserung der Qualität kommunaler Dienstleistungen; Meistbegünstigungsklausel bleibt unberührt.

Als wir uns zum Gespräch in der zweiten Junihälfte verabredet haben, war mir nicht bewusst, *wie stark* der differenzierende Tarifabschluss im Länderbereich auch die Aktivisten gegeneinander aufbringt: die im (kommunalen) Krankenhaus sind stinkesauer! In den knapp dreieinhalb Monaten seit unserem Gespräch am 6. März (siehe *Wildcat* 76) war ne Menge passiert: Anfang April hatte sich *ver.di* in Baden-Württemberg mit den Arbeitgebern auf 39 Stunden geeinigt. Mit der Annahme des Verhandlungsergebnisses für die Länder wurden am 29. Mai die *ver.di*-Streiks im öffentlichen Dienst beendet. Nach dreizehn Wochen Ärztestreik einigten sich der *Marburger Bund* und die *Tarifgemeinschaft deutscher Länder* am 16. Juni 2006 auf einen arztspezifischen Tarifvertrag. In diesem Zusammenhang war es zu den ersten unbefristeten Streiks von Klinikärzten in der deutschen Nachkriegsgeschichte gekommen. Am Tag unseres Gesprächs (20. Juni) beschloss die große Tarifkommission des Marburger Bundes Streiks in den kommunalen Kliniken. Sowohl *ver.di* wie Marburger Bund haben in ihren Abschlüssen 16 Jahre nach der Vereinigung von BRD und DDR große Unterschiede in Löhnen und Arbeitszeiten zwischen Ost und West festgeschrieben – ein Umstand, auf den wir in unserem Gespräch allerdings nicht weiter eingegangen sind. Es dreht sich vor allem um zwei Fragen: warum wurde nicht effektiver gestreikt? Und wo stehen wir heute, was wird aus den im Streik entstandenen Strukturen?

W = Wildcat
T = Streikaktivist vom Theater
K = Streikaktivist aus dem Klinikum
– alle drei Stuttgart

W: Der Öffentliche Dienst hat 16 Wochen lang gestreikt – man könnte meinen, es war ein Streik im *Geheimdienst*, so wenig ist an die sogenannte Öffentlichkeit gedrungen. Wie erklärt Ihr Euch das?

T: Man muss zwei Sachen differenzieren: Das eine war der kommunale Streik, und der kam auch in den Medien, denn da konnten die Kinder nicht in den Kindergarten, auf der Straße lag Müll rum usw. Der Streik der Landesbediensteten ist viel länger gelaufen und musste nach dem Abschluss im kommunalen Bereich alleine fortgeführt werden. Das Statistische Landesamt z.B. hat vier, fünf Wochen am Stück gestreikt, die Theater in München teilweise über 100 Tage, einige Landeskliniken ebenfalls. Darüber wurde in den Medien nicht berichtet.

W: In vielen Landesbetrieben war es ein minderheitlicher, in manchen sogar ein extrem minderheitlicher Streik, an den beiden großen Kliniken in München waren an der einen von 9000 Beschäftigten 20 im Streik, an der anderen 60 von 7000. Gerade deshalb wäre Kommunikation unter den streikenden Betrieben wichtig gewesen. Aber nach dem Abschluss bei den Kommunen stellte *ver.di* die Herausgabe der »Streiknachrichten« ein. Über Wochen hinweg wussten nicht einmal die Streikenden selber, wer sonst noch streikt. Relativ spät habt Ihr dann angefangen, Euch selber bundesweit zu vernetzen. Viele haben da erst gemerkt »hey, wir sind ja gar nicht alleine im Streik!«

T: *ver.di* war im Funktionärsapparat teilweise nicht vorbereitet und hat schlicht versagt. Auf der anderen Seite haben das die Streikenden im Länderbereich zumindest in Stuttgart zuletzt beinahe täglich getan: sich gegenseitig informiert und unterstützt.

W: Selbst Riexinger hat in der bezirklichen Streikleitung bestimmte *ver.di*-Funktionäre und Personalräte kritisiert, weil sie im Streik eine abwiegelnde und demobilisierende Rolle gespielt haben. Sogar der Chef sagt, dass einige Funktionäre gegen den Streik gearbeitet haben. Und tatsächlich könnte einigen altgedienten ÖTV-Funktionären die große Selbsttätigkeit der Basis in diesem Streik gehörig gegen den Strich gegangen sein!

T: Gewerkschafter arbeiten mit Drohkulissen, damit machen sie Druck am Verhandlungstisch. Das soll aber eben *Kulisse* bleiben.

W: Genau! Da soll niemand rausspringen und selber was tun!

T: Der Apparat bei *ver.di* muss sich damit auseinandersetzen, dass es nicht mehr so läuft wie früher, wo oben entschieden wurde, welche Betriebe streiken und welche nicht – und die Basis folgte. 1992 hatten der Gewerkschaftsbezirksgeschäftssekretär und die Direktion des Hauses verabredet, das Theater wird drei Tage dicht gemacht, und dann sind alle drei Tage daheimgeblieben, das war der ÖTV-Streik 1992. Aber diesmal haben die Leute selber entschieden: Streiken wir? Wie lange? Streiken wir zwei Tage nicht? Wann steigen wir wieder ein. Und natürlich mussten die auch alle permanent in ihren Betrieben (und in ihrem Familienkreis) diskutieren und selber vertreten, was früher immer delegiert worden ist. – Man muss natürlich sehen, dass im Bereich Länder ganze Bereiche nicht streikfähig sind: die gesamte Ministerialbürokratie, die Regierungspräsidien, das sind die Masse von Beschäftigten im Bereich der Länder, im wesentlichen relativ gut bezahlte Angestellte, deren soziale Selbsteinschätzung eher bei Beamten liegt.

W: Diese Bereiche haben früher auch nicht gestreikt, damit lässt sich also nix erklären! Umgekehrt: sehr viele Leute haben zum ersten Mal in ihrem Leben gestreikt. Traditionell wurden Streiks im Öffentlichen Dienst von strategischen Beschäftigtengruppen geführt: Müllabfuhr, Post, Öffentlicher Nahverkehr und Flughäfen werden bestreikt und damit ist das Land lahmgelegt. 1974 stürzte die Brandt-Regierung über den dreitägigen Streik der Müllwerker und Straßenbahner, mit dem die ÖTV 11 Prozent Lohnerhöhung durchsetzte.

T: In diesem Sinne gibt es *den* Öffentlichen Dienst nicht mehr. Inzwischen sind alle möglichen Bereiche durch Branchentarifverträge ausgegliedert. Die Stuttgarter *ver.di*-Führung hat die Kollegen am Flughafen aufgefordert, wenigstens mal einen Solistreik zu machen, das wurde von den betrieblichen Funktionären schlichtweg abgelehnt.

»Wir hätten uns ganz simpel um das Häusle rumstellen können...«

W: Auf zwei Feststellungen können wir uns sicher einigen. Erstens: Der Öffentliche Dienst ist inzwischen zerlegt, zweitens: es gibt viel mehr Mobilisierung als früher. Diese Mobilisierung kann aber nur Durchschlagskraft entwickeln, wenn sie zu direkten Aktionen greift. Und das ist ein Punkt, den ich nicht kapiere: In Frankreich besetzen 16jährige streikende Oberschüler Bahngleise und wichtige Verbindungsstraßen, blockieren das Parlament usw. In der BRD läuft ein »historischer« Streik (das war auch die Einschätzung von *ver.di*) – und beim Aktionstag an der Wilhelma [Zoo in Stuttgart] kriegt man es nicht einmal hin, »freien Eintritt für alle« zu machen!

T: Weil das Eintrittspersonal nicht gestreikt hat.

W: Das interessiert doch nicht! Wir hätten uns ganz simpel um das Häusle rumstellen können, was hätte das »nichtstreikende Eintrittspersonal« denn machen sollen?

K: So was ist in Deutschland undenkbar! Jede Aktion ist darauf abgeklärt worden: »Wie stehen wir am nächsten Tag in der Öffentlichkeit da?« Die Hauptparole war: »Die Öffentlichkeit entscheidet diesen Streik!«, die veröffentlichte Presse entscheidet. Deshalb standen viele Sachen von vornherein nicht zur Diskussion. Bei einem Aktionstag sollte die Theodor-Heuss-Straße blockiert werden, da sind dann alle zügig dran vorbeigelaufen. Bei der Schlichtung wollten wir eine Aktion im Rathaus machen, da hieß es »jetzt auf keinen Fall, sonst stört Ihr die Schlichtung!« Bei einer Kundgebung auf dem Marktplatz haben Kollegen einen Riesenböller hochgehen lassen – das hat zu heller Panik auf dem Podium geführt: Man möge doch bitte immer so streiken, dass man auch morgen in der Öffentlichkeit noch gern gesehen ist!

W: Die Öffentlichkeit wurde wichtig genommen, und auf allen Streikversammlungen wurde geklagt: »warum kommen wir nicht in die Öffentlichkeit?« Warum hat man dann nicht einfach freien Eintritt bei der Wilhelma organisiert – dann wäre man ganz bestimmt in der Öffentlichkeit gewesen, sowohl bei den Leuten, als auch bei der veröffentlichten Presse!

T: Wenn 7000 Streikende auf einer Demo entschlossen wären, ne Kreuzung zu blockieren, dann kann die Gewerkschaftsführung Kopfstände machen und mit den Füßen wackeln, die Kreuzung ist blockiert! Aber die meisten haben zum ersten Mal in ihrem Leben gestreikt. Manche Kollegen waren zum ersten Mal in ihrem Leben auf ner Demo, die haben sich wahrscheinlich gefühlt wie unsereins mit 16 auf der ersten Demo. Nach acht Wochen haben die dann auch gesagt »öh, schon wieder Wandertag, da muss mal was anderes gemacht werden!« Manche Sachen haben ja geklappt, die Blockade der Müllverbrennung zum Beispiel..

W: Diese Blockade hat auch *allen* Spaß gemacht – man konnte sich in der Konfrontation durchsetzen, das gab ein Gefühl von Stärke. Die Kollegen vor der Wilhelma hätten den Verkehr auch *richtig*

DerAbschluss von *ver.di* im Öffentlichen Dienst:

II Länder *(ohne Hessen und Berlin), 847000 Beschäftigte (inkl. Hessen und Berlin)* abgeschlossen am 19.05.06

- Einführung einer **einheitlichen Entgelttabelle** für Arbeiter und Angestellte ab 1.11.06. Nach 11 Nullmonaten (Februar bis Dezember 2005), Pauschalzahlungen von 150/100/50 Euro im Juli 2006, 310/210/60 Euro im Januar 2007, 450/300/100 Euro im September 2007, 2,9 Prozent aufgerundet auf volle 5 Euro (= 3,0 Prozent im Durchschnitt) ab 1.01.08 West bzw. ab 1.05.08 Ost, Laufzeit bis 31.12.08. Einführung eines zusätzlichen Leistungsentgelts ab 2007.
- **Arbeitszeit**: von tariflicher 38,5 Std./W. (einzelvertragliche Vereinbarungen von bis zu 42 Std./W.) auf AZ zwischen 38,7 (Schleswig-Holstein) und 39,73 (Bayern) abhängig von Bundesland, Laufzeit bis 31.12.07, danach Kündigung durch jedes Bundesland einzeln möglich. Beibehalt der 38,5 Std./W. für bestimmte Gruppen (im wesentlichen der Bereiche, die gestreikt hatten) und der 40 Std./W. im Osten.
- **Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld** werden zusammengefasst und nach Entgeltgruppe gestaffelt: von 95/71,5% für E 1-8 bis 35/30% für E 14-15 eines ME, jew. West/Ost. Angleichungsschritte für 2006/2007 für in der tariffreien Zeit Eingestellte. Nach Erreichen der vollen Angleichung Kündigungsmöglichkeit der einzelnen Länder und Möglichkeit zur Vereinbarung landesbezirklicher Regelungen.
- gesonderte Vereinbarung für die Bereiche Unikliniken, Ärzte/Ärztinnen, WissenschaftlerInnen und LehrerInnen.

blockiert, wenn Riexinger nicht abgewiegelt hätte! Die Ärzte haben gezeigt, dass man auch im Öffentlichen Dienst effektiv streiken kann, dass man ein Krankenhaus schließen kann. Das war bei den PflegerInnen eine Grenze, vor der man zurückgeschreckt ist.

»Rausgekommen ist eine Fortsetzung von dem, was im Öffentlichen Dienst seit längerem läuft – die völlige Zersplitterung.«

K: Die Grenze lag viel viel früher! Wir haben nicht mal überlegt, eine Station zu schließen und die PatientInnen von dort wegzuverlegen. Die völlige Orientierung darauf, wie unser Streik in der »Öffentlichkeit« wahrgenommen wird einerseits, die feindselige Haltung der meisten Ärzte unserem Streik gegenüber andererseits, das hat den Streikenden schwer zu schaffen gemacht. Wir haben die Meinungsführerschaft der Chefärzte nicht durchbrechen können, und die standen dem Streik feindlich gegenüber. Wenn die Ärzte es wenigstens hätten laufen lassen, hätten wir eine völlig andere Beteiligung in den Krankenhäusern hingekriegt.

T: Wenn die PflegerInnen, Küchenhilfen und Hilfskräfte im Krankenhaus so konsequent wie die Heidelberger Ärzte z.B. alle PatientInnen aus dem Klinikum ins Bosch-Krankenhaus verlegt hätten, wäre der nationale Notstand ausgerufen worden!

W: Was ist dabei rausgekommen?

K: Rausgekommen ist eine Fortsetzung von dem, was im Öffentlichen Dienst seit längerem läuft: Flexibilisierung, Spartentarifverträge, weitere Differenzierung, mehr Arbeit. Seit dem TVöD waren Bundes-, Länder- und Kommunalbeschäftigte getrennt. Jetzt sind die einzelnen Länder auch noch für sich, die einzelnen Kommunen sind für sich, und die einzelnen Beschäftigtengruppen in einem Bundesland sind gegeneinander differenziert – die völlige Zersplitterung.

T: Die Zersplitterung ist größer geworden. Die war durch den TVöD und durch die künftige Leistungsentlohnung schon groß, das geht ja in die einzelne Belegschaft rein. Man darf aber nicht vergessen, dass durch den Abschluss auch ein über zweijähriger tarifloser Zustand beendet worden ist. Und »tariflos« hieß oft: Diktatur der Arbeitgeber, das ist keine Gewerkschaftspropaganda! Du kannst vollkommen frei verhandeln über deine Arbeitszeit, komischerweise setzt sich aber immer der Arbeitgeber durch! Dass die Tarifverträge ganz stark differenziert sind, dass diejenigen Länder belohnt wurden, die in der tariffreien Zeit am unverschämtesten zugelangt haben, gerade Baden-Württemberg und Bayern, ist klar. Aber an den Unis z.B. arbeiteten schon 50 Prozent der Beschäftigten länger, und die werden am 1. November runtergesetzt, in Bayern und Baden-Württemberg je zwei Stunden. Im Schnitt kommt trotzdem ne Arbeitszeitverlängerung für die Beschäftigten raus.

Die Lohnrunde 2008 ist im Länderbereich schon fertig, in den Kommunen steht sie bevor. Dafür ist die Arbeitszeitfrage in den Ländern offen, die Arbeitgeber können auf Ende 2007 die Arbeitszeitvereinbarungen erneut kündigen.

W: Dann habt Ihr aber schon wieder einen defensiven Kampf zu führen! Ich fand in den letzten Wochen im Streik offensive Wortmeldungen ermutigend: »wir müssen auch mal was fordern! wir brauchen zehn Prozent mehr Lohn, die Mieten, die Energiekosten ... alles wird teurer.«

K: Der Impuls war da! Aber der Abschluss bei den Landesbeschäftigten hat dem einen Dämpfer versetzt. In den kommunalen Bereichen hatten sich Leute zusammengesetzt und wollten die Tarifauseinandersetzung um die Löhne vorbereiten: was haben wir an Löhnen alles verloren durch die nichttabellen-wirksamen Einmalzahlungen, was ist an Preissteigerungen dazugekommen, Mehrwertsteuererhöhung usw. - das war im Beginnen, dann kam der Abschluss der Länder: 2,9 Prozent im Jahr 2008, und die betrieblichen Funktionäre haben das sofort als Obergrenze des Erreichbaren ausgegeben. Dabei wären mit einer offensiven Forderung wesentlich mehr KollegInnen zu mobilisieren, aber wenn jetzt schon die Bremse reingehauen wird, bevor Leute dazu kommen, sich selber Gedanken zu machen ... die totale Demobilisierung! Es gibt nicht nur keine gemeinsamen Punkte, wo man zusammenkommen könnte, das blockiert sich sogar gegenseitig!

W: Welche Kampfziele sind bei einem schlechten Kräfteverhältnis wichtig? Die 39 Stunden für alle im kommunalen Bereich hatten eine gewisse Attraktivität, auch wenn das nicht so pralle ist, neun Wochen gestreikt zu haben für eine halbe Stunde Arbeitszeit*verlängerung*. Aber es gleicht die Bedingungen wieder an und macht zukünftige Kämpfe führbar. Das andere Modell wäre das, was im Länderbereich gelaufen ist, oder was der Marburger Bund vertritt: die Starken holen raus, was sie rausholen können – wer nicht in der Lage ist zu kämpfen, selber schuld!

T: Das Auseinanderfallen stimmt. Aber niemand hindert die Gewerkschaftsbasis daran, die Gewerkschaftsführung vielleicht mal dazu zu bringen, den

Mantel zu kündigen, oder sich vorzustellen, wieviel Lohnerhöhung man braucht. Die Gewerkschaftsführung kann die Basis nicht dran hindern, vor jeder Lohnrunde eine kräftige Forderung aufzustellen – die nachher nicht erfüllt wird.

W: Kommen angesichts einer Gewerkschaft, die sich die Hände bindet, wilde Streiks auf die Tagesordnung, weil selbst Lohnforderungen, um den Reallohnverlust ausgleichen, mit der Gewerkschaft nicht durchzusetzen sind? Mehrwertsteuer, Energiepreise, Abschaffung der Pendlerpauschale... da sind doch zweistellige Lohnforderungen angesagt!

T: Ich bin mir durchaus nicht sicher, ob die Situation so ist, dass es zu massenhaften wilden Streiks kommen würde. Auf der anderen Seite ist für mich noch nicht völlig raus, ob innerhalb des Öffentlichen Dienstes eine Dynamik entstanden ist, die von der Basis her die Führung unter Druck setzt. Das drückt sich erstmal in möglichst hohen Tarifforderungen, in möglichst starken Arbeitszeitverkürzungen u.a. aus – wenn man auf ner gewerkschaftlichen Ebene ist, drückt sich das eben in der Logik von Gewerkschaften aus.

W: Den hinter uns liegenden gewerkschaftlichen Streik haben Aktivisten und harte Kerne, aktive Minderheiten getragen. Und diesen Kernen wurde von den Funktionären immer gesagt: »Ihr seid toll! ABER: auf die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaft könnt Ihr Euch nicht verlassen, deshalb seid Ihr alleine und solltet mit Euren Forderungen nicht zu weit gehen«. Diesen Kernen stellt sich doch die Frage, ob sie mit oder ohne Gewerkschaft mehr erreichen können. Am Theater seid Ihr 30 bis 40 Leute, die in der Lage sind, selbständig zu handeln, am Krankenhaus eher mehr. In Heidelberg haben 30 oder 40 Ärzte ne ganze Klinik geräumt. Das können doch n paar hundert Streikende auch!

K: Wir hatten in diesem Streik freie Hand von der Gewerkschaft, wir konnten tun, was wir wollen. Das war enorm wichtig. Wir haben zwar alles selber beschlossen, aber dann haben die meisten KollegInnen doch auf den Aufruf von *ver.di* gewartet. Und das gilt für die Zukunft erstmal genauso. Im Moment erleb ich bei vielen KollegInnen einen Frust: in so einer Aufbruchstimmung gewesen zu sein, andererseits doch nix hingekriegt zu haben, und jetzt kommt schon der Dämpfer mit der Lohnrunde, wo am Ende des Streiks sich immer mehr Hoffnungen drauf gerichtet hatten.

T: Bei uns ist die Stimmung »Oettinger soll sich trauen, die Arbeitszeit zu kündigen! Dann werden sie ihre nächste Niederlage erleiden.«

W: Die Arbeitgeber haben Grenzen aufgezeigt gekriegt, aber sie haben keine Niederlage erlitten!

T: Unsere Forderungen sind am Theater alle durchgegangen – natürlich von einer defensiven Position aus. Die Grenze ist insbesondere in baden-württembergischen aber auch in den niedersächsischen Großstädten und in ein paar Landesbetrieben aufgezeigt worden; vor allem dort, wo breite Arbeiterbereiche sind, da würde ich auch die Krankenhäuser dazu rechnen.

K: Die Katastrophe ist, dass es bei den KollegInnen so ankommt: in den Kommunen ist der einzige Erfolg, dass wir einheitliche Bedingungen aufrechterhalten haben, 39 Stunden für alle – das ist was, wo sich die KollegInnen auch ein Stück weit identifiziert haben, und was die Gewerkschaft zum Abschluss auch nach außen gestellt hat: Solidarität zahlt sich aus, wir halten zusammen. Jetzt merken die Leute: wenn man sich ä bissele unsolidarisch verhält, ich übersetz das jetzt mal frei, so wie im Länderbereich, und man sagt: »ha, wir, die gestreikt haben, wir bleiben bei 38,5 und der Rest soll doch 42 oder mir egal wie lang arbeiten!«, dann kommt man weiter. Das wird darüber transportiert. Eine Gewerkschaft, die solche Abschlüsse macht, ist sich doch bewusst darüber, dass es genau das transportiert: die Solidarität ist was Schönes, so lange man darüber schwätzen kann. Aber nur wer seine Ellenbogen richtig einsetzt, kommt auch vorwärts.

Kämpfen lohnt sich

T: Auf der anderen Seite sind wir uns ausnahmsweise mit der Gewerkschaftsführung einig: Kämpfen lohnt sich! In manchen Bereichen kriegt man was besseres hin, und zwar nicht, weil *ver.di* so gut verhandelt hat, sondern weil dort gestreikt worden ist. Natürlich ist das objektiv ein Differenzierungs- und Entsolidarisierungsprozess. Aber »Solidarität« hat früher darin bestanden, dass alle die von den Müllwerkern und Straßenbahnern erkämpften Lohnerhöhungen gekriegt haben. Heute ist die Argumentation der Gewerkschaft: wir machen eigene Leichtlohngruppen, dann ist es für die Arbeitgeber zumindest kostenneutral, die Leute im Öffentlichen Dienst zu lassen.

W: Das ist wie die Fangreuse beim Thunfischfang! Indem man dieser Argumentation folgt, treibt man die Flexibilisierung selber voran. – Eigentlich ist doch klar, was zu tun ist: Erstens waren wir beim Streik alle begeistert davon, wie stark Kerne in der Lage waren, selbständig zu handeln und wie weitgehend sie in aktive Minderheiten eingebettet waren (wenn ich zum Beispiel an Streikversammlungen

von 100 und mehr Leuten im Krankenhaus denke, die alles gemeinsam diskutiert und beschlossen haben). Zweitens sind die Leute wütend über den Abschluss. Also müssen wir eine gemeinsame Debatte mit ihnen führen, um zu verhindern, dass sich die Kerne in Demoralisierung auflösen und um rauszukriegen, wie's weitergehen kann.

K: Im Moment ist es nicht so einfach, allerdings denk ich, dass nach einem so langen Streik auch klar ist, dass die Luft raus ist und die Leute das erstmal verarbeiten. Am Klinikum sind zum ersten Mal seit langem wieder Vertrauensleutewahlen durchgeführt worden, vorher waren ausschließlich die gewählten Personalräte automatisch Vertrauensleute. Die Wahlen sind noch mit einem relativ großen Enthusiasmus gelaufen. Sowohl auf Klinikumsebene wie auf den örtlichen Ebenen gibt es jetzt Vertrauensleutesitzungen usw. Auf diesen Sitzungen läuft auch so was wie eine kollektive Aufarbeitung des Streiks.

T: Vertrauensleutewahlen stehen bei uns noch an, und die waren bei uns noch nie eine Formalie. Ich denk, da werden sich auch Leute aktivieren, oder die kann man aktivieren, die durch den Streik dazu gekommen sind.

»Es gibt ein ganz anderes Mobilisierungspotential als früher!«

W: Ihr habt keine Bedenken, dass Ihr den Elan Eurer KollegInnen jetzt wieder in die üblichen gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen einbaut? Was macht denn ein Vertrauensmann letztenendes? Er überredet Leute, in die Gewerkschaft einzutreten.

T: Diese Vertrauensleutekörper haben auch einen Sinn als gewerkschaftliche Basisorganisation über die Stärkung des Organisationsgrades hinaus. Das kollidiert nicht mit einer vernünftigen Arbeit im Betrieb. Es könnten durchaus Situationen entstehen, wo dieser ganze Apparat dir zum Klotz am Bein wird, aber im Moment ist das meistens nicht die Frage, die sich stellt.

K: Ich seh im Klinikum, wie die Diskussion in Vertrauensleutestrukturen geführt wird. Die Gewerkschaft hat großes Interesse daran, die Kontrolle darüber zu kriegen. In der Betriebszeitung werden kritische Beiträge zum Streikabschluss nicht abgedruckt. Bei den Vertrauensleutesitzungen sind immer die zuständigen GewerkschaftssekretärInnen oder die üblichen Personalräte dabei und achten drauf, dass in Richtung »Stärkung der Gewerkschaften« diskutiert wird; »wir haben nicht mehr durchkriegen können, weil wir nicht mehr Mitglieder haben!«, so diesen ganzen Sermon; und dass das der einzige Weg ist, wie man weiterkommen kann. Das frustriert Leute, die im Streik sehr aktiv waren – allerdings nicht in die Richtung, dass sie außerhalb der Gewerkschaft was probieren würden. Es gibt gegenüber allem, was nicht Gewerkschaft ist, sehr große Vorbehalte. Das ist erstaunlich, weil es während des Streiks gar nicht so war. Sobald der Streik aber vorbei war, ist das wie abgeschlossen.

W: Wenn die Gewerkschaft die Diskussionen über den Streik und den Abschluss zu deckeln versucht, dann muss man den Leuten ein Mikro hinhalten und sie fragen, was sie zu sagen haben: »Was für Hoffnungen hattest Du im Streik? Wie beurteilst Du den Abschluss? Was hat sich bei der alltäglichen Arbeit verändert?« Und daraus vielleicht ein vierseitiges Flugi machen? Ohne da selber Parolen vorzugeben. Soviel Vertrauen kann man in die Leute doch auf jeden Fall haben!

K: Das ist aber schwierig zu organisieren. Das musst du über ne Art Parallelstruktur machen. Da sind wir die ganze Zeit am Überlegen. Der Schritt weiter ist sehr schwierig, und da wissen wir nicht, wie wir das aufknacken können, außer bei einzelnen zeitweilig.

T: Es geht nicht drum, im Betrieb kontinuierlich »Politik zu machen«, sondern dass sich gezeigt hat, dass es ein ganz anderes Mobilisierungspotential als früher gibt. Die Leute gehen mit anderem Selbstbewusstsein an solche Fragen wie Arbeitszeit, Schichtpläne usw. ran. Man geht nicht mehr unbedingt zum Personalrat oder zum Chef vom Chef, um sich zu beschweren. Sondern man schreibt was auf, diskutiert das mit den Kollegen und dann unterschreiben 20 oder 30. Mehr Leute überlegen von sich aus, wie sie sich wehren können.

K: Das denk ich auch, das wird sich relativ schnell zeigen. Auch bei uns im Krankenhaus stehen große Auseinandersetzungen an. Wir haben den ganzen »Defizit-Abbau«-Käse an der Backe[1], den die Geschäftsführung in einen massiven Arbeitsplatzabbau umsetzen will. Wir haben da jetzt eine komplett andere Grundlage – und das ist natürlich ein Erfolg des Streiks –, in solche Auseinandersetzungen reinzugehen. Wir müssen aber sehen, inwieweit die Leute dann in die Auseinandersetzungen mit eigenen Vorstellungen reingehen, oder ob sie die üblichen, vorgegebenen Positionen »wir müssen die Verschlechterung verlangsamen« mitmachen. Das wird spannend! ■

[1] Vertrag zwischen Stadt, *ver.di*, Personalvertretung und Geschäftsführung, das Krankenhaus nicht zu privatisieren, aber in den folgenden Jahren kontinuierlich Defizite abzubauen;

Zum Weiterlesen: Interview mit ehemaligem SUD-Aktivisten auf unserer Website: http://www.wildcat-www.de/aktuell/a035sud.htm

Geh doch in die Oberstadt!
Eine Einleitung zur Unterklassendebatte

Die Einkommensspanne in der BRD geht weiter auseinander, Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit verfestigen sich, die Mehrheit der ArbeiterInnen erleidet Reallohnverluste, vor allem im unteren Bereich: Es gibt immer mehr *working poor* – Leute, die arbeiten und denen es trotzdem nicht zum Leben reicht. Offizielle Analysen der Arbeitsagentur, der Armutsbericht der Bundesregierung und andere Studien stellen dies amtlich und offiziell fest. Die Fakten sind bekannt und unbestritten, doch wie sind sie zu interpretieren?

»Natürlich haben wir in Deutschland Unterklassen«, sagt seit einigen Jahren der konservative Historiker Paul Nolte und meint damit die »Arbeits- und Integrationsunwilligen«, manchmal sagt er auch einfach »Neukölln«. Dort isst man zuviel Fast Food, sitzt den ganzen Tag vorm Fernseher (und guckt die falschen Programme!), setzt zu viele Kinder in die Welt (denen man kein Vorbild ist). Diese »Unterklassen« seien für ihre Lage selbst verantwortlich zu machen; es sei falsch, sie weiter als Objekte des Sozialstaats zu alimentieren. Das ist die ideologische Begleitmusik zur Durchsetzung der Hartz-Gesetze, die vor allem den Niedriglohnsektor verbreitern sollen. Zu diesem Zweck werden die »überflüssigen« und »delinquenten« Teile der Klasse als Karikatur dingfest gemacht und diskursiv zum Abschuss freigegeben.

Dieses Bild von den »Unterklasssen« ist ein Angebot an die anderen Teile der Klasse, sich durch Eigeninitiative und Wohlverhalten nach unten abzugrenzen. Ähnliche Konstruktionen dienten oft in Zeiten sozialer Umbrüche der Legitimation von »Sicherheits«- und Repressionsmaßnahmen. Wie wenig diese Zuschreibungen mit der Realität zu tun haben und wie stark ideologisiert dieses Konstrukt ist, weiß jede/r Bewohner/in solcher Stadtteile. Und schon eine Hand voll Interviews aus Gesellschaft mit begrenzter Haftung bringt dir mehr an Information über die wirkliche Welt (siehe **Buchbesprechung** Seite 30).

Zudem konnten wir in den letzten Monaten beobachten, wie solche Konstrukte in der öffentlichen Debatte funktionieren. Ob Ehrenmorde, rassistische Gewalt gegen »Farbige« oder ein offener Brief von LehrerInnen, der auf die Auflösung der (Rütli-) Hauptschule zielte: »gewalttätige SchülerInnen« (wahlweise aus der Unterschicht oder von ausländischer Herkunft), tumbe deutsche Rassisten (Unterschicht, Fast Food, falsche Fernsehprogramme), muslimische Gefahr (Ausländer) lassen den Ruf nach mehr Bullen, mehr Sozialarbeitern, nach mehr (Zwangs-) Integration in die deutsche Leitkultur erschallen – in jedem Fall Wasser auf die Mühlen des Staates (dazu **»Stolzer Abschaum«,** Seite 20). Emanzipatorische Entwicklungen etwa in der dritten oder vierten Generation türkischer und kurdischer Zuwanderer – worauf die Ehrenmorde eine eklige und brutale Antwort eines untergehenden Patriarchats sind – gehen dabei völlig unter. Das »Praktische« am Unterklassendiskurs von Nolte ist, dass er wahlweise als soziale oder kulturelle Frage gedreht werden kann, bei Bedarf kann so auch locker an den Kulturalismus von *junge freiheit* oder Le Pen angedockt werden.

»Selbstverantwortung und Verantwortung für andere heißt auch, sich Zumutungen zu unterwerfen und Forderungen zu akzeptieren, die im milden Klima sozialer Wohlfahrt zumindest ungewohnt waren. Zumutungen kann bedeuten: mehr Arbeiten, weniger Verdienen, mehr Leisten, weniger Fernsehen, mehr Anstrengen, weniger Essen. Disziplin, Pünktlichkeit, Aktivismus, Leistungsbereitschaft heißen die Forderungen der Generation Reform.« (Paul Nolte in *3sat Kulturzeit*, 17.8.2004)

Vom »Gastarbeiter« zum »Jugendlichen mit Migrationshintergrund«

Seit es Deutschland gibt, gibt es Einwanderung. Die Klasse hatte immer ein ausländisches bzw. ein migrantisches Gesicht (»Ruhrgebietspolen«, »Ostjuden«, »Flüchtlinge«, »Itacker« ...). Auch der Boom der 60er war nur auf dem Rücken der Gastarbeiter möglich. Die Zahl der jährlichen Zuwanderung von ArbeiterInnen (zumeist Spanier, Portugiesen, Italiener, Türken, Griechen, Jugoslawen) stieg von rund 330 000 im Jahr 1960 über 1,5 Millionen 1969 auf 2,6 Millionen 1973. Die Arbeit und der Kampf dagegen waren der große Integrator bei dieser Migration. In selbstständigen Kämpfen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre konnten die »Gastarbeiter« die niedrigen Lohngruppen wegkämpfen und

allgemeine Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Kämpfe in ihrer ganzen Breite (streikende Fach- und ChemiearbeiterInnen, StudentInnen- und Jugendbewegung) gingen weit über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen und Löhne hinaus – sie stellten die ganzen Gesellschaftsverhältnisse in Frage. Der Arbeiterrassismus (die Angst vor den neuen ArbeiterInnen, die den Lohn senken und den Zusammenhalt auflösen) wurde durch die Kampfbewegung materiell abgeschwächt.

Gegen die Planungen von Politikern und Unternehmern – und zumeist auch entgegen der eigenen, ursprünglichen Lebensplanung – blieb ein Teil der ausländischen ArbeiterInnen nach dem Anwerbestopp 1973 dauerhaft in Deutschland. Viele holten ihre Familien oder Ehepartner nach, mit denen sie hier Familien gründeten. Auch die 80er Jahre waren von Familienzuzug und einer neuen Migrationswelle geprägt. Nach dem Militärputsch in der Türkei kamen viele politisierte, junge städtische TürkInnen nach Deutschland und in die Fabriken. Südländische Lebensstile veränderten die Alltagskultur, migrantische Arbeitervereine richteten langsam ihre Politik auf das neue »Heimatland« aus, tausende zugewanderte ArbeiterInnen wurden in die Gewerkschaftsstrukturen integriert. Aus »Gastarbeitern« waren »AusländerInnen in Deutschland« und/oder »zugewanderte Deutsche« geworden.

Vollkommen überrascht stellt die aktuelle Diskussion um »Integration« und »Migrationshintergrund« heutzutage fest, dass die »migrantische Bevölkerung« weitaus höher als bisher angenommen ist. Sie findet jedoch vor veränderten sozialen Bedingungen statt. Während die »Gastarbeiter« der ersten Generation, die oft nicht lesen und schreiben konnten, noch über den Arbeitsprozess und den Klassenkampf integriert wurden, werden viele Jugendliche mit »Migrationshintergrund« heute von regulärer Arbeit ausgeschlossen. Dabei ist der »migrantische Anteil« in der Bevölkerung umso höher, je jünger diese ist. Die seit 2001 um 50 Prozent gestiegene Jugendarbeitslosigkeit betrifft besonders stark Jugendliche mit »migrantischem Hintergrund«: In manchen Großstädten ist die Hälfte eines Jahrgangs arbeitslos. Das wird durch das Schulsystem verstärkt. 40 Prozent der Migrantenkinder verfügen laut PISA-Studie nicht über »Grundkompetenzen« in Mathematik, Deutsch und Naturwissenschaften (**»Wenn Bildung spaltet...«**, Seite 28).

Von den 14 Millionen Gastarbeitern, die bis zum Anwerbestopp 1973 nach Deutschland kamen, sind elf Millionen zurück in ihre Heimatländer gegangen.

»Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland ist wesentlich höher als bisher bekannt. Fast ein Fünftel oder 15 Millionen sind entweder selbst zugewandert oder haben mindestens einen Elternteil, der nicht hier geboren wurde. Demnach ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund mit 18,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Anteil der Ausländer in Deutschland. Allerdings gibt es große regionale und Altersunterschiede. In Westdeutschland liegt der Anteil der Migranten und deren Nachkommen mit 21,5 Prozent mehr als vier mal so hoch wie in den neuen Bundesländern mit 5,2 Prozent. Bei den unter 25-Jährigen haben 27,2 Prozent einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter sechs Jahren schon ein Drittel.«
Financial Times Deutschland, 6. Juni 2006

Migrantische Arbeitslosigkeit wird nicht erfasst, aber sie wird sich ähnlich entwickelt haben wie die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre dramatisch gestiegene Arbeitslosigkeit von AusländerInnen. Bei ihnen ist die Arbeitslosenrate mittlerweile mehr als doppelt so hoch und war die Sozialhilfequote kurz vor Einführung von Hartz IV gut dreimal so hoch wie beim Bevölkerungsdurchschnitt.

Generationenumbrüche

Der Handwerker-Arbeiter zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit seinem Arbeiterstolz wollte und konnte davon ausgehen, dass seine Kinder in seine Fußstapfen treten. 70 Jahre später wollten die Kinder der FabrikarbeiterInnen nicht mehr in die Fabrik, und ihre Eltern schufteten auch dafür, dass sie »was Besseres« würden. In der expansiven Phase des Kapitals gab es für einen nennenswerten Teil der Klasse Aufstiegsperspektiven durch höhere Schulabschlüsse, Weiterbildung oder gar Studium. Die stark arbeitsteilige und sich ausweitende Massenproduktion musste das Kapital durch Zuwanderung sicherstellen.

Die weltweite Welle der Klassenkampfbewegung ließ die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft in Deutschland explodieren (Sozialstaat, Schwimmbäder, Unis ...), und die Lohnspreizung wurde – mit den Löhnen der Kernbelegschaften als Orientierung – abgeschwächt. Mit steigender Bildung und Aufstiegsperspektive sank auch die Geburtenrate, und in Folge der 68er Bewegung verweigert sich ein Teil der neuen Generationen bis heute dem ArbeiterInnenleben bis zur Rente. Die hoch-produktive Klasse reproduziert sich nicht mehr selbst.

Staat und Unternehmer bemühen sich immer wieder, den Zusammenhang aufzuweichen, der zwischen hoher Produktivität des industriellen Produktionsprozesses einerseits und hohen Löhnen der Kernbelegschaften, geringer Lohnspreizung, hohen Sozialstaatskosten und der Unwilligkeit eines Teils der Klasse, sich dem Produktionsprozesses zu unterwerfen, andererseits besteht. Hartz IV und steigende Repression sollen die sozialstaatlich alimentierte »Überbevölkerung« unter Druck setzen. Der Anteil der un- und angelernten ArbeiterInnen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 25 (1985) auf 20,5 Prozent (1995) gesunken, und es wird angenommen, dass er bis 2010 auf 16 Prozent zurückgeht. Weggefallen sind die klassischen Jobs für Ungelernte in der Textil-, Stahl-, Maschinenbranche, im Bergbau, im Lager und der Forst- und Landwirtschaft. Bei DaimlerChrysler z.B. haben Hauptschüler kaum noch Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten (weder abgeschlossene Ausbildung noch Abitur) ist mit 18 Prozent doppelt so hoch wie die durchschnittliche

Quote – ein Anzeichen, dass der Niedriglohnsektor bisher nur schwach entwickelt ist. Viele der angestrebten Niedriglohnjobs sollen künftig im Dienstleistungssektor entstehen, doch welcher ehemalige Industriearbeiter hat Lust, sich für 25 Prozent weniger bei Chef und Kunden einzuschleimen und zu »dienen«?

Zeitgleich ändert sich die Verteilung des gesamten Arbeitsvolumens. Vor etwa zwei Jahrzehnten arbeiteten noch über 80 Prozent aller ArbeiterInnen in Vollzeit- bzw. Normalarbeitsverhältnissen, heute sind es nur noch etwa 68 Prozent. Das Arbeitsvolumen ist insgesamt gesunken, mehr Männer sind arbeitslos geworden und mehr Frauen sind in Arbeit gekommen, wobei letztere allerdings kürzer und für deutlich weniger Lohn arbeiten. Auch wächst die Zeitarbeitsbranche (letztes Jahr um 10 Prozent), wobei nur noch zu 30 Prozent »Helfer«, d.h. Ungelernte verliehen werden. Die männliche Fabrikarbeiterschaft ist also kontinuierlich geschrumpft.

Angst vor der »Verrohung der Sitten«

Die derzeitigen sozialen Umbrüche ziehen eine »Verrohung der Sitten« nach sich. Dies zeigt sich erst einmal als Gewalt untereinander. Und auch da, wo sich die Gewalt zum Aufstand verallgemeinert wie in den französischen Banlieues 2005, werden hauptsächlich die Kleinwagen der proletarischen Nachbarn angezündet. Aber in Bewegungen von StudentInnen und ArbeiterInnen wie den **CPE-Protesten in Frankreich** (Seite 38) oder der **»Si Se Puede«-Bewegung in den USA** (Seite 56) sind die »Ausgeschlossenen« massiv präsent. Deshalb wächst die Angst der Herrschenden davor, dass die Gewalt und der Frust auf die Stadtzentren und besseren Viertel übergreifen, deshalb untersuchen Soziologen verstärkt (migrantische) Jugendliche (in den städtischen Hauptschulen), Hooligans bei der WM oder rechte Schläger, deshalb setzen sich Journalisten ins Kino und schreiben drüber, wie Jugendliche den Film **Knallhart** aufnehmen (Seite 27) – und deshalb wird die Repression verschärft.

Die sozialen Umbrüche verunsichern, und die Angst vor dem sozialen Abstieg wirkt in die Betriebe hinein und funktioniert als Spaltung. Der Ausschluss von der Lohnarbeit und die Reproduktionsverweigerung verhindern für die »Ausgeschlossenen«, denen die Orte einer gemeinsamen Erfahrung fehlen, wie für die »Eingeschlossenen«, dass die Klasse als Klasse zusammenkommt.

Die radikale Linke tut sich schwer mit der sozialen Realität. Die AntiRa-Linke kümmert sich seit Jahren um Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, doch den hier aufgewachsenen migrantischen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation steht sie fremd gegenüber. Die Antifa bekämpft faschistische Kader und Strukturen, doch die Vorstädte und (ostdeutschen) Landstriche überlässt sie der Agitation der Rechten (**»Fankurven und Vorstädte«** zur Entwicklung in Italien, Seite 25). Selbst auf ureigenstem Kampfterrain wie der Hausbesetzung in Köln gelingt es nur wenigen, sich auf die widersprüchliche Zusammensetzung der Akteure einzulassen (**»Köln: ›Barmer Block‹ besetzt«**, Seite 14). Dabei hat gerade die Wut und das entschlossene Handeln der bunten Mischung der HausbesetzerInnen große Kraft. Im Zusammenwohnen und Organisieren des Alltags konnten die BesetzerInnen viel voneinander lernen. Die Heimkinder wehren sich gegen das Wegsperren und haben sich eigene Anlaufpunkte und Informationsstrukturen aufgebaut.

Der Raum wird offener

Auch wenn sich die Angst der Herrschenden vor einer unkontrollierbaren Entwicklung fast nur aus ausländischen Erfahrungen speist, auch wenn die Montagsdemos schon lange wieder Geschichte sind – der Raum für Kampfbewegungen ist offener geworden. ALG II gleicht die materiellen Verhältnisse von bisher »sauber« getrennten Sozialhilfe-EmpfängerInnen, arbeitslosen ArbeiterInnen, Prols, Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen an. Aus der Scham, Sozialhilfe-EmpfängerIn zu sein, ist größtenteils das Bewusstsein geworden, eine/r von vier Millionen ungerecht Behandelten zu sein.

In den Kämpfen, in den Streikzelten und Streikversammlungen herrscht eine viel offenere Atmosphäre. Die Leute sind selbst aktiv und bringen sich in die Organisierungen und Diskussionen ein. Anders als früher kann man heute zu jedem Streik hinfahren und ArbeiterInnen finden, die Lust haben zu reden. Während der Unterklassen-Diskurs einer von Ausschluss und Einschluss (im doppelten Sinn: die einen wegsperren, die anderen integrieren) ist, gehen die Erfahrungen in den Kämpfen genau in die andere Richtung. ■

Köln: »Barmer Block« besetzt

Das Gefühl eines großen Potenzials...

Im »Barmer Block« hat drei Monate lang ein ungewöhnliches Besetzungsexperiment stattgefunden. Ungewöhnlich nicht nur wegen Dauer und Größe, sondern vor allem wegen der sozialen Mischung. Der Raum, den ein paar Linke aufgemacht hatten, wurde von »der Straße« übernommen. So entstand ein explosives Gemisch, das einerseits der Stadt schwer zu schaffen machte, andererseits aber auch nach innen für heftige Konflikte sorgte. Die Linke erwies sich dabei größtenteils als unfähig oder unwillig, mit den Widersprüchen wirklicher sozialer Bewegungen umzugehen.

Mit dem »Barmer Block« – 260 Wohnungen rund um einen parkähnlichen Innenhof – hat die Genossenschaft Erbbauverein 1914 in Köln-Deutz den Bau einer Siedlung für Postbeamte begonnen. Diese lag zuletzt eingekeilt zwischen ICE-Bahnhof und Messe, und genau deren Interessen fallen die insgesamt 381 völlig intakten Wohnungen nun zum Opfer. Es gab hochtrabende Pläne für ein »Messefoyer« mit Kongresszentrum und Hochhäusern. Dafür kaufte die Stadt Köln die Häuser, für 67 Millionen. Der Erbbauverein baute in verschiedenen Stadtteilen neue Wohnungen für die 1000 BewohnerInnen der Barmer Siedlung. Doch dann drohte die Unesco, den Dom von der Liste des Weltkulturerbes zu streichen, falls in seiner Nähe weitere Hochhäuser gebaut würden. Ende 2005 waren sämtliche Investoren abgesprungen, die Pläne lösten sich in Nichts auf. Nur an dem Abrissplan für Anfang März hielt die Stadt hartnäckig fest. Notfalls eben für Parkplätze.

Die Kölner Linke bekam den Skandal spät mit und wurde erst aktiv, als die MieterInnen bereits ausgezogen waren. Im Februar rief die Montagsdemo zu einer Demonstration auf (im Regen und eher klein). Gemeinsam mit Leuten von SSK und SSM sowie aus Erwerbsloseninitiativen wurden Bürgerversammlungen organisiert. Der SSM meldete einen Bauwagen als Dauerkundgebung in der Siedlung an. Und als der Abrisstermin nahte, entschlossen sich einige Leute aus diesen Gruppen am 3. März spontan zur Besetzung.

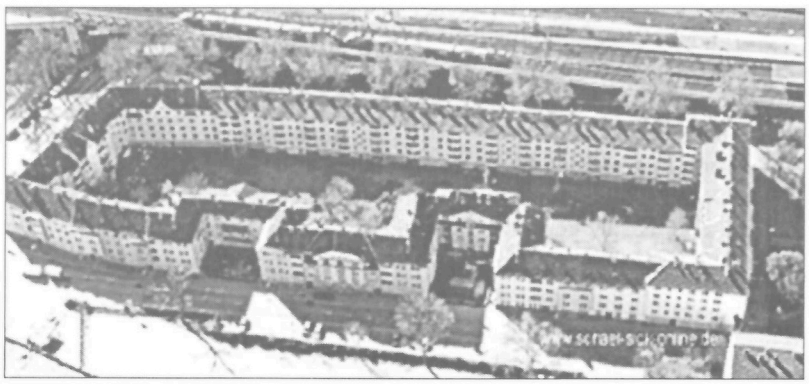
Niemand hatte dieser Protestaktion mehr als ein oder zwei Tage gegeben. Schließlich ist in Köln seit Jahren jeder Besetzungsversuch nach kürzester Zeit geräumt worden. Aber diesmal kam es anders. Während der SSM auf der politischen Ebene agierte, Lügen und Intrigen aufdeckte und den Politikern mit Offenen Briefen zu schaffen machte, zogen immer mehr Leute in den Barmer Block ein, die wenig zu verlieren haben und klarmachten, dass sie ihr neues Zuhause mit aller Kraft verteidigen würden. Alleine wäre wohl keine der beteiligten Gruppen – weder die »Politischen«, noch die »Punker« – imstande gewesen, den Block so lange zu halten. Es war diese verrückte Mischung aus politischer Erfahrung und Entschlossenheit der Straße, die die Stadt monatelang in die Enge getrieben hat.

Der Abriss konnte letzten Endes nicht verhindert werden. Trotzdem war diese Besetzung in vieler Hinsicht gut: sie hat den wohnungspolitischen Skandal öffentlich gemacht; sie hat gezeigt, dass überhaupt mal wieder was geht in Köln; für die nun wieder obdachlosen BesetzerInnen springt hoffentlich ein anderes brauchbares Haus raus; und vor allem waren die drei Monate für alle an diesem »soziokulturellen Biotop« Beteiligten eine Gelegenheit für Erfahrungen und Lernprozesse, die in zukünftigen Auseinandersetzungen nützlich sein können. Um diese inneren Prozesse und Strukturen der Besetzung geht es hier. Die Zitate stammen aus einem Gespräch wenige Tage vor der Räumung mit Sabine (SSK), die von Anfang an zur Gruppe der BesetzerInnen gehört hat.

SSK: Sozialistische Selbsthilfe Köln. Wohn- und Arbeitskollektiv, entstanden Anfang der 70er Jahre. Siehe Interview in der Wildcat 73, und einen kurzen Abriss zur Geschichte auf *www.ssk-bleibt.de*

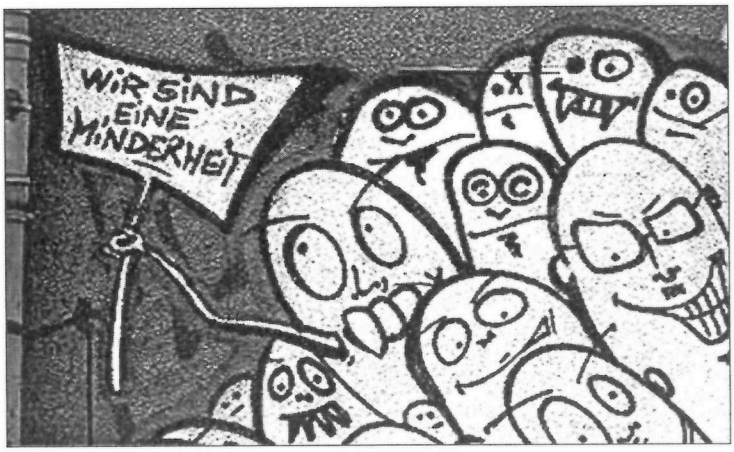
SSM: Sozialistische Selbsthilfe Mülheim. Abspaltung der Gruppe Köln-Mülheim vom SSK 1985. *www.ssm-koeln.org*

Eine Dokumentation der Besetzung und des Skandals um das »Barmer Viertel«, mit kommunalpolitischen Feinheiten, Offenen Briefen und Presseberichten findet sich auf http://*barmerviertel.ina-koeln.org*



Die Besetzung

»Wir sind in diese Besetzung total spontan reingerasselt. Wir hatten überhaupt keine Zeit, Strukturen aufzubauen, aber selbst wenn wir die gehabt hätten, hätten wir nicht übersehen können, was es heißt, 30 Häu-



ser zu besetzen statt 1 Haus. Wo du auf einmal einen riesigen Raum hast, den du nicht überblicken kannst. Du kannst nicht mehr unterscheiden, wer Bewohner ist und wer Besucher, weil das Gelände so riesengroß ist, dass man eigentlich erst nach zwei Tagen feststellt: Die Person war gestern schon da, vielleicht wohnt die jetzt hier. Wir haben nie sowas wie eine Anmeldung oder Türwache gemacht. Uns ging es darum, die Räume für alle zu öffnen, und ganz viele zu werden. Die ganzen Problematiken, die damit letzten Endes entstanden sind, die konnte man erahnen, aber nicht vorher behandeln, schon gar nicht theoretisch. Wir wussten nicht, wer dort letztendlich auftauchen würde, zumal wir auch gedacht haben, dass das ganze Projekt wesentlich mehr aus linken Strukturen vorangetrieben und gehalten würde. Das war nicht so, und so kamen Leute, die ganz eigene Gesetze und Regeln haben, ganz andere Kommunikations- und Konfliktfähigkeiten, auf die man sich erstmal einstellen musste. Mit linken formalistischen Ansätzen konnte man da nicht viel anfangen.

Nachdem wir den Block mit ein paar Leuten besetzt hatten, kamen irgendwann die ersten Leute von der Straße. Obdachlose, zum Teil seit vielen Jahren. Die haben wiederum andere Leute angezogen: Jugendliche, die sich auf der Straße rumtreiben, weil sie entweder in Heimen sind, in denen sie sowieso nicht sein wollen, oder in Aufnahmestellen, wo man ab 14 Uhr die Räumlichkeiten verlassen muss und abends zum Pennen wieder da hin kann. Bei denen hat sich die Besetzung schnell rumgesprochen. Über die Leute von der Straße kamen viele aus der Skin-Bewegung, wo ich mittlerweile gelernt habe, dass es da verschiedenste Richtungen gibt. Die meisten, die kamen, bezeichnen sich als eher unpolitisch bis links, ob das nun OI-Skins oder SHARPs sind, oder wie sie alle heißen. Ein paar Studis sind eingezogen, die das während der Semesterferien alles ganz aufregend und interessant fanden, aber zu Semesterbeginn wieder ausgezogen sind. Und wie das wohl bei jeder Besetzung ist, kamen relativ schnell die Punks. Nach etwa zwei bis drei Wochen kam der erste Punk mit Einkaufswagen und Generator durch die Tür geschoben, und innerhalb von drei, vier Tagen waren es auf einmal zwanzig Punks.«

Die vielen Quadratmeter unverzierte Wand machten die Besetzung für Sprayer attraktiv, von denen aber nur wenige einzogen, und Biker nutzten den Block als Treffpunkt. Einige Migranten aus Ghana und Kamerun, die selbst nicht obdachlos waren, beteiligten sich. Die meisten BesetzerInnen kamen als Folge der Vertreibung der Obdachlosen aus den Städten und aus Situationen extremer Armut und Unterdrückung.

Synonym für den ganzen Frust

»Ich sehe den Barmer Block als Synonym für den ganzen Frust, den es gerade gibt, sei es durch die Hartz IV Gesetze, oder die Wegsperrmentalität, mit der Menschen immer mehr ausgegrenzt werden. Durch die Jugendlichen habe ich diese Geschichten nochmal neu mitbekommen. Für unter 16-jährige gibt es keine Alternativen, nur das Heim. Da gibt es Jugendliche, die mit 12, 13, 14 ganz klar sagen, was sie wollen und was nicht. Die kommen eher rüber wie 16, 17-jährige. Die sind gegen das Heim und zählen die Jahre, bis sie z.B. in ein Betreutes Wohnen können. Die erzählen, dass sie schon zwei oder drei Jahre auf der Straße sind, das einfach absitzen und hoffen, dass sie dabei nicht unter die Räder kommen. Die haben ganz klar, dass es keine Alternativen gibt.

Ich habe einige Frauen getroffen, die aus einem geschlossenen Heim aus der Eifel kamen. Die sind von Köln aus in dieses Heim eingewiesen worden, mit Diagnosen wie Borderline, über PsychKG. Ein Grund, in ein geschlossenes Heim zu kommen, kann schon sein, wenn du mehrfach ausrückst. Immer mehr Jugendliche laufen Gefahr, in geschlossene Heime gebracht zu werden, damit sich der Verwahrungsaufwand in Grenzen hält. Die erzählen von Gittern vor den Fenstern, und dass Besuch nur mit Termin kommen darf. Das sind Zustände wie im Knast. Interessant ist auch, dass viele Jugendliche von diesen Boot-Camps in den USA

PsychKG: »Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten«, regelt die Zwangseinweisung von »psychisch Kranken«.

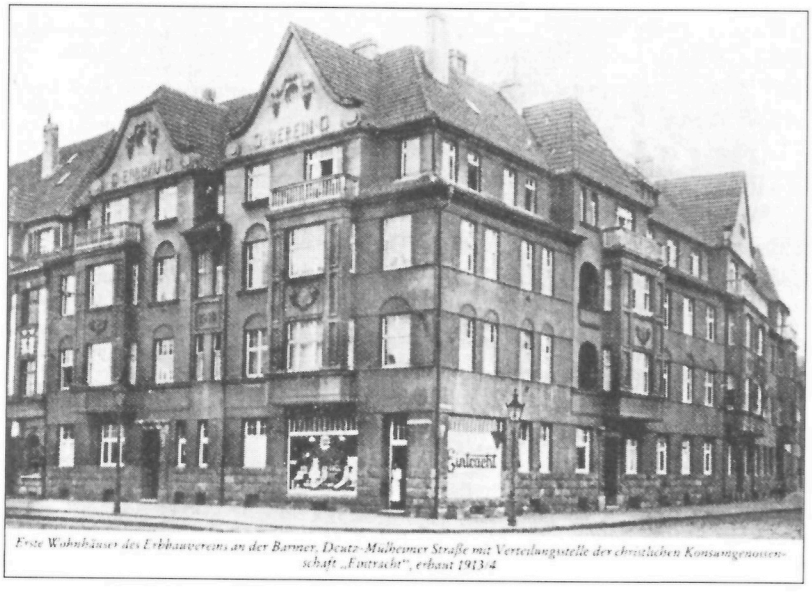
Boot Camps sind Umerziehungslager für Jugendliche, die dort militaristischem Drill unterworfen und mit barbarischen Maßnahmen drangsaliert und gedemütigt werden. Sie wurden in den USA Mitte der 80er Jahre eingeführt. Es gibt Berichte über Missbrauch und Todesfälle.

wissen. Das erzählen die sich in ihren Szenen, was es da in Amerika schon wieder Schlimmes gibt. Da sind die teilweise verdammt gut informiert. Die haben aber andererseits auch ihre Adressen, wo es was zu fressen gibt, wo man Wäsche waschen kann, zu welchen Anlaufstellen man hingehen kann, wer nett ist usw. Wenn sie was brauchen, wissen sie schon, wie sie daran kommen. Es war sehr lehrreich, zu erfahren, wie die das auf der Straße regeln, mit ihren Connects und Bezügen. Da können wir denen eigentlich gar nix erzählen, da sind die uns in der Praxis einfach voraus und tausendmal besser organisiert, gerade was spontane Geschichten angeht.«

Der schwierige Weg zur Selbstorganisation

Die Kölner Punks sind seit Jahren als HausbesetzerInnen unterwegs. Von den meisten dieser Besetzungen haben wir überhaupt nichts mitbekommen. Sie besetzen ohne Öffentlichkeit und politische Statements. Ihre Aktionen sind keine politisch-symbolischen, wie die Besetzungen der Szene, sondern notwendig-reale. Im Barmer Block sind diese verschiedenen Arten der »Aneignung« aufeinandergeprallt – und zusammengekommen.

»Es gab ziemlich schnell den Konflikt: »Ihr macht das doch nur aus politischer Motivation, aber wir sind hier, weil wir nichts zum Pennen haben und auf der Flucht sind«. Da hat es am Anfang ziemlich häufig und auch herbe geknallt. Es gab heftige verbale Auseinandersetzungen. Es war ziemlich lange nicht möglich, gemeinsam ein Plenum zu machen. Bis sich dann aus dem Kreis der Punks eine Partei der »Unpolitischen« organisiert hat, die ARRGH-Partei. Die haben sich große Mühe gegeben, uns »Politischen« vorzuführen, wie wir uns verhalten. Sie haben tagelang mit Schildern demonstriert und Sprechchöre skandiert, wie wir das mit linken Parolen machen. Bei ihnen waren das eher unpolitische Parolen. Sie haben versucht, unser Links-Sein ad Absurdum zu führen. Wir haben das aber nicht als Provokation aufgefasst, sondern fanden das teilweise ganz lustig, dass die ihre eigene Partei gründen und uns nachahmen, und dadurch selber in den Kreis der Organisationen reinrutschen, weil sie auf einmal – ohne dass sie das vielleicht selber gewollt hatten – eine eigene Bezugsgruppe dargestellt haben. Sie wurden von den anderen als Partei angesprochen und waren auf einmal für bestimmte Aufgaben zuständig, wie das Frühstück. Das alles hat dazu geführt, dass irgendwann doch alle auf den gemeinsamen Plena saßen, die super-anstrengend waren, weil es überhaupt keine Regeln gab. Wenn man so was wie eine Gesprächsleitung einführen wollte, kam gleich der Vorwurf, dass man »Chef« ist. Aber selbst die, die am Anfang am meisten dagegen waren, wollen mittlerweile das Plenum, und nach der Erfahrung, dass Durcheinanderbrüllen es nicht bringt, ist das Prinzip der Redeleitung übernommen worden. Inzwischen machen das ganz andere Leute.«



Erste Wohnhäuser des Erbbauvereins an der Barmer, Deutz-Mülheimer Straße mit Verteilungsstelle der christlichen Konsumgenossenschaft „Eintracht", erbaut 1913/4

Diese Annäherung hat viel Zeit gebraucht, und sie war nur möglich, weil einige der »Politischen« mit eingezogen sind und den gesamten Alltag der Besetzung mit organisiert und geteilt haben: die widrigen Bedingungen ohne Wasser und Strom, das Risiko der Räumung, oder die ständigen handfesten Konflikte mit Besuchern, die bei Parties oder Konzerten randalierend und plündernd durch die Häuser zogen. In dieser gemeinsamen Alltagsbewältigung ist zwischen den verschiedenen Gruppen von BesetzerInnen gegenseitiges Verständnis und Toleranz entstanden. Anfangs wussten die wenigsten, was SSK oder SSM bedeutet, und manche hielten uns gar für den SKM oder SKF (Sozialdienst Katholischer Männer/Frauen). Diese böse Verwechslung mit Sozialarbeit und Elendsverwaltung hat sich mittlerweile erledigt. Aber tatsächlich sind SSK und SSM nach mehr als dreißig Jahren in Köln schon fast Institutionen, die von der Stadt bei einer solchen Basisbesetzung gerne als Ansprechpartner benutzt werden.

»Die politisch Verantwortlichen waren offensichtlich sehr verunsichert, dass da nicht dieses links geschulte Sprechvölkchen ankam, sondern wirklich der sogenannte Pöbel, das »Gesocks«. Letztens waren wir bei der Aktion von den Studis, als sie in der FH wegen der Studiengebühren die Senatssitzung verhindert haben. Zu solchen Aktionen kommen immer Leute aus den Häusern mit, sie finden das gut und mischen sich ein. Es waren Leute aus dem Barmer Block, die in der FH die Türen aufgedrückt haben, und nicht wir als Politische. Das waren zwei von der Straße, die einfach zu den Securities gesagt haben: »Ich geh da jetzt durch«. Das haben sie auch gemacht, und die ganzen Studis sind hinterhergeschoben. Sowas kriegt die Gegenseite mit, und sie spielt damit. Man wird mit Informationen und Gesprächsangeboten überschüttet. Im Lauf der Wochen

haben sich Sprachführer herausgebildet, und die Gegenseite hat versucht, nur noch die anzusprechen.

Wir kämpfen auf mehreren Ebenen und es geht um verschiedenste Themen: um den Abriss, die Veruntreuung von Geldern, um den Messe-Skandal, um die ganze Problematik von Wohnraum, oder was die Leute, die jetzt in den Häusern sind, als Alternative kriegen, wenn abgerissen wird. Da fällt es teilweise schwer, alles transparent zu halten. Da bilden sich Strukturen, die man wieder bekämpfen muss. Ich glaube, dass es in jedem Prozess von Auseinandersetzung ein riesiger Energieaufwand für die Wortführer ist, das immer wieder zu vermitteln, gut und möglichst objektiv, dabei mit der eigenen Meinung eher hinterm Berg zu halten und Diskussionsprozesse anzustoßen. Wir hatten von Anfang an das Problem, dass wir zu wenige waren, um das konsequent in einen emanzipatorischen Prozess zu bringen und mit den Leuten gemeinsam nach außen zu vermitteln, in ihrem eigenen Tempo, ihrer eigenen Kommunikation, und eben nicht in unserem Tempo oder in unserer typischen Kommunikation.«

Inzwischen sind Vertreter der Punks bei den »Scheißpolitterminen«, bei den Verhandlungen mit der Stadt dabei und erzählen das selbst im Haus weiter. Politische Aktionen werden gemeinsam geplant und vorbereitet, aus der heterogenen Schar von BesetzerInnen ist eine Gruppe geworden, und aus dem anfänglichen Gegeneinander von Punkern und Politischen eine gute Zusammenarbeit.

»Jemand von der Straße sagte mal zu mir: »Erzähl mir doch nix, wenn ich einmal um den Barmer Block gehe, dann sehe ich hier die Messe und da das fette Hotel, den Bahnhof, den Landschaftsverband, und da die Köln-Arena... ich weiß doch genau, was hier läuft. Dafür muss ich keine Bücher lesen oder wissen, wer im Stadtrat sitzt. Ich hab da keinen Bock drauf, und deshalb bin ich hier.« Es sind nicht nur Leute eingezogen, die eine Wohnung gesucht haben. Für viele hat sich das vermischt, die fanden das cool, in dem Projekt zu sein, das gerade die Stadt anpisst, und nicht in irgendeinem leer stehenden Haus, wo man für ein paar Tage bis zur Räumung unterkommen kann. Deshalb sind so viele mit dem Engagement mitgegangen, weil sie da viel von ihrem eigenen Frust wiedergefunden haben. Diese Verquickung, wie sie sich in meinem Kampf dort wiedergefunden haben, und ich mich in ihrem, das war super, diese Erfahrung habe ich noch nie so stark gemacht.

Wir sind als Barmer Block, wirklich alle Gruppen zusammen, zu den Fraktionssitzungen gegangen, wir haben der SPD das Buffet leer gefressen, wir waren bei den Grünen, bei sämtlichen Ausschüssen, wir sind durch die Stadt gerockert. Das hatte einen großen Spaßfaktor. Wir hatten, für jeden spürbar, eine unheimliche power, und auch genau darin, dass wir total unterschiedlich sind, dass die uns nicht einschätzen können. Die Menschen, die wir antreffen, sind eigentlich alle überfordert von uns.«

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern...

Überfordert war leider auch das »Soziale Zentrum«. In den ersten Wochen der Besetzung überlegte ein »Perspektivenplenum« unterschiedlichster Leute, wie wir diesen Riesenraum, den wir unverhofft erobert hatten, selbst mit Inhalt füllen könnten. Es war ausdrücklich erwünscht, dass Gruppen sich einzelne Häuser nehmen, diese vor Zerstörung schützen und dort ihre Veranstaltungen organisieren. Tatsächlich gemacht haben das nur zwei Gruppen. Der SSK richtete im ehemaligen Laden der Siedlung einen Second-Hand-Laden ein, als

Schnitt- und Infostelle zur Außenwelt, da sich viele Leute kaum trauten, den Block durch den dunklen und szenemäßigen Eingang zu betreten, und mit der Idee, hier eine Erwerbsquelle für die Besetzung zu schaffen. Eine andere Gruppe, die seit längerem versucht, in Köln ein Soziales Zentrum einzurichten, nahm sich ebenfalls ein Haus. Aber schon ihr Einstieg war auf Konfrontation ausgerichtet. Auf Indymedia war von »Abgrenzung« gegenüber den BesetzerInnen die Rede, und der Antisemitismusvorwurf wurde hochgekocht. Ein einzelner Typ in der absolut heterogenen Besetzergruppe hatte Stammtischsprüche über »jüdisches Finanzkapital« u.ä. von sich gegeben. Das nahmen Leute vom Sozialen Zentrum und andere zum Anlass, die gesamte Besetzung als »antisemitisch« zu diffamieren.

»Wir waren erstmal längere Zeit damit beschäftigt, intern zu klären, wie wir mit der Person umgehen. Die hat ganz klar die Auflage gekriegt, dass solche Sprüche hier nicht laufen. Aber viele von uns halten nichts von Ausgrenzung. Diese Person wurde schon vor diesen Äußerungen nicht ganz ernst genommen, die war meinungsmäßig überhaupt nicht gefestigt, und musste sich nun ständig der Auseinandersetzung stellen. Ich dachte, wir hätten das ganz gut im Griff, und habe die

Angriffe von außen, dass wir uns nicht damit auseinandersetzen würden, nicht verstanden. Bis ich dann kapiert habe, dass damit eigentlich gemeint war, wir müssten eine Stellungnahme abgeben. Wir sind von verschiedenen Seiten angegriffen worden, teilweise von Leuten, die nie im Barmer Block waren, aber gehört hatten, »dass da ein Antisemit ist«. Am Anfang sind da viele Menschen eingezogen, die wir gar nicht kannten, und dann hat einer eine Deutschlandfahne aus dem Fenster gehängt. Als wir den Typen zur Rede gestellt haben, hat der was von Fußball und WM erzählt. Aber die Fahne wurde wieder als Indiz genommen, dass wir ein antisemitisches Projekt sind. Es gab Aufforderungen, uns die Unterstützung zu entziehen. Leute kamen ins Haus, nur um uns anzumachen, was wir für ein Scheißprojekt sind. Das hat zu einer Antistimmung geführt, gegen alles, was irgendwie politisch daher kam und diskutieren wollte, weil die Leute das Gefühl hatten, sie müssten sich rechtfertigen und man will ihnen was.«

Die Leute vom Sozialen Zentrum kamen nur für ihre Veranstaltungen. Sie haben weder den Alltag der Besetzung geteilt, noch dort übernachtet. Bei Konzerten nahmen sie bis zu 5 Euro Eintritt, was die meisten BewohnerInnen nicht zahlen konnten. BesetzerInnen wurden damit von Veranstaltungen im Hause ausgeschlossen. So entstand der Eindruck, dass sich Leute ins gemachte Nest setzen und Geld scheffeln auf dem Rücken derjenigen, die die Besetzung tragen, kaum Geld haben und sich auch noch von Bürgerkindern beschimpfen lassen müssen. Bei diesem Aufeinanderprallen der Welten hat das Soziale Zentrum leider keinerlei Sensibilität für soziale Verhältnisse gezeigt. Die Reaktionen waren ebenfalls nicht schön.

»Als das Soziale Zentrum immer nervöser wurde, der schlimmen Besetzer wegen, haben die Punks überall neben dieses »Kein Platz für Antisemitismus« geschrieben: »88 heißt Halli Hallo«. Manche sind wirkliche Dumpfbacken, aber andere machen das aus Provokation, und wenn du mit deinen linken Mechanismen da einsteigst, dann kommst du aus der Schleife nicht mehr raus. Ich fand die teilweise hart. Sobald das Soziale Zentrum ankam, haben die sich verhalten, als wären sie alle mega-rechtsradikal. Mir in meiner ganzen Erklär- und Aufbauarbeit hat das nicht gefallen, aber ich konnte das andererseits nachvollziehen, dass sie sich dagegen wehren, in eine Schublade gesteckt zu werden. So läuft das eben auf der Straße: Kommst du mir doof, dann komme ich dir noch dööfer.«

Nach drei Wochen Gegeneinander und einer Eskalation nach einem Einbruch verließ das Soziale Zentrum Mitte April den Barmer Block.

»Das Soziale Zentrum war das einzige abgeschlossene Haus im ganzen Block. Zweimal haben Jungs versucht, da einzubrechen. Dabei haben Leute von uns heftig Prügel gekriegt. Die hatten irgendwann keinen Bock mehr, dieses Haus zu beschützen. Dann ist wieder eingebrochen worden, es gab den Vorwurf, der Einbruch wäre von uns ausgegangen, und dann gab es auf einmal einen 15-köpfigen Greiftrupp vom Sozialen Zentrum, der die Wohnungen der Leute durchsucht hat. Da war der Ofen aus, und es kam tatsächlich zu gewalttätigen Übergriffen von beiden Seiten. Damit war der Versuch gestorben, da mehr linke Kultur und linke Inhalte einfließen zu lassen.«

Manches an diesen Ereignissen und Auseinandersetzungen erinnert an die Anfänge des SSK. Ende der 60er Jahre wurden mit der Heimkampagne die Zustände in der öffentlichen »Fürsorge« zum Skandal gemacht. Die Jugendlichen hauten in Scharen aus den Heimen ab. StudentInnen, die vom Proletariat enttäuscht waren, weil dieses nicht die erhoffte Bereitschaft zum Umsturz zeigte, kamen auf der Suche nach einem neuen revolutionären Subjekt auf die »Randgruppen«. Marcuse und Fanon lieferten die theoretische Begründung für die Hinwendung zu den »Deklassierten«. In der Praxis mit Heimjugendlichen und Ex-Knackis kam es aber zu einer Menge Enttäuschungen. Auf der »Randgruppenkonferenz« 1970 tauschten die Gruppen ihre Erfahrungen aus, erklärten die »Randgruppenstrategie« für gescheitert und propagierten stattdessen Stadtteil- und Betriebsarbeit. Bei der Begründung dieses Schritts griffen sie teilweise zu demselben stigmatisierenden Vokabular, das auch die Behörden benutzen, und sie erklärten die Jugendlichen zu einem Fall für die Sozialarbeit.

Der SSK machte diesen Schwenk nicht mit, weder praktisch noch theoretisch. Hier galten die obdachlosen Jugendlichen nicht als »Lumpen«, sondern als Teil der Arbeiterklasse, als verelendete junge ArbeiterInnen, und die Fürsorgeerziehung wurde als »Disziplinierung der Arbeiterschaft« kritisiert. Aus der Kritik am Sozialstaat entstand der Selbsthilfeansatz, und aus der Kritik der Sozialarbeit der Versuch, die Hierarchien zwischen »Bürgerlichen« und ArbeiterInnen in der eigenen Organisation immer wieder zu bekämpfen. Viele der damaligen Revoluzzer hielten diesen Ansatz für unpolitisch. Die Argumente gleichen denen gegen den Barmer Block: Nur für billigen Wohnraum kämpfen ist nicht revolutionär, und mit den Leuten von der Straße kann man nichts anfangen, weil da Alkohol, Drogen und Gewalt herrschen. Allerdings muss man der damaligen Diskussion zugute halten, dass es dabei immerhin noch um eine Strategie zur Revolution ging. Die heutigen selbsternannten Linksradikalen – die sogenannten Antideutschen – wachen dagegen nur noch darüber, dass der Sprachgebrauch überall politisch korrekt ist, und jegliche Aktion von unten – nicht nur von »der Straße«, sondern auch von ArbeiterInnen – steht

Herbert Marcuse beschreibt in seinem Werk *Der eindimensionale Mensch* (1964) die Industriegesellschaft als Gesellschaft ohne Opposition, in der das Proletariat integriert und zur Stütze des Systems geworden ist. Lediglich die Randgruppen hätten weiterhin nichts zu verlieren als ihre Ketten: *»Unter der konservativen Volksbasis befindet sich jedoch das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und die Arbeitsunfähigen. Sie existieren außerhalb des demokratischen Prozesses: ihr Leben bedarf am unmittelbarsten und realsten der Abschaffung unerträglicher Verhältnisse und Institutionen. Damit ist ihre Opposition revolutionär, wenn auch nicht ihr Bewusstsein. Ihre Opposition trifft das System von außen und wird deshalb nicht durch das System abgelenkt; sie ist eine elementare Kraft, die die Regeln des Spiels enthüllt.«*

Frantz Fanon betont in seinem antikolonialistischen Manifest *Die Verdammten dieser Erde* (1961, dt. 1966) die Bedeutung von Bauern und städtischem Lumpenproletariat für Befreiungsbewegungen, da die Arbeiter in den kolonisierten Ländern zur Arbeiteraristokratie verkommen wären.

Zur Kritik der »Antideutschen« und ihrer Taktik, den Antisemitismusvorwurf als Allzweckwaffe zur Diffamierung sozialer Kämpfe einzusetzen, siehe verschiedene Artikel im Wildcat-Zirkular Nr.63 vom März 2002, v.a. S.32ff

für sie per se im Verdacht des Antisemitismus . Mit einer solchen Haltung kann man sich vielleicht moralisch auf der richtigen Seite wähnen – aber sicher nicht die Verhältnisse auf den Kopf stellen, die all diese Scheußlichkeiten hervorbringen.

Wo Gewalt herrscht…

Die Erfahrungen, die Obdachlose tagtäglich mit der Staatsgewalt machen, sind wesentlich härter als das, was die Politszene normalerweise abbekommt. Viele BesetzerInnen haben Erfahrungen mit Knast und Heim, und einige sogar mit Krieg.

»An einem Abend haben die Kameruner über ihre Erfahrung als Kindersoldaten erzählt. Wir saßen am Feuer, Leute verschiedenster Herkunft. Die Kameruner haben lange erzählt, es herrschte totale Stille, alle haben zugehört. Nach und nach haben die Leute angefangen, von ihren Erfahrungen zu erzählen. Die hatten ganz schnell die verbindenden Elemente raus. Bei den ganzen harten Geschichten habe ich mich total als Außenseiterin gefühlt. An diesem Abend herrschte eine klasse Atmosphäre. Die Verhältnisse waren am nächsten Tag anders, da sind neue Solidargemeinschaften entstanden. Wenn Leute mit solchen Geschichten durch die Gegend laufen, ist natürlich jede Menge Aggressivität im Spiel. Wenn die ausbricht, muss man damit umgehen können. Da wird für Leute vermittelt, die unangenehm auffallen. Das war eine Supersozialarbeit, die sie untereinander geleistet haben, und die man von außen überhaupt nicht als solche wahrnimmt. Sie selbst würden das auch nicht so bezeichnen, aber das ist untereinander auf der Straße gang und gäbe.

Ich hatte bei der Besetzung das Gefühl eines großen Potenzials, das aber nicht von der Linken kam, sondern von der Basis, von den Leuten von der Straße. Was man vielleicht als Linke noch ein bisschen kanalisieren muss, damit es sich nicht wahllos schon zehn Meter vorm Haus entfaltet, sondern am richtigen Punkt. D.h. man muss sich in die Bahn setzen und zu den entsprechenden Stellen fahren. Ich habe eine Menge schöne Erinnerungen, wo uns das im Ansatz gelungen ist. Aber eben nicht mit meinen üblichen MitstreiterInnen, sondern mit völlig anderen Leuten – und mit wesentlich mehr power. Das war eine Hammer-Erfahrung. So ähnlich wie bei den Camps, die von MigrantInnen mit organisiert wurden, also nicht die typischen Grenzcamps, sondern z.B. das in Fürth, wo viel mehr MigrantInnen vor Ort waren, aus Gruppen wie der Karawane und The Voice, und wo viel mehr Kraft drin steckte. Da sind Demos viel krawalliger, obwohl sie von ihrer Basis her viel mehr Repression zu befürchten haben.

An dem Abend, an dem die Securities provoziert haben, die zuerst für Faschos gehalten wurden, da standen auf einmal dreißig Leute mit Knüppeln draußen auf der Straße, und die Bullen dazwischen. Und ich habe gedacht: Wenn's hier knallt, dann sind wir ja gar nicht so wehrlos! Das hat eine große Macht ausgestrahlt, die ich so bei Hausbesetzungen noch nicht erlebt habe. Das war eine beeindruckende Bereitschaft, das Haus auch körperlich zu verteidigen. Das ist nicht mein Stil, ich könnte das nicht, und ich hätte zuviel Schiss davor. Aber mir ist aufgefallen, dass wir oft nur Worthülsen haben, wenn wir überlegen, was wir bei einer Räumung machen, und letztlich endet man bei irgendeiner Spaßaktion oder bei juristischer Kleinstreiterei. In der Situation wurde nochmal klar, dass die Räumung einen heftigen Mix ergeben wird, von Leuten, die sich friedlich verhalten, von Leuten, die Spaßaktionen machen, und Leuten, die sich richtig militant verteidigen.«

Die Barmer Ersatz Gruppe

Der Barmer Block ist am 1. Juni geräumt worden. Der Staat hatte offensichtlich ebenfalls Angst vor dem Mix. Hunderte von Bullen waren im Einsatz, und als erstes stürmte morgens um vier Uhr das SEK mit gezogenen Waffen die Häuser. Angesichts dieser Übermacht versuchte niemand sinnlosen Widerstand. Aber noch am selben Tag wurde neben dem Block mit Planen und Zelten das Camp der »Barmer Ersatz Gruppe« eingerichtet. Von der Stadt wurde gefordert, den Menschen, die sie obdachlos gemacht hat, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, und zwar als Gruppe. Nach der kurzen Besetzung eines anderen Hauses rückte die Stadt pünktlich zum Beginn der WM zwei Etagen in einem Hochhaus raus, das im September abgerissen werden soll. Als Übergangslösung ist das akzeptabel. Aber die Aktionen gehen weiter, und wenn die Stadt nicht bald eine Bleibe auf Dauer rausrückt, werden weitere Besetzungen folgen. Arrgh!

alix

Zöglinge und Studenten

»Wir sind nicht ehemalige Heimzöglinge. Wir sind ehemalige Studenten. Die Kluft zwischen ihnen und uns erleben wir jeden Tag.
Wir haben bemerkt, dass wir nicht weiterkommen, wenn wir sie leugnen.
Aber eins haben wir gemeinsam: Wir sind Ehemalige. Wir sind dabei, unsere gesellschaftlich vorbestimmten Positionen zu verlassen. Sie sind der Ausschuss der Produktion von Proletariat. Wir sind der Ausschuss der Produktion von Privilegierten.
Auf dieser Basis lernen wir voneinander, unsere verschiedenen gesellschaftlichen Positionen gemeinsam einzusetzen. Durch ihr Beispiel entdecken wir auch bei uns das Bedürfnis nach einer neuen Gesellschaft, von uns bekommen sie die Einsicht in die Notwendigkeit.
Überall da, wo wir in dieser Gesellschaft gemeinsame Interessen verwirklichen, entsteht ein Stück der neuen Gesellschaft. Für Momente erfassen wir sie in gemeinsamen Aktionen und gemeinsamer Artikulation.«

Aus dem Buch »Ausschuß«, über die ersten Erfahrungen des SSK. Von den beiden Büchern von Lothar Gothe und Rainer Kippe über die Anfangszeiten des SSK sind in Köln noch einige Exemplare erhältlich.
Zu beziehen für je 2,50 plus Porto über den Wildcat-Vertrieb.

Ausschuß (1970)
Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen

Aufbruch (1975)
5 Jahre Kampf des SSK: von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter

Stolzer Abschaum
Das Gespenst der Undankbaren

von Matthew Hyland *

Kurz nach den »Krawallen« in Frankreich letztes Jahr soll der dortige Innenminister und Möchtegern-Präsident Nicolas Sarkozy gedroht haben, »Familien, die sich der Integration verweigern«, hinauszuwerfen. Ob er das tatsächlich gesagt hat oder nicht[1], der Ausspruch steht für einen ideologischen Taschenspielertrick, der mittlerweile nur zu geläufig ist. Dabei wird eine Frage nach dem Handeln von Institutionen begrifflich so umgedreht, dass es klingt, als ginge es um das Verhalten oder den Charakter einzelner Subjekte. Wobei es natürlich darum geht, Menschen rückwirkend für das verantwortlich zu machen, was ihnen zugestoßen ist.

Das Sarkozy zugeschriebene Statement lief auf den Vorschlag hinaus, der Staat solle seine Grenzen benutzen, um zu entscheiden, welche Ausländer *républicains* genug seien; fortan sei für diejenigen, denen der Innenminister die Gunst der Nichtausweisung erwiese, eben dies der (vorläufige) Beweis, dass sie sich nicht »der Integration verweigert haben«. Natürlich wäre es nie offen genau so gesagt worden, faktisch aber war es schon Politik – dank Sarkozys Befehl, die Abschiebeprozedur für alle in der Nähe der »Unruhen« *festgenommenen* (nicht verurteilten!) Nicht-Bürger zu beschleunigen.

Diese Geschichte zeigt nicht nur die Funktionsweise eines in der rhetorischen Produktion angeblicher sozialer Probleme häufig benutzten Mechanismus auf, sie weist auch auf einen bemerkenswerten Umbruch im Gebrauch des Begriffs »Integration« hin – eines Begriffs, der in jüngster Zeit zu einer springenden Banalität der Rassenpolitik geworden ist.

Die Rassen-Integration, die bekanntlich in den 50er und 60er Jahren von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gefordert und schrittweise auch erreicht wurde, hatte eine klar umrissene Bedeutung: die Abschaffung *formaler* Rassen-Segregation in Institutionen wie etwa bei Wahlen, in der Schule, im öffentlichen Verkehr und in der Lokalverwaltung im Allgemeinen. Nur die erbittertsten Gegner einer so verstandenen Integration hätten erwartet, dass sie die Ökonomie des Rassismus im größeren Maßstab zusammenbrechen lassen würde (darum geht es in dem älteren, blutigeren und immer noch tobenden Kampf, in dem der begrenzte Sieg der Bürgerrechte / der Integration mit Sicherheit eine wichtige Episode darstellte). Aber es besteht kein Zweifel daran, dass in dem Moment, als der Begriff ins gängige politische Vokabular einging, der *Sinn* – d.h. die Richtung – des Imperativs »Integrieren!« klar war. Er richtete sich natürlich an die Rassenmehrheit: Das selbst konstituierte »weiße«[2] Amerika wurde gezwungen, eine Veränderung der Umstände hinzunehmen, die es nicht wollte, und diese Veränderung ging von dem rassisch Anderen aus, dessen Minderheitsstatus (im Sinne von »Kindheit«: angebliche Unfähigkeit zu rationaler und effektiver Machtausübung) einen Mythos darstellte, der wesentlich für den des Weißseins war. Vor allem folgte damals aus der Bedeutung von »Integration« logisch, dass sie eben nicht von (persönlich vielleicht durchaus bigotten) Individuen verlangt wurde, sondern von Institutionen in einer letztendlich bis hinauf zum Nationalstaat reichenden Verantwortungshierarchie[3].

Im Europa des Jahres 2006, in dem das oben zitierte Sarkozy-Phantom und unzählige andere die Ausländer warnen, sie sollten sich integrieren oder verschwinden, stellen wir nun fest, dass sich der Sinn (d.h. die Richtung) des Integrations-Imperativs über die letzten 40 Jahre hinweg umgekehrt hat. Der Befehl zur Integration richtet sich nun im Namen einer Mehrheit pausenlos *an* mutmaßlich »Andere«. Damit kehrt sich auch das andere wesentliche Merkmal der früheren Bedeutung um: Der Imperativ wird nun *vom* Staat und seinen nachgelagerten Einrichtungen *an* einzelne Subjekte gerichtet. (Dabei macht es übrigens keinen Unterschied, ob eine Multitude großmäuliger Freibeuter beim Warnen mitmacht. Ob sie es merken oder nicht, jedesmal wenn sie davon sprechen »Härte zu zeigen«, identifizieren sie sich mit dem Staat und berufen sich auf seinen Schutz.)

Was ein transitives Verb war (z.B. »Der Staat muss *die Schule* integrieren«), wird so intransitiv und reflexiv (»die Ausländerin muss *sich* integrieren«). Sich *in was* integrieren? In »die Gesellschaft«, »die Gemeinschaft«, »die demokratischen Werte« usw.

---

* Das Original ist im Mai 2006 unter dem Titel **Proud Scum – The Spectre of The Ingrate** in *Mute* Vol 2 # 2 erschienen (www.metamute.org/?q=en/proud-scum-the-spectre-of-the-ingrate).

[1] Zumindest meinte der neo-habermas'sche Soziologe Ulrich Beck es gehört zu haben und wiederholte es im *Guardian*. Langwieriges Suchen ergab keine weiteren Spuren. Aber wie oben lang und breit ausgeführt, geht es hier nicht um Spuren.

[2] Eine eben durch aktive – formelle wie informelle – Ausschließungsverfahren selbst ernannte Mehrheit. Dass die Mehrheitsgrenze fließend ist und sich durch diese Praxen konstituiert, wird bezeugt durch das Weiß-Werden von Immigrantengruppen wie den Iren, Juden und Südeuropäern in Ländern wie den USA und Australien. Der klassenübergreifende Anglo-Keltische »Aussie«-Pakt, den Angela Mitropoulos in *Under the beach, the barbed wire* (http://www.metamute.org/en/Under-the-Beach-the-Barbed-Wire) beschreibt, ist ein aufschlussreiches Beispiel für diesen Prozess.

[3] Kämpfe wie die gegen die endemische rassistische Alltagsgewalt im Süden oder die überwältigend rassistisch aufgeladene Struktur der Ausbeutung in der Arbeit und des »Strafjustiz«-Komplexes sind verwandt und auch institutionell, aber in ihnen geht es überhaupt nicht um »Integration«.

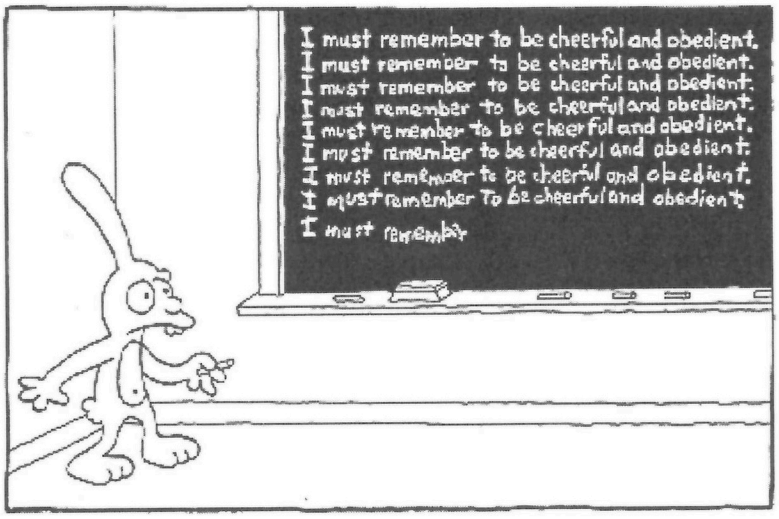
Dass solche Universalität beanspruchenden Namen, wie Angela Mitropoulos angemerkt hat[4], Standard-Aliasnamen für den Nationalstaat sind, ist in diesem Fall völlig klar: *Der von der »Gesellschaft« verlangte Akt der (Selbst-) Integration ist nur negativ definiert, und zwar durch das staatliche Handeln, das seine Unterlassung polizeilich überwacht.* So umformuliert erinnert uns die Sarkozy-Doktrin zumindest daran, dass das Fehlen von verständlichem Inhalt in einem Befehl ganz sicher nicht bedeutet, dass dieser nicht mit (Polizei-) Gewalt durchgesetzt wird. Vielmehr bleibt der Inhalt des Gesetzes auf Dauer vorläufig und wird nur rückblickend in jedem Einzelfall offengelegt, und zwar von der Einrichtung, die die Konsequenzen seiner Nicht-Befolgung durchsetzt.

Hari Kunzru stellt in *Mute* 2#2 fest, dass im britischem Regierungsdiskurs und der ihn umgebenden Debatte der biologische Begriff »Rasse« zunehmend durch »Kultur« ersetzt wird, was zu einem bunten Durcheinander von ethnischen, religiösen, linguistischen und biologischen Kategorien führt. Wenn man diese Erscheinung verstehen will, sollte man bedenken, dass zwar sowohl »Rasse« als auch »Kultur« sich als Gruppenzugehörigkeit auf jemanden projizieren lassen, aber nur der Begriff der Kultur sich auch dem Willen der mutmaßlichen Gruppenmitglieder zuschreiben lässt. Anders als bei der Rasse können sie *dafür verantwortlich gemacht werden.* Diese Möglichkeit einer Erpressung mit der »Verantwortlichkeit« macht die Kultur zu einer nützlicheren Kategorie als die Rasse für einen Komplex formeller und informeller Strategien und öffentlicher Diskurse, die sich um einen Begriff wie »Integration« drehen, der positiv nicht mehr und nicht weniger bedeutet als die unendliche Verpflichtung (bestimmter) Subjekte gegenüber dem Staat und seinen Vertretern.

Wie das funktioniert, lässt sich an fast jedem Manifest der britischen politischen Mitte oder an den Kommentaren der »seriösen« Medien und Think tanks über Identität, Migration, Sicherheit, Antisozialität usw. ablesen. Befürworter wie Gegner einzelner politischer Initiativen sind sich bemerkenswert einig, dass (a) so etwas wie »wir« oder »die Gesellschaft« existiert, dessen Verewigung (b) wünschenswert, aber (c) bedroht sei von der kulturellen Selbstausgrenzung bestimmter Personen, die deshalb (d) dazu gebracht werden müssten, ihr Verhalten zu ändern. Uneinigkeit besteht nur über die Frage, welche bestimmten Ausbrüche von Entfremdung »uns« bedrohen oder nicht, und mit welcher Mischung von Anreiz, Zwang oder Ausschluss sich die gewünschten Änderungen durchsetzen lassen.

In letzter Zeit hat sich diese Art von Sprache in Europa hauptsächlich an die (zu einer Kultur, und zwar – noch absurder – zu einer einheitlichen, umgedeuteten) »Muslime« gerichtet, aber es besteht kein Zweifel daran, dass sie reif für eine Anwendung in breiterem Maßstab ist. Mittlerweile hat sich der logische Trick zu einer einigermaßen regelmäßigen rhetorischen Form entwickelt. Erst beruft man sich auf eine Tatsache, die äußerstes moralischesGewicht beansprucht (wobei die Diaspora orientalischer Bomben in der westlichen Metropole das offensichtliche, aber keineswegs das einzige Beispiel ist), und dann folgen einige Betrachtungen über die Des-Integration des kulturellen Verhaltens (vorzugsweise eine Mischung von Anekdoten und aus dem Zusammenhang gerissenen Statistiken, wie etwa: »Nur x Prozent der hier geborenen Muslime sehen sich selbst als Briten, und in Teilen der Stadt spricht niemand Englisch«). Dabei wird vorausgesetzt, dass die notwendige kausale Verbindung zwischen beiden Arten von Erscheinungen zu offensichtlich ist, um ausgesprochen werden zu müssen, und der »Experte« geht direkt über zu der Frage, was im einzelnen getan werden sollte, um *die kulturell desintegrierten Subjekte zu einer Selbst-Identifikation mit der »Gesellschaft« zu veranlassen.* Eine Debatte kann es nur um die letztere, fast technische Frage geben: Alle Kommentatoren stimmen feierlich und fraglos darin überein, dass das Versäumnis, *etwas zu tun*, also irgendwie auf diesem (kulturellen) Gebiet zu intervenieren, letztlich bedeuten würde, Bomben, Bandenkriege, Sweatshops oder jedes andere (materielle) gesellschaftliche Übel zu akzeptieren, von dem gerade die Rede ist.

In bürgerlichen Demokratien bildet man sich allgemein ein, die Unterwerfung unter die Staatsmacht (z.B. die Hinnahme der Individuation im Strafrecht und für Steuerzwecke) sei mit einem gewissen Maß an persönlicher Autonomie verbunden. Aber obgleich die Undankbare, die *Ingrate*[5] (wie wir das des-integrierte Subjekt, die Adressatin von Interventionen auf der Basis von kulturellem Profiling von nun an nennen wollen) schon ebensosehr dem Gesetz ausgeliefert ist wie jede andere,



[4] Mitropoulos, ebenda: »Praktisch liegt ihr Rassismus in der Annahme, dass das Problem in einer gescheiterten Integration bestehe, d.h. sie wiederholen die klassische soziologische Fixierung auf sozialen bzw. nationalen Zusammenhalt. Dabei wird der Nationalstaat als natürliche Einheit vorausgesetzt – oft, indem man ihn als ›Gemeinschaft‹ oder ›Gesellschaft‹ verbrämt –, um dann das Auftreten von Spaltungen, die für eben diese Konstruktion nationaler Einheit nicht brauchbar sind und von ihr normalisiert werden, als zu lösendes Problem hinzustellen.«

gilt ihre intime Subjektivität als öffentliches Eigentum und ist abhängig von einer zufriedenstellenden nationalen Identifikationsleistung. Private Individualität muss man sich durch öffentliche Zurückstellung anderer Gruppenzugehörigkeiten *verdienen.* Im Gegensatz zu allen anderen wird von der *Ingrate* verlangt, subjektive Hingabe an die »Gesellschaft« durch *ergänzende,* über die gesetzlich vorgeschriebenen hinausgehende Gesten zu demonstrieren. Daher wird die *Ingrate* nicht nur gebeten, ihre kulturelle Praxis den Vorlieben einer angeblichen Mehrheit anzupassen, sondern von ihr wird auch erwartet, für ihre bereits vorhandene Unterwerfung unter den Staat *die Verantwortung zu übernehmen,* rückwirkend den *Willen* dazu zu zeigen.

All das passt voll und ganz in den Mainstream des institutionellen Rassismus in der Zeit nach der formalen Integration, auch wenn »Rasse« in jüngster Zeit in einigen rassistischen Diskursen heruntergespielt wird. Es sind nämlich immer noch dieselben Kombinationen von Hautfarbe, geographischem Hintergund, Sprache und Religion – ob sie nun fälschlicherweise als »Rasse« oder als »Kultur« klassifiziert werden, die den völlig unverhältnismäßigem (Löwen)Anteil an institutionellem Eingreifen abbekommen, wie etwa kriminalpolizeiliches Profiling, Zwangspsychiatrisierung oder Einsperren im informellen Arbeitsmarkt. Das heisst, das Gesetz gilt wörtlich für alle gleich, aber die *Ingrates* müssen mehr tun (oder auf mehr verzichten), um nicht seiner Gewalt zum Opfer zu fallen. Wie immer schon führt das zur gewaltsamen inneren Schichtung der arbeitenden und polizeilich überwachten Klasse im weiteren Sinne.

In ihrem Essay *Under the beach, the barbed wire* diagnostiziert Angela Mitropoulos präzise die Rolle eines solchen Rassismus auf dem »freien« Arbeitsmarkt. Die klassische Theorie des Gesellschaftvertrags und insbesondere des individuellen Arbeitsvertrags, wie sie die klassische Ökonomie versteht und wie sie in den letzten Jahren mit eschatologischem Nachdruck wiederbelebt wurde, enthält im Kern die Ausübung von Zwang auf die eingeschränkten Subjekte (auf diejenigen auf der Verliererseite eines asymmetrischen Verhältnisses, wie Mitropolous schreibt) zu einem förmlichen, rückwirkenden Willen zu ihrer Situation. Ob man sich für Einkommen statt Elend oder für einen Aufenthaltsstatus statt Staatenlosigkeit »entscheidet«: Die Verantwortung für die *Bedingungen* der Entscheidung wird von denjenigen übernommen – oder richtiger empfangen – , denen diese Bedingungen auferlegt werden. Vor allem beruht die zwingende Macht des Vertragsregimes (ob die Staatsbürgerschaft im Allgemeinen oder die Beschäftigung im Besonderen) auf seiner Grenze und dem Schrecken des kaum noch subjektiven Lebens dahinter. *»Einfach gesagt: Ohne den Ausländer lassen sich der Begriff und die Praxis des Gesellschafts- (oder Arbeits-) Vertrags – als eines freiwilligen Übereinkommens zwischen mehr oder weniger symmetrischen Akteuren – nicht halten.«*[6]

Das liegt an der wesentlichen historischen Rolle, die Grenzen und Gerichtsbarkeit bei der Erhebung privaten Eigentums zu einem einheitlich durchgesetzten Gesetz gespielt haben, aber auch an der Abhängigkeit der Akkumulation von einer globalen Arbeitsteilung, die selbst wiederum von nationalen und supranationalen (z.B. EU, British Commonwealth) Grenzen und *all ihren inneren nachgelagerten Schichtungen* abhängt. Damit jemand willentlich ein Verlustgeschäft eingeht, muss das, was außerhalb des Arrangements liegt, deutlich schlechter gehalten werden. Daher die fundamentale Rolle des ausgestoßenen Ausländers, des außergesetzlichen Fremden[7], der keine Macht hat, irgendwelche Verträge einzugehen, sondern von der *Willkür* der institutionellen und/oder illegalen Vermittler der Subsistenz abhängt. Das gesetzlich geschaffene »Unvermögen« der unheilbar Fremden, Verträge einzugehen, wird natürlich auf ihre angeborene rassische, tiefsitzende kulturelle und/oder einfach moralische Unfähigkeit geschoben. Die Nützlichkeit dieser Figur der Fremden besteht darin, dass ihre Situation sich *provisorisch* auf Millionen von teilweise oder potentiell dem Gesellschafts-/Lohn-Vertrag *gegenüber Fremden* ausdehnen lässt: all die *Ingrates,* von denen ein zusätzlicher nicht entlohnter Aufwand für das Privileg der Vertragsschließung erwartet wird. So wird etwa dem Langzeit-Sozialhilfeempfänger, dem ASBO-Kandidaten[8] und dem unkooperativen Psychiatriepatienten ebenso klar gemacht wie dem kulturell Fremden, der sich ungenügend um Integration bemüht, dass sie, wenn sie ihre Subjektivität nicht bereitwillig an beliebige angebotene Bedingungen anpassen, eine Art Rückwärts-Assimilation riskieren, ein Aufgehen im *abstrakten Fremden,* dessen behinderndes Anderssein angeblich die Integrität der Gesellschaft bedroht und der deshalb ständig präventiver polizeilicher Überwachung und materieller Abhängigkeit ausgesetzt ist.

Für die absichtlich Vertragslosen und Desintegrierten existiert in Großbritannien inzwischen ein populäres institutionelles Instrument, das bei Sozialhilferazzien, in der Schuldisziplin, in der Psychiatrie, im Sozialwohnungswesen und dem sich ausweitenden Randbereich der »Strafjustiz« angewandt wird, nämlich ergänzende Verträge, »die man nicht ablehnen kann«. Die relative Normalisierung dieses Instruments ist vielleicht nicht überraschend angesichts der Tatsache, dass Bedingungen, die früher klar mit der »ausländischen« Seite der Grenze um den National-/ Lohnvertrag herum identifiziert

[5] **Ingrate**: wörtlich übersetzt »undankbar«. Wir haben uns entschieden, das englische Wort in der deutschen Übersetzung beizubehalten, weil es gleichzeitig im Wort Integration »gefangen« steckt. [Anm. d. Übers.]

[6] Mitropoulos, ebenda.

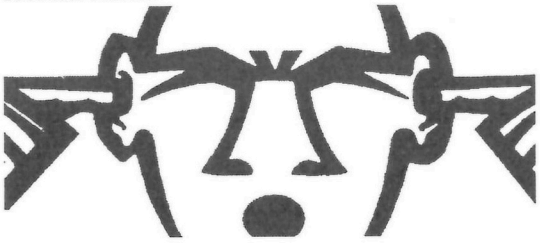
[7] Diese Position nimmt heute stereotypisch der »Asylbewerber« oder der illegale »Wirtschaftsflüchtling« ein; aber früher spielten der Barbar, der Wilde, der Sklave usw. dieselbe Rolle in der Formierung und Disziplin der (Vertrags-) »Gesellschaft«. Die in Italien übliche Beleidigung »extracomunitario«, bei der »comunità« (Gemeinschaft) sich wörtlich auf die EU bezieht, aber ähnlich wie auf englisch [und deutsch] einen Beiklang von »Gemeinschaft« im Sinne einer gemeinsamen sozialen Identität wie auf dem Dorf hat, zeigt, wie stark institutionelle Tatsachen und Volksaberglauben in der modernen rassistischen Praxis miteinander verflochten sind.

[8] ASBO = *anti-social behaviour order* [Verfügung gegen antisoziales Verhalten]: gerichtliche Verfügung, die gegen eine hartnäckig unkriminelle Person verhängt wird und ihr ein passendes Delikt schneidert, um zu verhindern, dass sie den Klauen des Gefängnisindustriekomplexes entkommt. Eine juristisch normalerweise harmlose Tat wird nach gerichtlichem Ermessen ausschließlich für die ASBO-Empfängerin zu einem Verbrechen, das mit Freiheitsstrafe bestraft werden kann. Sie muss ins Gefängnis für eine Tat, die bei niemand anderem strafrechtlich relevant wäre. Die britische Labour Regierung hält die Erfindung der ASBOs für eine ihrer stolzesten Errungenschaften. »Hart arbeitende Familien« sind aufgefordert, in ihrer Nachbarschaft Kandidaten für eine *anti-social behaviour order* zu nominieren.

wurden, sich schon seit längerem ausbreiten. Wie Mitropoulos schreibt, war der Lohnvertrag, durch den sich herkömmlicherweise Lohnarbeit von Sklavenarbeit unterschied, »immer schon demographisch und geopolitisch rationiert«, doch mit der unbegrenzten gegenseitigen Durchdringung von Arbeits- und unentlohnter Zeitlichkeit gleicht das heutige »›reguläre‹ Arbeitstempo immer mehr der Zeitlichkeit der Sklaverei (und nicht zuletzt der Hausarbeit)«[9]. Das Gespenst des absolut unvergleichbaren Ausländers mobilisiert bei manchen immer noch eine aggressive klassenübergreifende Identifikation mit der Nation und treibt viele andere dazu, sich verzweifelt abzustrampeln, um auf der richtigen Seite der Grenze eingeordnet zu werden, aber die »drinnen« werden nicht mehr wie früher durch ein dauerhaftes Lohnarbeitsverhältnis mit separater »Lebens«zeit ausgezeichnet und belohnt. Sichtbarer und dauerhafter Erfolg beim »Integrieren« ist ebenso im Verschwinden begriffen wie das geregelte Arbeitsverhältnis, das ihn einst verkündete. Unterdessen greifen provisorische, ad hoc- und individuelle Verträge oder Vorverträge um sich, die eine vorbehaltlose Verpfändung von Subjektivität erfordern, damit sie nicht einseitig aufgekündigt werden. In diesem Sinne ist die »demographische Rationierung« von Lebens-und Arbeitsformen weniger klar abgegrenzt als zuvor, aber sie sorgt für weiterreichende Entbehrung und Zwang denn je.

Natürlich sollte die Entwicklung komplexer Hierarchien provisorischer »Fremder« auf keinen Fall als die »Demokratisierung« von irgendetwas missverstanden werden, nicht einmal von Elend. Wie die Pogrome in Sydney[10] und die derzeitige Projektion von »Terror« auf Kultur in Europa andeuten, wird dieses Phänomen die ideologische Benutzung des abstrakten Fremden und der Bedrohung der national-sozialen Integrität eher noch zunehmen lassen. Vor allem hat nichts etwas daran geändert, dass es in extremem Maß eine Rassenfrage ist, wer bestimmten Formen von Ausbeutung und materiellen Einschränkungen *ausgesetzt* (bzw. umgekehrt vor ihnen geschützt) ist. Der »Chancengleichheit« verpflichtete Institutionen wie etwa private Stellenmärkte oder öffentliche Polizeikräfte verraten sich sofort, wenn man einmal statistisch analysiert, *wer* im Verhältnis zu ihnen *wo* steht: die gegenwärtige demographische Zusammensetzung ihrer Klientel legt offen, dass sie alle einer direkt rassischen Arbeitsorganisation und der Sklaverei entstammen. Die bewusst artikulierte rassistische Gesinnung, auf die sich der offizielle Antirassismus ausschließlich bezieht (und die er selbst da psychologisiert, wo er sie als »institutionell« bezeichnet[11]) wirkt fast wie eine Begleiterscheinung dieser krassen, seit langem bestehenden materiellen Tatsachen.

Tatsächlich wird die Ausweitung und komplexe Unterteilung des *Ingrate*-Status wohl nur dazu führen, dass diejenigen, die die Verantwortlichkeit für die schlimmsten Effekte gern in bester Malthus'scher Tradition umkehren und der subjektiven Unzulänglichkeit der Betroffenen zuschreiben, neue Gelegenheiten dazu bekommen. (Das »Kultur«-Konzept eignet sich natürlich besonders gut zur Erklärung solcher Massenausbrüche persönlicher moralischer Pathologie.) So machten sich viele rechte Blogger (die Einschränkung ist wahrscheinlich überflüssig) und andere Kommentatoren nach den Pariser Kämpfen beispielsweise nicht einmal die Mühe, zu bestreiten, dass junge »Afrikaner« und »Araber« aller Bildungsstufen bei der Jobsuche *zusätzliche* Schwierigkeiten haben. Sie schoben die Schuld dafür einfach auf die kulturelle Exzentrität der Kandidaten: Sie mögen ja vielleicht technisch kompetent sein, aber sie sind *so unintegriert, dass man sie nicht einstellen kann.* Eine kompliziertere, aber ähnliche Logik scheint sich durch ein neues, hochpubliziertes soziologisches Werk über Londons East End zu ziehen[12]. Das Buch beschäftigt sich mit interkulturellen Streitigkeiten im Zusammenhang mit der vermeintlichen Konkurrenz zwischen Engländern und Bangladeschis um die Zuweisung von Sozialwohnungen. Allerdings werden quantitative Tatsachen, wie z.B. der drastisch reduzierte Bestand an verfügbaren Sozialwohnungen durch die »right to buy« Politik[13] und die geringe Neubautätigkeit mit der Begründung heruntergespielt, die Befragten hätten anscheinend kein Interesse an »der Wirtschaft«. Stattdessen liegt der interpretative Schwerpunkt auf »Forderungen der Bangladeschis an den Wohlfahrtsstaat, ihrer Einforderung von Rechten und Ansprüchen«, einer angeblichen »Förderung der Abhängigkeit« unter denen, »die nichts in den Topf getan haben«[14], was an einem Sozialstaatssystem liege, das auf Bedürfnissen statt auf einer nicht besonders konkret definierten »nationalen Kultur der Verantwortung, Gegenseitigkeit und Solidarität«[15] basiere. Die Autoren bekommen es also geschickt hin, die Verantwortung für den Rassismus auf die Bangladeschis zu schieben, ihnen in Bezug darauf aber gleichzeitig jede Handlungsmöglichkeit zu versagen, da die Schuld letztlich überwiegend beim Staat liege, der ihre materiellen Bedürfnisse ignorieren und stattdessen abstrakte »Familie« und »Gegenseitigkeit« hätte fördern sollen.



[9] Mitropoulos, ebenda.

[10] ebenda.

[11] Wie im »Stephen Lawrence Report« von Sir William MacPherson of Cluny, der den »institutionellen Rassismus« in den institutionellen Diskurs einführte und diese Kategorie gleichzeitig jeglicher besonderen Bedeutung entleerte, indem er sie auf das Ausmaß an anormalem persönlichem Rassismus unter den Beschäftigten einer Institution bezog statt auf den Rassismus – also die rassische Verteilung von materiellen Möglichkeiten –, den ihre Strukturen im Normalbetrieb durchsetzen.

[12] **Geoff Dench, Kate Gavron and Michael Young,** *The new East End: Kinship, Race and Conflict,* Profile Books, 2006

[13] Right to buy [Recht auf Kauf]: Ein zentrales Element der Thatcher-Wohnungspolitik bestand darin, Mietern von kommunalen und mietpreisgebundenen Wohnungen das »Recht« einzuräumen, die Sozialwohnungen oder -häuser, in denen sie lebten, verbilligt zu kaufen und dann zum Marktpreis weiter zu verkaufen. Nur ein kleiner Teil des so dem öffentlichen Sektor entzogenen Wohnungsbestandes wurde ersetzt. Die gegenwärtige Regierung will diese Politik ergänzen, indem sie die Mieten der verbleibenden »Sozial«-Wohnungen bis 2011 an das Marktpreisniveau angleicht.

[14] Geoff Dench, Promo-Zusammenfassung von *The New East End: Kinship, Race and Conflict,* im *Guardian* vom 8. Februar 2006: http://society.guardian.co.uk/socialexclusion/story/0,,1704158,00.html

»Wir sind alle Abschaum!«

Man kann sagen, dass der Integrationsimperativ mit einer Polarität aufgeladen ist: Am einen Ende steht die multikulturelle Utopie der vollen, »wirtschaftlich aktiven« Assimilation in das nationale Wir, am anderen die Abstraktion des sozial pathogenen Fremden, der sich nicht an den Staat assimilieren lässt und deshalb dessen unbegrenzter Gewalt unterliegt. Der toxische Fremde ist eine Fiktion, die sich aber konkret in den Mechanismen verkörpert, deren Existenz sie rechtfertigt: zunächst die Durchsetzung der Grenzen und das Haftsystem selbst, und dann all die anderen Wegsperr-Regimes, die im ganzen Gesellschaftskörper um sich greifen (und überproportional, aber nicht ausschließlich »ethnische Minderheiten« treffen), von geschlossenen Abteilungen und dem Sonder- und Normalvollzug bis zu Platzverweisen und ASBOs. In der dauerhaft provisorischen Verwaltungszone zwischen dem Pol der »verschiedenen« Assimilation und dem Pol der Illegalität auf der Flucht funktioniert die Beschwörung des Unassimilierbaren (und damit seiner tödlichen institutionellen Verkörperung) als impliziter, aber gezielter Befehl an die, deren Zugang zur Eigentumsgesellschaft[16] unentschieden, aufgeschoben oder widerrufbar bleibt. Von den potentiellen *Ingrates* wird erwartet, dass sie aus einer vernünftigen Angst heraus Gesten improvisieren, mit denen sie den abstrakten Fremden verleugnen und sich von ihm distanzieren, um sich seine sehr realen Verfolger vom Leibe zu halten. *Was* genau verlangt wird, lässt sich nicht entschlüsseln, da das *Ding*, das es zu verleugnen gilt, keine konkrete Existenz und demnach keine besonderen Attribute hat; die Bestrafung aber ist real. Das ist die unmittelbare, praktische Bedeutung der von Sarkozy anscheinend – wenn auch sozusagen verschleiert – dargelegten Doktrin, dass Integration von den sie überwachenden Mächten nur negativ definiert werden muss. Und genau so steht die *Ingrate* einer den ganzen Kapitalismus und seine juristische Anhängsel durchziehenden logischen Unmöglichkeit in ihrer zugespitztesten Form gegenüber: Ihr wird *befohlen,* für ihre Situation *die Verantwortung zu übernehmen.*

Rückdatierter Epilog

Mitte November 2005, direkt nach den Straßenschlachten, wurde Sarkozy von Denis Jeambar von der rechten französischen Wochenzeitung *L'Express*[17] interviewt. Der Interviewer stellte den Minister zur Rede für seinen berüchtigten Ausspruch, mit dem er die gegen die Polizei kämpfenden Jugendlichen als *racaille* bezeichnete (ins Englische meist nicht sehr schön als »scum« übersetzt[18]). Im Gegensatz zu den Zielscheiben dieses Schimpfworts und einigen selbsternannten linksliberalen Unterstützern hatte Jeambar kein Problem mit der Beleidigung als solcher. Stattdessen bemängelte er, Sarkozy habe es *nicht geschafft, jemanden für schuldig zu erklären:* Da das Wort *racaille* in den Banlieues »jeden Tag« *in kollektivem Sinn* verwendet werde, nütze es nichts gegen »*Einzelne, die jeden Sinn für persönliche Verantwortung verloren haben*«. Wie man sich denken kann, diskutierten Interviewer und Interviewter von diesem Moment an freundlich und ernsthaft weiter darüber, wie man Schuld und persönliche Verantwortlichkeit im Ghetto wiederherstellen könne, sowohl als psychologischen »Sinn«, als auch als juristische Tatsache. Kann es aber sein, dass sie als Gegensatz zum unbegrenzt verantwortlichen, durch und durch staatlichen »Illegalen« versehentlich eine neue Figur der Nichtintegration geschaffen haben? Lässt sich von einem anderen Standpunkt aus die politische Frage formulieren (ohne in unkritische Randaleverherrlichung zu verfallen), wie sich eine Verweigerung der unmöglichen persönlichen »Verantwortung« beanspruchen und weiterentwickeln lässt, die so unbeugsam ist, dass sie nur kollektiv *beleidigt* werden kann? ■

[15] *The New East End: Kinship, Race and Conflict,* zitiert in einer Kritik von Jenny Bourne, IRR News, 22. Februar 2006: http://www.irr.org.uk/2006/february/ha000021.html

[16] Um den absolut treffenden Begriff zu benutzen, der für George W. Bushs Wiederwahlkampagne geprägt (und im britischen politischen Mainstreamdiskurs insbesondere über Wohnraum aufgegriffen) wurde und einen Nationalstaat bezeichnet, bei dem die volle Staatsbürgerschaft tendenziell vom Eigentum abhängt.

[17] http://www.lexpress.fr/info/societe/dossier/banlieue/dossier.asp?ida=435791

[18] auf deutsch »Abschaum«. [Anm. d. Übers.]

Fankurven und Vorstädte

Linke Snobs und radikale Rechte

Emilio Quadrelli (Genua)

Nach den Vorfällen der letzten Zeit kann niemand mehr einen Zweifel daran haben, dass die meisten Fankurven in den italienischen Stadien immer fester in der Hand der radikalen Rechten sind. Das ist eine Tatsache. Und von ihr müssen wir ausgehen, wenn wir – politisch und nicht moralisch – ein Phänomen angehen wollen, das sich seit einiger Zeit vor allem in den verschiedenen Peripherien der Großstädte ausbreitet, das aber nur dann zur Kenntnis genommen wird, wenn es in den Medien physisch sichtbar wird. Erst wenn Hakenkreuze oder Keltenkreuze auftauchen oder in den Stadien mit dem Holocaust geflirtet wird, kriegen viele einen Schreck, so als erlebten sie ein Remake von *Invasion der Körperfresser* als *Invasion der Ultrà-Brigaden*[1], und dabei vergessen sie so einiges.

Erstens sind diese Leute ja nicht vom Himmel gefallen, sondern führen auch außerhalb des Stadions ein soziales Leben mit den Werten, die sie in der Fankurve zum Ausdruck bringen. Ihr Nazi-»Lebensstil« ist nichts rein Symbolisches und Improvisiertes im Karneval der Fankultur, sondern ein totaler und in vielen Fällen totalisierender »Lebensstil« im Alltag.

Zweitens müssen wir feststellen, dass sie auch in gesellschaftlichen Bereichen, die nicht unbedingt zur radikalen Rechten gehören, mühelos Konsens und Legitimation finden. Um nur die Situation in Rom zu nehmen, sei an das Lokalderby mit dem toten Kind erinnert. Einige extreme Flügel der Fan-Gruppen[2], von denen die »Zuständigen« meinen, sie hätten mit dem Rest der Zuschauer nichts zu tun, hatten ein Gerücht in Umlauf gesetzt, das aber sofort für das gesamte Stadion zur wahren Wahrheit wurde. Im Kern war es der Vorwurf, die Ordnungskräfte hätten im Verlauf der Knüppeleien vor dem Spiel ein Kind getötet. Das Dementi der Polizeiführung und der höchsten kommunalen Autoritäten wurde (sowohl von *Lazio*- wie von *Roma*-Fans) mit einem ohrenbetäubenden und lang andauernden Chor *»infami, infami«*[3] quittiert, was keinen Raum für allzuviele Interpretationen ließ, sondern zeigte, dass das ganze Stadion bei der Wahl zwischen der institutionellen Wahrheit und der illegitimen Wahrheit von »kleinen Gruppen« »gewaltbereiter Fans« keine größeren Zweifel hatte, auf welcher Seite es stand. Und wir könnten noch an viele andere Geschichten erinnern. Es scheint also zumindest legitim, sich einige Fragen zu stellen.

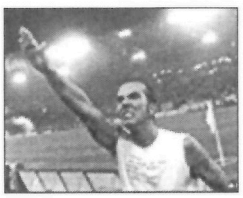
Da die »Extremisten in den Stadien« keine Aliens sind, kommen sie nicht aus dem Weltraum, sondern leben in Stadtgebieten, die sich nicht allzu schwer ausmachen lassen: in den Peripherien. Das müsste für die Linke doch ein Problem sein. Warum sind die traditionellen städtischen Räume der Linken[4] plötzlich zum idealen Nährboden für die radikale Rechte geworden? Warum können »Kultur« und »Lebensstile« der »schwarzen Subversion« in einem Großteil der Stadien und in geringerem Maß in den Peripherien der Städte hegemonial werden? Vielleicht gibt es tiefgehende Erklärungen, für die man einen besonders scharfen Blick braucht, aber einiges kann man auch schon von der »Oberfläche« aus sagen. Wir brauchen nur durch eine beliebige Peripherie zu laufen, um festzustellen, wie trostlos es dort aussieht, was ohne langes Drumherumreden zu bestätigen scheint, dass niemand diese Gebiete interessant oder attraktiv findet, sondern sie etwas zu hastig und im Zuge gerade angesagter Soziologismen der Welt der Nicht-Orte zugeschlagen worden sind.

Die schlichte Tatsache, dass dort Millionen von Menschen leben, wird bestenfalls als bloß lästig, als einfaches Überbleibsel oder als ungewollte Nebenwirkung der Postmoderne wahrgenommen. Aber was ist denn so wenig vorzeigbar an den Bewohnern der Peripherien? Was haben sie sich zuschulde kommen lassen, dass sie das Kainsmal einer untilgbaren Erbsünde tragen? Offensichtlich so einiges! Wenn sie arbeiten, machen sie niedrig qualifizierte Handarbeit, völlig unwesentlich, ob »produktiv« oder »unproduktiv«, wenn sie nicht arbeiten, dann nutzen sie das nicht, um den so angesagten Bereich der »Post-Arbeit« zu bereichern, sondern sinken in die schlichteste Arbeitslosigkeit hinab und machen damit unnötigerweise noch einmal deutlich, wie sehr sie das »20. Jahrhundert« mit sich herumschleppen. Aber diese an sich schon veraltete und

Tifosi-»Führer« von Lazio Roma verweisen die Spieler vom Feld

[1] Nicht übersetzbares Wortspiel: Don Siegels Film *Invasion of the Body Snatchers* von 1956 heißt auf italienisch *L'invasione degli ultracorpi*, worin *ultrà* und *corpi* stecken, also fanatische Fußball-Fans und Corps.

[2] Gemeint sind hier die faschistischen Fan-Gruppen *Irriducibili* (Die Unbeugsamen – Lazio Roma) und *Boys* (AS Roma), die mit dieser Aktion einen Spielabbruch erzwangen und so ihre Macht im Stadion unter Beweis stellen wollten.



Paolo Di Canio, Kapitän von Lazio Rom, früher selbst ein Irriducibile.

[3] Ungefähr: »Schweine, Schweine«

nicht vorzeigbare Situation reicht ihnen noch nicht. Nicht wenige von ihnen machen illegale Sachen. Aber auch dabei zeigen sie wenig Zugehörigkeit zur Welt von heute. Statt sich wenn schon nicht ehrbaren, dann zumindest trendigen illegalen Aktivitäten wie z.B. dem *Hacken* zu widmen, klauen, rauben und dealen sie usw. usf. Kurz gesagt gelingt es ihnen überhaupt nicht, kognitarisch oder immateriell[5] zu werden, nicht einmal als Verbrecher. Und wenn sie wie so häufig zusammen mit ein paar Millionen anderen in den »Blaumann« steigen und jeden Tag dem Kapital auf dem Spielfeld des »Arbeitstages« gegenübertreten und sich dabei vielleicht einbilden, sie spielten noch eine wenn nicht historische, so doch gesellschaftliche Rolle, dann eilt der gerade angesagte neue Philosoph herbei und erklärt ihnen, dass sie sich nicht aufregen sollen, denn falls es ihnen noch nicht aufgefallen ist, sie existieren gar nicht mehr. Und nicht nur das! Die Suche nach einer starken Identität sei nicht nur historisch überholt, sondern objektiv reaktionär, weil sie den subversiven Gehalt blockiere, den das Zeitalter des globalen Kapitalismus, vielleicht unfreiwillig, mit sich bringt: die Epoche des Individuums. Aber um als Individuum auftreten zu können, muss man erst einmal die Möglichkeit haben, eins zu sein. Und diese Möglichkeit muss breiten Bevölkerungsschichten verboten werden.

Wie bei jeder anderen großen Veränderung verlieren auch im globalen Zeitalter welche, wenn jemand gewinnt. Wenn viele, allerdings immer noch eine Minderheit, dank der Möglichkeiten, die der globale Kapitalismus bietet, sich von jeder Bindung befreien können (auch wenn diese Möglichkeit, wie Carosone[6] sagen würde, fast immer auf Mamas Handtasche beruht) und die leichte Identität des freien Individuums auf dem freien Markt annehmen, so haben die meisten doch deutlich andere Erwartungen ans Leben. Auf sie wartet nur ein Leben am Rande ohne Anfang und Ende. Und das ist die einzige klägliche »Identität«, die ihnen zugestanden wird.

Was bietet die Rechte diesen Massen ohne Geschichte und ohne Zukunft? Eigentlich nicht viel. Sie versorgt sie mit einem kollektiven Klebstoff, was bestimmt abgeschmackt ist, aber besser als nichts. Vor allem bietet sie ihnen einen Feind. Nur die Eliten können mit zynischer und ironischer Distanz betrachten, welche Macht das Begriffspaar Freund/Feind auf die Welt ausübt. Für die meisten, für die aus der goldenen Welt der Individuen Ausgeschlossenen ist der Feind nach wie vor unverzichtbar, um die »festen« Umrisse der Freundschaft zu definieren. Kurz gesagt lenkt die extreme Rechte den Hass der Peripherien auf etwas »Konkretes«. Sie bietet ihnen eine Identität und eine Hoffnung. Dass wir heute so schlecht dran sind, so der Kern ihrer Botschaft, ist die Schuld derer, die »im Zentrum« wohnen, die das Geld, die Mittel und die Macht haben und sie gegen uns einsetzen. Aber wir sind nicht mehr bereit, das zu ertragen. Wir existieren, und das werden sie bald zur Kenntnis nehmen müssen.

Historische Veränderungen beruhen immer auf einem Wir im Gegensatz zu einem Sie, aus dieser Dimension kommt man nicht heraus. Die radikale Rechte liefert den Peripherien ein maßgeschneidertes Wir, das den Hass irgendwie in eine Identität und ein Projekt verwandeln kann. Man kann natürlich einwenden, wie lächerlich und grotesk das alles ist, aber man muss dabei bedenken, dass man seine Wahl immer auf der Basis konkreter und erreichbarer Angebote trifft. Und an den Peripherien scheint es keine anderen zu geben. Ohne jedes eigene Verdienst, aus reinem Mangel an Konkurrenz hat die radikale Rechte unerwartet das Monopol auf die Peripherien in der Hand.

Dagegen hat sich die Linke seit geraumer Zeit von der Freund/Feind-Rhetorik verabschiedet und sich für »Visionen von der Welt« entschieden, in denen die Philosophie der »richtigen Gesinnung« vorherrscht. Da sie sich zudem ohne Bedenken mit der Sache der Individuen verheiratet hat, kann sie sich von den anonymen Massen der Peripherien entfernen und auf Distanz gehen. Eine snobistische Haltung, die diese Massen – wie verdreht auch immer – bemerken. Abgesehen von kleinen Beispielen wie den – von der Linken allerdings als reine Folklore betrachteten – Fußballfans in Livorno, wo die politischen Militanten keine Angst hatten, sich bei den »niederen Volksinstinkten« anzustecken, gibt es wenig Aufmerksamkeit gegenüber diesen Welten. Und was für die Fankurven gilt, gilt um so mehr für die Welt der Fitnesscenter. Auch hier hat sich der Nazi-»Lebensstil« mit Leichtigkeit breit durchgesetzt. Auch diese Welten werden von einem kaum verhohlenen Intellektualismus dem Reich des »nackten Lebens« zugerechnet, über das man sich bekanntlich keine Gedanken zu machen braucht. Die radikale Rechte hat es nicht viel Mühe gekostet, diesen Raum zu besetzen, mit dem zu beschäftigen sich lohnen würde, und sei es auch nur, um ihn zu untersuchen.

Da die Linke alles bereut, mag sie inzwischen auch keine organische Beziehung mehr mit dem »Volk« aufrechterhalten, das in den – wirtschaftlichen oder intellektuellen – guten Stuben per Definition nicht besonders vorzeigbar ist (und auch noch nie war). Wer sich die Mühe macht, auch nur ein bisschen Arbeit vor Ort zu machen, wird ohne Mühe feststellen, dass das Ergebnis deprimierend ist. An den Peripherien wird die Linke ohne große Unterschiede als eines der vielen Gesichter des »Zentrums« wahrgenommen, als Leute, die von außen

[4] Die BewohnerInnen der seit den 50er Jahren rund um die Industriestädte enorm gewachsenen Arbeitervorstädte waren die Subjekte der Bewegungen in den Fabriken der 60er Jahre und der Jugendbewegung der 70er Jahre, auf die sich die linksradikalen Gruppen stützten. Die »Zirkel der proletarischen Jugend« versetzten die Bürger Mailands in Angst und Schrecken, wenn sie die Innenstädte stürmten; die »Proletarische Gegenmacht« in Rom war in Stadtteilen wie Centocelle, San Lorenzo oder San Basilio verankert. Hier fanden die großen Hausbesetzungen und später die Schulbesetzungen statt. Von dieser wesentlichen Rolle, die die Peripherien in der Geschichte der Linken Italiens spielten, ist heute nichts mehr zu spüren. *Wildcat*-Leser erinnern sich vielleicht an das »Autonome Kollektiv Barona«/Mailand oder die Schilderungen der Angeklagten der Kolonne Walter Alasia (»Fabrikguerilla in Mailand 1980/81« – erhältlich beim *Wildcat*-Vertrieb).

[5] Die Negrianer unter den Postoperaisten sehen in der »immateriellen Arbeit« den zentralen Sektor der jetzigen Phase, während Bifo (Franco Berardi/Bologna) den WissensarbeiterInnen (»Kognitariat«) eine zentrale Rolle in der Veränderung der Verhältnisse zuschreibt.

[6] Renato Carosone: 2001 verstorbener Liedermacher aus Neapel.

kommen, die in der goldenen oder als golden empfundenen Welt des Dazugehörens, der Individuen, der Post-Arbeit und des Post-Sonstwas leben, die aber nichts mit denen zu tun haben, die sich jeden Tag irgendwie durchschlagen müssen.

Diese Wahrnehmung ist gar nicht so weit von der Wahrheit entfernt, wenn wir uns z.B. ansehen, wie einsam die Revolte der französischen Peripherien im Herbst 2005 geblieben ist. Die größte und gewaltigste Erhebung von unten im Zeitalter des globalen Kapitalismus (wenigstens im Westen) wurde von der Linken sofort als reiner Schmerzens- und Verzweiflungsschrei der Bettler der République abgetan, um nicht zu sagen stigmatisiert. Und doch sehen trotz des nicht sehr idyllischen Szenarios viele die Dringlichkeit und die Notwendigkeit, wieder die eigenen Räume und Orte der Linken und des Antifaschismus zu besetzen. So gesehen ist es den Fans in Livorno zwar am besten gelungen, eine antifaschistische und militante Präsenz in den Stadien (und nicht nur dort) durchzusetzen, aber auch anderswo steht man ihnen (wenn auch objektiv mit geringerer Durchschlagskraft) nicht nach, was im gegenwärtigen Klima schon nicht wenig ist. Vielleicht wäre es sinnvoll – und das ist mein bescheidener Vorschlag zum Schluss –, uns über diese Erfahrungen stärker auszutauschen und sie damit zum gemeinsamen Erbe all dieser zwar minoritären, aber in den meisten dieser Welten präsenten Versuche zu machen, für die Antifaschismus und Klassenkampf weiterhin ein unverzichtbarer Teil ihrer Existenz sind. ■

Emilio Quadrelli
Andare ai resti. Banditi, rapinatori, guerriglieri nell'Italia degli anni Settanta
336 S., 17.50 Euro. Rom (DeriveApprodi),
ISBN 88-88738-19-3

Schwarz und Weiß – Neukölln im Film

Die Bilder aus Neukölln im nicht mehr ganz neuen Film *Knallhart* sind nachträglich so bearbeitet worden, dass sie grau und blass genug sind, um seine Echtheit als Gangsterfilm auszuweisen. In Schwarz-Weiß zu drehen, hat sich Detlev Buck nicht getraut. Dadurch ist der Gegensatz verwischt worden, der sich durch den ganzen Film zieht. Da gibt es die Weißen, das sind unser Held Polischka und seine Mutter, der freundliche Polizist und der Lehrer. Das sind die Blonden, die Nachdenklichen und alle diejenigen, für die Neukölln eine vorübergehende Katastrophe oder Arbeitsgebiet ist und die irgendwo draußen vielleicht noch eine andere Welt für sich haben. Dann gibt es noch die anderen, die Schwarzen. Das sind diejenigen, die schon in Neukölln wohnen, als Polischka ankommt und die bleiben werden. Das sind die Brutalen, die Kriminellen, die nichtblonden Ausländer, Neukölln eben.

Manche halten *Knallhart* für einen Dokumentarfilm, für andere hat er mit Neukölln nichts zu tun. Manchmal bringt er echte Witzfiguren, manchmal bemüht er sich um Genauigkeit im Detail – teilweise haben die Schauspieler selber angeregt, einige Szene nachträglich einzufügen oder zu ändern. Eine andere Quelle seiner kulturellen Kompetenz plaudert Buck im Interview aus: *»Ein Polizist hat mir gesagt, wenn man jemanden aus dem arabischen Kulturkreis demütigen will, der verdächtig ist, dann geht man mit Schäferhund und Straßenschuhen rein und durchsucht die Bude. Dann hat man so was wie Ego-Brechung.«* (»Hingucken!«, *Tagesspiegel*, 11. Februar 2006) Hätte das nicht eine gute Vorlage für eine Actionszene in Neukölln abgegeben, quasi noch authentischer als der Kommissar Charmeur, der an der Tür immer erst anklopft und selbst bei der erkennungsdienstlichen Behandlung noch mit seinen Kunden flirtet?

Dabei hat Buck nichts gegen Neukölln, ein lebendiger Stadtteil, kein Ghetto sagt er. Und tatsächlich ist der Film besser als die Rezensionen. Aber auch Buck besteht darauf, *»dass man akzeptiert, dass durch die vielen unterschiedlichen Nationen Problematiken entstehen«*. (»Hingucken!«, *Tagesspiegel*, 11. Februar 2006) Ja und? Fehlt da nicht etwas? Sind es die berühmten kulturellen Unterschiede, das Essen, die Religion oder die Sprache, die dazu führen, dass der Polischka rechnen kann, die anderen nicht? Die Klassenfrage wird als Rassenfrage formuliert. Einer Vereinnahmung durch die Kreuzfahrer gegen Multikulti widersetzt man sich so nicht.

»Das ist Beirut oder Bagdad, aber nicht mehr meine Sonnenallee!«, rappt der Neuköllner Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD). In der *jungen freiheit* hat er einmal die Leitlinien der Lokalpolitik erklärt. Sie müsse dafür sorgen, dass Neukölln-Nord in zehn Jahren noch regierbar sei. Beirut hat einen Bürgerkrieg erlebt, Bagdad erleidet Besatzung und Bürgerkrieg gleichzeitig. Mir jedenfalls kommen die Assoziationen Buschkowskys wie eine Drohung vor. (»Multikulti ist gescheitert«, *junge freiheit*, 4. März 2005) *eos*

Wenn Bildung spaltet ...

Seit Monaten wird medial die Bildungskrise zelebriert: Pisa und Rütli stehen für ein angeblich zerrüttetes Bildungssystem. Wenn heute ganze Hauptschulabgangsklassen ohne Ausbildung und Job da stehen, wird das »Schulkrise« genannt. Auch Mitte der 60er Jahre wurde eine »Bildungskatastrophe« diskutiert. Dem folgte die »Bildungsreform«, die die Hauptschule anstelle der Volksschule setzte, die den Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht mehr gerecht geworden war. Die (weiterführende) Hauptschule sollte Grundkompetenzen für die qualifizierte Arbeitertätigkeit vermitteln und den schulischen und beruflichen Aufstieg ermöglichen. Wenn man auf die Zahlen schaut, scheint dies auch erfolgreich gewesen zu sein: in den 50er Jahren haben noch 80 Prozent die Schule mit einem Volksschulabschluss verlassen, während Anfang der 80er bereits die Mehrheit mindestens einen Realschulabschluss erzielte.

Die Krise der (Haupt-) Schule ist weniger eine Krise des Schulsystems, als der zunehmende Ausschluss von Geringqualifizierten vom Arbeitsmarkt. Die Abnahme der betrieblichen Ausbildungsplätze (seit kurzem weniger als die Hälfte eines Jahrgangs) verringert die Ausbildungs- und Jobchancen von HauptschülerInnen. Auch GymnasiastInnen sind dem Arbeitsmarktdruck ausgesetzt, 30 Prozent der AbgängerInnen gelten als demotiviert. Andere lassen sich zum Groß- und Außenhandelskaufleute ausbilden. Durch diese Abwärtsbewerbungen von Höherqualifizierten haben zum Beispiel nur noch RealschülerInnen mit guten Abschlüssen eine Chance, MechatronikerInnen zu werden. In Westdeutschland bleiben ca. 16 Prozent, in Ostdeutschland ca. 11 Prozent der Ausbildungsstellen unbesetzt, weil es angeblich keine bzw. nicht genügend geeignete BewerberInnen gibt. Es fehlen Jobs für bestimmte Qualifikationen und es fehlen Qualifikationen für bestimmte Jobs. Niemand geht freiwillig in die Hauptschule und kaum ein Unternehmen nimmt freiwillig HauptschülerInnen. Gerade kleine Betriebe in den Bereichen private Dienstleistungen, Handel, Verkehr, Nachrichten und produzierendes Gewerbe erwarten neben fachlichem Wissen auch Motivation, Mobilität und Sozialkompetenzen, die viele Jugendlichen heute angeblich nicht haben. Für HauptschülerInnen bleiben – wenn überhaupt – nur die am allerschlechtesten bezahlten Jobs übrig. Die Befriedigung der Konsumansprüche und Respekt im Kiez versprechen eher alternative – delinquente – Reproduktionsformen. Viele schlagen sich mit einer Mischung aus beidem durch. In solchen Vierteln sind die Hauptschulen Auffangbecken für ausgeschlossene Jugendliche.

Während bis in die 70er Jahre hinein auch SchulabbrecherInnen und Ungelernte noch problemlos einen Job bekommen haben, verschärft sich der Klassencharakter und die Ignoranz des Schulsystems in dem Moment, wo der Übergang von der Schule zur Arbeit zunehmend schwieriger wird. Kinder von MigrantInnen und/oder ArbeiterInnen werden zumeist den Hauptschulen zugewiesen. ArbeiterInnenkinder studieren weitaus seltener. Kinder und Enkel von Einwanderern haben schlechtere Leistungen als selbst eingewanderte Jugendliche; Kinder aus »bildungsfernen« Haushalten brechen häufiger die Schule ab. Die Zunahme der Abbrecherquote geht allerdings vor allem auf männliche »deutsche Jugendliche« zurück.

Eine wachsende Zahl von SchulabgängerInnen tritt in die große Warteschleife vor der Lohnarbeit ein (siehe *Wildcat* 75: »Gefährliche Jugendliche«). Hier kommt die Sozialarbeit ins Spiel. In den 70er Jahren war es ihre Aufgabe, die delinquenten, besonders hilfsbedürftigen und herausfallenden Teile der Klasse ruhig zu stellen oder zu fördern. Mit dem Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit seit den 80er Jahren boomte die Weiterbildungsindustrie und damit die Beschäftigung von SozialarbeiterInnen bei freien, gewerkschaftlichen, karitativen und kommunalen Trägern. Seit den 90er Jahren wurden im Westen massenhaft Jugendzentren geschlossen, während sie im Osten erstmals aufgebaut wurden: ähnlich wie in Neukölln und anderen »gefährlichen Stadtteilen« wurden die Jugendlichen dort mit SozialarbeiterInnen (die verpflichtet wurden, mit den Bullen zusammen zu arbeiten) zugeschissen.

Jetzt, wo für einige Teile der Klasse der Zugang zum Arbeitsmarkt dauerhaft verstellt scheint und in vielen ARGE-Maßnahmen die Zurichtung und Erhaltung der Arbeitskraft eher simuliert wird, überlegen Politiker, ob nicht repressive Maßnah-

Vgl.
Gefährliche Jugendliche,
in: *Wildcat* 75

men kostengünstiger seien als betreuende Sozialarbeit. Da schreien der Berufsstand und seine Lobby auf und drohen mit »monoethnischen Gettos«, »Gewalt an Schulen« und »kriminellen Gangs«.

Der Aufschrei und die weitere mediale Inszenierung der Bildungskrise schüren die Angst vor den »gefährlichen Jugendlichen« und rufen nach repressiven politischen Lösungen: Verschärfung des Jugendstrafrechts, 50 Euro Strafgeld für Schulschwänzer, Sicherheitskräfte an Schulen, Schuluniformen, Konzentration der Schulverweigerer an speziellen Schulen. Der Klassencharakter des Bildungssystems wird weiter verschärft – am anderen Extrem durch den Aufbau von Elite-Universitäten.

Was können die »gefährlichen Jugendlichen« einer Situation entgegensetzen, in der sie immer weiter in Warteschleifen, Spezialschulen und Billigjobs gedrängt werden? Die (Haupt-) Schule ist für viele der letzte gemeinsame soziale Ort. Viele Billigjobs sind in Kleinbetrieben, wo wenig Möglichkeiten zum gemeinsamen Handeln gegeben sind. Wer über einen Sklavenhändler in den Betrieb kommt, wird oft genug nicht als vollwertiger Kollege behandelt. Es gibt immer weniger Großbetriebe gibt, in denen Leute mit all ihren Schwächen in die Arbeitergemeinschaft aufgenommen werden. Und um hier reinzukommen, braucht man heutzutage zumindest eine abgeschlossene Ausbildung.

Auf uns als Außenstehende macht das Verhalten vieler Jugendlicher – auch außerhalb der vielbeschworenen Gangs – nicht den Eindruck, als würden hier kollektive, emanzipative Erfahrungen gemacht und neue soziale Prozesse losgetreten werden. Bekannt werden Gewaltakte untereinander, das Abziehen von einzelnen »Opfern« oder Überfälle auf vermeintlich Privilegierte. Doch ebenso haben wir mitbekommen, dass die Peergroups in den Bereichen Verantwortung und Offenheit längst die Rolle spielen, die früher die Famlie gespielt spielte – ob dies sich nur auf die eigene Crew bezieht oder auch ein Moment von übergreifender Solidarität in sich trägt, bleibt abzuwarten.

Der Klassencharakter des deutschen Bildungssystems ist im Vergleich zu anderen europäischen Industriestaaten stärker ausgeprägt. Gesellschaftliche Umbrüche schlagen schnell auf die Schulen durch. Es ist Aufgabe der Schule, die Ware Arbeitskraft zuzurichten. Die gegenwärtige Desintegration der nachwachsenden Arbeitskraft durch die Jugendarbeitslosigkeit wird durch das Schulsystem, das nicht integriert, sondern spaltet, noch verschärft. Insofern zeigt sich in der Schulkrise die Krise der kapitalistischen Reproduktion der Ware Arbeitskraft. ■

»Karl Marx toppt Rütli« (Ausschnitt aus der *Magdeburger Volksstimme* vom 10. Juni 2006)

»Schon der Morgen dieses letzten Schultages für die rund 130 Zehntklässler der Karl-Marx-Sekundarschule begann mit Zerstörung: Unbekannte hatten alle Außentüren des Komplexes mit Montageschaum verklebt. Nach der Vorführung zogen die Zehntklässler und die 22 Abgänger der neunten Hauptschulklassen mit ihren Fahrrädern los ins Stadtzentrum. Wie üblich stand dabei auch der Besuch des Geschwister-Scholl-Gymnasiums an. Die Eingänge zum Schulgelände waren verschlossen, die Aufsicht war verstärkt worden. Die Karl-Marx-Schüler schienen dadurch nur noch motivierter, aufs Gelände zu kommen. Sie rissen einen Zaun herunter und stürmten Schulhof und Gebäude. Viele Schüler drangen auch in die Klassenräume ein, in denen zum Teil Klassenarbeiten geschrieben wurden. Der Gymnasiast A. (17), Schüler der elften Klasse, wurde vom Sekundarschüler P. aus der zehnten Klasse, der früher selbst aufs Gymnasium ging, mit mehreren Kopfstößen verletzt und erlitt einen Nasenbeinbruch. Die Sekundarschüler verließen erst das Gelände, als die Lehrer die Polizei alarmierten. Ab September soll die Schule den Status einer Ganztagsschule bekommen, zudem sollen ein oder zwei Sozialarbeiter eingestellt werden.«

Subjektive Beobachtungen in einer ARGE-Maßnahme

Seit Januar 2005 muss allen ALG II-BezieherInnen bis 25 Jahren ein Arbeits-, Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot über die ARGE gemacht werden. Tatsächlich gibt es fast nur sogenannte, von den Bildungsträgern betreute Arbeitsgelegenheiten, deren Ablehnung oder Abbruch mit einer Sperrzeit bestraft wird. Die unter 25-jährigen werden überproportional mit Ein-Euro-Jobs drangsaliert. Darin entwickeln sie vielfältigste Formen zwischen Vermeidung, Verweigerung und Ausnutzen.
Es gibt Garten- und Landschaftsgärtner, die täglich eine Stunde beschäftigt sind und sich den Rest des Tages herumdrücken. Die Anleiter haben ihre Ruhe und die Kids bis zu 150 Euro Zuverdienst. Es gibt SchulabbrecherInnen, die nach einem Jahr Maßnahme ihren Hauptschulabschluss nachgeholt haben, um dann festzustellen, dass sie lieber weiter die Schule besuchen, als mit 23 und nur Hauptschulabschluss auf Jobsuche zu gehen. Es gibt viele, die die Möglichkeit nutzten, zuhause rauszukommen und sich ne eigene Wohnung finanzieren zu lassen (wo nun »nachgebessert« wurde). Der Umgang mit SozialpädagogInnen ist professionell, es wird erzählt, was gehört werden will, damit mensch ihre/seine Ruhe hat oder ein Problem gelöst wird. Auffallend ist jedoch die sinkende Hemmschwelle, mit der über eigene Schwangerschaften, Drogenkonsum, Schlägereien usw. geredet wird. Es gibt aber auch einige wenige, denen dieser Umgang und die Behandlung durch ARGE und Träger zu entwürdigend ist und die lieber als Verkäuferin bei Zeeman anfangen. Die Fluktuation und das Aggressionspotential ist besonders bei den reinen Beschäftigungsmaßnahmen sehr hoch – sowohl den Fallmanagern der ARGE als auch den Jugendlichen ist klar, dass die Teilnahme an solchen Kursen kaum die Chance erhöht, einen Job zu bekommen.
Aber vielleicht ist es auch genau umgekehrt und diese sinnlosen, langweiligen und entwürdigenden Maßnahmen erscheinen den Kids immer noch lockerer und lukrativer als der Verkäuferjob in der Bäckerei oder die Ausbildung als Friseuse.

»Es hängt auch damit zusammen, dass Gesellschaft wirklich nur von unten zu beschreiben ist.«

(Klaus H., S. 215)

Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hg.): *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag.* Konstanz (UVK) 2005, 590 Seiten B5, 29 Euro. ISBN 3-89669-537-1

Juliane Krämer betreibt eine psychiatrische Praxis in Berlin nahe der früheren Zonengrenze. Sie berichtet von zwei großen Gruppen von Menschen, die zu ihr kommen: Die einen haben Arbeit und halten den Stress nicht mehr aus, bei den anderen, die keine Arbeit haben, gehe es »mittlerweile ans Eingemachte«.Herr Baila, arbeitsloser Industrieschmied, Mitte 50, lebt im Plattenbau: »von den 260 Euro [Sozialhilfe] bezahl ich immer 50 Euro Strom. ... am Monatsanfang mach ich meinen Kühlschrank voll ... und dann sehn wir mal zu, wie weit es reicht.« Joanna Figa, 49, arbeitet als illegalisierte Haushaltshilfe in Berlin. Über die Jahre ist es ihr gelungen, ihren Stundenlohn auf 20 Mark zu erhöhen. »Wenn jemand hierher kommt und will wirklich arbeiten und macht das gut, dann werden sie wie ich leben, nicht reich, aber stolz und gut.« Klaus H., Jahrgang 1961, arbeitsloser Sozialwissenschaftler, der in der DDR eine Karriere als Diplomat gemacht hätte, sagt: »Die Arbeitsperspektive scheint nunmehr vorbei zu sein. Und die Bindungen werden immer kürzer und lockerer. ... Was ich mir vorstellen muss, ist es, mich in dieser Gesellschaft durchzukämpfen und nicht charakterlich aufzugeben... Und das noch in Einklang zu bringen mit meinen politischen und sozialen Überzeugungen... Da klappt eine Schere auseinander, die eigentlich so erst mal gar nicht zu schließen ist.«

Das sind Auszüge aus vier von hundert Interviews, die Franz Schultheis und Kristina Schulz mit einem Forschungsteam von knapp 30 SoziologInnen zwischen 2001 und 2005 gemacht haben, etwas weniger als die Hälfte davon ist im Buch abgedruckt mit jeweils vorangestellter Interpretation. Schulleiter oder Sonderschüler, Startup-Unternehmer oder Leiharbeiter, Sozialamtsangestellte oder von Abschiebung bedrohte Immigrantin geben Auskunft über ihr Leben – und damit über den Zustand des Landes. Die Herausgeber formulieren in der Einleitung den Anspruch, »Gesellschaftsdiagnose zu betreiben«, indem sie »Zeugnisse alltäglichen Leidens an gesellschaftlichen Verhältnissen einholen«.

Die Interviews sind zu fünf Themen gruppiert: Es geht um »die kleinen Abstiege in der wenigstens noch tarifvertraglich deregulierten Mitte der Arbeitnehmerwelt« (Brüchige Arbeitswelt), »die Steigerung der Herabstufung in der ostdeutschen ... ›Zweidrittelgesellschaft‹« (Zeugnisse des Umbruchs), »die Drosselung der Bildungschancen« (Weichenstellungen), »die Abdrängung der aus den alternativen Bewegungen hervorgegangenen Sinnstiftung durch die neuen aufsteigenden Eliten« (Sinnstiftung und Kulturproduktion) und um »die in die regionale, ethnische und soziale Peripherie Abgedrängten« (Jenseits der Mitte). (Zitate alle auf S. 32 in dem vorangestellten »theoretischen Rahmen«: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise. Die Politik der Zumutungen und der Eigensinn der Alltagsmenschen, von Michael Vester – der selber kein Interview beigesteuert hat.)

Die Interviews sind von unterschiedlicher Güte. Solche mit (ehemaligen) Bekannten gelingen zumeist – schwierig bis unmöglich sind Interviews, wo der Kontakt z.B. »über das örtliche Arbeitsamt hergestellt« wurde (S. 186, Leiharbeiter). Das Buch packt und fesselt einen, aber irgendwann wird einem beim Lesen das ganze Elend zuviel. Das hängt auch stark mit der Methode der Soziologen zusammen, sich im Interview völlig zurückzunehmen (das am häufigsten benutzte Wort ist »Mhm«, um die Interviewten zu weiteren Aussagen zu bewegen). und bei der sie vor jedes Interview eine Kurzzusammenfassung packen, in der alle Highlights bereits vorweggenommen sind. Oder bei der auf höchster theoretischer Ebene und mit großer analytischer Schärfe bilanziert wird: »Das Interview mit Herrn A. verdeutlicht, dass die Beschäftigung in der Leiharbeit in unterschiedlicher Hinsicht eine Quelle sozialen Unbehagens ist.« (S. 195) Manche ziehen im Vorwort aber auch heftig vom Leder, nachdem sie im Interview die ganze Zeit nur »mhm« gesagt haben: »Typisch für sie als Tochter aus den unteren Klassenfraktionen ist hier die Hoffnung, über den persönlichen Kontakt zu einer mächtigen Person ... Zugang zu Ressourcen zu bekommen, die eigentlich nicht für einen gedacht sind, und so den formalen Ausschluss durch informelle Strategien wettzumachen.« (S. 280) Das ist eine paternalistische Anmaßung.

Die Interviews selber reproduzieren eine schichtenspezifische Spaltung: Einerseits bestätigen die ForscherInnen tendenziell die »Verlierer« in ihrer

Opferrolle, die von ihnen womöglich Besserung ihrer Lage erwarten und diese deshalb besonders drastisch darstellen. Andererseits können sich Leitungspersonen manchmal regelrecht auskotzen, z.B. ein Schulleiter auf S. 348 ff., ein ärgerliches Interview, bei dem ihm der Interviewer kein einziges Mal kritische Gegenfragen stellt.

Aufs ganze Buch gesehen entsteht ein Effekt, den der Rezensent der *Stuttgarter Zeitung* unbeabsichtigt kritisch als »Der kleine Mann spricht« bezeichnet hat. Verstärkt durch ihre Methode, alles so niederzuschreiben, wie es gesagt wurde, mit falscher Grammatik, Räuspern, unvollständigen Sätzen usw. Dabei kann sich ein Schulleiter mit seinem gesprochenen Schriftdeutsch natürlich besser in Szene setzen als ein Sozialhilfeempfänger ohne Hauptschulabschluss.

»Das sind die Leute, die den Berufsstand Sozialhilfeempfänger total in den Dreck treten.«
(Herr Baila über andere Sozialhilfeempfänger)

Die Interviewten sind bereit zu reden, auch über intimste Probleme, manchmal sprudelt es regelrecht aus ihnen heraus. Beängstigend ist das Ausmaß, in dem viele Gesprächspartner ihr Schicksal als individuelles betrachten. Beide Probleme sind dem Forschungsteam präsent; auf Seite 242 etwa wird die »naiv wirkende Offenheit« angesprochen, mit der sich die Interviewten äußern. Und auf Seite 271 wird ausgeführt: »Die Selbstdeutungen der Befragten kommen oft daher wie eine populäre Handlungstheorie: man ist nicht nur seines Glückes, sondern vor allem auch seines Unglückes Schmied. Diese alltägliche Tansformation kollektiver Erfahrungen in individuelles, allein zu verantwortendes Leben ist einer der zentralen und zugleich zuverlässigsten Faktoren bei der Perpetuierung gesellschaftlicher Verhältnisse«. Die ForscherInnen verstehen unter »Wissenschaft« aber offensichtlich, dass das lediglich zu konstatieren ist und die Frage danach, wie das aufzuheben sei, oder zumindest in der Interviewsituation anzuknacksen, nicht gestellt werden darf. Das Forschungsteam trägt somit ein Gutteil der Verantwortung am fatalistischen Grundton, der das ganze Buch durchzieht.

Sie schaffen es ganz gut, in diesem resignativen Individualismus die blockierte Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen. Diesem Problem haben sie ein eigenes Kapitel gewidmet »Familie und Bildung: Reproduktion in der Krise« (verkürzen es allerdings faktisch auf die Schulproblematik) und benennen es als »Krise der westlichen Kultur«. »Es ist die Krise des sozialen Reproduktionsmodells der Arbeitermilieus, die er damit in seinen Worten beschreibt.« (S. 233)

Weniger gut erfassen sie die Staatsferne und Dickköpfigkeit auf der Seite des Proletariats. Viele Einleitungskommentare unterschätzen systematisch den erfolgreichen Eigensinn, mit dem sich die Menschen Inseln bauen, sich gegen Zumutungen abschotten. Es gehört zu den guten Seiten des Buchs, dass die aufmerksame Leserin trotzdem immer wieder – oft an überraschender Stelle – fündig wird und auch immer mal wieder klar wird, dass die Menschen die Welt, in der sie leben, selbst machen. Auch »ganz unten« sind die Menschen nicht ohne Würde und ohne Träume. Dafür Beispiele zu liefern, gehört zu den Stärken des Buchs – aber die Autoren scheinen das selber nicht zu bemerken, zumindest beschäftigt sich keines der Vorworte mit der Frage, was das klassenpolitisch heißt, dass auch die arbeitslose Friseurin nicht jeden Friseurjob annehmen will, dass in diesen Aspirationen mehr liegt, als der Kapitalismus ihnen bietet. Solche Beispiele finden sich zuhauf (der ostdeutsche Tunnelbauer, der russische Schreinerlehrling...), und an einigen Stellen ist sogar ein deutliches »Klassenbewusstsein« zu erkennen, Solidarität wird beschworen, das eigene Schicksal auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen bezogen. Trägt womöglich die Methode der ForscherInnen dazu bei, dass solche Stellungnahmen unterbewertet werden?

Bourdieu forever?

Bereits im zweiten Satz des Vorworts stellen die Herausgeber ihr Buch als »Übertragung« von Bourdieus großer Untersuchung (*Das Elend der Welt*) »auf den deutschen Kontext« dar. (S. 9) Für eine theoretische Auseinandersetzung mit Bourdieu ist hier allerdings nicht der Ort, ein paar Hinweise sollen genügen. Zu Beginn der 90er Jahre hatte es durchaus einen kritischen Sinn, gegen den triumphierenden Neo-Liberalismus »das alltägliche Leiden«, »die positionsbedingte Not« an dieser Welt vorzustellen (Bourdieu im Vorwort zu *Das Elend der Welt*). Diesen Ansatz zwölf Jahre später einfach zu kopieren, macht weniger Sinn. Heute müssten sich kritische Soziologen an der Suche nach den gemeinsamen Wegen zu einer »anderen Welt« beteiligen!

Bourdieu erklärt das Leiden an der sozialen Welt aus dem »Aufeinanderprallen der unterschiedlichen Interessen, Dispositionen und Lebensstile«, den »trennenden Gegensätzen« der unterschiedlichen »Klassen, Ethnien und Generationen«. Bourdieu beschreibt die soziale Welt als Beziehungen, die einen mehrdimensionalen, sozialen Raum entwerfen. »Klassen« sind keine realen Formationen, sondern sich nur wahrscheinlich zu sozialen Klassen entwickelnde Strukturierungen. Bei Individuen mit einer ähnlichen Klassenposition bestehe

Respekt
(Stuttgarter Zeitung, 24.2.06)
»Das Buch schafft vor allem Respekt: Respekt beispielsweise gegenüber der Buchhalterin, die vorzeitig in Rente geht, um ihren alzheimerkranken Mann zu pflegen; die für ihn die gesamten begrenzten Ersparnisse drangibt und hochbetagt wieder putzen geht, um am Ende das teure Pflegeheim bezahlen zu können; die einen Schlaganfall erleidet, kaum mehr gehen kann und dennoch nicht verbittert. Respekt gegenüber dem Facharbeiter, der jahrzehntelang qualifizierte Arbeit leistet, mit knapp 50 im Rahmen einer von vielen Kündigungswellen entlassen wird und seitdem den beruflichen und sozialen Abstieg von Leiharbeitsfirma zu Leiharbeitsfirma erlebt. Respekt gegenüber dem 31-jährigen Pförtner, der nach Bedarf und auf Abruf für 6,50 Euro die Stunde arbeitet und jetzt auf eigene Kosten einen Lehrgang zur Gewerbeordnung machen soll. Die 230 Euro dafür zieht ihm sein Arbeitgeber auf Raten vom Lohn ab. Respekt vor der allein erziehenden Mutter, die bei einem Discounter als Verkäuferin arbeitet, massenhaft unbezahlte Überstunden leistet, die formalen Pausen durcharbeitet und die Tätigkeit der entlassenen Putzfrau zusätzlich übernehmen muss.
All diese Menschen beschreiben ihre Situation, sie üben Kritik, aber sie jammern nicht. Sie gestalten ihr Leben, soweit es unter den Umständen möglich ist, und sie gewinnen Selbstbewusstsein aus ihrer Arbeit. Welche Lebensleistung, welche soziale Intelligenz! Wie lächerlich wirken im Vergleich dazu die Verdienste eines Klaus Esser, um nur ein Beispiel all der eitlen Pfauen zu nennen. Es stimmt ja, dass sich

Leistung lohnen muss. Jene, die das lautstark für sich propagieren, ahnen nicht, was ihnen widerfahren würde, wenn dies eingelöst würde.

Beschrieben werden auch das sich immer schneller drehende Rad der Arbeitsverdichtung und -ausweitung, die Weitergabe des alltäglichen Drucks von oben nach unten und das ganz gewöhnliche Mobbing. Das sich wandelnde Leben eines Briefsortierers ist nur ein Beispiel dafür. Wer das gelesen hat, verbannt von Stund an Sabine Christiansen mit ihrer geschwätzigen Kamarilla.

Auffallend ist, dass die meisten Interviews mit älteren Menschen gelingen. Die haben, auch wenn sie ganz am Rande der Gesellschaft stehen und über keine formale Bildung verfügen, etwas zu sagen. Die meisten Interviews mit Jugendlichen dagegen misslingen. Das liegt erkennbar nicht nur daran, dass die Forscher die Sprache der Jugend nicht kennen. Auch in diesem Buch rutscht eine ganze Generation weg, die sich nicht mehr ausdrücken kann.«

eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich ein gemeinsamer Habitus herausbildet. (Habitus ist ein zentraler Begriff in der Theorie von Bourdieu, er fasst damit eine durch die gesellschaftlichen Strukturen vorgegebene Disposition, in einer Art und Weise zu handeln; ein strategisches Anliegen der Klassentheorie Bourdieus war die Vermittlung von objektiven und subjektiven Strukturen über den Habitus. Ganz ähnlich wie die Operaisten leitet er die subjektive Klassenbildung nicht mehr allein aus der Entwicklung von Klassenbewusstsein ab – er unterschlägt aber weitgehend die Bedeutung der Zusammenarbeit im Arbeitsprozess.)

Der explizite Bezug auf Bourdieu im Buch wirkt jedoch vielfach wie Dekoration: à la »treffend lässt sich diese Perspektive auf bildhafte Vergleiche Bourdieus übertragen« (S. 335). Beispielhaft auf den Seiten 375-378 – auch hier findet sich die oft benutzte Formel »um eine Formel Bourdieus zu paraphrasieren« (S. 376). Zuweilen hat man den Eindruck, den Herausgebern war selber klar, wie sehr ihre Interviewsammlung in Richtung einer Sozialreportage rutscht, so dass das Unterfangen theoretisch aufgepeppt werden musste, um dem Anspruch »Gesellschaftsdiagnose« genüge zu tun (vgl. dazu S. 10).

Allerdings ist dafür auch die Auswahl der Interviews zu stark vom Zufall oder vom Zugang abhängig. Dreimal werden Schulleiter interviewt, überhaupt wird in der Regel der Leiter oder die Leiterin gefragt. Nirgendwo findet sich ein Hinweis darauf, dass man Bourdieus Ansatz dahingehend abgeändert hat, dass man viel stärker »die Ränder der Gesellschaft« berücksichtigt hat. So entsteht eine unausgewiesene Mischung aus (Projekt-) Leitern und Marginalisierten; AkademikerInnen und Arbeitslose sind weit überrepräsentiert.

Das Buch wurde unter Bedingungen (»quasi ohne Bezahlung«) erstellt, die es selbst thematisiert. Umso unverständlicher, dass man über das Forschungsteam fast nichts erfährt. Eine rühmliche Ausnahme macht hier Hugo Velarde, der in der Einleitung über sich selber und seinen Zugang zum Interviewten Auskunft gibt, die Gesprächssituation problematisiert, das Gesagte in der heutigen sozialen Situation des Interviewten verortet, deren Dramatik er mit knappen historischen Bezügen auf die DDR herausarbeitet – all das sucht man in den anderen Einleitungen vergeblich.

»Provinzen und Welten«

ist sein Beitrag überschrieben. Damit spielt er auf die Dialektik des Hereinbrechens der Welt in die Provinz DDR durch die Wiedervereinigung an: Öffnung einerseits, Kolonialisierung andererseits. Gleichzeitig sind die Biographien sowohl des Interviewers wie des Interviewten von der Flucht aus der Provinz in die Metropole geprägt. Sowohl Einleitung als auch Interview ragen positiv aus dem Buch heraus. Das Interview ist das einzige »Gespräch« im Buch: Velarde äußert sich, widerspricht, fragt nach.

Velarde war von Bolivien in die DDR gekommen. »Meine DDR-Karriere hätte als ›Landschaftsarchitekt‹ beginnen sollen. ›Warum bloß Philosophie?‹ fragte 1977 Genosse Just am Leipziger Herder-Institut, wo ich noch Deutsch lernte zur Vorbereitung auf das Universitätsstudium. Ich bestand auf Philosophie. ›In Ihrer Heimat braucht man doch eher Ingenieure oder Architekten zum künftigen Aufbau des Sozialismus. Wir liefern die wissenschaftliche Weltanschauung!‹ ›Ich will Ingenieur der Seele werden!‹ entgegnete ich in Anspielung auf Stalins Beschreibung der schöngeistigen Intelligenz. Ein paar Monate später wurde ich an der Karl-Marx-Universität in Leipzig immatrikuliert, um von da aus 1980 zur Berliner Humboldt-Universität zu wechseln.« (S. 210) Dort lernt er 1984 in einer Kneipe Klaus H. kennen, einen Sozial- und Politikwissenschaftler aus der sächsischen Provinz, dessen Karriere als Diplomat Ende der 80er Jahre gesichert schien – als die DDR sich aufzulösen begann. Zunächst konnte Klaus H. sich mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Anstellung an einem Institut über Wasser halten. »Über dem sich bereits abzeichnenden beruflichen Abgrund schimmerte so immer noch eine letzte Hoffnung, bevor die Aussichtslosigkeit der Lage deutlich wurde. Die letzte Chance war verspielt – man wurde schließlich auch nicht jünger. Was seit Mitte der 1990er Jahre folgte, war Dauerarbeitslosigkeit, ökonomische Not, Verunsicherung und Lebensangst.« (S. 212)

Im Sommer 2002 machte Velarde das im Buch abgedruckte Interview mit seinem alten Freund Klaus H.. »Nachdem ich Klaus für das Interview gewonnen habe, kauft er sich ein paar Bücher von Pierre Bourdieu. Er interessiert sich zunehmend für *Das Elend der Welt*. Doch es gerät im Laufe des Interviews in Vergessenheit. Er antwortet dem Interviewer auch auf Fragen, die Bereiche betreffen, von denen er sonst lieber schweigen würde: Sexualität und Intimität. Gerade dort spiegelt sich das Gefühl der Ausgrenzung am stärksten wider.« (S. 213) »Vom Intimen allein kann man aber nicht reden. Über seinen Alltag will ich mehr wissen. So bemühe ich mich, mit Klaus ›übers Ganze‹ zu sprechen. Beim »intellektuellen Feld‹ angelangt, werden aber bald die Fragen zu einem Problem. Er will mit mir auf einer Höhe stehen, seinen Status als Angehöriger der Intelligenz nicht verlieren. ›Das ist keine Prüfung deines Intellekts‹, sage ich ihm.

Er nickt und lacht. Ich spüre seine Achtung, die mit dem ›Exotenbonus‹ einhergeht, den ich zu Beginn unserer Bekanntschaft hatte. Hat man schon einen ›guten Wilden‹ gesehen, der Hegel und Marx beherrscht? Seine Achtung ist bedrückend. Bin ich nun in der Lage, ihm Aussagen über sein Leben zu entlocken, ohne in eigene Unsicherheiten und Lebensängste zu verfallen? Folge ich ihm? Folgt er mir? Wer verzerrt die Lage mehr? Ist sie überhaupt verzerrt? ... Irgendwann während des Interviews legt er aber seine Unsicherheit ab. Er hat das Tonbandgerät vergessen. Das Bier steht schon auf dem Tisch. Ich lache, er lacht. Wir reden schließlich über uns. Wie soll das Arbeitsamt verstehen, dass wir soviel unentgeltlich arbeiten, während man uns ständig zwingt, Arbeit zu suchen? Ich arbeite in einem kleinen Verlag, gebe eine Zeitschrift heraus, er kümmert sich unermüdlich um die Homepage des Verlags, liest letzte Korrekturen der Zeitschrift, übersetzt. Während des Interviews schleichen sich unwillkürlich Ironie oder Sarkasmus in den sachlichen Bezug, zuweilen nimmt ein gewisser Konsens über das Umfeld, in dem wir leben, der Sache die notwendige Distanz. Sich selbst zu beobachten ist nicht einfach. Im Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit und der kapitalistischen Gegenwart zeigt aber die Negation auch eine neue Perspektive: das Aufgeben einer durch Erwerbsarbeit bestimmten Identität. ... Ein künftiges Leben ist dann möglich, wenn man sich gegen die krude Realität verbünden kann. Und das steht bevor.« (S. 213 f.)

Daran schließt das Interview an, in dem es gelingt, tiefen Absturz, nicht versiegende Hoffnung, politisches Engagement und Zeitzeugentum auf sechs Seiten zu verdichten.

»Der Eigensinn der Alltagsmenschen«?

Stark ist das Buch da, wo Ent-Solidarisierung als Ergebnis des alltäglichen Kleinkriegs im und gegen den Neoliberalismus deutlich wird; »ich bin so müde, zum Kämpfen reicht es nicht mehr« (S. 323). In den 70ern hofften die Menschen auf Veränderung und blickten mit Zuversicht in die Zukunft; auch die Wendezeit war nochmal – sehr kurz – ein solcher Aufbruch. Heute wird Veränderung als etwas Bedrohliches empfunden, man klammert sich an den Status quo; »geändert hat sich bei mir nichts« sagt jemand als das Positivste, was es zu sagen gibt! »Der hoch gepriesene ›Mut zur Zukunft‹ verwandelt sich für manche stillschweigend in eine kompakte Angst vor dem, was kommt.« (sagt der Sparkassenleiter auf S. 146), denn »permanente Überforderung« gilt auch für ihn (S. 145). »Früher haben wir uns mehr oder weniger damit beschäftigt, gut miteinander auszukommen«, »wir waren auch sehr fröhlich« (S. 146) – heute ist er nach seinem 13-Stunden-Tag zu Hause nur noch kraftlos: »Es hat zu funktionieren. Punkt! Und wenn es nicht funktioniert - dann tschüss!« (S. 151)

Das Buch macht deutlich, dass die Unterschichtendebatte, wie sie etwa der konservative Historiker Paul Nolte pusht, eine ekelhafte Ablenkung vom Kern des Problems ist: Wo Massenarbeitslosigkeit und prekäre Jobs zur Normalität geworden sind und HartzIV jeder, die ihren Arbeitsplatz verliert, mit existenzieller Erschütterung droht, setzen sich Millionen von Menschen alltäglich mit diesen tief greifenden Umschichtungen auseinander. Aus ihrem Handeln werden sich die Rückräume für die Kämpfe bilden, die die ganze Scheiße weghauen. Das ist heute die »soziale Frage«. Und das Buch trägt mehr zu ihrer Wahrnehmung bei als die vielen postmodernen Selbstbespiegelungen, die »militante Untersuchung« zu nennen, gerade modern ist.

Viele Interviews im Buch scheitern an Problemen, die auch Wildcat-Leute aus Interviews mit Arbeiterinnen und Kollegen kennen: Gerade wenn man die Leute ernst nimmt, muss man bestimmte Aussagen hinterfragen. Etwa die typische Argumentation: ›ich würde mich ja wehren, bloß die anderen ziehen nicht mit! deshalb halt auch ich mein Maul.‹ Wenn es nicht gelingt, solche Aussagen aufzuknacken, spiegeln die Interviews die Welt als eine von Individualisten und (verhinderten) Einzelkämpfern – und das passiert im Buch über weite Strecken. Zweitens: der Interviewer muss sich in dem Bereich, zu dem er Fragen stellt, selber auskennen - das ist im Buch nicht immer der Fall. Drittens: die richtige Balance zwischen Zuhören und die eigenen Kenntnisse/Meinungen einbringen ist immer problematisch. Wenn man aber so wie im Buch, größtenteils komplett darauf verzichtet, seine eigene Meinung zu vertreten, sollte man zumindest bei unklaren Antworten so lange nachhaken, bis man den anderen verstanden hat.

Das Forschungsteam setzt gegen den soziologischen mainstream eine politisierte Version von Wissenschaft wieder auf die Tagesordnung. Das Buch liefert viel Material zum Zustand der bundesrepublikanischen Gesellschaft zwölf Jahre nach der Wende. Ihr solltet es alle lesen – und großzügig an Bekannte und Verwandte weiter verschenken; denn es liefert jede Menge Anregungen zum Reden über die eigene Situation.

jaa

Neue Arbeitsbedingungen in der Druckvorstufe

Für Menschen, die in der alten Bundesrepublik aufgewachsen sind, galten die Belegschaften in der Druckindustrie einst als die kämpferischsten überhaupt. Das mag aus heutiger Sicht verwundern, denkt man doch derzeit bei streikenden Druckern eher an defekte Bürogeräte. Tatsächlich gab es in den 70er und 80er Jahren eine Reihe größerer Arbeitskämpfe im Zusammenhang mit der Einführung rechnergestützter Satzsysteme, die auf den ersten Blick auch keineswegs in Niederlagen endeten, aber angesichts der tiefgreifenden Umstrukturierung insbesondere für die in der Druckvorstufe arbeitenden Schriftsetzer, Druckvorlagenhersteller und Reprofotografen auch nicht als Siege gelten können.

Druckvorstufe
(auch Prepress): Zusammenfassung aller Teilprozesse vor dem eigentlichen Druck um eine Druckform herzustellen, so z.B. Scannen, Daten- und Bildbearbeitung, Layout, usw., bei Offsetdruck auch die Plattenbelichtung. Teilprozesse der Druckvorstufe sind Satz, Reproduktion und Druckformherstellung.

Speerspitze der Arbeiterbewegung oder Arbeiteraristokratie?

Den Ruf als streitbare Klassenkämpfer erwarben sich die Bucharbeiter bereits im 19. Jahrhundert, als sie den ständigen Rationalisierungen und Arbeitsbeschleunigungen mittels Arbeitsverweigerungen, Sabotage und sogar Maschinenstürmungen zu entgehen versuchten. Ihre für die Arbeiterschaft überdurchschnittliche Bildung, der leichtere Zugang zur Öffentlichkeit durch die von ihnen selbst hergestellten Druckerzeugnisse und ihr Ethos als Speerspitze der Arbeiterbewegung erleichterten ihnen organisierte Kämpfe. Ihre Position als halbwegs gut bezahlte Arbeiter konnten sie jedoch letztlich nur dadurch aufrecht halten, dass die enormen Rationalisierungen abgefedert wurden durch ein ebenso stark wachsendes Bedürfnis an Druckerzeugnissen – insbesondere seit der Einführung der freien Presse. Die Drucker konnten immer noch auf eine Anstellung hoffen, für die Setzer dagegen, deren Tätigkeit kaum von neuen Technologien beeinflusst wurden, bedeuteten die schnelleren Druckerpressen schlichtweg eine permanente Anhebung des Arbeitspensums. Nur ihr für die Berufsausbildung erforderlicher hoher Bildungsgrad schützte sie vor Lohndumping und Arbeitslosigkeit.

Die Buchdrucker und Schriftsetzer gehörten zu den ersten, die sich gewerkschaftlich organisierten und sie setzten auch den ersten Flächentarifvertrag in Deutschland durch. Ihre Organisationen standen allerdings in der Tradition der mittelalterlichen Gesellenvereinigungen und hatten den Charakter elitärer Standesorganisationen. Besonders die Schriftsetzer, die als Typo*graphen* den Begriff von der Arbeiteraristokratie prägten, gerieten deshalb auch immer wieder in die Kritik. Auf die Schriftsetzer gemünzt bemerkte etwa Karl Kautsky 1891: »Wo die Gewerkschaftsbewegung zu einer Pflege einseitigen Kastengeistes und zu aristokratischer Abschließung der bessergestellten Arbeiter führt, da trägt sie nicht nur nichts zur Hebung des gesamten Proletariats als Klasse bei, sie ist sogar imstande, dieselbe zu hemmen und zu verzögern.« In der DDR schalt man die Bucharbeiter folglich auch als »Hort des Revisionismus« und hielt deren Löhne künstlich niedrig.

In der Bundesrepublik gehörten die Schriftsetzer weiterhin zu den am besten bezahlten Arbeitern, die ihre vergleichsweise gute Bezahlung hauptsächlich ihrer hohen und sehr speziellen Qualifikation zu verdanken hatten. Erst 1945 kamen die ausschließlich männlichen und deutschen Druckfacharbeiter mit den Hilfsarbeitern in einer gemeinsamen Organisation, in der IG Druck und Papier, zusammen. Die IG Druck und Papier redete überdies in Gestalt ihrer Betriebsräte bei sämtlichen Einstellungen mit und konnte sich so ihre Mitgliederbasis sichern und regelmäßig erneuern

Dass man seinerzeit in Europa mit Maschinenstürmungen der Drucker und ebenfalls betroffenen Setzer zu rechnen hatte, verdeutlichen die Vorsichtsmaßnahmen, die mitunter bei der Einführung neuer Technologien vorgenommen wurden: »Am Abend des 28. November 1814 ging den Druckern der Londoner »Times« die beunruhigende Order zu, mit dem Einheben der Druckformen in die Pressen zu warten. Sie warteten bis Mitternacht und bis zum dunklen Novembermorgen. Eigentlich musste die Ausgabe für den 29. November bereits fertig gedruckt sein. Da betrat um sechs Uhr morgens Mr. Walter, der Besitzer der »Times«, den Pressesaal mit der druckfrischen Zeitung in der Hand. Er teilte seinen Arbeitern mit, sie könnten nach Hause gehen. Er mahnte zur Ruhe und drohte, etwaige Störungen rücksichtslos zu unterdrücken. Bis die entlassenen Drucker anderswo ihr Brot gefunden hätten, wolle er ihren Lohn weiterbezahlen. Was war geschehen? Heimlich hatte in den Monaten zuvor der deutsche Erfinder Friedrich Koenig in einem streng abgeschlossenen Teil der Druckerei seine ersten Doppelschnellpressen montiert. Nach einigen heimlichen Probedrucken war dann in der Nacht vom 28. zum 29. November erstmalig die volle Ausgabe der »Times« durch die Maschinen gelaufen. Für das grafische Gewerbe hatte eine zweite industrielle Revolution begonnen. Sie nahm in den nächsten Jahrzehnten den Charakter einer permanenten Revolution an, denn der Doppelschnellpresse folgten immer weitere Verbesserungen.«

Aus: Gerhard Beier, Schwarze Kunst und Klassenkampf, Band I, 1966.

sowie durch Meisterzwang und strikte Ausbildungsordnungen quereinsteigende Billigkonkurrenz abwehren.

Bis Anfang der 70er Jahre war die Branche denn auch nicht als besonders streikwütig aufgefallen. Erst als immer mehr rechnergesteuerte Satzsysteme angeschafft wurden und damit erstmals die vorher immer noch handwerklich geprägte Satzproduktion automatisiert werden konnte, geriet die Machtbasis der Arbeiter in der Druckvorstufe in Gefahr. Denn mit den Satzcomputern ließ sich nicht nur schneller produzieren, man erwartete nicht ganz zu unrecht, dass mit ihrer Hilfe bald jeder Dödel in der Lage wäre, Druckvorlagen herzustellen. Wenn Journalisten ihre Artikel selbst layouten und Grafiker ihre Entwürfe selbst umsetzen, benötigt man keine Setzer mehr, so das damalige Credo. Dass viele Schreiberlinge, Sekretäre und Künstler sich nicht einmal darüber bewusst waren, dass sie – zumeist kostenlos – die Tätigkeit eines traditionellen Berufszweigs gleich mit erledigten, erhöhte zusätzlich den Druck auf die ausgebildeten Setzer. In den Streiks der 70er Jahre, vor allem in dem von 1978, ging es deshalb besonders darum, sicherzustellen, dass nur ausgebildete Schriftsetzer die neuen Satzcomputer bedienen dürfen. Im Kernbereich des Grafischen Gewerbes gelang das auch.

Von der neuen Linken zur neuen Mitte

Dafür traten seit Anfang der 80er Jahre vermehrt branchenfremde sogenannte Desktop-Publishing (DTP)-Betriebe auf den Plan. Die mit Apple-Rechnern ausgestatteten Quereinsteiger setzten die alteingesessenen Druckereibetriebe im Verlauf der 80er Jahre stark unter Druck und nötigten der Branche von außen eine Umstrukturierung auf. Zum Teil entstanden reine Service-Unternehmen, von denen manche nur Filme zur Herstellung von Druckplatten produzierten oder nur Bilder scannten. Grafiker, die zuvor mit ihren Entwürfen in die Druckerei gingen, um sie dort von Setzern umsetzen zu lassen, konnten ihre Druckvorlagen nun selbst herstellen. Dabei kam zwar oft miserable Qualität heraus, weshalb die Eindringlinge im Grafischen Gewerbe lange Zeit belächelt wurden, trotzdem nahmen die DTP-Firmen den alten Druckereien immer mehr Satzaufträge weg, was vielen das Genick brach.

Die DTP-Firmen unterscheiden sich stark von den alteingesessenen, besonders hinsichtlich der Unternehmenskultur und der Art, wie die Bezahlung ausgehandelt wird. Viele der frühen Firmengründungen in dem Bereich waren ein Resultat des Gründungsbooms der linken Szene, die sich als Reaktion auf den »Deutschen Herbst« auf dem Tunix-Kongress 1978 in Berlin zu großen Teilen davon verabschiedet hatte, die bestehende Gesellschaft grundlegend zu verändern, um stattdessen eine Parallelgesellschaft neben dem Mainstream aufzubauen. In diesem Zusammenhang entstanden zunächst vermehrt selbstverwaltete Unternehmen, die betriebsintern völlig auf Hierarchien verzichteten, sich aber auf dem kapitalistischen Markt behaupten mussten, weshalb sie oft nur mieseste Löhne zahlen konnten. Für den Erhalt des gemeinsamen Projekts war man auch gerne bereit, diese vorübergehende Durststrecke durchzustehen und auch mal länger zu arbeiten. Schon bald aber war die Selbstverwaltung nicht mehr so wichtig und manche Kollektive, vor allem aber die nachfolgenden Firmen, die nur noch dem Dunstkreis der Alternativszene entstammten und von denen es wegen der niedrigen Kosten der DTP-Technologie gerade in diesem Bereich besonders viele gab, gehörten wieder denjenigen, die Geld investiert hatten. Übrig blieben »flache Hierarchien«, die aber nur noch dazu dienten, die tatsächlich vorhandenen Machtverhältnisse unsichtbar zu machen und dadurch eine besondere Identifikation mit der Firma aufrecht zu erhalten sowie eine auf den ersten Blick weniger rigide Arbeitsorganisation. Es gab keine Stechuhr, sondern Gleitzeit. Das Kollektiv wurde zum Team und die Chefin hieß Teamleiterin und wurde geduzt. Das Streben nach Selbstverwirklichung löste die Selbstverwaltung ab.

MetaDesign im New-Economy-Boom

Ein sehr typisches Beispiel für die Entwicklungen in der Branche ist die Berliner Firma MetaDesign. MetaDesign selbst wurde 1979 unter dem Namen Design for Design als Grafikagentur gegründet. 1991 übernahm sie die ungefähr zur selben Zeit entstandene DTP-Firma CitySatz, die hauptsächlich Dienstleistungen wie Belichtungs- oder Scanservice für Grafiker anbot, sich aber auch als Satzbetrieb zu etablieren trachtete. 1993 fusionierte CitySatz mit der altehrwürdigen, ins Straucheln geratenenen Setzerei Nagel und hieß fortan CitySatz & Nagel. Für CitySatz war diese Übernahme vor allem deshalb interessant, weil man mit dem Namen Nagel solide Handwerksarbeit verband, während CitySatz bis dahin mit dem Schmuddelimage des Quereinsteigers zu kämpfen hatte. Die Übernahme von Nagel war aber keine rein kosmetische Maßnahme und blieb auch nicht die einzige Masseneinstellung ausgebildeter Fachkräfte untergegangener tarifgebundener Traditionsbetriebe: 1994 übernahm CitySatz & Nagel fast die komplette Belegschaft der Bildbearbeitungsabteilung der bankrotten Kreuzberger Offsetdruckerei ORT.

Während viele traditionelle Druckbetriebe der Konkurrenz der DTP-Firmen nicht gewachsen

waren, fanden deren Mitarbeiter bis Ende der 90er also durchaus wieder neue Stellen bei eben diesen DTP-Betrieben. Allerdings zu anderen Bedingungen: Bei CitySatz & Nagel handelte jeder seinen eigenen Arbeitsvertrag aus, weshalb dieselbe Arbeit zu den unterschiedlichsten Konditionen erledigt wurde. Die Unterschiede betrafen vor allem die Bezahlung, über die untereinander zu reden ausdrücklich verboten war, woran sich vor allem die jüngeren, unerfahrenen Kollegen auch hielten. Grundsätzlich waren alle Arbeitsverträge befristet, was die Geschäftsführung ganz offen damit begründete, dass sie sich dadurch im Krisenfall schnell und problemlos von überflüssigen Mitarbeitern trennen könne (was sie dann nach dem New-Economy-Crash auch tat). So mussten die Arbeiter jedes Jahr ihre Arbeitsverträge neu aushandeln, was sie in der Regel dafür nutzten, mehr Geld herauszuschlagen. Einige konnten aber auch eine 30-Stunden-Woche aushandeln oder selbständig als »Freelancer« ihre Arbeitskraft verkaufen, was sich in den 90ern durchaus lohnen konnte.

Abgesehen vom Scan- und vom Belichtungsservice, wo in zwei Schichten gearbeitet wurde, galt für alle Gleitzeit. Gleitzeit hat den Vorteil, dass man erst um 10 Uhr antanzen muss, dafür aber den Nachteil, dass man nur in Ausnahmefällen schon nach acht Stunden wieder geht. Die meisten arbeiteten mindestens 50 Stunden in der Woche und häuften so Überstunden an, die aber nicht als solche bezahlt wurden. Neben der Gleitzeit gab es ein Jahresarbeitszeitkonto, um die Überstunden im Prinzip als Urlaub abfeiern zu können, was tatsächlich nur bei Auftragsflaute möglich war. Die meisten Überstunden wurden letztlich ohne Zuschläge ausbezahlt. Einmal im Monat musste man überdies samstags arbeiten, um an »Teamsitzungen« teilzunehmen. Diese sollten das Gemeinschaftsgefühl heben, liefen aber meist so ab, dass der Teamleiter genannte Abteilungsleiter referierte, was besser zu werden hat. Diese Teamsitzungen ließen sich aber durchaus umdrehen und als Forum für Diskussionen über die Arbeitsbedingungen nutzen. Das war wohl von der Geschäftsführung sogar beabsichtigt, ist man auf diese Weise doch in die Strukturen der Firma integriert und baut keine eigenen auf.

Mitte der 90er wurde eine neue Arbeitsorganisation eingeführt. Die Teams werden seitdem nicht mehr als klassische Abteilung nach Berufen, sondern projektbezogen zusammengestellt. Seitdem arbeiten die Setzer von CitySatz & Nagel mit den Grafikern von MetaDesign zusammen. Waren schon bei CitySatz & Nagel unterschiedlichste Arbeitermilieus wie beim Jobben hängengebliebene Studienabbrecher, umgeschulte Gärtner und berufsstolze Facharbeiter nicht immer miteinander ausgekommen, wurden nun noch frisch von der Kunsthochschule kommende Kreative und hippe Start-Up-Schnösel dazugesellt. Um aus der heterogenen Belegschaft eine Gemeinschaft zu formen, hatte man sich eine Firmenideologie ausgedacht, die den in der New Economy üblichen Corporate Identities entspricht: junge, flexible, kreative und weltoffene Mitarbeiter, die unheimlich Wichtiges und Großartiges leisten und die als Vorbild für die ganze Gesellschaft dienen. Es erinnerte stark an das Innenleben von Sekten.

Hipper Medienjob nach dem Crash

Die 80er und 90er Jahre brachten also eine radikale Umdefinition der Berufsbilder in der Druckvorstufe. Aus stark reglementierten Handwerksberufen wurden angesagte Medienjobs, mit dem unangenehmen Nebeneffekt, dass es haufenweise Leute gibt, die sich umsonst als Praktikanten andienen. Aus dem einstigen Beruf, den man mit 15 als Lehrling ergriff, ist heute einer für fast ausschließlich Abiturienten geworden, die, um eine Lehrstelle zu ergattern, den Job eigentlich schon vorher in ihrer Freizeit erlernt haben müssen. Und die neu dazu gekommenen Setzer, Layouter und Grafiker verstehen sich darüber hinaus noch nicht einmal mehr als Arbeiter, sondern eher als Angestellte, wenn nicht sogar als Künstler.

Die Veränderungen schlagen sich auch in den Ausbildungsordnungen nieder. Die Berufe Schriftsetzer und Reprofotograf sind in den 90er Jahren im »Medienvorlagenhersteller Digital und Print« aufgegangen. Außerdem wurde der Meisterzwang abgeschafft, womit die DTP-Betriebe endgültig zu vollwertigen Druckvorstufenbetrieben aufstiegen und nun auch ausbilden dürfen. Damit wurde auch

ein wesentlicher Pfeiler alter Handwerkermacht, nämlich über die Begrenzung des Zugangs zum Arbeitsmarkt die Löhne hoch zu halten, geschleift. Selbst Werbeagenturen bilden inzwischen zum Medienvorlagenhersteller aus. Auch die außerbetriebliche Ausbildung wurde zu Zeiten des New-Economy-Booms stark ausgeweitet. Das Arbeitsamt steckte im großen Stil Leute in Umschulungsmaßnahmen und an Hochschulen und privaten Schulen wurden haufenweise neue Grafik-Design-Studiengänge eingerichtet. Man rechnete damals mit einem nie enden wollenden Wachstum der Branche, das die durch Rationalisierung weggefallenen Arbeitsplätze mehr als ausgleichen konnte.

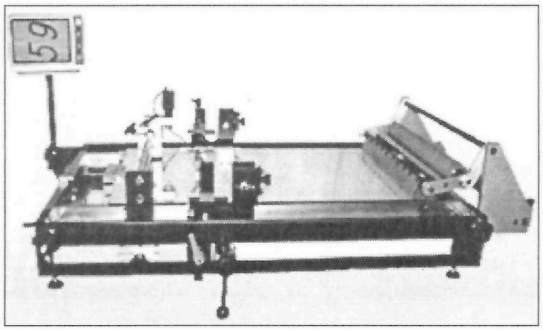
Seit dem Zusammenbruch der New Economy, der auch in der Druckvorstufe viele daran erinnert hat, dass sie Arbeiter sind, gibt es deshalb heute mehr ausgebildete Leute als gebraucht werden. Besonders die Betriebe, die auch viel Internetgestaltung anboten, entließen den größten Teil ihrer Mitarbeiter, wenn sie nicht gleich ganz dicht machten. Das traf die Grafiker stärker als die Medienvorlagenhersteller. Letztere kamen oft woanders unter, allerdings häufig nur noch als Subunternehmer, was sich heute nicht mehr so lohnt wie noch in den 90ern. Laut ver.di soll es aber auch noch Medienvorlagenhersteller geben, die nach Tarif bezahlt werden. Grafiker arbeiten sogar fast nur noch als »Freelancer«. Je kreativer die Arbeit ist, desto schlechter sind offenbar die Arbeitsbedingungen.

Ansätze, sich gegen diese zum Teil drastischen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, gibt es bisher nur wenige. Das hängt damit zusammen, dass es auch nach dem Zusammenbruch der New Economy immer noch als chic gilt, »etwas mit Medien zu machen«, liegt aber auch in der veränderten Arbeitsorganisation selbst begründet. Gab es vor den Umstrukturierungen einen linearen Arbeitsablauf, der weitgehend in einer einzelnen Druckerei stattfand, ist der Bereich der Vorlagenherstellung heute netzförmig in vielen konkurrierenden Kleinstbetrieben organisiert, der Druckerei vorgelagert und über die ganze Stadt verteilt. Fällt ein Knoten des Netzes aus, bricht der Produktionsprozess nicht gleich zusammen, weil ein anderer einspringt. Um das zu verhindern, müsste man betriebsübergreifend agieren und am besten mit den Fahrradboten zusammenarbeiten, die eine wichtige Verbindung zwischen den einzelnen Produktionsbereichen darstellen und daher, vermutlich ohne sich dessen bewusst zu sein, den Arbeitsablauf empfindlich stören könnten.

Wahrscheinlicher als ein offener Kampf erscheint derzeit aber eher eine Neubelebung alter Abschottungsstrategien gegen Billigkonkurrenz durch rigide Qualitätsansprüche. Auf dem Markt springen schließlich auch haufenweise Stümper herum, denen oft gar nicht bewusst ist, dass die Arbeit, die sie gerade verrichten, sonst die ausgebildeter Fachleute ist, und die sich wegen ihrer Unerfahrenheit in Lohnverhandlungen oft mit Peanuts abspeisen lassen. In einem der größten Berliner Arbeit- und Auftraggeber der Branche, dem Cornelsen Schulbuchverlag, zumindest bahnt sich soetwas an, was in der Aufspaltung des Arbeitsmarktes in ein Hoch- und ein Niedriglohnsegment enden könnte. Mit der Umstellung auf ein neues Grafikprogramm sind die Qualitätsansprüche derart angezogen worden, dass ein großer Teil der »Außenhersteller« keine neuen Aufträge mehr bekommt und wieder mehr bei Cornelsen im Haus produziert wird.

Es gibt mittlerweile aber doch auch zaghafte Ansätze für eine betriebsübergreifende Organisierung der Druckvorlagenhersteller und Grafiker. Viele der ehemaligen Arbeiter von CitySatz & Nagel und MetaDesign beispielsweise, die nach dem Crash Ende der 90er ihre Jobs verloren, treffen sich regelmäßig zum lockeren Umtrunk bei einem ihrer ehemaligen Kollegen im Grafikbüro. Dort kursieren Informationen über freie Stellen und werden Aufträge vermittelt oder sich über Lohnhöhen und Preise ausgetauscht. Auch Diskussionen über »prekäre Arbeitsverhältnisse« sind dort und überhaupt unter Kulturproduzenten inzwischen verbreitet. Es ist schon ein großer Fortschritt, dass sich viele Medienarbeiter überhaupt wieder Gedanken über ihre Rolle als Lohnabhängige oder Scheinselbstständige machen und sich über Möglichkeiten, sich im Beruf selbst zu verwirklichen und sich dafür alles gefallen zu lassen, nicht mehr so viele Illusionen machen. Weitergehende Überlegungen zu organisierter Gegenwehr gibt es bisher aber kaum. Dabei haben die veränderten Produktionsabläufe auch neue Schwachstellen hervorgebracht. Vor allem der enorm gewachsene Termindruck mit immer knapperen Zeitvorgaben könnte ein Hebel für die Durchsetzung eigener Interessen sein. Auch mit dem »Konzept Imagebeschmutzung« ließe sich in dieser so stark auf ihren Ruf bedachten Branche eventuell etwas ausrichten.

Søren Jansen und Susann Sax



Der Kampf gegen den CPE hat die (Hoch)Schuljugend, erst die Studierenden, dann die Oberschüler, in Bewegung gesetzt. Hauptziel war die Rücknahme des Artikels 8 des »Gesetzes für die Chancengleichheit« – eines Artikels, der eine Verschlechterung der Arbeitsverträge speziell für junge ArbeitnehmerInnen einführen sollte.
Dieses Ziel wurde vollauf erreicht.

CPE/CNE: Ein kämpferischer

Stark gekürzte Übersetzung aus Lettre 21 von **Mouvement Communiste.** Die vollständige französische Fassung findet Ihr auf www.wildcat-www.de oder http://www.mouvement-communiste.com/lettres/LTMC0621.pdf

Weitere Informationen über die Bewegung gegen den CPE sowie einige Bildergalerien findet ihr auf: **www.labournet.de/** internationales/fr/cpe.html

Wie bei jedem unabhängigen Abwehrkampf dieser Qualität wurde auch diesmal praktische Kritik geübt: Zum Einen an der Konkurrenz unter den ArbeiterInnen, und zwar zwischen den jüngsten ArbeiterInnen und dem Rest; und zum Anderen an der Herrschaft der Unternehmen und ihrer Unterwerfung der ArbeiterInnen. Diese praktische Kritik, die mit Bestimmtheit von hunderttausenden Jugendlichen getragen wurde, blieb aber insgesamt auf die neuen Maßnahmen der Regierung beschränkt und ließ die anderen Aspekte der prekären Arbeit und der Diskriminierung der lohnabhängigen Jugendlichen unbeachtet. Das war eine entscheidende Grenze der Bewegung.

In diesem Klassenkampf sind aber auch neue Komponenten des Proletariats in Erscheinung getreten. Eine große Zahl sehr junger ArbeiterInnen aus den Vorstädten hat sich rege und entschlossen beteiligt, darunter auch viele junge Frauen.

Schneller und regelmäßiger Machtzuwachs

Der CPE (*Contrat première embauche* – Ersteinstellungsvertrag) wurde am 10. Februar von der Nationalversammlung beschlossen. Das starre Festhalten der französischen Regierung an seiner Einführung hat an der überwiegenden Mehrheit der Universitäten, Hochschulinstitute für Technologie sowie in mehreren hundert Ober- und Mittelschulen eine Reihe von Kämpfen ausgelöst.

»Der Kampf ist die Schule der Freiheit«

Diese Bewegung lässt sich folgendermaßen beschreiben:

- Die Agitation der Studierenden und SchülerInnen wird von der Bevölkerung sofort mit Sympathie aufgenommen. Die Opposition zum Gesetzesentwurf wächst auf eine Mehrheit von fast 70 Prozent der Franzosen an.
- Eigentlich los getreten wird die Bewegung am 7. Februar durch Demonstrationen, zu denen die gewerkschaftlichen Organisationen der StudentInnen, SchülerInnen und ArbeiterInnen aufrufen. In ganz Frankreich nehmen ungefähr 300 000 Menschen daran teil.
- Die Annahme des CPE durch den Senat am 1. März markiert das Überschwappen der Bewegung an die Universitäten. 13 von ihnen treten in Streik. Es gibt immer mehr Besetzungen und Blockaden des Unterrichts. Diese Aktionen werden auf den in dieser ersten Phase noch ziemlich spärlich besuchten Vollversammlungen beschlossen und mobilisieren nur eine kleine Minderheit der Studierenden.
- Am 10. März besetzen einige hundert Studierende aus verschiedenen Fachbereichen nachts die Sorbonne. Sie »*spielen*« Mai 68[1]. Der Repressionsapparat spielt mit. Die nächtliche Räumung verläuft ohne größere Zwischenfälle. Pseudo-radikale Randgruppen meist außerhalb der studentischen Bewegung beschwören den Mythos eines neuen revolutionären Frühlings.
- Zwischen dem 11. und 16. März ergreift die Bewegung nach und nach die Ober- und Mittelschulen. Aus lokalen, oft spontanen Aktionen entstehen Straßenblockaden und Versuche

[1] Auslöser der Maiunruhen 1968 war die Räumung der besetzten Pariser Universität Sorbonne. Der Protest dagegen wuchs zu einem weiten Feld von Forderungen und sprang auf nahezu alle Lebensbereiche über. Die ArbeiterInnen solidarisierten sich mit den Studierenden und es kam zu einem einmonatigen, wilden Generalstreik.

Frühling in Frankreich

Polizeiwachen zu besetzen, Rektorenbüros werden gestürmt, etc. Die Jüngeren fangen an, zu den studentischen Demos zu gehen. Der Mythos von 68 wirkt immer noch rund um die Sorbonne: dort gibt es jede Nacht kleinere Zusammenstöße mit der Polizei, die im Quartier Latin immer mehr Präsenz zeigt. Der 16. März ist ein weiterer Beweis für die Stärke der Bewegung: Ungefähr 400 000 Jugendliche sind landesweit auf den Straßen. Kurze Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mehrheitlich von den Jüngeren aus den einfachen Vororten ausgehen, nehmen gegen Ende der Demos zu. Vorfälle rund um die Sorbonne gibt es immer weniger. Der Mythos 68 zieht nicht mehr.

- Am 18. März, einem Samstag, veranstalten die Gewerkschaften der Arbeitnehmer, Studierenden und Oberschüler im ganzen Land Demonstrationen für die Rücknahme des CPE. Insgesamt nehmen daran ungefähr 700 000 bis 800 000 Personen teil. Jugendliche, vor allem Schüler, prägen das Bild. Sie werden von Lehrpersonal und Eltern begleitet. Parteien und Gewerkschaften halten sich bedeckt. Von den 80 bis 100 000 Teilnehmern der Pariser Demo machen sie ein knappes Viertel aus. Einige mehr oder weniger organisierte Banden aus den Vororten verfallen in Plünderungen und grundlose Aggressionen gegen Demonstranten.
- Die Besetzungen von Unis und Schulen gehen weiter. Es gibt mehr Leute bei den Vollversammlungen und Demos, aber nicht unbedingt mehr Jugendliche, die die alltäglichen Aufgaben des Kampfes übernehmen. Die Aktiven bleiben weiterhin eine Minderheit von 100 bis 200 Leuten pro Universität, in den Ober- und Mittelschulen sind es noch viel weniger. Einige Vollversammlungen, unter anderem an den Universitäten von Rennes, Toulouse, Paris und Montpellier, verabschieden Listen mit Forderungen, die bei Weitem über den Kampf gegen den CPE hinausgehen.
Aber Papier ist geduldig. Die Mehrheit der an der Bewegung Beteiligten beschränkt sich weiterhin auf die Rücknahme des CPE und eventuell noch des CNE (*Contrat nouveau embauche*, der große Bruder des CPE, vorgesehen für Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten).
- Am 23. März sind die SchülerInnen und Studierenden wieder auf der Straße. Ungefähr 300 000 nehmen an Demos teil, allein 30 000 in Paris, wo die organisierten Banden ins Zentrum des Geschehens rücken. Einige hundert »Aufständische« vom November 2005 (so der Polizeijargon) mischen sich unter die Jugendlichen. In der Hauptstadt häufen sich Plünderungen und Gewalt gegen Demonstranten. Die Organisatoren der Demos erklären sich machtlos und verlangen das Einschreiten der Polizei. Andere organisierte politische Gruppen, v.a. aus dem anarchistischen Spektrum, betonen, dass sie sich nicht an der *»Kriminalisierung der Banlieue-Jugendlichen«* beteiligen wollen.
- Die Gewerkschaften der Lohnabhängigen rufen für den 28. März einen nationalen Aktionstag mit Streiks und Demonstrationen aus. Der beeindruckende Höhepunkt der Bewegung: Es sind etwa zwei Millionen Demonstranten auf den Straßen französischer Städte. Villepin kommt nicht zur Vernunft. Die spontanen Besetzungen und Blockaden von Bahnlinien und Straßen nehmen zu. Die Parteien der Linken des Kapitals zerbrechen an einer gemeinsamen Erklärung gegen den CPE.
- Am 4. April gibt die Bewegung dem Gesetz den Gnadenstoß: wie am 28. März sind etwa zwei Millionen Demonstranten auf den Straßen. Am 5. April beginnen die Beratungen zwischen

Weitere Informationen über die Bewegung gegen den CPE sowie einige Bildergalerien findet ihr auf: **www.labournet.de/** internationales/fr/cpe.html

»Am gestrigen Dienstag und heutigen Mittwoch (06./07. Juni) verabschiedet der französische Senat, das Oberhaus des Parlaments, das so genannte »CESEDA-Gesetz«. Zuvor hatte die Nationalversammlung, die erste parlamentarische Kammer, es bereits am 17. Mai in erster Lesung angenommen.
Loi CESEDA?
Das rätselhaft wirkende, technische Kürzel bezeichnet »die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern und das Asylrecht«. Es handelt sich um die nächste Runde bei der Verschärfung der Einwanderungsgesetzgebung, nachdem diese bereits im November 2003 in überwiegend regressivem Sinne angepasst worden war. Beide Male war der konservative Innenminister Sarkozy Autor der jeweiligen Gesetzesvorlagen...«

Artikel mit Bildern von Bernard Schmid, Paris, vom 07.06.2006

www.labournet.de /internationales/fr/ ceseda.html

Abgeordneten der UMP und den Gewerkschaften, die die Rücknahme des CPE vor dem 17. April fordern. Die Blockaden von Bahnhöfen, Straßen und Brücken setzen sich am 6 fort. Am 8. fordern 13 Universitätspräsidenten die Politiker auf, das CPE zu begraben.

- Am 10. wird der CPE *»durch eine Maßnahme für die berufliche Eingliederung der Jugendlichen in Schwierigkeiten«* ersetzt. Der Verband der Studierenden ruft zur »Beendigung der Blockaden« auf. Gewerkschaften und linke Parteien beschreien den Sieg. An den folgenden Tagen versuchen Minderheitengruppen, den Konflikt zu verlängern, indem sie weitere Forderungen stellen, etwa die Befreiung der Gefangenen, die Abschaffung der Anti-Immigranten-Gesetze und die Rücknahme des CNE. Ohne Erfolg. Die Bewegung fällt schnell in sich zusammen. Die letzten Demos versammeln nur noch einige Zehntausend Jugendliche.

Ein erster großer Schritt gegen die Prekarität der Arbeit

Befristete Arbeitsverträge, die die vorübergehende Beschäftigung zum Prinzip machen, haben sich längst vor dem CPE ausgebreitet.

Im Jahr 2005 hatten etwa 14 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Frankreich keinen unbefristeten Arbeitsvertrag. In der Renault-Fabrik im Pariser Vorort Flins ist die Hälfte der FließbandarbeiterInnen auf Zeit angestellt. Bei der Post besitzt ein Drittel der Arbeiter nicht den Postbeamtenstatus.

Aber in dieser Welt, in der die Lohnarbeit mit immer unsichereren vertraglichen Rahmenbedingungen einher geht, haben Jugendliche, ob an (Hoch)Schulen oder nicht, den schlechtesten Stand. Ungefähr 70 Prozent der lohnarbeitenden Unter-25jährigen haben einen befristeten Vertrag. Studierende sind von der offenen Prekarität mit am stärksten betroffen. Ungefähr die Hälfte der an der Universität Eingeschriebenen haben im Jahr 2004 gearbeitet. Nur 15 Prozent von ihnen hatten Zugang zu unbefristeten Verträgen (CDI). Kein Wunder also, dass diese jungen Leute sich gegen den CPE gewehrt haben. Eine der großen Qualitäten ihres Kampfes ist die Tatsache, dass sie sich auf ein Terrain begeben haben, das nicht typisch für Universitäten und Schulen ist. Es gab zwar März 1994 Proteste gegen das CIP[2], doch die Bewegung gegen das CPE ist der erste unabhängige Einfall der (Hoch)Schuljugend in das Gebiet der Lohnarbeit, der ein solches Ausmaß erreicht hat. Er macht deutlich, dass die Jugendlichen an den Schulen anfangen, ihre eigenen Bedingungen als denen der gesamten Arbeiterschaft ähnliche wahrzunehmen.

Der kleine Schritt für die Prekarität durch das Gesetz für Chancengleichheit und seinen ehemaligen Artikel 8

Dieses Gesetz ist für die kleinen und mittleren Unternehmen geplant worden, die die Mehrheit der französischen Unternehmen bilden. Die Regierung ist sich bewusst, dass die schwächere Arbeitsproduktivität der Letzteren mehr Arbeitsplätze schafft, als jene der großen Konzerne, die den internationalen Standards entsprechen.

Die Zielsetzung war doppelt: einerseits die Statistiken über die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Zeit bis zur Präsidentschaftswahl von 2007 zu korrigieren, und andererseits die breite Masse der kleinen und mittleren Unternehmer für die aktuelle parlamentarische Mehrheit und vor allem für den Regierungschef Villepin, derzeit inoffizieller Präsidentschaftskandidat, gewinnen.

Der Ersteinstellungsvertrag CPE fügt sich in eine lange Liste von Maßnahmen ein, die von den aufeinanderfolgenden Regierungen der Rechten und der Linken ergriffen wurden und die darauf abzielen, die Arbeitskraft flexibler und zahmer zu machen.

[2] Der *Contrat d'Insertion Professionelle* hätte es ermöglicht, SchulabgängerInnen zu einem Einstiegslohn von lediglich 80 Prozent des Mindestlohnes einzustellen. Die Gegenbewegung erreichte die Außerkraftsetzung des Gesetzes.

Ungeachtet der nicht zu leugnenden Vorteile der CNE/CPE für das Kapital hat sich die Partei der französischen Unternehmer gespalten, als der Kampf der (Hoch)Schuljugend den sozialen Frieden im Land stärker zu bedrohen schien. Während das CGPME (Allgemeiner Bund der mittelständischen Unternehmen) nicht aufhörte, die zwei neuen Verträge zu verteidigen, distanzierte sich die Bewegung der französischen Unternehmen (*Mouvement des entreprises de France* – MEDEF), bevorzugtes politisches Organ der großen französischen Konzerne, nach und nach von dieser Regierungsmaßnahme.

Die MEDEF hat oft betont, dass ihr Hauptproblem darin bestehe, Entlassungen für die unbefristet beschäftigte, zentrale Stammbelegschaft in Frankreich schneller und weniger aufwändig zu gestalten. In diesem Punkt bot der CPE ihnen keine Lösung. Dieser neue Vertrag war auch kein passendes Werkzeug, um die saisonalen Produktionsspitzen zu regeln, da er aufwändiger als die befristeten Verträge und als Zeitarbeit war. Und weil die größeren Unternehmen permanent das Ziel verfolgen, die Entwicklung der Lohnhöhe selbst bestimmen zu können, bevorzugen sie die traditionellen Mittel wie Beschäftigung von Subunternehmen, weiterer Standortverlagerung und Produktivitätssteigerungen durch Einführung neuer Technologien.

(Sehr partielle) Durchleuchtung der Organisation der Bewegung

An allen Universitäten hatten die studentischen Organisationen eigene Vollversammlungen einberufen. Einige Universitäten hatten zusätzlich ein Mobilisierungskomitee, das mit der praktischen Organisation der Aktionen beauftragt wurde. Diese setzten sich hauptsächlich aus politischen und gewerkschaftlichen Aktivisten der Linken zusammen. In Ermangelung starker Vollversammlungen waren es diese Komitees, die die tatsächliche Ausrichtung der Bewegung bestimmt haben. In Anbetracht der scheinheiligen Trägheit ihrer Kommilitonen haben sie das beibehalten, was ihnen an den Entscheidungen der Vollversammlungen gut erschien. Wo es solche Komitees nicht gab, haben die verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Gruppen diese Aufgabe übernommen. Auf nationaler Ebene wurden Koordinierungstreffen einberufen. Diese Koordinierungstreffen waren trotz der zahlreichen Anträge, die während tagelanger Debatten angenommen wurden, nicht fähig, mehr zu tun, als zu den Aktionstagen und regelmäßigen Demonstrationen dienstags und donnerstags aufzurufen.

Die Bewegung war in Wirklichkeit sehr minoritär, zu den Vollversammlungen kamen an jeder Pariser Universität höchstens 10 Prozent der eingeschrieben Studierenden, oft weniger. Wenn man in Betracht zieht, dass nur eine Minderheit dieser Vollversammlungen an den Aktionen und Blockaden der Universitäten teilgenommen hat, bleiben nurmehr etwa hundert aktive Studierende pro Standort. Die Unfähigkeit der radikalisten Teile der Bewegung – die übrigens verschwindend klein sind – sich eine gute, klare und glaubwürdige Strategie sowie eine adäquate Struktur zu geben, öffnete das Feld für die Vertreter der Klassenkollaboration aus den offiziellen Organisationen. Somit konnte die Bewegung trotz eines sehr starken und anhaltenden Misstrauens gegenüber Gewerkschaften und Parteien nie auch nur ansatzweise das Sicherheitsnetz zerreißen, das von den offiziellen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gespannt wurde.

Versuch einer Synthese: ist das Glas halb voll...

Die Bewegung gegen den CPE ist zu Ende.

Die Ergebnisse, die durch die Hunderttausenden überall in Frankreich mobilisierten SchülerInnen und StudentInnen errungen wurden, entsprechen genau der außergewöhnlichen Stärke ihres Kampfes und den Schwächen ihrer Bewegung.

Die Bewegung, die an den Universitäten mit einer zwar nicht zu vernachlässigenden aber minderheitlichen Beteiligung los ging, hat sich nach und nach durch den Zustrom der zahlreichen und kampfbereiten OberschülerInnen verstärkt, darunter insbesondere durch jene, die aus den Arbeitervierteln der französischen Städte kamen. Aufgrund der Sympathie, die sie sofort bei breiten Schichten der Bevölkerung erfahren hat, konnte sie zahlreiche ArbeiterInnen zusammenzuführen – vor allem aus dem Bildungswesen, aber auch aus anderen Branchen. Im Allgemeinen waren die Eltern auf der Seite ihrer am Kampf beteiligten Söhne und Töchter und haben somit indirekt zu dessen Entwicklung beigetragen. Die Familie hat ausnahmsweise einmal nicht nur ihre Rolle als Normalisierungs- und Ordnungsfaktor gespielt.

Die Tausenden von inhaftierten Jugendlichen, die harten Strafen und Drohungen des Bildungsministers und einiger Universitäts- und Schulleiter, sowie die Plünderungen und Gewalt gegen Demonstranten durch organisierte Banden konnten die Jugendlichen nicht entmutigen, sie haben es nicht geschafft, ihnen Angst zu machen. Dieses Ergebnis ist eins der positivsten Merkmale des Kampfes und ein Zeichen, das keine Zweifel an seiner Stärke und Entschlossenheit lässt.

Aber die zentrale politische Qualität dieser Zeit der Forderungskämpfe liegt in der Fähigkeit der (Hoch)Schuljugend, den engen und illusorischen

Bereich der Schule zu verlassen und sich unmittelbar auf das Kampfterrain für bessere Arbeitsbedingungen zu begeben. Die direkte, praktische Kritik an der derzeitigen Organisation des Arbeitsmarktes, seine vertraglichen Bedingungen, die für Jugendliche die prekärsten und diskriminierendsten Formen annehmen, sowie die extremen Auswüchse der Unterwerfung unter die Unternehmen, und hier vor allem die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre im Rahmen des CPE/CNE, waren die Herzstücke der Bewegung.

Die Jugendlichen an den Schulen und Universitäten konnten die verkürzte Dimension der Schule überwinden – einer Schlüsselinstitution für die Verbreitung der Ideologie von Leistung und Erfolg durch Arbeit, und regelrechtes Auffang- und Speicherbecken für Massen von Arbeitslosen und von »Gelegenheits-« Arbeitern.

So könnte man also wetten, dass diese wichtige Episode des Klassenkampfes in Frankreich sobald nicht vergessen wird – weder im proletarischen Lager noch von der herrschenden Klasse.

… oder halb leer?

Aber dieser sehr glückliche Moment des Klassenantagonismus darf nicht seine Grenzen vergessen lassen. Grenzen, die geschickt von der Exekutive und den herrschenden Klassen genutzt wurden, um ihm ein Ende zu setzen. Vor allem wollten sie vermeiden, dass der Kampf um diese Forderungen sich in einen politischen Kampf mit weiterreichender praktischer Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung ausweitet.

Die Bewegung hat voll gegen den CPE geseigt, sein Vorreiter CNE bleibt aber weiterhin gültig. Bei Licht besehen hat sich die Bewegung gegen den CNE/CPE trotz der vorsichtigen Versuche in diese Richtung zu keiner Zeit in eine Bewegung gegen die vielen Formen der Prekarität und der Flexibilisierung von Arbeit verwandelt.

Die von Anfang an sicher begrenzten Möglichkeiten, den Kampf auf andere Fraktionen des Proletariats auszuweiten, wurden unter anderem von der Abfolge der nationalen Aktionstage, Demonstrationen und der langen Reihe von Blockaden an Schulen und Universitäten erstickt. Am Ende haben mehrere »offizielle« politische und gewerkschaftliche Mitglieder der Bewegung die Jugendlichen zu Massenaktionen vor den Toren verschiedener Betriebe aufgefordert, mit dem Ziel *»die Gewerkschaftsverbände zu drängen, den Generalstreik auszurufen«*. Die Suche nach einer allgemeinen Solidarität hat die genaue Identifikation gemeinsamer Interessen erdrückt. So wurde das Schaffen einer Verbindung zwischen den kämpfenden SchülerInnen und StudentInnen und den ArbeiterInnen völlig an die jeweiligen Gewerkschaften delegiert, die traditionell jeder wirklichen Überschreitung dieser Kategorien feindlich gegenüber stehen.

Außerdem wurde kein ernsthafter Versuch unternommen, die prekärsten Sektoren der Lohnabhängigen in der Bewegung gegen CNE und CPE zusammenzuführen. Dieser Prozess der Verbindung und des Zusammenschweißens hätte, wäre er angestoßen worden, mit Sicherheit den Anfang einer Wandlung dieser Bewegung in einen breiteren politischen Kampf wesentlicher Teile des Proletariats gegen die herrschende Ausbeutung und den gesellschaftlichen Zusammenhang bedeutet.

Die Bourgeoisie und der französische Staat kommen ganz gut weg

Die sich innerhalb der Regierung zuspitzende Dialektik des Konflikts zwischen Premierminister Villepin und Innenminister Sarkozy endete unterdessen nicht mit der Absetzung des Ersteren und der Nominierung des Letzteren. Das ist ein wesentlicher Unterschied zum November-Dezember 1995, als am Ende des langen Streiks im Transportwesen der damalige Premierminister Juppé den Hut nehmen musste. Dieser Unterschied rührt unserer Meinung nach ausschließlich daher, dass die Eisenbahner es wirklich geschafft hatten, die Kapitalakkumulation in Frankreich in die Knie zu zwingen. Dagegen haben die Kämpfe gegen den CPE/CNE selbst nach Meinung des Präsidenten der Bank von Frankreich Christian Noyer und des Wirtschaftsministers Thierry Breton zu keinem Zeitpunkt eine Auswirkung auf die französische Wirtschaft gehabt.

Dieses Ende ist nicht zufällig. Es beweist die Vitalität der bürgerlichen Demokratie und des französischen kapitalistischen Staates und deren Fähigkeit, unerwartete, starke und breite Klassenbewegungen zu beherrschen. Der Staat und seine Verteidiger haben also vollkommen Recht, sich über den Ausgang *»der Krise des CPE«* zu freuen.

Mouvement Communiste, lettre numéro 21,
Brüssel-Paris am 25. Mai 2006

Gate Gourmet:
Nach dem Streik ist vor dem Streik...

Nach genau einem halben Jahr wurde am 7. April der Streik bei *Gate Gourmet* am Düsseldorfer Flughafen beendet. Gerade rechtzeitig vor Beginn der Osterferien (mit erhöhtem Flugaufkommen und entsprechend mehr Aufträgen für die Cateringfirmen) hatte sich die Firmenleitung mit der Tarifkommission auf neue Mantel- und Entgelttarifverträge mit dreijähriger Laufzeit geeinigt. Statt der von *Gate Gourmet* geforderten 10 Prozent Einsparung bei den Personalkosten, beinhaltet die Vereinbarung »nur« 7 Prozent. Gemessen an dem ursprünglichen Streikziel – einer Lohnerhöhung von 4,5 Prozent – ist das Ergebnis niederschmetternd. Ein halbes Jahr streiken, um dann sieben Prozent Verschlechterung hinzunehmen? Viele KollegInnen waren mit dem Abschluss nicht einverstanden. Von den siebzig Streikenden, die sich an der Urabstimmung beteiligten, stimmten dreißig dagegen. Aber die Mehrheit (61,4 Prozent) war der Meinung, dass nicht mehr drin war. Sie sehen es als Erfolg ihres Streiks, dass sie überhaupt einen Manteltarifvertrag durchsetzen konnten, in dem die extreme Flexibilisierung, die vorher geherrscht hatte, eingeschränkt wird. Beispielsweise konnte der Anspruch auf freie Wochenenden festgeschrieben werden.

Als das Ergebnis der Urabstimmung und das Ende des Streiks von der NGG am Streikzelt verkündet wurde, war die Stimmung entsprechend gemischt. Einige Streikende hatten schon klar, dass sie nie wieder in diesem Laden arbeiten wollen: »*Ich werde da nicht mehr reingehen ... ich will mich da drin nicht versklaven lassen.*« Es wurde bereits darüber geredet, dass der Kampf mit dieser Einigung sicher nicht vorbei ist. Jetzt müsse es darum gehen, die Stärke und den Zusammenhalt aus dem Streik in den Betriebsalltag mitzunehmen. Die UnterstützerInnen verabschiedeten sich mit einem Transparent von den ArbeiterInnen: »Nach dem Streik ist vor dem Streik«. Was als Ermunterung für den weiteren Kampf gemeint war, bekam nach den ersten Berichten der ArbeiterInnen über die Wiederaufnahme der Arbeit eine bittere Bedeutung: Die Bedingungen waren nach dem Streik gleich wieder genau so mies wie vor dem Streik. Die Geschäftsleitung versucht mit allen Mitteln, die Regelungen des Manteltarifvertrages zu unterlaufen. Das gelingt ihr teilweise, weil auch manche Streikende mit der Rückkehr in den Betrieb wieder in ihre alten Rollen zurückgefallen sind. Vorarbeiter verhalten sich wieder als Vorarbeiter und setzen die Arbeitshetze gegen die ArbeiterInnen durch, und manche, die sich vorher nicht getraut hatten, den Mund aufzumachen, machen auch jetzt schon wieder »freiwillig« Überstunden. Da kann dann auch der neu gewählte Betriebsrat, der mehrheitlich aus der Liste der Streikenden besteht, wenig ausrichten.

Ob die Kapitalseite auf diese Art längerfristig durchkommt, wird sich zeigen. Aber trotz der aktuellen Niederlagen im Arbeitsalltag sind viele Streikende überzeugt, dass sie das Richtige getan haben – »*Ich hätte nie gedacht, dass ich mal das Vergnügen haben würde, an einem so langen Streik teilzunehmen*« – und dass die Erfahrungen nicht verloren gehen werden. »*Der Streik hat auf jeden Fall was gebracht. Dadurch ist vieles ans Tageslicht gekommen und ins Bewusstsein gesickert bei den Leuten, auch bei der Geschäftsleitung. Die haben nicht damit gerechnet, dass Menschen sagen »Es geht nicht mehr« und: »Ich lege die Arbeit nieder und gehe raus«. Das war für die ein Schockerlebnis. Das wird vielleicht im Nachhinein keine großen Veränderungen bewirken. Die werden neue Gegenstrategien entwickeln. Aber trotzdem war es wichtig, dass die mal erfahren haben, dass irgendwo ein Schlusspunkt ist.*«

Ein weiterer Aspekt dieses langen und in vieler Hinsicht ungewöhnlichen Streiks war das unverkrampfte Zusammenkommen von ArbeiterInnen, die ihren Kampf in die eigenen Hände genommen hatten, und Menschen aus den »sozialen Bewegungen« und der radikalen Linken. Die Länge des Streiks war einerseits ein schmerzliches Indiz für die mangelnde Durchsetzungsmacht der ArbeiterInnen, aber andererseits bot gerade sie die Möglichkeiten, mit den Streikenden in Kontakt zu treten, mit ihnen zu diskutieren, die eigenen Solidaritätsaktionen von außen mit ihnen abzusprechen, und durch die gegenseitigen Besuche zwischen Düsseldorf und London-Heathrow Internationalismus von unten und an der Blockadehaltung der Gewerkschaftszentralen vorbei zu entwickeln. ■

Da die bei diesem Streik gesammelten Erfahrungen einiges zur weiteren Debatte und zum weiteren praktischen Vorgehen gegen die kapitalistische Arbeitsmaschine beitragen können, bastelt zur Zeit ein Redaktionskollektiv von UnterstützerInnen und StreikaktivistInnen an einem **Buch über den Streik**, das im Herbst bei Assoziation A erscheinen soll.

Wildcat 76:
Gate Gourmet: vom Finanziellen her ist Arbeiten besser – aber vom Arbeiten her: Streiken!

Wildcat 75:
Kampf gegen die alltägliche Prekarisierung Gate Gourmet: Streik am Flughafen Düsseldorf

Wildcat 75:
Polen: aus dem gelobten Land der Hausgeräteindustrie – Krieg gegen die Weißkragen

Polen: Arbeitskräftemangel und Lohndruck

In diesem Juni macht in Polen ein ungewohntes Wort Schlagzeilen: »Arbeitskräftemangel!« Und das trotz immer noch 17 Prozent Arbeitslosigkeit. Überall werden Verkäufer, Kellner und Köche gesucht, schreibt die *Gazeta Wyborcza* am 22.6.2006: »Früher haben junge Leute, besonders Studenten, gern solche Jobs gemacht. Jetzt hat keiner Lust dazu«, so eine Sprecherin des polnischen Arbeitsamts. Als Gründe nennt die *Gazeta* niedrige Löhne zwischen 800 bis 1200 Zloty im Monat[1] und die Auswanderung: Als Kellnerin in London verdiene eine Studentin 3500 Zloty im Monat und lerne dabei noch englisch.

Seit Polens EU-Betritt im Mai 2004 sind 1,5 bis 2 Millionen Polen zum Arbeiten ins EU-Ausland gegangen. Besonders viele arbeiten in Großbritannien und Irland, die ihre Arbeitsmärkte geöffnet haben. Das britische Innenministerium gibt die Zahl der dort mit Anmeldung arbeitenden Polen mit 250 000 an, laut polnischen Migrationsforschern könnten es inklusive Schwarzarbeitern bis zu 700 000 sein.

Wroclaws[2] Bürgermeister will mit einer Plakatkampagne in London die dortigen Polen zur Rückkehr animieren. In Interviews begründet er das mit der Angst, der Stadt könnten schon bald Spezialisten fehlen, was Investoren abschrecken würde. »Die Wroclawer: Wir wollen nicht«, titelt die *Gazeta Wyborcza* am 17.6.2006. Im Internetforum der Zeitung fragt ein nach London Ausgewanderter: »Was hat mir Wroclaw zu bieten außer Mittagessen bei meiner Mama und dem schönen Marktplatz? Wir werden noch laaange ein Low Cost Country bleiben, so wie bei *Whirlpool* ...«

Aber vielleicht geht die Entwicklung schneller als gedacht, z.B. bei *Whirlpool*[3]: Dort fordern die großen Gewerkschaften seit April Lohnerhöhungen von über 10 Prozent und die Festeinstellung der etwa 600 Befristeten und LeiharbeiterInnen, die auf weniger als 900 Zloty kommen, während die 1600 Festen durchschnittlich 1500 Zloty verdienen. Alle arbeiten im Dreischichtbetrieb und am Wochenende. Bei einer Kundgebung mit über 1000 Teilnehmern Anfang Juni wurde mit Streik gedroht.

Bei *VW* in Poznan wurden schon im letzten Jahr die Löhne der 2500 LeiharbeiterInnen ohne offenen Arbeitskampf an die der 5000 Festeingestellten angeglichen. Die LeiharbeiterInnen hatten einfach bei der Arbeit laut darüber geredet, die freiwillige Samstags- und Sonntagsarbeit zu verweigern.

»Arbeitskräftemangel« heißt im Kern, dass die Arbeitslosigkeit nicht mehr funktioniert, um die Löhne niedrig zu halten. In Polen nehmen die regionalen Ungleichheiten zu: Ganze Landstriche veröden bei 30 und mehr Prozent Arbeitslosigkeit. Dort aber, wo das internationale Kapital investiert, wie in der Hausgeräte- oder Autoindustrie, ist der Lohndruck schon jetzt unübersehbar. Ebenso im Kohlebergbau oder bei den Werften, wo der polnische Staat wegen der steigenden Energiepreise und der guten Auftragslage die Deindustrialisierung zum Stillstand gebracht hat. Siehe dazu den folgenden Artikel aus der *Inicjatywa Pracownicza*.[8]

Polen: Schweißer gehen in den Westen

Seit Polen der EU beigetreten ist und einige Länder ihre Arbeitsmärkte geöffnet haben, beginnt sich in Polen ein Mangel an qualifizierten ArbeiterInnen bemerkbar zu machen. Diese gehen auf der Suche nach besseren Löhnen ins Ausland.

Besonders betroffen ist die Werftindustrie. Hier kündigen die Arbeiter – oft Leute mit langer Betriebszugehörigkeit und Berufserfahrung – massenhaft. Viele von ihnen sind Schweißer.

Unzufrieden sind die Schweißer z.B. mit den Löhnen auf der *Stocznia Szczecinska Nowa*[4], wo sie laut Geschäftsführung durchschnittlich 3000 Zloty brutto verdienen, laut Gewerkschaft 1900 Zloty brutto (die Geschäftsführung rechnet die Überstunden mit, die Gewerkschaft nicht). Die Löhne der Schweißer auf der Werft bestehen aus drei Teilen: 80 Prozent Grundlohn nach Lohntabelle, 20 Prozent Anerkennungsprämie und einer kürzlich eingeführten Zusatzprämie von bis zu 600 Zloty, abhängig von Qualifikation, Produktivität und Art der geleisteten Arbeit.

Ähnlich sieht es bei *Cegielski* in Poznan[5] aus, wo viele Arbeiter – darunter Schweißer – nach dem Erwerb entsprechender Qualifikationen für besser bezahlte Arbeit in den Westen gehen. Hier liegen die Löhne bei bis zu 2000 Zloty brutto ohne Überstunden. »Junge« verdienen deutlich weniger: 1000 bis 1200 Zloty. Mit 60 Überstunden im Monat kann ein Schweißer bei *Cegielski* auf 3000 bis 3200 Zloty im Monat kommen.

[1] 4 Zloty sind etwa 1 Euro.
[2] Wroclaw liegt im Südwesten (Niederschlesien), ist mit 635 000 Einwohnern viertgrößte Stadt Polens und hatte Mitte 2005 offiziell 11,8 Prozent Arbeitslose.
[3] Whirlpool produziert seit 2002 in Wroclaw Geschirrspüler, Herde und Gefrierschränke. Bis 2004 wurden 30 Mio. Euro in neue Produktionsanlagen investiert und die Produktion von 500 000 auf 1,3 Mio. Stück pro Jahr hochgefahren. 2004 wurde beschlossen, weitere 132 Mio. Euro zu investieren. In Wroclaw soll auch ein Technologiezentrum errichtet werden.
[4] Die SSN (Neue Szczeciner Werft) wurde 2002 nach der Pleite der alten, in den 90er Jahren privatisierten Werft in Szczecin vom Staat neu gegründet. 2005 schrieb sie zum ersten Mal schwarze Zahlen. Die Auftragsbücher sind voll bis 2009, über weitere Großaufträge wird schon verhandelt. Im Moment hat die Werft über 5400 Direktbeschäftigte. Dazu kommen mehrere tausend Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen und auf der Werft tätigen Zulieferfirmen. Im Moment laufen auf der Werft Lohnverhandlungen. Die Gewerkschaften fordern 40 Prozent Lohnerhöhung und drohen mit Streik.
[5] H. Cegielski Poznan S.A. produziert in erster Linie Dieselmotoren für Schiffe.
[6] Bei Cegielski gilt ein Firmentarifvertrag. Flächentarifverträge gibt es in Polen praktisch nicht mehr. Etwa 20 Prozent der Beschäftigten haben Tarifverträge.
[7] *Inicjatywa Pracownicza* (Arbeiterinitiative) erscheint als vierteljährliches Bulletin der gleichnamigen Alternativgewerkschaft. Die IP entstand ursprünglich im Rahmen der *Federacja Anarchistyczna*. 2004 gründete ein Teil der AktivistInnen zusammen mit unzufriedenen Mitgliedern anderer Gewerkschaften offiziell eine Gewerkschaft unter diesem Namen. Die IP ist neben Cegielski hauptsächlich in einigen Betrieben in der Region Poznan präsent.

Inzwischen betreibt die Geschäftsführung von *Cegielski* offen eine Politik des Zwangs zu Überstunden. In offiziellen Dokumenten ist die Rede von 300 000 Überstunden im Jahr 2006. Das bedeutet bei 1500 Beschäftigten durchschnittlich 200 Überstunden pro Person, d.h. 50 Prozent mehr, als der Tarifvertrag[6] vorsieht. Und die Überstunden verteilen sich nicht gleichmäßig: In der Produktion werden einige 250 bis 300 Überstunden im Jahr machen müssen, vielleicht sogar mehr.

Bei *Cegielski* unterschreiben neu eingestellte Schweißer eine Verpflichtung, zwei Jahre lang im Betrieb zu bleiben. Auf der Szczeciner Werft unterschreiben junge Arbeiter eine dreijährige Bankbürgschaft in Höhe der Kosten für ihre Kurse. Wenn sie vorher kündigen, müssen sie zahlen. Wegen dieser Einschränkungen haben die neuen, meistens jungen Arbeiter entschieden niedrigere Löhne. Somit gibt es eine immer deutlichere Spaltung zwischen gut bezahlten Facharbeitern, für die es sich oft gar nicht rechnet, ins Ausland zu gehen, und neuen Arbeitern, die wegen mangelnder Qualifikationen nicht ins Ausland gehen können oder weiterarbeiten, weil sie durch einen Vertrag oder eine Bürgschaft gebunden sind.

Die Schweißer auf der *Stocznia Szczecinska Nowa* stehen unter besonderem Schutz der Geschäftsleitung, die sich um diese Berufsgruppe mehr kümmert als um andere. Und trotzdem »flieht« ein Teil von ihnen ins Ausland. Im Jahr 2005 verließen über 1200 Beschäftigte die Werft. Neu eingestellt wurden 1300, davon ein Teil neue Schweißer ohne Erfahrung. *D.S. und J.U., in: IP Nr. 8, Juli 2006*[7]

Die IP beteiligt sich außerdem an der polnischen SaisonarbeiterInnen-Kampagne (www.sezonowi.org) und dem »Hilfs- und Verteidigungskomitee für von Repression betroffene ArbeiterInnen« (KPiORP – www.pracownicy.org.pl), die gerade gemeinsam eine **Arbeitsrechtsbroschüre für polnische SaisonarbeiterInnen in Deutschland und Österreich** herausgegeben haben. Wenn ihr solche Broschüren verteilen wollt, schreibt eine Mail an: *redaktion@wildcat-www.de*

Deutschland: Razzia gegen TauschbörsennutzerInnen

In den frühen Morgenstunden des 23. Mai sind in einer von der Staatsanwaltschaft Köln koordinierten Aktion im gesamten Bundesgebiet zeitgleich 130 Hausdurchsuchungen durchgeführt worden. Dabei wurden zahlreiche Rechner sichergestellt, über die angeblich (Musik-) Dateien über das Filesharingsystem *edonkey* zum download angeboten wurden. Bei der bisher größten Aktion gegen Tauschbörsen-Netzwerke in Deutschland wurden laut Angaben der Ermittler 3500 Nutzer identifiziert, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Die Musikindustrie hat Strafanträge gestellt. Vorausgegangen waren monatelange Ermittlungen staatlicher Behörden in Zusammenarbeit mit der von der deutschen Sektion der Verbandes der Musikindustrie (IFPI e.V.) beauftragten proMedia GmbH, nach eigenen Angaben eine »Gesellschaft zum Schutz geistigen Eigentums«.

Nachdem sich der erste Rauch verzogen hatte, schälte sich schnell heraus, worum es bei der Aktion wieder einmal vorrangig gegangen war: für Verunsicherung unter den Tauschenden zu sorgen. Dabei gehört es zur Strategie der IFPI, die genaue Art und Weise ihrer Ermittlungen zu verschweigen und zu suggerieren, dass es ihr jederzeit möglich ist, IP-Adressen, Datenmengen etc. von Tauschbörsennutzern zu ermitteln. Im Internet wird in verschiedenen Foren eine aufgeregte Diskussion über einschlägige Schutz-Tools geführt, doch eine vollständige technische Sicherheit in Tauschbörsen-Netzwerken gibt es nicht. Ebenso wenig ist Verlass darauf, dass die Masse der Filesharer und die Menge an angebotenen Dateien einen dauerhaften Schutz vor Verfolgung darstellt (wie bereits bei vorangegangenen Ermittlungen wurden Tauschbörsen-Nutzer erst ab 500 angebotenen Dateien belangt). Andererseits bedeutet auch diesmal die Aufnahme von Ermittlungen noch lange nicht, dass es zu Verfahren, Schadensersatzzahlungen oder Strafen kommen muss. In der Vergangenheit waren die Rechteinhaber stets darum bemüht, Prozesse zu vermeiden und mit den Betroffenen Vergleiche abzuschließen (denn sie müssten vor Gericht den verursachten Schaden exakt bemessen, was ihnen kaum möglich ist). Es kommt ihnen dabei zupass, dass die betroffenen Nutzer aus Angst vor Risiken und Kosten oftmals den Gang vors Gericht scheuen und sich auf außergerichtliche Vergleiche einlassen.

Begleitet wurde die Aktion von einer Medienkampagne (»Internetpiraterie«, »Kinderpornographie«), die die Tauschenden mal wieder in die Ecke von organisierter Kriminalität stellen wollte, aber schnell in sich zusammenbrach. Was Wunder, wenn selbst die Staatsanwaltschaft eingestehen musste, dass es sich bei den identifizierten Nutzern um einen Querschnitt durch die Bevölkerung handelt (»es seien sehr viele junge Erwachsene, aber auch ältere Menschen dabei gewesen«), die vorwiegend aus Vergnügen an der Musik handeln ■

Wildcat 69:
Making Music ... is Killing Music? Die Krise der Musikindustrie

Wildcat 71:
Mit Respekt durch die Krise?

Wildcat 72:
Wildcat-Audio-CD

Leben als Risiko

Nur vier Jahre dauerte das letzte Jahrhundert!

Als Anfang April dieses Jahres bekannt wurde, dass das Elbehochwasser im Mittellauf ab Magdeburg den Pegel des Jahres 2002 übersteigen wird, rechnete die Bevölkerung der Anrainergemeinden mit der Auslösung des Katastrophenalarms, um Sicherungsmaßnahmen an den seit 2002 nur unzureichend reparierten Deichen zum Schutz der Anwohner vorbereiten zu können. Katastrophenalarm bedeutet, dass das Technische Hilfswerk (THW) frühzeitig eingesetzt wird und die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren einbezogen werden. Der Katastrophenalarm wurde aber erst zum Wochenende, am 7. April, als das Hochwasser am unteren Mittellauf bereits seinen Scheitelpunkt erreichte, ausgelöst, und es begann ein Wettlauf mit der Zeit für die eingesetzten HelferInnen.

Vielen Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren war klar, warum der Alarm zum Wochenende kam. In der Alarmbereitschaft sind sie von der Arbeit freigestellt. Der Arbeitgeber zahlt den Lohn weiter, kann ihn sich aber über eine Ausgleichsstelle zurückholen. Das ist mit Aufwand verbunden und man unterliegt außerdem nicht der Verwertung. Die Kosten tragen letztendlich die Kommunen, die den Alarm auslösen.

Wie konnte ein Elbehochwasser, das im oberen Verlauf deutlich unter 2002 lag, plötzlich zur zweiten »Jahrhundertflut« innerhalb von vier Jahren anwachsen?

In den Kammlagen der Mittelgebirge am Oberlauf der Elbe sammelten sich im Winter Schneehöhen bis über 1,5 Meter. Ende März kam es dann durch einen starken Temperaturanstieg und hohe Niederschläge zum raschen Abschmelzen dieser Schneemassen. Eine Wetterentwicklung, die nicht ungewöhnlich ist. Tatsächlich blieb die Wasserstand an der Oberelbe auch im Schnitt zwei Meter unterhalb des Pegels von 2002. Erst ab dem unteren Mittellauf hinter Magdeburg stieg der Pegel dann über den des Jahres 2002; mitnichten also eine Jahrhundertflut. Aber wie kames dann zu dermaßen hohen Wasserständen?

Große Teile der nach der Flut 2002 zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel wurden für den Hochwasserschutz Dresdens aufgewandt. Abgesehen von einigen Störungen im Straßenverkehr ging die Rechnung auf.

Im Gegensatz zu Forderungen der Umweltverbände nach Deichrückverlegungen[1] als Hochwasserschutz wurden in Sachsen-Anhalt die bestehenden Deichanlagen zum Teil erneuert und dabebi erhöht. Diese hielten dann dieses Jahr auch den Wassermassen stand und verhinderten ein Überfluten der Retentionsräume[2].

Beide Maßnahmen bewirkten eine Erhöhung der Fließgeschwindigkeit der Elbe und führten dann zur Stauchung im Mittellauf was die Pegel über den Stand von 2002 hob.

Die Lage hätte durch die Öffnung von Schleusen an der Havel und die Flutung von Poldern[3] in der Region Havelberg entschärft werden können, wie es auch 2002 passiert ist . Nach der Flut einigten sich Vertreter der vier Elbe-Anrainerländer auf einen Entwurf für einen Staatsvertrag, der die Flutung von Poldern den Ländern überträgt. Prompt unterblieben dieses Jahr entsprechende Maßnahmen der Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Der Grund: angesichts der alles entschuldigenden angespannten Haushaltslage der beiden Länder wollten sie die Kosten für Entschädigungen und Straßenreparaturen sparen, die durch die Flutungen entstanden wären. So konnte das Wasser schneller und ungehindert in den ebenfalls durch Eindeichung verengten Mittellauf der Elbe fließen und so entstand dort die medienwirksame zweite Jahrhundertflut innerhalb von vier Jahren. Da in Niedersachsen ebenfalls wegen der ›desolaten Haushaltslage‹ die Deichanlagen seit 2002 nur notdürftig repariert wurden und andere Maßnahmen zum Hochwasserschutz ausgeblieben waren[4], drohten hier wegen des starken Drucks durch die schneller fließende Elbe die Deiche zu brechen.

Wer jetzt gedacht hatte, dass öffentliche Stellen angesichts der Vorhersehbarkeit des Pegelanstieges für die eingesetzten HelferInnen eine funktionierende Versorgung eingerichtet hätten, sah sich getäuscht. Sie war völlig unzureichend und wenn Privatleute nicht Essen und Getränke zur Verfügung gestellt hätten, wäre für manche HelferInnen mit dem Hunger erst das richtige Katastrophengefühl entstanden.

Absurd war die Situation im Wendland. Während jährlich Tausende von Polizisten zum Schutz des Castortransportes in die in Lüchow eigens dafür gebaute Kaserne gekarrt werden, mussten die

[1] In den vergangenen 200 Jahren mussten die natürlichen Überflutungsflächen der Elbe zu rund 80 Prozent Industrieanlagen, Baugebieten und Ackerflächen weichen.

[2] **Retentionsräume** (lat. retenire = zurückhalten) sind die an den Flüssen und Bächen seitlich gelegenen Flächen, auf denen sich bei Hochwasser das Wasser ausbreiten und ansammeln kann. Es fließt dort nur noch langsam oder steht. Damit wird für die Unterlieger der Hochwasserabfluss verzögert und die Wasserstände werden verringert.

[3] Ein **Polder** ist ein Gebiet zur kurzzeitigen Aufnahme von Wasser.

[4] So flossen zugesagte finanzielle Mittel für Privatleute, womit diese ihre 2002 beschädigten Häuser hochwasser sicherer machen könnten, gar nicht. Sie standen somit der neuen Flut nur unzureichend geschützt gegenüber.

hier eingesetzten THW-ArbeiterInnen zwei Nächte in ihren Autos verbringen. Erst als sie dagegen protestierten, wurden die Kasernen geöffnet. Denn die Kasernen unterstehen der niedersächsischen Landesregierung und die Kommunen können darüber nicht verfügen! Frustrierend war der Einsatz auch für die vielen Feuerwehrleute, die sich schichtweise beim Sandsackschaufeln wiederfanden. Automatische Abfüllanlagen gab es so gut wie keine. Selbst einfachste Vorrichtungen zum Einhängen der Sandsäcke gab es viel zu wenig. So wurde zu dritt bis viert geschaufelt. Einer hält den Sandsack auf, jemand anderes schaufelt Sand rein und die anderen binden die Säcke zu und stapeln sie auf Paletten. Kabelbinder hätten das Zubinden erheblich vereinfacht, aber es gab viel zu wenige. Außerdem wurden trotz der schlechten Erfahrung 2002 auch dieses Jahr wieder Plastiksäcke verwendet. Diese mit Nylonschnur bei feuchten Wetter binden ist recht ineffektiv.

Ein zusätzliches Problem war, dass das THW durch den späten Alarm keine vorbeugende Hochwasserschutzmaßnahmen treffen konnte. So wurden zwar die Deiche dicht gehalten, aber über das Grundwasser kam das Wasser hinter den Deichen hoch, sodass dort zusätzliche Sicherungsmaßnahmen mit Sandsäcken durchgeführt werden mussten. So gab es eigentlich nie eine Reserve an Säcken und die HelferInnen wurden Dauerstress ausgesetzt. Es ist nicht verwunderlich, dass sich im Laufe der Tage immer mehr Feuerwehrleute vor dem Einsatz verpissten.

Die Flut ist nun vorüber, die Umweltminister der vier Anrainerländer entwickeln wieder Pläne und äußern sich zufrieden über den »glimpflichen« Ablauf der Flut und wie gut sie doch gehandelt haben. Insgesamt seien die Schäden niedriger als 2002, was blanker Zynismus ist gegenüber den Tausenden von Betroffenen, die nun wieder einmal auf eigene Kosten ihre beschädigten Häuser sanieren müssen. Katastrophenbedingte Hochwasserschäden werden in der Regel nicht von den Versicherungen bezahlt. Und eine Hochwasser-Versicherung ist teuer, viele können sich die nicht leisten. Für Unternehmen werden Extra-Versicherungen angeboten. So können die sich gegen künftige Hochwasser finanziell absichern.

Angesichts des beschriebenen Chaos und des dadurch erzeugten Frustes bei den HelferInnen wundert es nicht, dass den staatlichen Stellen Versagen vorgeworfen wird. Jetzt aber einen effektiveren Hochwasserschutz durch bessere Koordinierung, selbst Rückverdeichungen zu fordern geht an der Sache vorbei. Bei genauerer Betrachtung scheint es eher so, als wenn die Situation nicht ganz unabsichtlich herbeigeführt wurde.

Sie passt ausgezeichnet in eine Neuformierung des Staates. Hat er sich lange Zeit als Garant einer existenzsichernden Versorgung in einem anscheinend alles möglich machenden Kapitalismus dargestellt, verabschiedet er sich seit einiger Zeit von dieser Rolle.

Tagelange Stromausfälle durch marode Hochspannungsmasten, Katastrophenszenarien bei einigen toten Vögeln und selbstproduzierte Hochwasserkatastrophen fügen sich zu ein Bedrohungsszenario zusammen. Es gibt keine Sicherheit mehr. Katastrophen, Terrorismus, Arbeitsplatzverlust – Leben als Risiko. Der Einzelne kann dem nicht mehr entfliehen. Vom Machbarkeitswahn zur Durchsetzung von Verzicht und Unsicherheit.

Militarisierte Arbeit – die Forderung nach einem besseren Katastrophenalarm würde diese Tendenz fördern und persönliche Entscheidungen, z.B. sein Haus nicht zu verlassen, vor Ort zu bleiben und selbst mitzuwirken, werden verdrängt. Zwangsevakuierungen wurden bereits dieses Jahr durchgeführt und es gibt eine Diskussion darum, damit häufiger und vor allem früher zu operieren. Ein eingesetzter Feuerwehrmann: »*Viele werfen den Verantwortlichen Unfähigkeit vor. Davon bin ich nicht so überzeugt. Ich glaube eher, dass da Kalkül dahintersteckt. Auch dass keine Sandabfüllanlagen beschafft worden sind ist keine Dummheit. Viel spricht dafür, dass die Verantwortlichen mehr Wert auf die Inszinierung eines Spektakels gelegt haben.* «

Fred Feuerlurch

Unterwegs in China

Aus der Göttin Demokratie wurde die Göttin Ware

Zehn Jahre nach unserer ersten gemeinsamen Reise sind wir wieder eineinhalb Monate lang durch mehrere große chinesische Städte gereist (Hongkong, Shanghai, Suzhu, Nanking, Hefei, Peking), mit einem kleinen Abstecher aufs Land bei Peking. Eine unorganisierte Rundreise im Zug und im Auto, leicht und ohne irgendeine Einschränkung. Dass einer von uns China seit 40 Jahren kennt und perfekt chinesisch spricht, hat die direkten Kontakte erleichtert. Wir hatten auch das Glück, dass emigrierte chinesische Freunde in Paris uns ermöglichten, bei ihren Verwandten in China unterzukommen. So konnten wir ein wenig den Alltag mit ihnen teilen.

Hsi Hsuan-wou und Charles Reeve

Zuerst veröffentlicht in der anarchistischen Wochenzeitung **Le Monde Libertaire** vom 22./28.07.06 – deshalb das Kürzel »ML«

Den Report der ersten Reise gibt es auf deutsch:
Charles Reeve / Xi Xuanwu,
Die Hölle auf Erden. Bürokratie, Zwangsarbeit und Business in China.
Hamburg (Nautilus) 2001
ISBN 3-89401-368-0
18 Euro.
Frz. Original:
Burocratie, bagnes et business,
Paris (L'insomniaque) 1997

Die Neun Kommentare über die Kommunistische Partei, http://www.dieneueepoche.com/artiles/2004/12/12/374.html

ML – Habt ihr die Anwesenheit von Polizei oder Parteimitgliedern wahrgenommen?

China bleibt eine totalitäre Gesellschaft, in der der Staat und die Einheitspartei zwar verschiedene Institutionen sind, die aber in ihrer repressiven Rolle miteinander verschwimmen. Die Forderungen nach Demokratie, für die die Bewegung von 1989 eingetreten war und die im Massaker von Peking mündeten, sind vollständig zurückgewiesen und negiert worden. Aber tatsächlich ist diese Forderung nach einer Demokratie mit vagen Konturen in der Explosion der Handelsökonomie wieder erblüht. Die Demokratie drückt sich in der verschwenderischen Fülle der Waren, im Überfluss der Geschäfte und Handelszentren und dem Auftrieb der Entfremdung im Konsum aus. Gewiss, das betrifft im Moment nur eine Minderheit der Gesellschaft, vielleicht 150 Millionen Chinesen haben Zugang dazu, während die übrigen 1,15 Milliarden davon ausgeschlossen sind. Aber der Zugang zur Warenwelt scheint als das Resultat von »Reformen« wahrgenommen zu werden und als Beweis dafür, dass sich China verändert. Die »Göttin der Demokratie« der Pekinger Studenten von 1989 ist als Göttin der Ware wiedergeboren worden.

Die Präsenz der uniformierten Polizei auf der Straße ist sehr viel schwächer als in einem »demokratischen« Land wie Frankreich. Einige Wagen fahren nach amerikanischer Art Streife. Aber es gibt Polizei und Polizei. Die chinesische Gesellschaft ist extrem militarisiert. Überall gibt es Wächter in Uniform, meist sehr junge Leute. Hunderttausende von ihnen stehen vor den Türen der Restaurants, der Einkaufszentren, der großen Gebäude, an allen Straßenecken, in den Bahnhöfen. Die Wachgesellschaften, von denen man sagt, sie hätten genau so gute Verbindungen zu den Königen der Unterwelt wie zu den Netzen der Staatsgewalt, sind allgegenwärtig.

Prägnanter für die Gesellschaft ist jedoch der nicht sichtbare Teil des Totalitarismus: das System der Zwangsarbeit. Der *Laogai* entfaltet im Schatten dieses Orwell'schen Systems weiterhin seine Wirkung. Diente er in der Vergangenheit dazu, die Dissidenten auszuschalten, so ist er heute unverzichtbar, um die Arbeitsdisziplin in einer Gesellschaft aufrecht zu erhalten, in der die Ausbeutungsrate und die Arbeitsbedingungen zu den erbarmungslosesten der Welt zählen. Dieses System, *über das man nie spricht*, bleibt den Augen des Durchschnittbürgers, der sich ruhig verhält, und des Durchreisenden verborgen. Aber es ist da.

Noch weniger sichtbar ist die Präsenz der Partei. Die Kontrolle der Partei mit den früheren Mitteln in den Betriebs- und Stadtteilzellen, den Gewerkschaften und anderen »Massenorganisationen« hat sich gelockert, da mittlerweile die einzige ideologische Losung »Bereichert euch!« lautet. Sie übersetzt sich für die Mehrheit der Proletarier in der Wirklichkeit in den härteren Befehl »Schuftet!«

Laut den *Neun Kommentaren*, einer Schrift, die von der religiös-turnerischen Organisation *Falunggong* vertrieben wird – aktuell die einzige Gruppe in China, die die Entwicklung der totalitären Partei kritisiert, wenn auch mit reaktionären Argumenten –, hat die Partei in den letzten Jahren an die drei Millionen Mitglieder verloren. Diese Zahlen sind schwer zu überprüfen, vielleicht sind sie übertrieben. In den Betrieben gibt es bei den Lohnabhängigen kaum noch Parteimitglieder. Ein Busfahrer in Shanghai sagte uns, heute tritt man in die Partei ein, wenn man in der Hierarchie aufsteigen will. Alle Führungskräfte der Betriebe und Organisationen sind hingegen Parteimitglieder. Die Zugehörigkeit zur Partei ist eine Brücke zur Klasse der Privatkapitalisten. Als die öffentliche Transportgesellschaft in Shanghai in verschiedene Privatunternehmen aufgespalten wurde, teilten sich die verschiedenen Führungskräfte der Partei die

Brocken. Im Großen und Ganzen sind es die Unternehmer und die leitenden Angestellten, die in der Kommunistischen Partei bleiben. In den intellektuellen und kulturellen Milieus bleibt die Partei ebenfalls präsent. Das erklärt, wie sich die soziale Kontrolle gewandelt hat. Das System bleibt nach wie vor repressiv, aber die Repression wird vor allem über die Angst vor dem *Laogai* ausgeübt.

Die privatkapitalistische Entwicklung ist jedoch so stark, dass zahlreiche Unternehmer und neue Reiche nicht oder nicht mehr in der Partei sind; denn sie haben es nicht mehr nötig. Früher war es die Staatsmacht, die das Geld beschaffte; dieses Verhältnis kehrt sich gerade um – die Bürokratenklasse und die entstehende Kapitalistenklasse verschmelzen zunehmend zu einer Klasse. Ein reicher junger Mann in Peking erklärte uns stolz, dass einer der örtlichen Immobilienunternehmer ein Mann sei, der aus dem Nichts kommt. Er fügte hinzu: »Er hat es nicht nötig, in der Partei zu sein. Wenn er so mächtig ist, dass er Gebäude am *Chang'an dajie*, der Hauptstraße von Peking, bauen lassen kann, dann hat er auch die nötige Unterstützung!« Eine höfliche Art, die enorme Korruption zu beschreiben, die alle Stufen des Staates durchtränkt und die Gesellschaft zerfrisst, von der Spitze bis zur Basis.

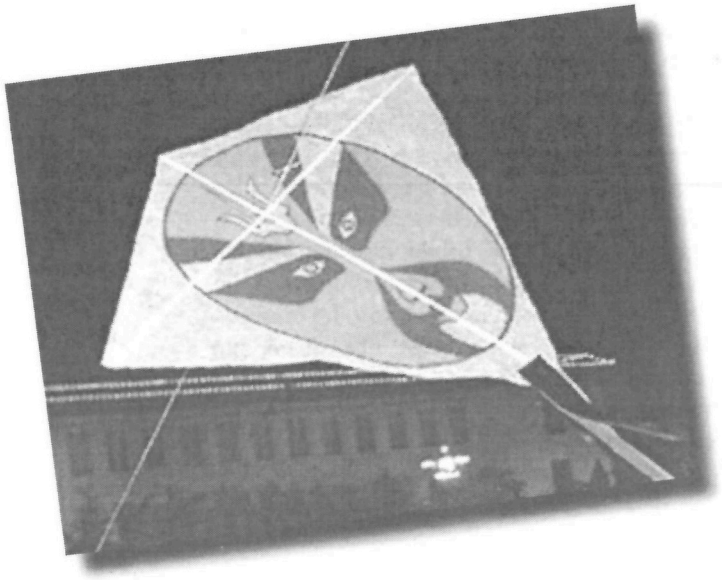
ML – Hattet ihr Kontakt zu Oppositionellen?

Das Wesen der »Opposition« in China hat sich gewandelt, seit sie im Blut der Bewegung von 1989 ertränkt wurde. Außer einigen »Dissidenten«, die im Westen Zuflucht gefunden haben, hat sich die große Mehrheit der revoltierenden Studenten mit der neuen Situation abgefunden. Die kapitalistische Dynamik, die die chinesische Gesellschaft seit nunmehr 20 Jahren umwälzt, lässt wenig Raum für die klassische Dissidenz. Einige der rebellierenden Studenten haben sogar ihre Aspirationen in die Freiheit des Handels und der Geschäfte reinvestiert. Heute reduziert sich »Dissidenz« im Wesentlichen auf Individuen, die eine Reform der Partei predigen, eine Demokratisierung ihrer Strukturen und ihrer Abläufe, eine korrekte Anwendung der Gesetze und der »Freiheiten«, die die Verfassung vorsieht. Die Kommunistische Partei selbst ist sehr gespalten. Die Spaltung verläuft zuerst zwischen den Zentrum und Provinz, zwischen den reichsten und den ärmsten Regionen – hinzu kommt der Gegensatz zwischen zwei großen Richtungen, den »Konservativen« (die versuchen, ein Minimum an Sozialstaat zu erhalten) und den »Modernen« (Anhänger des liberalen Kapitalismus). Viele heutige Oppositionelle definieren sich über ihr Verhältnis zu diesen beiden Richtungen. Für die erste Richung steht die »Bewegung der Anwälte«. Sie verteidigt Arbeiter und Bauern, die durch die barbarische Ausbeutung geschädigt wurden, und fordert von der Staatspartei eine gerechte Anwendung der bestehenden Gesetze. Im Gegensatz dazu unterstützen einige frühere »Dissidenten« die liberale Strömung; denn sie sehen in der Entwicklung des Kapitalismus die Möglichkeit einer »Demokratisierung« nach westlichem Vorbild. Direkten Kontakt zu einem dieser »Dissidenten« aufzunehmen, bedeutet für den Durchreisenden, von der omnipräsenten Geheimpolizei geortet, überall bis zum Schluss seiner Reise überwacht zu werden und dem betreffenden Dissidenten zusätzliche Unannehmlichkeiten zu verschaffen.

Man könnte auch sagen, dass die wahre Opposition sich heute in den sozialen Bewegungen findet, die überall aus dem Boden schießen. Das sind Streiks in den großen multinationalen Unternehmen, die sich in den Sonderproduktionszonen niedergelassen haben, Mobilisierungen gegen die Vertreibung vom Land und aus Wohnhäusern, die von den Immobilienkapitalisten in Übereinstimmung mit den Autoritäten der Partei inszeniert werden. Ein gutes Beispiel sind die Volksbewegungen in Peking, die sich den Vertreibungen und Enteignungen widersetzen, die mit Blick auf die Organisation der Olympischen Spiele durchgeführt werden. Ganz allgemein ist eine tiefe Unzufriedenheit bei den Leuten zu spüren. Das geht von gemäßigten Formulierungen wie: »Die Reformen gehen nicht in die richtige Richtung« über die Generalkritik an der »Korruption« und den »neuen Reichen« (ein Euphemismus für die neue Kapitalistenklasse) bis zu endlosen Ausführungen gegen die Führung und die Ausbeuter, die man hier und da bei Treffen oder Unterhaltungen hören kann, sofern sich Vertrauen einstellt. All diese Äußerungen sind gewiss von Fatalismus und Resignation geprägt, lassen aber ein diffuses Gefühl von Zorn und Hass spüren. Angesichts der Konzentration von Elendsbevölkerung in den Städten könnte man denken, dass ein Protest allgemeinen Charakters genügen würde, damit dieses Gefühl seinen Ausdruck findet und in einer Revolte von unermesslichem Ausmaß mündet. Wann? Wie? Das ist eine andere Frage.

Die Furcht vor einer derartigen Bewegung scheint in der Staatsmacht umzugehen. Die chinesische Polizei modernisiert gegenwärtig in Voraussicht auf die Olympiade ihre Anti-Aufruhr-Einheiten (unter anderen mit Hilfe französischer Spezialisten). Viel stärker beschäftigt die Führung allerdings die soziale Frage.

Ja, es ist heute leicht, in China Kontakt zu Oppositionellen aufzunehmen. Man braucht nur die gewöhnlichen Leute anzusprechen, denen man begegnet. Danach ist alles eine Sache der Umstände und des Zufalls.



ML – Gibt es noch einen Mao-Kult? Ist sein Porträt allgegenwärtig oder eher nicht?

Mao ist im heutigen China omnipräsent. Er ist es auf verschiedenen Ebenen und spielt unterschiedliche Rollen. Bei allen offiziellen Anlässen werden Mao-Bilder angebracht. Das gibt dem Regime die ideologische Rückendeckung, die Bürgschaft für eine Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die Vorstellung ist, den privatkapitalistischen Aufschwung zuzulassen, die Entstehung einer Kapitalistenklasse im Schatten der Partei, um als Ergebnis eine sozialistische Entwicklung Chinas zu erhalten. Die »Entwicklung der Produktivkräfte« der marxistisch-leninistischen Vulgata findet ihre Verwirklichung im Rahmen eines entfesselten Kapitalismus, den man dem chinesischen Volk aufzwingt. Die Entwicklung – »der Aufbau« im offiziellen Jargon – ist das Ziel der geschichtlichen Bewegung, der Beweis dafür, dass der Sozialismus Erfolg gehabt hat. Das Bildnis Maos auf den Banknoten soll jeden Moment daran erinnern.

Aber im Volk hat das Bild Maos eine ganz andere Funktion. Zum einen wird das Mao-Bild aufgehängt, um sich vor dem Staat zu schützen, wenn man etwas Unerlaubtes oder Illegales zur Verbesserung seines Alltags macht. Es ist auch eine Art, sich vor Kritik zu schützen. So soll ein Bewohner eines Pekinger Stadtteils bei einem Aufstand gegen die Vertreibung sein Haus mit »Mao-Zitaten« beklebt haben, die die Vertreibungen kritisierten. Es dauerte 15 Tage, bis die Polizei es wagte, Hand anzulegen, obwohl sogar einige Zitate falsch und von dem Widerstand Leistenden frei erfunden waren. Oft ist das Mao-Bild auch ein Zeichen von Opposition gegen den aktuellen Kurs. Das ist der Volks-Mao. Wenn du jemanden besuchst, der seine armselige Bleibe mit einem Dutzend Mao-Porträts dekoriert hat, dann kannst du sicher sein, dass dein Gegenüber mit der gegenwärtigen Situation nicht zufrieden ist. Dieser Mao repräsentiert das Heimweh nach dem »Sozialismus« von früher, der egalitärer war, und eine Opposition gegen die von »Reform« und »Marktsozialismus« geförderte Korruption. So wird die Figur Mao Teil eines neuen emanzipatorischen Mythos des Egalitarismus und der sozialen Gerechtigkeit – auch wenn seine Person den Autoritarismus und die Barbarei einer nahen Vergangenheit repräsentiert, die in Vergessenheit gerät. Das mag unpassend erscheinen, aber es ist so. Was keineswegs bedeutet, dass eine neu entstehende soziale Oppositionsbewegung ihrerseits die Ideen des »Maoismus« der Vergangenheit wieder aufgreifen würde.

ML – Sind die ausländischen Kapitalinvestitionen stark sichtbar? Was habt Ihr an Umweltverschmutzung als Folge der raschen Entwicklung eines »wilden Kapitalismus« mitbekommen?

Frag lieber, wo sie nicht sichtbar sind! China ist heute einer der Knotenpunkte kapitalistischer Aktivitäten auf dem Planeten. Einerseits, weil es zur »Werkhalle der Welt« wurde, wo die Mehrzahl der Waren produziert und montiert werden. Die niedrigen Preise dieser Konsumgüter ermöglichen es, die Kosten für die Reproduktion des Lebens und der Arbeitskraft überall sonst zu senken. Das geht von Turnschuhen bis zu Möbeln, über Kleidung bis zu sämtlichen Haushaltsgeräten und Produkten des täglichen Verbrauchs. Andererseits stellt der innerhalb von China relativ kleine Markt der neuen Mittelklasse (ein Prozent der Bevölkerung) für den Weltkapitalismus einen riesigen Markt dar, der seine tragenden Branchen am Laufen hält. Allein in Peking gibt es jeden Tag 750 zusätzliche Autos, die die Straßen und die fünf (bald sechs) Autobahnringe rund um die Stadt verstopfen. Die von Alstom gelieferten 26 Turbinen des Drei-Schluchten-Staudamms sind im Sanierungsetat der Auftragsbücher dieser französischen Multis gewiss nicht zu vernachlässigen ... und Pech für die eineinhalb Millionen vertriebenen Chinesen, die größtenteils als Migranten auf der Straßen gelandet sind...

In der großen Halle des *China World Trade Center* (sic!) in Peking, das zu einem der luxuriösesten Handelskomplexen der Welt gehört, hat eine lange Liste von Unternehmen ihren Sitz. Von ein paar seltenen Namen abgesehen ist das die Liste der Multinationalen, die die Welt regieren, in der wir leben.

Umweltver**schmutzung:** siehe »La Chine se détruit à force de trop croître«, Philippe Grangereau, Libération vom 6. Juni 2006. (»China zerstört sich durch zu viel Wachstum«)

Die Umweltverschmutzung ist ein Aspekt von Verwüstung, den man heute in China als Folge der aktuellen kapitalistischen Entwicklung beobachtet. Verschmutzung der Luft in den Städten, Verschmutzung der Wasserläufe, der Landschaft, in der sich überall die Abfälle häufen. Die Umweltverschmutzung steht im Zentrum der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Sie kommt zu den fürchterlichen Wohn-, Arbeits- und Verkehrsverhältnissen noch hinzu. In dieser Welt sieht man den *Mingong*, den Wanderarbeiter, der 12 bis 14 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, auf den Baustellen Pekings arbeitet, wo man die olympischen Einrichtungen baut. Er verdient dabei 30 Yuan (3 Euro) am Tag und wohnt in Notunterkünften.

ML – Der Sturz des Staatssozialismus hinterlässt für gewöhnlich eine soziale Wüste; wie verläuft der chinesische Übergang vom »Staatskapitalismus« zum klassischen Kapitalismus?

Die Frage ist schlecht gestellt; in China ist der Staatskapitalismus nicht gestürzt worden wie in der UdSSR; er ist allgegenwärtig (totalitäres Regime, Einheitspartei, keine Wahlen), aber er liberalisiert sich und entledigt sich seiner »sozialen« Verantwortung (Bildung, Gesundheit, Ruhestand usw.). Ist das die »soziale Wüste«, nach der Du fragst?

Auf die große theoretische Frage nach dem chinesischen Übergang können wir in wenigen Worten eingehen. Einige Randgruppen der anti-bolschewistisch-kommunistischen und anarcho-kommunistischen Strömungen haben unlängst die historische Aufgabe des Staatskapitalismus folgendermaßen erklärt: er ist eine Epoche in der Geschichte des Kapitalismus, in der die Bedingungen für eine moderne Ausbeutung der Arbeit geschaffen werden. Diese Erklärung scheint perfekt auf das chinesische Beispiel zu passen. Der Staatskapitalismus hat China geeinigt, die Infrastruktur und die Grundlagen für eine kapitalistische Produktion geschaffen, er hat die Staats-Lohnarbeit und eine Arbeiterklasse im gesamten Land verallgemeinert. Die in jüngster Zeit vollzogene Dekollektivierung hat diese Proletarisierung der Bevölkerung beschleunigt, indem hunderte Millionen von Bauern vom Land vertrieben und in die Städte gestoßen wurden. Die Ausbeutungsbedingungen in China sind heute ein Glücksfall für den Weltkapitalismus. Die Kapitalisten und ihre Lakaien, die schon von jeher ununterbrochen gegen den »Mangel an Freiheit in den sozialistischen Regimes« geplärrt haben, sind heute mit dieser Paarung von totalitärer Verwaltung der Arbeit und barbarischer privater Ausbeutung hochzufrieden – einer Paarung, die die Essenz des chinesischen Wunders darstellt, des »Marktsozialismus«.

ML – Gibt es Hoffnungszeichen?

Die chinesischen ArbeiterInnen sind zwar weiterhin dieser Barbarei unterworfen, durch ihr Elend bedrückt und von der Furcht vor dem *Laogai* gehetzt, aber sie sind deswegen doch nicht völlig resigniert. Aus seinen kulturellen Bindungen an die Ahnen und durch seine historische Erfahrung zeigt das chinesische Volk eine fröhliche Nicht-Ehrerbietigkeit, eine rebellische Initiative, die ebenso gut einen sehr aggressiven Individualismus und eine ziemlich befremdende Besessenheit für den Handel auslösen, genau so gut aber in eine völlig unerwartete gewaltsame Revolte münden kann. Man sieht das täglich im Verhalten gegenüber dem zentralisierten und autoritären Staat, man sieht es in den Streikbewegungen und den Demonstrationen, die sich seit Jahren ausbreiten. Umgekehrt sieht man es in der Furcht der Ausbeuter, die ständig darauf gefasst sind, die harte Vorgehensweise und die Notwendigkeit des Totalitarismus zu rechtfertigen. »Es gibt zu viele Chinesen! Ohne eine starke Regierung würde Anarchie herrschen.« Hinter dieser Haltung verbirgt sich eine immense Furcht. Man schießt mit scharfer Munition auf streikende Arbeiter, auf Demonstranten, die sich gegen ihre Vertreibung aus ihrer Wohnung oder von ihren Feldern wehren. Wer es wagt, sich an die Spitze einer kollektiven Aktion zu stellen, kann (durch eine Entscheidung der Verwaltung, ohne vor ein Gericht gestellt zu werden) ins Arbeitslager geschickt werden. Aber gleichzeitig liest man in der Parteipresse (oder Zeitungen einer Richtung der Partei) Analysen, die die Ausbeutungsbedingungen der *Mingong* scharf anprangern. Kommentar eines jungen Pekinger Arbeiters dazu: »Das ist zeitgemäß. Sie reden davon, aber das wird nichts ändern! Weshalb sie es tun? Um die Leute glauben zu machen, man beschäftige sich mit ihrem Schicksal. Die Autoritäten befürchten ›konterrevolutionäre Vorkommnisse‹« (eine offizielle Formulierung, die man mit »Aufstände« übersetzen muss).

Ein lokaler Beobachter sagte uns, als er von der tiefen Unzufriedenheit in der Bevölkerung sprach, die chinesische Führung sehe in jeder Äußerung von Revolte und Autonomie – auch im neuen Frühling religiöser Praktiken – das Phantom der Erhebungen der Vergangenheit zurückkehren. Der Taiping-Aufstand lässt den Reichen, die die luxuriösen Handelszentren der neuen Nobelviertel besuchen, bis heute keine Ruhe.

Paris, 10. Juni 2006

Umweltverschmutzung
siehe: »La Chine se détruit à force de trop croître«, Philippe Grangereau, Libération vom 6. Juni 2006. [»China zerstört sich durch zu viel Wachstum«]

Taiping-Bewegung
Aufstandsbewegung gegen die Qing-Dynastie (1850-1864. Sie eroberte größere Gebiete Nordchinas mit über 600 ummauerten Städten. Sie forderte über 20 Millionen Menschenleben. Der Anführer der Taiping, Hong Xiuquan (1814-1864), entstammte einer bäuerlichen Familie der ethnischen Minderheit der Hakka aus Guangzhou (Kanton). Er war in den rigiden Aufnahmeprüfungen der Zivil-Beamten mehrmals gescheitert. Er verschmolz christlich-protestantische Vorstellungen wie die Zehn Gebote und Keuschheit mit konfuzianischen Utopien, so daß eine Art egalitär-sozialistisches Gedankengut entstand, dem zufolge alle Menschen Brüder und Schwestern seien: Landbesitz wurde gleichmäßig aufgeteilt, der erwirtschaftete Überschuss in einen gemeinsamen Schatz abgeführt. Daneben standen forschrittlich soziale Forderungen wie die Gleichstellung der Frau, das Verbot des Füßebindens bei Mädchen, der Polygamie.

Einwanderung und alltägliche Kämpfe

Dieser Artikel beruht vor allem auf Diskussionen mit Landarbeitern und anderen MigrantInnen sowie GewerkschaftsaktivistInnen bei Besuchen im Jahr 2000 und im Dezember 2005 anlässlich der Eröffnung des SOC-Lokals in El Ejido.

Wer über die Situation im Jahr 2000 und die damaligen Debatten über Migration in Spanien (und der BRD) nachlesen möchte, kann dies in den Wildcat-Zirkularen 56/57, 59/60 und 62 tun (im Archiv unter www.wildcat-www.de)

Die Legalisierung in Spanien war vor allem an Arbeitsnachweise gebunden. Das führte zu einem schwunghaften Handel mit diesen Dokumenten und wurde von Unternehmern dazu benutzt, mehr Arbeit für weniger Geld abzupressen.
Die Einwanderung in das frühere Auswanderungsland ist seit Anfang der 1990er Jahre explodiert: Seit 1998 hat sich die Zahl der *offiziellen* Einwanderer fast versechsfacht, inzwischen leben vier Millionen MigrantInnen unter den 40 Millionen EinwohnerInnen Spaniens.

Neue und alte Wege nach Südeuropa

Seit einigen Wochen gehen immer wieder Bilder von SchwarzafrikanerInnen um die Welt, die in kleinen Booten an den Stränden von Fuerteventura, Lanzarote und Teneriffa landen. Sie kommen aus dem Senegal, aus Mali, Gambia oder Guinea-Bissau. Die *Ausgangspunkte* der Einwanderungsrouten nach Spanien haben sich in den letzten Jahren nach Süden verlagert. Seitdem die spanische Regierung mit EU-Geldern die andalusischen Küsten elektronisch überwacht, sind die Reisenden ausgewichen: zunächst immer häufiger an die Zäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Marokko, dann in die Küstenstadt Nouadibou im Norden Mauretaniens und inzwischen in den Nordwesten des Senegal. Diese *Abfahrtsorte* richten sich danach, wo die Kontrollen der entsprechenden Behörden noch nicht durch EU-Gelder und Technik aufgepeppt worden sind (Spanien erhält inzwischen bei der Kontrolle des Atlantiks militärische Unterstützung durch die EU). Von Mauretanien oder aus dem Senegal kann man es auf eine der Kanaren schaffen. Die Überlebenschancen auf dieser 200-1200 km langen Reise sind allerdings geringer als bei der Überfahrt über die nur wenige Kilometer breite Meerenge von Gibraltar. So die Kalkulation der europäischen Regierungen. Tausende ertrinken unterwegs im Atlantik oder verdursten in der Wüste.

Spanien, neben Italien und Griechenland Haupteingang von Süden nach (West)-Europa, hat inzwischen mit Marokko, Mauretanien, Nigeria und Guinea-Bissau Rückführungsabkommen geschlossen. Mit dem Senegal, Mali, Ghana, Kamerun und den Kapverden wird noch verhandelt. Marokko und Mauretanien haben sich bereits verpflichtet, sämtliche Flüchtlinge zurückzunehmen, die über ihre Territorien nach Spanien eingereist sind.

Einwanderung nach Spanien

Die spanischen Einwanderungs*gesetze* sind hart und eindeutig, bis zum Herbst 2005 konnten aber viele MigrantInnen trotz Ausweisungsbeschluss bleiben, weil kein Land sie aufnehmen wollte, nur Marokkaner wurden schnell ausgewiesen, wenn die Bullen sie direkt bei der Einreise packen konnten. Nach dem Ansturm auf die Grenzanlagen von Ceuta/Melilla im Herbst 2005 wurden dann zum ersten Mal Schwarzafrikaner direkt nach Marokko zurückgeprügelt und von dort in die Wüste geschickt. Seitdem werden die Rückführungsabkommen verstärkt genutzt oder verhandelt.

Die spanische Einwanderungs*praxis* bleibt widersprüchlich. Allein seit 1990 hat der spanische Staat acht Mal das Legalisierungsventil aufgedreht, 2005 wurden 600 000 legalisiert. Spanien muss sich einerseits als Ordnungsmacht bei der Kontrolle der EU-Südgrenze beweisen, andererseits funktionieren verschiedene Wirtschaftszweige (Bau, Landwirtschaft, häusliche Pflege) ohne MigrantInnen nicht. *Und* die MigrantInnen in Spanien, vor allem in den Großräumen Madrid und Barcelona sowie in Andalusien, haben seit Jahren mit Hungerstreiks, Demonstrationen und Besetzungsaktionen immer wieder eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen eingefordert. Letztendlich versucht der spanische Staat im Nachhinein das zu regulieren, was die unterschiedlichen Lebensbedingungen im Kapitalismus selber hervorrufen.

Die Hindernisse auf dem Weg nach Norden sollen eine Tendenz verstärken: Nur die fitten, gesunden, jungen Menschen machen sich auf die Reise, genau die werden als Arbeitskraft gebraucht. In den ersten vier Monaten dieses Jahres landeten 6500 Menschen nur auf den Kanaren, 2000 mehr als im gesamten Jahr 2005, davon wurden 4000 auf das spanische Festland gebracht. Zahlen, die den beeindruckenden Willen und die Fähigkeiten dieser Menschen illustrieren, sich nicht den Zugang nach Europa verbauen zu lassen.

Plastikmeer Almería

Die meisten von denen, die es auf das spanische Festland geschafft haben, machen sich zunächst auf den Weg nach Almería, im Osten Andalusiens. Dort liegt das größte zusammenhängende Gemüseanbaugebiet Europas. In den 300 km² zwischen Adra, El Ejido/Almerimar und Nijar wachsen auf 35 000 ha Tomaten, Gurken, Paprika und anderes Gemüse, alles unter Plastikplanen in Gewächshäusern. Dieser industrielle Gemüseanbau erfordert die Nähe einer Produktionskette aus Erdbewegungsarbeiten, Metallgerüsten und Plastikplanen,

in Almería

Setzlingen, chemischen Nährlösungen, Kartons und Paletten sowie einer umfangreichen Verpackungs- und Transportlogistik. 2005 gelangten ca 1,4 Millionen Tonnen Billig-Gemüse aus diesem Gebiet in die Supermärkte der BRD, der Schweiz und Frankreichs. Inzwischen ist das durchschnittliche Prokopfeinkommen in Almería eines der höchsten ganz Spaniens. Dieser Reichtum beruht vor allem auf der reibungslosen Ausbeutung der ca 100 000 Arbeitskräfte aus dem Maghreb und Schwarzafrika sowie aus Südosteuropa und Lateinamerika. Dreißig Prozent der Bevölkerung Andalusiens leben von weniger als 379 Euro im Monat, das übertrifft die entsprechende Quote für Gesamtspanien um die Hälfte.

Vom »Gast«arbeiter zum Bauernunternehmer

In den 1950er Jahren schenkte das Franco-Regime armen Familien aus dem Alpujarra-Gebirge kleine Parzellen und ein Steinhäuschen in der Gegend von El Ejido. Aus diesen Familien wanderten in den 60er Jahren viele Menschen zum Arbeiten nach Deutschland, Frankreich oder in die nordspanischen Industrieregionen aus. Ende der 70er, Anfang der 80er kehrten die ersten dieser Auswanderer zurück, nachdem sie durch jahrelange Geldüberweisungen dazu beigetragen hatten, dass ihre Familien den kleinen Landbesitz nicht verkaufen mussten. Die Abfindungen der Rückwanderer waren das Kapital, um Wasserpumpen und Plastikhallen auf das ausgedörrte Land zu stellen: aus Arbeitern wurden landwirtschaftliche Kleinunternehmer in der Produktion von Treibhausgemüse. Ab 1986 stellten sie marokkanische Tagelöhner an. Ende der 90er war die Treibhauslandwirtschaft Almerías in die erste größere Krise geraten: Konkurrenz der Bauernunternehmer untereinander und durch noch billigere Tomaten aus Marokko, sinkende Verkaufserlöse, Versalzung des Grundwassers, Verschuldung ohne Perspektive auf Tilgung. Auf diese Weise bekam der Preis der Arbeitskräfte und ihre ungestörte Verfügbarkeit einen zentralen Stellenwert. Allerdings hatte sich eine gewisse Rigidität der Löhne nach unten herausgebildet, unter einem Stundenlohn von 4000 Pesetas (ungefähr 2,50 Euro) arbeitete kaum noch jemand. Dazu trugen vermutlich auch die extremen Arbeits- und Lebensbedingungen im »Plastikmeer« bei: 40 Grad und mehr in den Plastikhäusern, Dreck und Chemie sowie lange Arbeitstage und Behelfsunterkünfte ohne Wasser und Strom wollte man sich wenigstens »gut« bezahlen lassen.

Rassistische Angriffe und Streik im Jahr 2000

Im Januar 2000 kam es in El Ejido, dem Zentrum der Produktion und Vermarktung in Almería zu einer massiven Konfrontation zwischen andalusischen Altbewohnern und eingewanderten Landarbeitern aus Marokko. Die auch aus dem Alltagsrassismus gegen die »unkultivierten moros« motivierten Angriffe der Andalusier richteten sich vor allem deshalb gegen die marokkanische Community, weil diese seit dem EU-Beitritt Spaniens nach 15 Jahren Einwanderungsgeschichte im Osten Andalusiens inzwischen relativ stark und selbstbewusst geworden war. Dies stellte sie auch in einem einwöchigen Streik als direkte Antwort auf die physischen Angriffe unter Beweis, mitten in der Hochzeit einer der drei jährlichen Ernten. Bereits vor dem offenen Ausbruch des Konflikts hatten die Bauernunternehmer mit der Zentralregierung in Madrid über die Rekrutierung von Arbeitskräften in Südosteuropa verhandelt, von denen sie sich weniger Probleme erwarteten.

Der einwöchige Streik war vor allem deshalb beeindruckend, weil er ohne institutionalisierte zentrale Struktur auskam und organisiert über Handy und die vielen kleinen Treffpunkte der Landarbeiter entschlossen geführt wurde. Das alles in einer Produktion, die mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 1,5 ha und maximal drei Arbeitskräften pro Betrieb extrem zersplittert ist, und wo die Arbeiter keinerlei andere Einkünfte haben. Hier blitzten in einem kurzen Moment die Möglichkeiten von Arbeitermacht auf.

Kurz nach Streikbeginn verhandelten die beiden großen Gewerkschaften CCOO und UGT, die sonst nichts mit den Landarbeitern zu tun haben wollten. Eine kleinere anarchosyndikalistische Gewerkschaft (CGT) saß auch mit am Tisch. Die Gewerkschaften taten letztendlich das, was Gewerkschaften in solchen Fällen immer tun: sie sorgten mit dafür, dass der Streik nach einer Woche mit umfangreichen Versprechungen an die Arbeiter

Die Zusammensetzung der Tagelöhner hat sich seit 2000 langsam verschoben: noch bilden Leute aus Marokko und Schwarzafrika die Mehrheit, allerdings steigt der Anteil aus Südosteuropa und Lateinamerika. In den Gewächshäusern arbeiten fast ausschließlich Männer.
Der Frauenanteil an der Einwanderung nach Almería steigt langsam. Sie arbeiten als Pflegerinnen für Alte, als Haushaltshilfe oder als Prostituierte.

Sortieren der gerade geernteten Tomaten in einem Kleinstbetrieb.

abgebrochen wurde. Diese Versprechungen wurden bis heute nicht realisiert.

Arbeiterorganisierung in Andalusien

Seit dem Streik von Anfang 2000 ist die andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft SOC/MR in der Provinz Almería aktiv geworden. Die SOC entstand Mitte der 1970er Jahre noch während des Franquismus, ihre Hauptmobilisierungen galten einer Landreform im Agrarland Spanien sowie der Einkommenssicherheit für die damals noch fast ausschließlich spanischen SaisonarbeiterInnen. Geografische Schwerpunkte waren die Provinzen Sevilla, Córdoba und Huelva mit ihren traditionellen Strukturen von Großgrundbesitz. Die Kampagne für eine Agrarreform geht bis heute weiter, inzwischen kämpft die SOC gegen EU-Subventionen für Großgrundbesitzer, für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden für Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie gegen die Veränderungen beim »Arbeitslosengeld« auf dem Land (Hauptstreitpunkt: wie viele Tagelöhne pro Jahr müssen nachgewiesen werden, um die staatliche Unterstützung zu beziehen und wie hoch ist diese). Für Landbesetzungen, Straßenblockaden und Demonstrationen werden viele SOC-Kader kriminalisiert und mit Geldbußen überzogen – diese staatliche Repression ist allerdings *auch* ein Identifikationspunkt der Organisation nach innen.

Die SOC ist Teil des linksnationalistischen politischen Bündnisses CUT-BAI (zentrale Parole: »Für ein freies und sozialistisches Andalusien!«) und vertritt eine harte ländliche Arbeitsethik (»Ehrliche Arbeit in Würde auf andalusischen Böden statt staatliche Almosen!«) Ihre inneren vertikalen und auf Führungsfiguren ausgerichteten Strukturen beginnen langsam aufzuweichen. Noch beherrscht aber die Logik zentraler und symbolischer *politischer* Aktionen die Organisation (am andalusischen Nationalfeiertag *muss* in Sevilla demonstriert werden... oder man denkt über *den Ausruf eines Streiks von oben* nach).

SOC/MR
Sindicato de Obreros del Campo y del Medio Rural de Andalucía

CUT-BAI
Colectivo de Unidad de Trabajadores – Bloque Andaluz de Izquierdas, etwa: Arbeitereinheitskollektiv – Andalusischer Linksblock.

Zentral in der Spendenkampagne für die SOC ist das Europäische BürgerInnenforum, EBF, das seit 2000 regelmäßig internationale Besuchsgruppen in die Region organisiert hat. www.forumcicivque.org

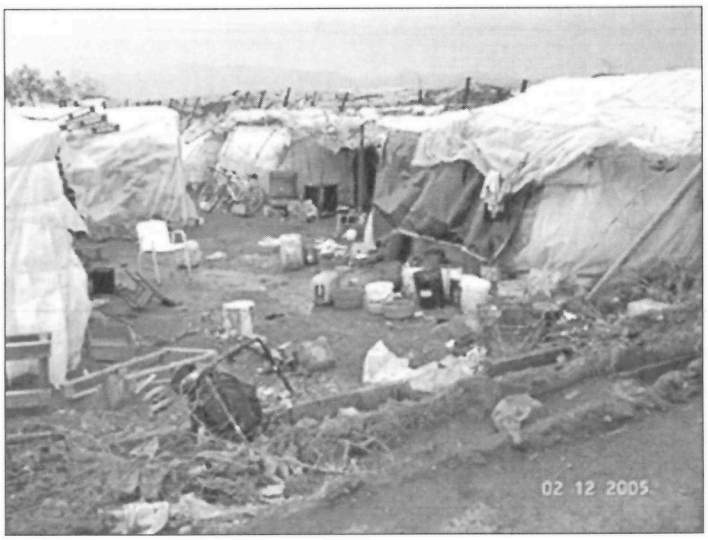
[1] Das ist in der BRD nicht anders: Zwar preist die IG BAU großmäulig die allgemeinverbindlichen Mindestlöhne als Mechanismus gegen »Lohndumping« an, aber es gibt im gesamten Osten und in den kleineren Betrieben im Westen keinen Bauarbeiter, der diesen Mindestlohn bekommt, von den Kolonnen aus Rumänien, der Ukraine und anderswo ganz abgesehen...

Praxis der SOC in Almería

In Almería gab es wegen der zersplitterten Besitzstruktur traditionell kaum LandarbeiterInnen, erst ab Mitte der 1980er Jahre wurden (ausländische) Arbeiter in den Plastikhäusern gebraucht. Die SOC beginnt nach den Kämpfen Anfang 2000 dort zu organisieren und hat einige Aktivisten des damaligen Streiks für die Gewerkschaftsarbeit rekrutiert. Vor allem durch die Migration aber auch durch eine jüngere Generation von Gewerkschaftsaktivisten spielen Linksnationalismus und Arbeitsethik in Almería kaum eine Rolle. Dort geht es »nur« um Löhne, Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit, sich überhaupt (gewerkschaftlich) zu organisieren. Letzteres wird von den Unternehmern, aber auch von den großen spanischen Gewerkschaften nicht gerne gesehen.

Die SOC vertritt die Auffassung, dass die massenhafte Einwanderung einerseits die historischen Errungenschaften der alteingesessenen Landarbeiterklasse gefährden, andererseits die Einwanderer, wenn sie schon mal da sind, als Arbeiter unterstützt werden müssen. Insofern kämpft die Gewerkschaft für die Einhaltung der Tarifverträge in den Provinzen Andalusiens für *alle* LandarbeiterInnen. Sie selber bezahlt ihre Hauptamtlichen nach diesen bescheidenen Tarifen. Gleichzeitig hat die SOC in einigen Dörfern den Versuch gestartet, den Arbeitsmarkt dadurch zu regulieren, dass die Unternehmer nur nach offiziellen Listen der Arbeitslosen in den Rathäusern einstellen sollen.

In Almería beträgt der Tariflohn für Tagelöhner 4,81 Euro pro Stunde, tatsächlich gezahlt werden im Durchschnitt zwischen 3,50 und 4,50 Euro (zum Vergleich: In der BRD gibt es mehrere Tarifverträge im Bereich der Gewerkschaft BAU (BauenAgrarUmwelt) mit Bruttostundenlöhnen von weniger als 5 Euro für ErntehelferInnen). Die Aktivitäten der SOC bestehen oft darin, Beschwerden von einzelnen Arbeitern entgegenzunehmen und die entsprechenden Betriebe aufzusuchen.



Unterkünfte bei Nijar

Dazu gehört Mut, denn die meistens einzeln auftretenden SOC'ler werden häufig von den Unternehmern bedroht. Die SOC arbeitet auch mit den staatlichen Arbeitsinspektoren zusammen, die die Einhaltung der Mindestbedingungen überwachen sollen. In ganz Almería gibt es allerdings kaum Betriebe, die diese Bedingungen erfüllen. Insofern stellt sich die Frage nach dem Sinn solcher gewerkschaftlich geforderten staatlichen Regulierungen, so lange sich viele Arbeiter nicht zutrauen, offensiv und kollektiv für ihre Bedürfnisse einzustehen.[1]

Die SOC in Almería (aktuell ca. 800 Mitglieder von 20 000 in ganz Andalusien – überwiegend Marokkaner, wenige Schwarze, keine Frauen) organisiert neben den Betriebsbesuchen offene Versammlungen, auf denen über die Arbeitssituation und den Alltag (Wohnung, Sicherheit) diskutiert wird. Andere (bürokratischere) Mechanismen gibt es glücklicherweise noch nicht. Einige der SOC-Aktivisten sehen eine Gefahr im eventuellen zu schnellen Wachsen ihrer Gewerkschaft. Die relative Isolation der Landarbeiter(gewerkschaft) vom Rest der Arbeiterklasse in Andalusien ist ein großes Problem. Es gibt Überlegungen in der SOC, mit den überwiegend »spanischen« ArbeiterInnen in den großen Gemüseverpackungsunternehmen vor Ort Kontakt aufzunehmen. Damit würden sie nicht die Unterschiede der Herkunft und Bedingungen betonen, sondern die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ausbeutungssituation in den Mittelpunkt rücken.

Im letzten Jahr richtete die SOC in der Provinzhauptstadt Almería sowie in El Ejido selber kleine Büros ein. Vor allem in El Ejido ging das nur mit materieller und politischer Solidarität von Gruppen aus der Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland. Da niemand in El Ejido der SOC ein Lokal vermieten wollte, aus Angst, das Haus könnte Ziel von Überfällen oder Brandanschlägen werden, hat die SOC ein entsprechendes Objekt gekauft. In der Stadt El Ejido (inzwischen fast 100 000 EinwohnerInnen, 1970 waren es noch 500!), aber auch in den umliegenden kleineren Orten greifen vor allem Jugendliche immer noch häufig marokkanische Migranten an, Anfang 2005 wurde sogar einer ermordet. Erst nach wütenden Protesten wurden in diesem Fall die (bekannten) Täter vor Gericht gestellt, normalerweise würgen die Bullen Anzeigen ab und bedrohen die Anzeigenden mit Abschiebung.

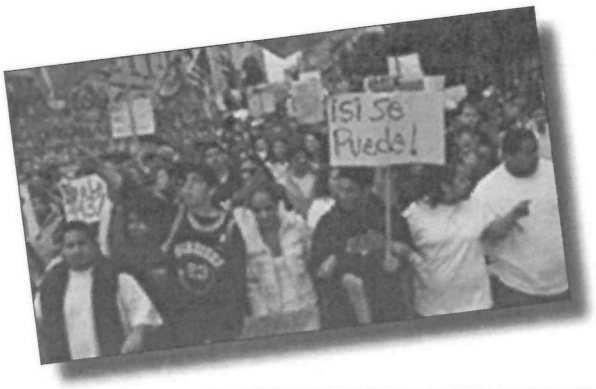
An die Gesellschaft herangekämpft

Die Tatsache, dass es mitten in El Ejido inzwischen möglich ist, ein Gewerkschaftslokal der SOC zu betreiben, das auch als *sozialer* Treffpunkt für Migranten dient, weist auf eine neue Situation hin. Diese macht sich auch im Alltag bemerkbar. Im Vergleich zu 2000 haben sich auch in El Ejido viele MigrantInnen an die Ränder der Gesellschaft herangekämpft: Es gibt inzwischen viel mehr arabische oder afrikanische Geschäfte, Restaurants und Telefonläden, es entstehen kleine Wohnviertel, die nordafrikanisch oder schwarz geprägt sind (auch weil viele Spanier sie nicht als Nachbarn wollen), und es entsteht innerhalb der Migrantencommunities ein deutliches soziales Gefälle. Auf den Straßen fahren inzwischen erheblich mehr ausländische Arbeiter mit Autos oder Moped statt wie früher mit dem Fahrrad. Das Lohnniveau ist immer noch niedrig, aber nicht nach unten offen, die frisch Angekommenen lernen schnell. Es findet eine Art »Zwangsvergemeinschaftung« statt, denn alleine überlebt niemand, vor allem angesichts der brutalen »Wohn«verhältnisse für Neuankömmlinge.

Solange die MigrantInnen es schaffen, zumindest kleine Geldbeträge regelmäßig nach Hause zu schicken, werden sie in Almería und anderswo weiterkämpfen.

N., Anfang Juni 2006

Zur Zeit läuft in den Kinos der Dokumentarfilm ***»We feed the World«.*** Er illustriert beeindruckend die ökologische, gesundheitliche und soziale Katastrophe der weltweiten kapitalistischen Nahrungsmittelproduktion. Auch das Plastikgemüse aus El Ejido und seine Vermarktung bis in die Filialen der Schweizer Supermarktkette Migros kommen zur Sprache. Aber der Film lässt die Kinobesucherin etwas ratlos zurück: Was tun angesichts dieser weltweiten Maschinerie? Nur noch »Bio« kaufen erlaubt oft das Portemonnaie nicht, außerdem haben Discounter wie ALDI auch diesen Markt inzwischen für sich erobert. Produkte aus El Ejido boykottieren? Das sollte man für die eigene Gesundheit tun, aber was ist mit den Tagelöhnern, die davon leben? Und wer ist eigentlich für dieses Desaster verantwortlich? Leute wie der Chef von Nestlé, der im Film nassforsch behauptet, es ginge uns heute so gut wie nie. Oder die ausbeuterischen Bauernunternehmer von El Ejido, die in letzter Zeit mehrfach demonstriert und »gestreikt« haben: gegen die immer niedrigeren Aufkaufpreise ihrer westeuropäischen Großabnehmer wie ALDI und Tengelmann und gegen die steigenden Dieselkosten. Können »bessere Gesetze« und »Marktkontrollen« helfen, wie es das Europäische Bürgerforum in seiner Untersuchung »Bittere Ernte« zur industriellen Landwirtschaft Europas fordert? Selbstversorgung? Oder gilt es, eine ganz andere Produktion aufzubauen? Oder geht es um eine ganz andere *Gesellschaft*?



Der »Si Se Puede«-

Eine Klassenanalyse

Die Unsichtbaren werden sichtbar

Zwischen dem 24. März und dem 1. Mai 2006 gab es mehr Demonstrationen an mehr Orten mit größerer Beteiligung als je zuvor in einem sechswöchigen Zeitraum in der Geschichte der USA. Tagelang überfluteten Märsche von über einer halben Million Menschen die Zentren von Großstädten wie Los Angeles, Chicago, New York und Dallas und legten den Geschäftsverkehr lahm. Gleichzeitig fanden Hunderte kleinerer Versammlungen in Städten wie Charlotte/North Carolina, Milwaukee/Wisconsin, Salem/Oregon oder Philadelphia/ Pennsylvania statt. Begleitet wurde dieses öffentliche Zusammenströmen von Menschen von Dutzenden von Schülerstreiks im ganzen Land und von einem landesweiten »Generalstreik« von ImmigrantInnen am Ersten Mai, der von Hunderttausenden, vielleicht sogar Millionen von ArbeiterInnen befolgt wurde, einschließlich LKW-Fahrern, die den Hafen von Los Angeles lahmlegten (eine der Hauptversorgungsadern im Güterverkehr mit China, Südkorea und Japan). Die Demonstranten forderten die Legalisierung aller ImmigrantInnen ohne Papiere und die Rücknahme von drakonischen Gesetzesvorhaben gegen ImmigrantInnen. Während dieser sechs Wochen brachten sie immer wieder den Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionskreislauf in den USA zum Erliegen oder ins Stocken. Zur Parole dieser bemerkenswerten Demos, deren Größe immer wieder sowohl die Organisatoren als auch die Behörden überraschte, wurde »Si Se Puede« [spanisch für: »Doch, es geht«], womit sie ihr Bewusstsein ausdrückten, dass es in den Amerikas eine neue politische Macht gibt.

Obwohl die Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Streiks ausgesprochen geordnet und friedlich verliefen, beschrieb ihr härtester Gegner, die immigrantenfeindliche Bürgerwehrgruppe Minuteman Project, sie als »Aufstand«. Und es war tatsächlich ein Aufstand, zumindest im juristischen Sinn von »organisierter Opposition oder Widerstand gegen eine Regierung oder bestehende Autoritäten«, denn die Demos bestanden zum großen Teil aus ArbeiterInnen ohne Papiere, ihren Familien, FreundInnen und Unterstützern, die strenggenommen »illegal« und »Kriminelle« waren und doch forderten, *sie* sollten »entkriminalisiert« werden! Millionenfach skandierten sie »Wir sind Arbeiter, keine Verbrecher!« und bezeichneten damit die Absicht der Regierung, sie noch weiter zu kriminalisieren, als das eigentliche Verbrechen. Tatsächlich wurde auf diesen Demonstrationen das Symbol der USA schlechthin, die »Stars and Stripes«-Flagge, die die Rechte in den USA – besonders nach dem 11. September 2001 – auf unerträgliche Weise als Angriffswaffe gegen ImmigrantInnen benutzt hatte, umgedreht und dem Staat aus der Hand genommen. Wenn den Minutemen am 1. Mai 2006 etwas weh getan hat, dann wohl der Anblick von Zehntausenden amerikanischer Flaggen in den Händen eines Meers von Menschen, die von ihnen als »kriminelle Gangster« und »Invasionsarmee« bezeichnet worden waren und die daraus jetzt ein Symbol *ihres* Kampfes machten.

Natürlich müssen wir unbedingt die Ursachen für dieses politische Erdbeben wissen. Jeder Versuch aber, die Ursache von wichtigen Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterklasse herauszufinden, muss davon ausgehen, dass diese sowohl *überdeterminiert* (da sie meist mehrere, untereinander oft widersprüchliche Ursachen haben) als auch *unterdeterminiert sind* (da an ihnen immer neue Kräfte beteiligt sind, die aus kollektiven Handlungen entstehen). Mit dieser Warnung im Sinn werde ich zwei Arten von Erklärung für das Aufkommen der ImmigrantInnenbewegung in diesem Jahr vorstellen, eine offensichtliche, historische und legalistische und eine, die von einer Klassenanalyse der gegenwärtigen politischen Zusammensetzung

Aufstand:

»Und als er sich weigerte, mich, einen lebendigen Menschen,
über den Acheron in die Hölle zu übersetzen,
was sagte ihm mein Kojote Vergil drauf:
›Charon, nicht erbose dich. Dort, wo der Wille Macht ist,
ward sie verhangen, diese Reise ohne Papiere.
Dies sei genug, nicht weiter frage mich.‹«
Dante, Inferno, Dritter Gesang, Vers 32

sowohl der Arbeiterklasse als auch des Kapitals in den USA ausgeht. Zusammengenommen können diese Erklärungen uns helfen, ein klareres Bild von der Landschaft der von der neuen ImmigrantInnenbewegung aufgemachten politischen Möglichkeiten zu zeichnen.

Die offensichtliche Ursache: Die Einwanderungsgesetzgebung

Es ist nicht schwer, den offensichtlichen Auslöser für die »Si Se Puede«-Demos zu finden. Man konnte ihn immer auf ihren Transparenten lesen, »HR 4437«, die Bezeichnung eines Gesetzesentwurfs unter dem Titel »Gesetz zum Schutz der Grenze, gegen Terrorismus und zur Kontrolle der illegalen Einwanderung 2005«. Oft wird er auch nach dem republikanischen Kongressabgeordneten aus Michigan, der ihn eingebracht hat, als »Sensenbrenner Act« bezeichnet. Das Abgeordnetenhaus nahm diesen Entwurf am Freitag, dem 16. Dezember 2005, mit 239 zu 182 Stimmen an. Noch ist er nicht in Kraft, da der Senat seinen eigenen Einwanderungsgesetzentwurf verabschieden muss – was er am 25. Mai 2006 unter der Bezeichnung S 2611 getan hat – und die beiden Entwürfe dann in einem »Ausgleichsverfahren« zu einem gemeinsamen Gesetz zusammengelegt werden müssen, bevor dieses dann dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt wird, so er nicht sein Veto dagegen einlegt.

HR 4437 ist das, was man ein »reines Erzwingungsgesetz« nennt, denn es versteht die Einwanderung ohne Papiere im Sinne der »Verbrechensbekämpfung«, d.h. es definiert einen Tatbestand und legt Strafen fest, um Verstöße dagegen zu bestrafen und zu »bekämpfen«. Erstens definiert es einen neuen gesetzlichen Straftatbestand (ähnlich älteren Straftatbeständen zum Schutz von Privatgrundstücken wie den Wildereigesetzen, nun aber bezogen auf das Staatsgebiet der USA), den »rechtswidrigen oder illegalen Aufenthalt«, worunter jeglicher Verstoß gegen ein Gesetz oder einer Vorschrift zur Einwanderung fällt, auch gegen rein technische. Dieses Verbrechen würde dann als »schwere Straftat« gewertet wie andere schwere Verbrechen – etwa »Hate Crimes«[1] – zu zusätzlichen Strafen führen, in diesem Fall etwa zu zeitlich unbegrenzter Haft oder beschleunigter Abschiebung. Außerdem würden normalen ImmigrantInnen ohne Papiere viele Formen des behördlichen oder gerichtlichen Rechtswegs verweigert. »Im Kern macht das Gesetz aus jedem noch so kleinen Verstoß gegen Einwanderungsbestimmungen eine Bundes-Straftat.«[2] (*Justice for Immigrants* 2006)

Zweitens würde »jeder Mensch oder jede Organisation, die einem Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere wissentlich oder ›grob fahrlässig‹ hinsichtlich des Rechtsstatus dieses Menschen ›hilft‹, sich in den USA ›aufzuhalten oder zu bleiben‹, strafrechtliche Verfolgung und bis zu fünf Jahren im Gefängnis riskieren.« Nach diesem Gesetz könnten Kirchenleute, die einem Menschen ohne Papiere Unterkunft oder andere Grundversorgung gewähren, verfolgt werden, und »bei der Ausführung dieser Tat benutztes Eigentum beschlagnahmt und eingezogen« werden (*Justice for Immigrants* 2006). Gewerkschafts-Organizer, die Produktionsstätten, in denen überwiegend ImmigrantInnen ohne Papiere arbeiten, gewerkschaftlich organisieren, könnten ebenfalls verfolgt werden. Der Gesetzesentwurf sieht auch Sanktionen gegen Unternehmer vor, d.h. wer ohne Papiere in den USA arbeitet, würde eine Straftat begehen und sein/ihr Arbeitgeber wäre dabei ein Komplize.

Das Gesetz hat noch andere Aspekte wie:

- Die Heimatschutzbehörde DHS soll entlang der Grenze im Südwesten auf über 1000 km Zäune bauen (und die über 3000 km lange Grenze weiter militarisieren).

[1] In den USA werden durch ein Bundesgesetz von 1992 aus Hass oder Vorurteil motivierte Straftaten aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, der Geschlecht, der sexuellen Orientierung usw. des Opfers als *Hate Crimes* (Verbrechen aus Hass) bezeichnet. Eine als *Hate Crime* eingestufte Straftat wird nach den Strafgesetzbüchern vieler Einzelstaaten schwerer bestraft als eine vergleichbare Tat aus anderen Motiven. [Anm. d. Übers.]

[2] Ein Großteil des US-amerikanischen Strafrechts ist in den Strafgesetzbüchern der Einzelstaaten festgelegt. Wer nach Staatsrecht verurteilt wird, landet in einem Staatsgefängnis. Am 31.12.2004 waren das laut US-Justizministerum 1 244 311 Menschen. Es gibt aber auch ein Bundesstrafrecht und Bundesknäste. Dort saßen gleichzeitig 170 535 Menschen. Dazu kamen 713 990 Menschen, die wegen Vergehen wie Fahren ohne Führerschein in Gemeinde- oder Kreisgefängnissen saßen. (Quelle: www.ojp.usdoj.gov/bjs/pub/pdf/p04.pdf) [Anm. d. Übers.]

- »Beamte der einzelstaatlichen und lokalen Polizeibehörden sind ermächtigt, die Einwanderungsgesetzgebung des Bundes durchzusetzen. Einzelstaatliche und lokale Verwaltungen, die die Mitarbeit verweigern, würden Fördergelder des Bundes verlieren.«
  »Das Fälschen von Dokumenten würde als schwere Straftat eingestuft und bei einem Asylsuchenden zur Abschiebung und einer Wiedereinreisesperre führen.« (*Justice for Immigrants* 2006)

HR 4437 ist mit anderen Worten die Art von Gesetz, nach der die Anti-Einwanderungsbewegung schon lange ruft. Es stempelt ImmigrantInnen ohne Papiere schlicht und einfach zu Verbrechern, die man vor Gericht stellen, aburteilen, ins Gefängnis stecken und danach abschieben muss. Träte das Gesetz in Kraft, würde es fast jede/n in den USA (nicht nur Polizeibeamte) entweder zu Gesetzeshütern, oder Gesetzesbrechern bzw. ihren Komplizen machen.

Nach der Verabschiedung von Sensenbrenners Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus Ende Dezember 2005 ging der Kongress in die Parlamentsferien, und seitdem ist auf Gesetzgebungsebene nicht mehr viel passiert, da der zweite Schritt in diesem Verfahren dem Senat oblag. In der Weihnachtszeit ging die Beunruhigung über das Gesetz aber schnell durch die katholischen Kirche, die Gewerkschaften und die ImmigrantInnenrechtsorganisationen. Von meinen GenossInnen in der Bewegung für die Rechte der eingewanderten ArbeiterInnen weiß ich, dass sie HR 4437 nach einem Jahrzehnt voller legislativer Niederlagen als Endspiel ansahen. Übereinstimmend meinten sie, wenn der Sensenbrenner-Entwurf Gesetz würde, müssten auch sie ins Gefängnis, wenn sie ihre Arbeit fortsetzten!

Zweieinhalb Monate später fand in den ImmigrantInnen-Communities der USA eine verblüffende Wandlung statt, die Leute mit religiösen Neigungen als Wunder empfinden könnten. Offensichtlich war die düstere Botschaft der Auswirkungen von HR 4437 in diesen Communities angekommen: *Wenn nicht etwas Drastisches unternommen würde, würde der Senat einen ähnlichen Entwurf verabschieden und Präsident Bush ihm nach einigem Gemaule mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verleihen.* Besonders die ImmigrantInnen ohne Papiere mussten diesen Winter eine wichtige Entscheidung treffen. Sollten sie das Risiko eingehen, sich gesellschaftlich sichtbar zu machen, um gegen HR 4437 zu protestieren, obwohl sie in den USA nur aufgrund ihrer Unsichtbarkeit überlebten? Millionenfach entschieden sie sich für das individuelle und kollektive Risiko, öffentlich zu erklären, dass sie ArbeiterInnen und keine Verbrecher sind (und stellten damit implizit jene, die sie zu Verbrechern stempeln wollen, selbst als Verbrecher hin).

Der ImmigrantInnenaufstand auf den Straßen der USA in diesem Frühling hat die politische Dynamik hinter HR 4437 mit Sicherheit zum Stehen gebracht. Die Senatoren führten erbitterte Debatten über eine Reihe von Gesetzesentwürfen zur Einwanderung, aber sie lehnten es entschieden ab, eine Kopie des Sensenbrenner-Entwurfs zu verabschieden. Vielen wurde klar, dass HR 4437 dermaßen weitgehend und drakonisch war, dass es in Wirklichkeit dazu beitrug, die ImmigrantInnen, besonders diejenigen ohne Papiere, zu vereinen. Mit Sorge sahen sie die riesigen Demonstrationen und den bundesweiten Streik am 1. Mai und kamen zum Schluss, dass sie einen Weg finden mussten, um die mächtigste, sich selbst als solche verstehende Bewegung der Arbeiterklasse seit Mitte der 1970er Jahre zu untergraben. Am 25. Mai verabschiedete der Senat mit 62 zu 36 Stimmen seinen eigenen Gesetzentwurf, S 2611. Dieses Gesetz enthält zwar eine ganze Reihe von Strafmaßnahmen ähnlich HR 4437, bietet aber immerhin *einigen* Illegalen die Möglichkeit, ihren Status zu legalisieren.

In diesem Gesetz wandte der Senat eine klassische Strategie an, um die neue Macht und Einheit der eingewanderten ArbeiterInnen zu zerschlagen: teile und herrsche. S 2611 spaltet die Gruppe der ImmigrantInnen ohne Papiere buchstäblich in drei sich gegenseitig ausschließende Untergruppen auf: (a) weniger als zwei Jahre Aufenthalt in den USA, (b) zwischen zwei und fünf Jahren Aufenthalt in den USA und (c) mehr als fünf Jahre Aufenthalt in den USA. Mitglieder von Gruppe (a) müssen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes das Land verlassen oder mit Abschiebung rechnen. Mitglieder von Gruppe (b) »müssen das Land verlassen und die Wiedereinreise mittels eines heute noch nicht bekannten Verfahrens beantragen«. Mitglieder von Gruppe (c) dürften bleiben und die Einbürgerung beantragen, vorausgesetzt sie zahlen ihre Steuern nach, lernen Englisch und sind nicht schwer vorbestraft.« Offensichtlich dachten die Senatoren, dass diese Spaltung viele der ImmigrantInnen ohne Papiere, besonders aus Gruppe (c), in Versuchung bringen würde, sich gegeneinander zu wenden.

Ich sollte noch betonen, dass dieses Gesetz zwar nicht wie HR 4437 alle ImmigrantInnen ohne Papiere zu Verbrechern oder Terroristen macht, aufgrund seiner anderen, nicht so breit diskutierten Bestimmungen aber fast genauso drakonisch wirkt. Dazu gehören:

- 6000 Nationalgardisten würden zur Unterstützung der Beamten der Border Patrol für den Grenzdienst abgestellt werden, es würden

Gelder für die Luftüberwachung und den Bau eines über 500 km langen Grenzzauns oder einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze bereitgestellt werden. Laut Asian American Legal Defense and Education Fund (Asiatisch-Amerikanischer Rechtshilfe- und Bildungsfonds) führt das Gesetz zu einer »starken Ausweitung der Haft- und Abschiebungspraxis und zur weiteren Militarisierung der Grenze«.

- Laut David Bacon »führt die Senatsvorlage außerdem zeitlich befristete Gastarbeiterprogramme ein, die es Arbeitgebern erlauben, im Ausland Arbeiternehmer mit befristeten Visa anwerben können. Diese neuen Vertragsarbeiter wären schutzlos dem Druck der Arbeitgeber ausgesetzt, da ihr Aufenthaltsstatus von ihrem Arbeitsvertrag abhinge.« (Bacon 2006) »Der Entwurf macht Dokumentenbetrug zu einer schweren Straftat und einem Abschiebungsgrund und kriminalisiert damit jene Millionen von Immigranten, die ihren Arbeitgebern falsche Sozialversicherungskarten vorlegen mussten, um eingestellt zu werden.« (Bacon 2006)

Nächster Schritt im Gesetzgebungsverfahren sind die Verhandlungen um das »Ausgleichsverfahren« von HR 4437 und S 2611. Ohne die »Si Se Puede«-Demonstrationen hätte die politische Initiative völlig in der Hand der Politiker gelegen. Doch nach dem 1. Mai 2006 geht ein neues Subjekt auf den Korridoren des Kongresses um, die Immigrantin ohne Papiere, und diese unvorhergesehene und unvorhersehbare Präsenz führt in den dortigen Beratungen zu einer neuen Behutsamkeit. Bei den ImmigrantInnenrechte-AktivistInnen gibt es jetzt sogar Hoffnung, dass diese Beunruhigung im Kongress das Ausgleichsverfahren scheitern lässt. Wenn das geschieht, dann gibt es in diesem Jahr kein neues Einwanderungsgesetz, was vielleicht das bestmögliche Ergebnis und ohne die »Si Se Puede«-Demonstrationen nicht möglich gewesen wäre.

Im obigen Bericht habe ich also das besondere »Wer, was, warum und wann« dieser Demonstrationen erklärt, wenn auch das Ende der Geschichte noch offen bleibt. In einem anderen Sinn ist jedoch noch vieles unerklärt geblieben. Warum z.B. gibt es überhaupt zwischen elf und zwölf Millionen ImmigrantInnen ohne Papiere in den USA? Warum ist der Kongress beim Thema Einwanderung so gespalten? Wie kamen die ImmigrantInnen ohne Papiere auf die Idee, sie könnten auf solch dramatische Weise politisch sichtbar werden? Um diese Fragen nach dem Rahmen der Geschichte zu beantworten, müssen wir einen anderen, zuweilen unterirdischen Weg durch die Analyse der gegeneinander und in sich selbst kämpfenden Klassen einschlagen. Dieser Weg ist nicht ganz einfach, aber die Parole der Bewegung – »Wir sind Arbeiter, keine Verbrecher« – verweist uns auf ihn. Denn völlig zurecht sehen sich die ImmigrantInnen in der Geschichte der US-Arbeiterklasse in einer Hauptrolle.

Das Dilemma des Kapitals: Flexibilität der Arbeit vs. Arbeiterautonomie

Eine Klassenanalyse der »Si Se Puede«-Demos ist ein bisschen teuflisch, denn die Frage der Einwanderung, besonders von ArbeiterInnen ohne Papiere, spaltet in den USA ArbeiterInnen und Kapitalisten. Folglich werden in dieser Analyse viele »seltsame Bettgenossen« und noch seltsamere Siege und Niederlagen offengelegt. Es gibt bei diesem Thema keine klar umrissene Klassentrennung, daher ist es wichtig, dass wir unsere Begriffe mit Bedacht wählen. Überdenkt mal zwei Rätsel: 1. Obwohl die Anti-Einwanderungspolitik der letzten Jahre immer mit den Republikanern identifiziert wird, sind viele Kapitalisten, die normalerweise die Positionen der Republikaner bevorzugen, strikt gegen Gesetze wie HR 4437. 2. Obwohl die AFL-CIO[3] eine Legalisierung von ArbeiterInnen ohne Papiere unterstützt, sind viele weiße, manche schwarze und sogar einige hispanische[4] ArbeiterInnen dagegen, weil sie die Papierlosen für eine Bedrohung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen halten. Man kann also nicht einfach schließen, dass die Kapitalistenklasse gegen die Forderungen der »Si Se Puede«-DemonstrantInnen und die Arbeiterklasse dafür ist. Es gibt eine komplizierte Reihe von Bedingungen und Dilemmata, mit denen beide Klassen jetzt kämpfen.

Sehen wir uns zunächst die Kapitalisten an. Seit 1965 die sehr restriktiven Einwanderungsgesetze aus den 1920er Jahren aufgehoben und die jährliche Quote für Einwanderer, besonders aus Südamerika und Asien, schrittweise erhöht wurde, hat das US-Kapital die offizielle Einwanderung mit Papieren weitgehend unterstützt. Natürlich war es kein Zufall, dass 1965 auch der Voting Rights Act[5] und damit der juristische Anfang vom Ende des US-Apartheid-Regimes kam. In dem Moment, als die schwarzen Arbeiter mehr Rechte im Verkauf ihrer Arbeitskraft bekamen, begann das Kapital die Zahl der ImmigrantInnen aus aller Welt hochzufahren.

Aber Kapitalisten wollen nicht einfach irgendeine eingewanderte ArbeiterIn irgendwann und irgendwo. Sie wollen, dass er/sie eine bestimmte Qualifikation und Ausbildung, Physiognomie, Fügsamkeit und Kosten hat. Eine ihrer wichtigsten Fragen ist, ob der Boss die ImmigrantInnen nach Belieben heuern und feuern kann und ob man sie zum Verlassen des Landes zwingen kann, »wenn sie unerwünscht sind«. »Flexibilität der Arbeit«

3 *American Federation of Labor – Congress of Industrial Organizations:* amerikanischer Gewerkschaftsdachverband. [Anm. d. Übers.]

4 Eigentümliche rassische Kategorie, mit der in den USA LateinamerikanerInnen bedacht werden. [Anm. d. Übers.]

5 Mit diesem »Gesetz zur Sicherstellung der Möglichkeit der Wahlbeteiligung für Minderheiten« wurde v.a. für die Schwarzen in den Südstaaten das Wahlrecht faktisch durchgesetzt, indem Lese- und Schreibprüfungen vor der Registrierung als WählerIn und andere Schikanen abgeschafft wurden. [Anm. d. Übers.]

nennen sie das, und die Kapitalisten schätzen sie sehr, weil sie ihnen die Macht der Entscheidung gibt, ob sie einen Arbeiter benutzen oder abschieben.

Das Problem mit offiziell anerkannten eingewanderten ArbeiterInnen mit verschiedenen Formen von Arbeitsberechtigung ist, dass sie innerhalb relativ kurzer Zeit eine Aufenthalterlaubnis und dann die Staatsbürgerschaft bekommen können, mit allen Rechten amerikanischer ArbeiterInnen (wie mager sie auch sein mögen). Dieser Übergang verringert ihre individuelle wie kollektive »Flexibilität«.

Diese Situation hat zur Entwicklung einer alternativen Quelle eingewanderter Arbeitskraft geführt – der ArbeiterIn ohne Erlaubnis oder Papiere, die ohne offizielle Zustimmung in die USA kommt und daher nicht den vertraglichen Schutz hat, den andere Arbeiter normalerweise haben. Diese beinahe rechtlosen ArbeiterInnen sind so überaus »flexibel«, dass Kapitalisten sie entlassen, nicht einmal für ihre Arbeit bezahlen und damit straflos durchkommen können. EingewanderteArbeiterInnen ohne Papiere sind somit sehr gefragt, besonders von Kapitalisten in Branchen, wo die Mechanisierung zu teuer ist und es relativ wenige eingeborene US-ArbeiterInnen gibt. Laut dem Pew Hispanic Center machen die ArbeiterInnen ohne Papiere mittlerweile beinahe fünf Prozent der US-LohnarbeiterInnen aus (*Migration News* 2006a). Aber diese »Flexibilität der Arbeit« für den low-tech-Kapitalisten kann sich ins genaue Gegenteil verkehren, in »Arbeiterautonomie« für ArbeiterInnen ohne Papiere, die genau diesen ihren Status als inoffizielle ArbeiterInnen dazu benutzen, zu kommen und zu gehen, wie es *ihnen* passt, unabhängig von den Mikro- oder Makro-Beschäftigungsbedingungen. Sie *können* eben diese ihre Situation ohne Papiere dazu nützen, ihre Lebensbedingungen zu gestalten und auf *beiden* Seiten der Grenzen, die sie überqueren, Communities zu schaffen, die ihren selbst in Gang gesetzten Bewegungen nützen. Die Papierlosen *können* ihren rechtlosen Status in eine Macht der Bewegung umdrehen. Wenn diese *Könnens* in Handeln und Gewohnheiten verwirklicht werden, sodass eine ganze Welt von grenzüberschreitenden Bewegungen unabhängig von den Bedürfnissen des Kapitals entsteht, dann verwandelt sich die Flexibilität der Arbeit in Arbeiterautonomie.

Es gibt Hinweise darauf, dass diese Verwandlung in den USA stattfindet, und das Auftreten der »Si Se Puede«-Bewegung ist definitiv ein Beleg dafür. So gesehen sind die Kapitalisten jetzt in einer ähnlichen Situation wie beim Entstehen des »Hobo-Arbeiters« Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts (nach Coxeys Marsch auf Washington)[6]. Zuerst waren die Kapitalisten im Westen froh, dass Arbeiter ihr Heim verließen (oder verloren) und Hobos wurden, die die Eisenbahn benutzten, um den Ernten zu folgen (und sich zu zerstreuen, wenn die Felder abgeerntet waren), in neue Bergbaugebiete zu schwärmen (und sie zu verlassen, wenn das Flöz erschöpft war) oder in die Wälder zu gehen und riesige Bäume zu fällen (und zu verschwinden, sobald der Bauboom vorbei war). Das war die Arbeitsflexibilität, die sie dringend brauchten. Doch als die Hobos begannen, die Eisenbahn kostenlos zu benutzen, um ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und kämpfende Organisationen wie die *Industrial Workers of the World* (IWW) zu ihrer Verteidung aufzubauen, begann sich diese Flexibilität für die Kapitalisten in etwas Hässliches zu verwandeln, nämlich in eine gewisse Arbeiterautonomie. In einer abgelegenen Bergbaustadt etwa, wo IWW-Organizers verhaftet worden waren, fielen Hunderte von Hobos ein, die über 1000 Meilen entfernt auf Güterzüge gesprungen waren, und überwältigten die örtlichen Polizeikräfte.

Im ersten Teil des 20. Jahrhunderts kämpften die Kapitalisten untereinander um eine Strategie zur Erhaltung der Flexibilität der Hobos bei Zerstörung ihrer Autonomie. Schließlich wurde von den Palmer Raids[7] 1919 über die Angriffe der Eisenbahnpolizei auf »Hobo-Dschungel« bis zu den Wohnungsbauprogrammen des New Deal eine komplexe Strategie von Gewalt und Anreizen ausgearbeitet, die die Autonomie der Hobo-ArbeiterInnen schrittweise auslöschte.

Heute stecken die Kapitalisten in den USA in einem ähnlichen Dilemma. Der Konflikt zwischen den Kapitalisten, wie er sich in den Kongress-Debatten dieses Frühjahrs niederschlug, geht nicht darum, ob die Einwanderung, mit oder ohne Papiere, profitabel ist. Darüber sind sie sich einig. Ihr Problem besteht darin, die Autonomie der Wanderarbeiter zu zerstören und dabei ihre Flexibilität zu erhalten und noch genauer zu kontrollieren. Dazu werden raffinierte und oberflächlich gesehen widersprüchliche Politiken nötig sein. Sobald wir dieses Dilemma verstehen, können wir den Konflikt

[6] Protestmarsch von Arbeitslosen unter Führung des Populisten Jacob Coxey 1894 im zweiten Jahr der bis dahin schwersten Wirtschaftskrise der USA. 100 Männer marschierten in Ohio los, 500 kamen in Washington an. Sie forderten vom Staat die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Straßenbau und andere öffentliche Projekte. [Anm. d. Übers.]

[7] Nachdem am 2. Juni 1919 in acht amerikanischen Städten Bomben explodiert waren, unternahm der amerikanische Generalbundesanwalt Alexander M. Palmer (mit Hilfe seines damals 24-jährigen Assistenten, des späteren FBI-Chefs J. Edgar Hoover) mit großer Medienunterstützung eine Reihe von Razzien auf linke Organisationen und radikale GewerkschafterInnen. Zwischen Herbst 1919 und Januar 1920 wurden über 10000 Menschen festgenommen und vielfach ins Ausland abgeschoben – z.B. die prominenten AnarchistInnen Emma Goldman und Alexander Berkman in die Sowjetunion. [Anm. d. Übers.]

zwischen den Unterstützern von HR 4437 und S 2611 klarer verstehen, nämlich nicht als Schlacht um alles oder nichts, sondern als Meinungsverschiedenheit darüber, wieviel Repression ausreicht, um die Arbeiterautonomie zu zerstören, und wie verlockend die Anreize bleiben müssen, um die Arbeitsflexibilität aufrechtzuerhalten. Die Mischung ist nicht leicht zu bestimmen und muss ständig neu bewertet werden, da der Gegenstand, auf den sie sich richtet, offensichtlich dabei ist, auf eben diese gerade entwickelte Politik und auf größere Kräfte in der weltweiten politischen Ökonomie zu reagieren.

Sicher gibt es da jede Menge Diskussionsbedarf, da die empirischen Folgen der Verabschiedung eines Gesetzes wie HR 4437 schwer vorauszusagen sind. Ein solches Gesetz zielt darauf ab, die *Autonomie* der Einwanderung zu zerstören, indem nicht nur einzelne ImmigrantInnen ohne Papiere kriminalisiert werden, sondern auch die Organisationen, die im Zentrum einer unterstützenden ImmigrantInnen-Community stehen: die Kirche, die Gewerkschaft, die Ortsverbände der Parteien und das Netzwerk aus Familie und Freunden und Kollegen aus der Heimat. Das Problem an einem solchen Gesetz ist aus der Sicht des Kapitals, dass es bei erfolgreicher Anwendung so starr wäre, dass es die kapitalistische Funktion der Einwanderung – die Aufrechterhaltung der Arbeitsflexibilität – zerstören und sich damit als schlimmere Katastrophe herausstellen könnte! Denn das Problem des Kapitals ist, dass die ArbeiterInnen die Einwanderung als Mittel benutzen, *ihre* Agenda zu verfolgen und nicht mehr von *seinen* vom »Arbeitsmarkt« erzeugten Signalen beherrscht werden. Mit seiner ungeschickten Vermischung der Kategorien »illegaler Einwanderer« und »Terrorist« erzeugt HR 4437 einen gewaltigen rhetorischen Effekt, der das System zu einer Starrheit zwingt, die seinen *Daseinsgrund* untergraben kann. Immerhin werden Arbeitgeber, die ImmigrantInnen ohne Papiere einstellen aus Sicht dieses Gesetzes mit Verrätern und einer »fünften Kolonne« gleichgesetzt!

Wenn ein drakonisches Gesetz wie HR 4437 aber andererseits systematisch zu lasch durchgesetzt wird, könnte der Kontrollverlust über die eingewanderten ArbeiterInnen noch drastischer ausfallen. Denn aus der kapitalistischen Sicht der Arbeitskraft ist eine faule, zahnlose, bellende Bulldogge als Hirtenhund über die Arbeitskraft sogar noch weniger effektiv als ein scharfer Terrier mit spitzen Zähnen.

Die Verteidiger von HR 4437 könnten darauf verweisen, dass die ImmigrantInnen ohne Papiere angesichts der ökonomischen Verwüstung der ehemaligen Kolonien durch den Neoliberalismus auch dann kommen und es drauf ankommen lassen würden, wenn das Gesetz buchstabengetreu durchgesetzt würde. Zu ihrer Verteidigung könnten sie auf die Todesschiffe voll von »Verdammten der Erde« ohne Papiere verweisen, die Tausende Dollars zahlen, um von Nordafrika das Mittelmeer zu überqueren und in Italien zu arbeiten, wo ein noch drakonischeres Einwanderungsgesetz (namens Bossi-Fini-Gesetz) gilt als HR 4437, und die oft trotz all ihrer Mühen ertrunken auf dem Meeresboden enden. *Daran* lässt sich die Verzweiflung auf diesem Planeten ermessen. Die für HR 4437 eintretenden Kapitalisten können behaupten, dass ImmigrantInnen ohne Papiere nach Verabschiedung des Gesetzes noch fügsamer, eingeschüchteter und sklavenähnlicher wären, besonders angesichts des offensichtlichen Scheiterns ihrer Bemühungen im »Si Se Puede«-Aufstand.

Doch diese ArbeiterInnen spielen heute eine dermaßen wichtige Rolle für das Funktionieren der US-Wirtschaft, dass viele klügere Köpfe nicht auf ein »Peitsche ohne Zuckerbrot«-Gesetz wie HR 4437 setzen wollen. Die Unterstützer von S 2611 (zu denen u.a. Präsident Bush und die Senatoren John McCain und Ted Kennedy gehören) behaupten, ihr Gesetz werde *repressiv genug* sein, um die Autonomie der Einwanderung zu beenden, aber *nicht so abschreckend*, dass es den notwendigen Strom an ImmigrantInnen in die USA unterbrechen würde, wie es von HR 4437 zu befürchten ist. Außerdem sorge es mit seinem komplexen System, das die ImmigrantInnen ohne Papiere in drei Ebenen teilt (und dabei buchstäblich eine *Göttliche Komödie* der Arbeitsimmigration mit eigener Hölle, Fegefeuer und Paradies schafft), dafür die Durchsetzung des Gesetzes im Interesse von ArbeiterInnen liege, die schon über fünf Jahre in den USA sind. Kritiker von S 2611 argumentieren dagegen, es sei nicht stark genug, um die Autonomie der Einwanderer zu zerschlagen, und nur eine wahrhaft drakonische Gesetzgebung wie HR 4437 könne ihnen die Initiative aus der Hand nehmen. Die Vertreter des Kapitals diskutieren diese Positionen in einem sehr gespaltenen Kongress, denn das Problem der Einwanderungsgesetze besteht nicht einfach darin, die »illegale Einwanderung« zu stoppen. Die wirkliche Frage ist, wie man die Bedingungen der ArbeitsimmigrantInnen gleichzeitig so sklavenähnlich (d.h. ArbeiterInnen ohne Rechte) und so flexibel wie möglich (also d.h. ohne Reproduktionskosten) gestalten kann. Im Sommer 2006 haben sie jedoch ein zusätzliches Problem. Früher musste sich die Einwanderungsgesetzgebung nicht mit ihrem Gegenstand auseinandersetzen: der eingewanderten ArbeiterIn. Diesmal muss sie es, dank des »Si Se Puede«-Aufstands.

Das Dilemma der Arbeiterklasse: Organisierungsmacht vs. neues »ehernes Lohngesetz«

Der »Si Se Puede«-Aufstand ist ein großer Augenblick in der Geschichte der US-Arbeiterklasse. Aber längst nicht alle ArbeiterInnen heißen ihn gut. Im Gegenteil ist ein bedeutender Segment der Arbeiterklasse laut Meinungsumfragen des *Pew Hispanic Center* gegen die Forderungen der DemonstrantInnen. Ihre Umfrage vom Februar 2006 unter 2 000 Erwachsenen (darunter zwangsläufig einem Großteil ArbeiterInnen) erbrachte folgendes: Auf die Frage, was mit den elf bis zwölf Millionen »Papierlosen« geschehen solle, antworteten 32 Prozent, sie sollten unbegrenzt bleiben dürfen; 32 Prozent wären für befristete Arbeitserlaubnisse; und 27 Prozent würden alle abschieben (*Migration News* 2006a). Offensichtlich gibt es innerhalb der US-Arbeiterklasse (einschließlich der ArbeitsimmigrantInnen) eine intensive Debatte darüber, ob ArbeitsimmigrantInnen im allgemeinen und solche ohne Papiere im besonderen die Macht der ArbeiterInnen stärken. Die beiden vernünftigsten Seiten der Debatte lauten: (a) da die ArbeitsimmigrantInnen eine führende Rolle in den Kämpfen um gewerkschaftliche Organisierung spielen, stärken sie die Arbeitermacht insgesamt, und (b) ArbeitsimmigrantInnen (besonders die ohne Papiere) senken die Löhne für in den USA geborene ArbeiterInnen, besonders Schwarze und Latinos, und schwächen die Arbeitermacht.

Hauptsächlich basierend auf der ersten Position untertützte die AFL-CIO im Jahr 2000 eine Legalisierung von ArbeiterInnen ohne Papiere, nachdem sie Jahrzehnte lang dagegen gewesen war. Diese Kehrtwende kam zustande, weil ihre Strategen über den dramatischen Rückgang der Mitgliederzahlen bei den US-Gewerkschaften (von 33 Prozent kurz nach dem Krieg auf etwa 12 Prozent heute) besorgt waren und verzweifelt den Klassenhorizont nach einem Sektor mit einer Möglichkeit zur Trendwende absuchten. Sie fanden ihn bei den eingewanderten ArbeiterInnen, besonders bei denen ohne Papiere. Diese ArbeiterInnen waren sehr offen für gewerkschaftliche Organisierung und standen bei den größten und erfolgreichsten Gewerkschaftsschlachten Ende der 1990er Jahre in vorderster Front. Die Idee war, dass diese ArbeiterInnen, wenn sie durch eine Amnestie mehr Rechtssicherheit bekämen, eine neue Welle gewerkschaftlicher Organisierung anführen könnten, ähnlich wie der »Aufschwung« der Arbeiterklasse in den 1930er Jahren von Anfang des Jahrhunderts ins Land gekommenen ImmigrantInnen angeführt worden war. Zudem würden sie die übrige Welt der ArbeiterInnen zum Handeln antreiben, wenn sie die Macht der ArbeiterInnen am unteren Ende der Lohnarbeitshierarchie verstärkten. Diese Strategie des »Drucks von unten« war natürlich ein kalkuliertes Risiko, aber sie beruhte auf zwei allgemein anerkannten Tatsachen:

- Gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen erhalten viel höhere Löhne und mehr und bessere Sozialleistungen als Nichtmitglieder. 2003 betrug die Gewerkschaftsprämie (die Differenz zwischen gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen Löhnen nach Ausgleich einer Reihe von ArbeiterInnen-Charakteristika wie der Ausbildungsdauer) 15,5 Prozent (für schwarze ArbeiterInnen lag er bei 20,9 und für hispanische bei 23,2 Prozent).
- Bei Untersuchungen äußerte in einem Betrieb nach dem anderen die Mehrheit der nicht gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen den Wunsch nach einer Gewerkschaft.

Die gewerkschaftliche Organisierung hatte also einen nachweisbar positiven Einfluss auf die Löhne, und die ArbeiterInnen wussten das. Was verhindert dann eigentlich eine neue Welle der Organisierung wie die CIO-Kampagnen der 1930er Jahre? Eindeutig die Angst, durch die Beteiligung an einer Organisierungskampagne den eigenen Arbeitsplatz und – mit der permanent in die Köpfe gehämmerten Drohung der Bosse, im Fall einer Organisierung den Betrieb zu verlagern – den der Kollegen aufs Spiel zu setzten. Alles, was den ArbeiterInnen diese berechtigte Angst nehmen könnte, würde ihre Organisierungsmacht und damit direkt ihre Macht bei Lohnkonflikten stärken helfen. Aber im Vergleich zu einem Arbeiter mit US-Pass hat ein eingewanderter Arbeiter, besonders einer ohne Papiere, noch hundertmal mehr Angst vor gewerkschaftlicher Organisierung. Folglich könnte nur eine Legalisierung ihres Status ihrem Schrecken entgegenwirken. Nach Überlegung der AFL-CIO-Denker würde eine Legalisierung zu einem steigenden Organisierungsgrad an der Basis führen, die sich durch die Lohnhierarchie hindurch nach oben hin fortsetzen würde.

Diese Position stößt in der US-Arbeiterklasse offensichtlich auf eine breite Resonanz, wie sich

daran zeigt, dass fast drei Viertel der Befragten bei der zitierten Umfrage des Pew Hispanic Center für eine Alternative zur massenhaften Deportation von ArbeiterInnen ohne Papiere eintraten. Aber es gibt auch viele, die glauben, dass ImmigrantInnen sich negativ auf ihren Status als ArbeiterInnen auswirken. Dabei benutzen sie eine »Ökonomie des gesunden Menschenverstands«, die dem »ehernen Lohngesetz« des 19. Jahrhunderts ähnelt. Laut diesem alten »Gesetz« gibt es einen festen Anteil am Sozialprodukt, der für Löhne ausgegeben wird, den sogenannten »Lohnfonds«, sodass die Löhne umso mehr sinken, je mehr Arbeiter um den Lohnfonds konkurrieren. Die neuere Version kommt dynamischer daher und spricht von Angebot und Nachfrage wie viele moderne Lehrbücher, z.B. Paul Samuelsons *Volkswirtschaftslehre*: »Die Beschränkung des Angebots jeder Art von Arbeit im Verhältnis zu allen übrigen Produktionsfaktoren führt gewöhnlich zur Erhöhung ihres Lohnsatzes; eine Angebotssteigerung wird unter sonst gleichen Bedingungen den Lohnsatz drücken« (Samuelson 1981, Bd. 2, S. 252). Da die Einwanderung mehr ArbeiterInnen verschiedener »Arten« hereinbringt, werden sie hinter einer gleichbleibenden Zahl von Stellen »herjagen«, für die sie qualifiziert sind, was die vorherrschenden Löhne für diese Art von Arbeit senkt. Umgekehrt besteht ein sicherer Weg, die Löhne *unter sonst gleichen Bedingungen* zu erhöhen, schlicht darin, die Zahl der ArbeiterInnen zu verringern, die sich um denselben Job bewerben, indem man z.B. die ImmigrantInnen von der Jagd ausschließt.

Diese Argumentation klingt vernünftig, sowenig sie auch den BefürworterInnen einer Legalisierung von EinwandererInnen ins Konzept passen. Der auf Kuba geborene US-Ökonom George Borjas ist der berühmteste Verfechter dieser Anwendung des »Gesetzes von Angebot und Nachfrage« auf den »Arbeitsmarkt«. Sein Forschungskonzept war ganz simpel: er unterteilte die Lohnarbeiterklasse in vier Ausbildungsniveaus (ohne High-School-Abschluss, mit High-School-Abschluss, College-Besuch, College-Abschluss) und acht Niveaus von Berufserfahrung (1-5, 6-10, 11-15, 16-20, 21-25, 26-30, 31-35 und 36-40 oder mehr Jahre) und erhielt damit 32 Zellen (oder »Qualifikationsgruppen«, wie Borjas sie nannte). Dann untersuchte er für jede Zelle die Lohnzuwächse und die Veränderungen des Anteils an ImmigrantInnen zwischen 1960, 1970, 1980, 1990 und 2000. Auf Grundlage seiner Ergebnisse schloss er, es gebe »eine negative Beziehung zwischen Lohnzuwächsen und Einwanderung: Am schnellsten stiegen die Wochenlöhne bei den Arbeitern in jenen Qualifikationsgruppen, die von der Einwanderung am wenigsten betroffen waren« (Borjas 2004). Noch genauer berechnete er kontrafaktisch, wie hoch die Löhne ohne Einwanderer gewesen wären:

»... *der Zustrom von Einwanderern zwischen 1980 und 2000 senkte die Löhne für High School-Abbrecher um 7,4 Prozent, für College-Absolventen um 3,6 Prozent und sowohl für High School-Absolventen als auch für Arbeiter mit Collegebesuch um etwa 2 Prozent... Ähnlich senkte dieser Zustrom von Einwanderern die Löhne weißer eingeborener Arbeiter zwar um 3,5 Prozent, die Löhne eingeborener Schwarzer jedoch um 4,5 und die Löhne eingeborener Hispanics um 5 Prozent.« (Borjas 2004)*

Zur Erklärung der negativen Beziehung benutzt er dann ein Modell von »Angebot und Nachfrage«: »Es scheint, als hätte Paul Samuelson letztlich recht: Wenn Einwanderer die Zahl der Arbeiterschaft vergrößern, sinken die Löhne.« (Borjas 2004)

Es scheint, als werde die Intuition der ArbeiterInnen, die zwar vielleicht die verbalen Übertreibungen und konfrontativen Methoden des Minuteman Projects ablehnen, aber gleichzeitig die legale Einwanderung einschränken wollen und »die illegale Einwanderung als ernsthaftes Problem« ansehen, durch Theorie und Belege gestützt. Aber haben sie recht? Ich denke, nein. Der entscheidende Fund von Borjas war die negative Korrelation zwischen dem Anteil von ImmigrantInnen in einer Qualifikationsgruppe und dem Lohnzuwachs für diese Gruppe: ein niedriger ImmigrantInnenanteil korreliert mit höheren Lohnzuwächsen, ein hoher mit niedrigeren. *Doch eine Korrelation ist noch keine Erklärung.* Selbst wenn seine Korrelation zutrifft, bleibt immer noch die Frage nach dem *Warum*.

Borjas kommt sofort zu dem Schluss, dass die Korrelation sich mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erklären lasse: je mehr Arbeiter, desto niedriger die Löhne. Aber es gibt keinen Grund, warum das die beste Erklärung sein sollte. Schließlich könnte die Korrelation daher stammen, dass Einwanderer weniger Rechte haben und somit in Bereichen der Wirtschaft, wo sie vorherrschen, die Löhne langsamer steigen als in Bereichen, wo sie weniger in Erscheinung treten. Wenn das die beste Erklärung für die Korrelation ist, würde eine deutliche Verbesserung des rechtlichen Status von ImmigrantInnen, besonders von solchen ohne Papiere, die negative Korrelation zwischen Lohnzuwächsen und dem Anteil von ArbeitsimmigrantInnen höchstwahrscheinlich beenden.

Sogar das allgemeine Gefühl, dass »Einwanderer, besonders Einwanderer ohne Papiere, Jobs annehmen, die die Amerikaner nicht wollen«, kann die Korrelation ebenfalls erklären. Wenn die Löhne für Jobs, die eine bestimmte Qualifikationsgruppe annimmt, sehr langsam steigen, wären diese Jobs schließlich weniger attraktiv für ansässige ArbeiterInnen und sie würden ArbeitsimmigrantInnen anziehen (besonders solche ohne Papiere), und der Anteil von ImmigrantInnen in dieser Qualifikationsgruppe würde steigen. Mit anderen Worten: Bestimmt der Lohnzuwachs die Zusammensetzung einer Qualifikationsgruppe oder umgekehrt?

Diese Unfähigkeit, eine einzelne, offensichtlich beste Erklärung zu finden, rührt von einer offensichtlichen Tatsache: Die Bestimmung der Lohnhöhe ist eine komplizierte Sache. Es gibt eine Reihe von Gründen, warum Veränderungen der Lohnhöhe nicht durch Angebot und Nachfrage erklärt werden können. Der wichtigste ist, dass Löhne durch Klassenkämpfe bestimmt werden, deren Regeln selbst umkämpft sind. Zum Beispiel wissen wir, dass Löhne neben der Zahl von ArbeiterInnen von zusätzlichen Faktoren abhängen wie (a) der Organisationsmacht der ArbeiterInnen und (b) den »Reproduktionskosten« ihrer Arbeitskraft. Die Geschichte zeigt, dass ArbeiterInnen, die sich organisieren, unwillige Kapitalisten gezwungen haben, für eine ganze Reihe von Jobs Mindestlöhne (sowie Begrenzungen des Arbeitstages und bessere Arbeitsbedingungen) zu akzeptieren. Die geographische Streuung der Löhne zeigt, dass es *kein festes* Niveau an Hausarbeit und Waren gibt, das nötig wäre, um die Arbeitskraft einer ArbeiterIn täglich oder generationenweise zu reproduzieren. Die Mindestreproduktionskosten für eine bestimmte Art von Arbeitskraft sind das ganze Leben der ArbeiterIn hindurch umkämpft, von der Fabrik, dem Büro oder der Farm bis in die Küche und das Schlafzimmer, und die Ergebnisse unterscheiden sich weltweit grundlegend (und diese Unterschiede machen das aus, was wir oft »Kultur« nennen).

Mit diesen zusätzlichen Elementen der Lohnbestimmung können wir erklären, warum ArbeitsimmigrantInnen für die Kapitalisten attraktiv sind. Erstens ist es für eingewanderte ArbeiterInnen schwieriger, sich mit anderen ArbeiterInnen zusammen zu organisieren, da sie einen eingeschränkten Rechtsstatus haben und Ziel von Rassismus und anderen Formen von Chauvinismus sind. Zweitens werden die Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft bis zu ihrer Ankunft (gewöhnlich als erwachsene, aber junge ArbeiterInnen) von Familien, Communities und dem Staat in ihrem Heimatland getragen. In die USA kommen sie buchstäblich als Geschenke an das Kapital, von den Händen, Herzen und Mutterleibern der Frauen von Mexiko und dem Rest der Amerikas!

Ein weiterer, eher philosophischer Grund, Borjas' Erklärung der Korrelation anzuzweifeln, betrifft den Begriff, den sowohl er als auch Paul Samuelson kommentarlos benutzen, nämlich »den Arbeitsmarkt«. Der Begriff des Arbeitsmarkts setzt voraus, dass die menschliche Arbeitskraft ein Ding ist, das man von seinem »Eigentümer« trennen und auf »dem Arbeitsmarkt« verkaufen kann, so wie materielle Gegenstände (Äpfel, Kohle oder Autos) von ihren Eigentümern getrennt und auf einem Warenmarkt verkauft werden können. Wenn man diese Idee erst einmal akzeptiert, ist der Rest ihres Erklärungsschemas eine Sache des »gesunden Menschenverstandes«. Wie weit die kapitalistische Ideologie bereits ins Bewusstsein der Arbeiterklasse eingedrungen ist, zeigt sich aber daran, dass sie diese Annahme überhaupt treffen können. Die Vorstellung vom »Arbeitsmarkt« ist nämlich ein großartiges Beispiel für Warenfetischismus und Arglist, d.h. für die abergläubische Verwandlung von gesellschaftlichen Verhältnissen, besonders von umkämpften, in einfache Verhältnisse zwischen Dingen. Aber das Vermögen eines Menschen zu arbeiten, das für einen Lohn verkauft wird, kann nicht von seinem Leben getrennt werden, es ist ein Teil seiner Existenz, soll dann aber einem anderen gehören, der Gebrauch davon macht, um Profit daraus zu schlagen. Diese Transaktion wird durch einen unmöglichen Vertrag gerechtfertigt, den ArbeiterIn und Kapitalist mit einem gegenseitigen Akt der Arglist besiegeln. Man kann sein Leben in Wirklichkeit nicht einem anderen verkaufen. Damit der ganze Begriff des Arbeitsmarkts juristisch überhaupt funktionieren kann, wird die ArbeiterIn als EigentümerIn ihrer selbst anerkannt, die Teile dieses Selbst einem anderen in eine Teilsklaverei verkaufen kann! Das erinnert an den berühmten Pakt mit dem Teufel, bei dem dieser eine Seele »kauft«, die in Wirklichkeit aber unveräußerlich ist.

Dieses unmögliche, dämonische und metaphysische Kunststück liegt dem Begriff des Arbeitsmarkts zugrunde. Der scheinbare »gesunde Menschenverstand« von Borjas' Erklärung des Einflusses von Einwanderung auf den Lohn ist schlicht eine Illusion der Macht.

Schließlich kann man, falls man diesen philosophischen Exkurs über die Situation der Arbeiterklasse nicht für eine annehmbare Kritik hält, stattdessen einmal folgenden empirischen Vergleich betrachten:

ArbeiterInnen:	alle	schwarz	hispan.
»Gewerkschaftsprämie«	15,5%	20,9%	23,2%
»Borjas-Lücke«	3,7%	-4,5%	-5%

Die beiden Zeilen vergleichen einfach, wie sich gewerkschaftliche Organisierung (nach Yates) und Einwanderung (nach Borjas) unterschiedlichen auf Lohnzuwächse bei verschiedenen Kategorien von ArbeiterInnen auswirkt. Die »Gewerkschaftsprämie« stellt die »Borjas-Kluft« völlig in den Schatten. Wenn sich etwa schwarze ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisieren, steigen ihre Löhne um fast 21 Prozent, während ihr Lohnverlust durch zunehmende Einwanderung bei 4,5 Prozent liegt. Wenn man diese Zahlen einander gegenüberstellt und die gegenseitige Wechselwirkung zwischen »Gewerkschaftsprämie« und »Borjas-Kluft« ignoriert, ergibt das folgendes: Wenn ein in den USA geborener schwarzer Arbeiter in einem Betrieb arbeitet, wo eingewanderte ArbeiterInnen (nach Verbesserung ihres rechtlichen Status) erfolgreich eine Gewerkschaft aufbauen, und er wird Mitglied, dann steigt sein Lohn durchschnittlich um 16,4 Prozent (20,9 Prozent wegen der Gewerkschaft minus 4,5 Prozent aufgrund der Einwanderung). Unter solchen Umständen wäre die Einwanderung für die schwarzen ArbeiterInnen ganz klar ein Gewinn. Dasselbe gilt auch mit jeweils unterschiedlichen Lohnzuwächsen für weiße und hispanische ArbeiterInnen. Auf die ganze Volkswirtschaft gerechnet bedeutet das dramatische Lohnzuwächse aufgrund einer Verbesserung der rechtlichen Stellung der Arbeitsimmigranten. Aus Borjas' Arbeit kann man schließen, dass ImmigrantInnen, wenn sie in die USA kommen und rechtlos bleiben, die Löhne eingeborener Mitglieder der US-Arbeiterklasse senken, aber wenn sie in die USA kommen und das Recht auf Organisierung bekommen und benutzen, viel zu einer massiv steigenden Löhnen für alle ArbeiterInnen in den USA beitragen!

Die gespaltene Haltung der US-Arbeiterklasse drückt sich diesen Sommer also in einem Rennen zwischen dem Wunsch nach Legalisierung der ImmigrantInnen ohne Papiere und Freisetzung ihres Organisationsvermögens zugunsten des Kampfes für die gesamte Klasse einerseits, und dem Wunsch, alle ohne Papiere abzuschieben und das Kapital möglichst zu zwingen, auf dem Territorium der USA zu bleiben. Wer dieses Rennen gewinnen wird, ist noch nicht klar, denn die Entscheidung für eine neue Möglichkeit (das Zusammenkommen mit den ImmigrantInnen und Illegalen) ist riskant und kann zu Verlusten führen, wenn die Legalisierung nur zu einem verschärften Wettbewerb unter mehr ArbeiterInnen führt. Die »Si Se Puede«-Demonstrationen haben dem Rest der US-Arbeiterklasse aber gezeigt, dass die Einwanderer ohne Papiere zum Kampf bereit sind und nur die juristischen Möglichkeiten dazu brauchen. Der Weg der Minutemen und ähnlicher Gruppen ist übrigens eindeutig eine Sackgasse, denn das Kapital würde es kaum zulassen, dass sein Kapital in den USA »eingesperrt« wird. Wenn es gezwungen wäre, sich zwischen dieser Option und der Legalisierung aller ImmigrantInnen ohne Papiere zu entscheiden, würde es unzweideutig letzteres vorziehen. Die Frage ist: Wer wird das Kapital zur Entscheidung zwingen?

Die Klassenlage im Sommer 2006

Die Unentschlossenheit, die wir nach den »Si Se Puede«-Demos bei US-Kapital und US-Arbeiterklasse beobachten, ergibt sich aus den oben beschriebenen, komplizierten inneren Konflikten in den Klassen. Ich kann nicht voraussagen, in welche Richtung die Debatten innerhalb der Klassen kippen werden und wie dann der Konflikt zwischen den Klassen ausgehen wird.

Klar ist aber, dass der Aufstand in den sechs Wochen zwischen dem 25. März und dem 1. Mai mit seiner tiefreichenden Verbindung zu den jüngsten Revolutionen gegen den Neoliberalismus in Südamerika eine andere Art von Arbeiterklassenmacht in den USA verspricht. Es ist jetzt an den eingeborenen US-ArbeiterInnen, ihr Schicksal mit dem entrechtetsten Teil ihrer Klasse zu verbinden. Tun sie das nicht, dann werden unmittelbar zwar am meisten die ArbeiterInnen ohne Papiere leiden, aber sie selbst werden sich ihren Platz im Kozyt der Geschichte sichern, dem gefrorenen Fluss auf dem Grunde der Hölle.

George Caffentzis, Parma am 17.6.2006

Bibliographie:

Bacon, David 2006: Getting No Bill At All is Better than Senate Bill. *New America Media*, Commentary/Analysis (May 25).

Borjas, George 2004: Increasing the Supply of Labor Through Immigration: Measuring the Impact on Native-born Workers. *Center for Immigration Studies* (May).

Justice for Immigrants 2006: Major Provisions of HR4437. www.justiceforimmigrants.org/HR4437.html

Migration News 2006a: *Senate: No Agreement*, Polls. migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=3176_0_2_0

Migration News 2006b: 12 Million Unauthorized, Jobs. migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=3177_0_2_0

Samuelson, Paul A. 1981: *Volkswirtschaftslehre*, 2 Bde, Darmstadt.

Yates, Michael 2005: *The Statistical Portrait of the US Working Class.* Monthly Review (April).

Kontinuitäten und Brüche im Niedergang

Betrachten wir, bevor wir uns der Klassendynamik der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage zuwenden, die – durchaus realen – sichtbaren Oberflächenerscheinungen der Krise.

Wir befinden uns in der frühen Phase eines inflationären Ausbruchs[1], der vom verschuldeten »US-Konsumenten« als »Lokomotive« der Weltwirtschaft ausgeht. Ein inflationärer Ausbruch bedeutet, dass die US-Regierung die »Notenpresse« anwirft und die Volkswirtschaft mit Bargeld überschwemmt, wie es der neue Chef der US-Notenbank *Fed* (und damalige Governor derselben) Benjamin Bernanke schon in seiner berüchtigten Rede im November 2002 vorschlug. Die Haupttendenz im Weltmaßstab ist seit einiger Zeit deflationär. Dahinter stehen steigende Produktivität und sinkende Reallöhne. In einer derartigen Situation und besonders heute nach über 20 Jahren massiven Schuldenaufbaus dient eine Inflation aus amerikanischer Sicht zwei Zielen: Sie verteilt den Reichtum zwischen den Klassen um (wie Keynes schon vor langer Zeit beobachtete, reagieren die ArbeiterInnen nicht so schnell auf eine Lohnsenkung durch Inflation wie auf eine direkte Senkung des Nominallohns), und sie wertet die ausländischen Dollarbestände ab, die letztlich nichts anderes sind als Schulden des amerikanischen Staats. Für die Kapitalisten rückt diese Umverteilung den Besitz von Realvermögen (Produktionsmittel, Immobilien, Gold) als wichtigste »Aufbewahrungsform des Reichtums« in den Vordergrund, und alles Papiervermögen, angefangen beim Geld bis hin zu Aktien, Anleihen usw. wird verdächtig.

[1] Vgl. Loren Goldner: **Nach der Inflation kommt die Deflation** *in: Wildcat Zirkular 66*, Juli 2003, S. 28-29

Reflation

Alle weltwirtschaftlichen Indikatoren deuten heute auf einen durch Reflation[2] angetriebenen Boom hin, der letztlich auf die Kreditausweitung in den USA zurückgeht und sich über die unglaublich hohen Zahlungsbilanzdefizite der USA auf die ganze Welt ausgedehnt hat. Wenn dieses weltweite Pyramidensystem zusammenbricht, dann gehen die asiatischen Exportriesen (Japan, Korea und China) zusammen mit den USA den Bach runter, genau wie die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt (z.B. Lateinamerika), die momentan einen Boom durch ihre Exporte nach Asien, vor allem nach China, erleben.

Mehrere Parallelen mit der Situation kurz vor dem Inflationsschub von 1973-79 stechen ins Auge:

- Feststecken der USA in einem unpopulären Krieg, den sie verlieren (damals Vietnam, heute Irak);
- eine skandalgeschüttelte, scheiternde republikanische Regierung (damals Nixon, heute Bush);
- rasant steigende Rohstoffpreise, allen voran Gold und Öl;
- eine anhaltende »Boom«-Mentalität im US-Mainstream (der *Dow Jones* erreichte Ende April die Spitzenwerte von Anfang 2000, kurz vor dem dot.com crash; tatsächlich sind die US-Aktien auf sechs Jahre gerechnet kein bisschen gestiegen, sondern sogar gesunken, wenn man die Inflation einrechnet). Die Gesundschrumpfung der weltweiten Aktienmärkte im Gefolge der Flucht aus den sogenannten *emerging markets* (Brasilien, Russland, Indien) war das erste Zittern einer Reaktion auf die sich beschleunigende Inflation in den USA, nämlich der Flucht in »sichere Häfen«. Vorerst richten sich alle Augen auf die *Fed,* die Ende Juni wieder zusammentritt und – anders als noch vor wenigen Monaten erwartet – wahrscheinlich gezwungen sein wird, die US-Zinsen zu erhöhen. Das bedeutet weltweit das Ende von fünf Jahren extrem billiger Kredite;
- eine unglaubliche Anhäufung von privaten (und allen möglichen anderen) Schulden in den USA;
- ein schwankender Dollarkurs und ein wachsendes Unbehagen bei den internationalen Gläubigern der USA, die o.g. Anhäufung ermöglicht haben.

Diese Parallelen sind nicht einfach empirische Zufälle, sondern verweisen auf eine »unveränderliche Größe« in der Weltakkumulation seit den späten 1950er Jahren, als der weltweite Dollarstandard erstmals zu bröckeln begann. Per Definition hat jede »Expansion« der USA seit 1958 zu einem Niedergang ihrer internationalen Position geführt und war überhaupt erst möglich durch einen derartigen Niedergang. (Michael Hudson nennt

[2] «Unter Reflation versteht man eine aggressiv auf Vermeidung von Deflation ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Dabei ordnet der Staat alle wirtschaftspolitischen Zwänge (wie ausgeglichener Haushalt, Inflationsgefahr etc.) der Vermeidung von allgemeinen, anhaltenden Preisrückgängen unter. Reflation kann entweder erfolgen durch das Zusammenspiel einer expansiven Geldpolitik und einer expansiven Fiskalpolitik (also niedrigere Zinsen verbunden mit höheren Staatsausgaben) oder allein duch expansive Geldpoitik.« (Wikipedia)

der Dollar-zentrierten Weltakkumulation

Loren Goldner

das in seinem hervorragenden Buch *Super-Imperialismus* »Das Imperium durch Bankrott managen«). Schon ein kurzer Blick auf die ökonomischen Basisdaten zeigt, dass sich diese Erosion unvermindert fortgesetzt hat. Ende 2005 beliefen sich die ausstehenden Schulden (des Bundes, der Staaten, der Gemeinden, der Unternehmen und Privatleute) innerhalb der US-Ökonomie auf 33 Billionen Dollar, das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts. (Niemand weiß, wieviel in internationalen Hedge Fonds und Derivaten angelegt ist, und bei den geschätzten 7 bis 8 Billionen Dollar Schulden des Bundes sind die Billionen an Verpflichtungen für Sozial- und Krankenversicherung noch nicht eingerechnet.)

Auch wenn die Neoliberalen seit 30 Jahren über die Verringerung der Rolle des Staates schwadronieren, komsumiert dieser (auf Bundes-, Staats- und Lokalebene) immer noch 40 Prozent des BIP. Da die Staatsschuld, wie Marx im dritten Band des *Kapital* zeigte, »rein fiktiv« ist, wird klarer, wie zentral der Staat ist, wenn es darum geht, die bestehenden Kapitalwerte vor übermäßiger Entwertung zu bewahren. Die Netto-Auslandsschulden der USA betragen zwischen 3 und 4 Billionen Dollar (mindestens 11 Billionen Dollar in ausländischen Händen minus 8 Billionen Dollar amerikanisches Vermögen im Ausland), d.h. sie sind (bei 30 Prozent des BIP) vergleichbar mit der Situation krisengeschüttelter Länder der Dritten Welt. Sie wachsen gegenwärtig um 800 Milliarden Dollar pro Jahr.

Ende 2005 haben die ausländischen Erträge aus Investitionen in den USA die Erträge aus US-Investitionen im Ausland (der letzte stabile Pfeiler der internationalen Position der USA) zum ersten Mal überstiegen, was ein schlechtes Zeichen ist. Ausländer halten einen wachsenden Anteil an den Schulden der US-Regierung; allein die vier großen asiatischen Zentralbanken (Japan, China, Südkorea und Taiwan) halten fast 2 Billionen Dollar. Bei den gegenwärtigen hohen Ölpreisen wollen die großen Ölproduzenten (der Mittlere Osten, Venezuela und Russland) zunehmend den Dollar loswerden und haben entweder schon »diversifiziert« oder drohen mit einer »Diversifizierung« aus dem Dollar heraus und hinein in Gold oder den Euro. Die Reflationspolitik der Amerikanischen Notenbank wird nur möglich durch die Schulden der Bundesregierung, d.h. durch diese ausländischen Kredite. Seit den frühen 1980er Jahren wurde ein »Finanzarbitragekapitalismus«[3] etabliert, in dem Investitionen zunehmend in verschiedene Finanzinstrumente statt in die Produktion fließen. Damit ist das alte Konzept der Rolle des Bankensystems und die (scheinbare) Fähigkeit der *Fed*, darüber die Verfügbarkeit von Krediten auszuweiten oder zu verknappen, überholt; durch »Security-basiertes Finanzkapital« wird immer mehr »virtueller« Kredit geschaffen; wichtig ist auch die Rolle der staatlichen Hypothekenbanken (Freddie Mac, Fannie Mae), die in den letzten vier Jahren die Reflation von Hypotheken unterstützt und damit eine unglaubliche Blase am Immobilienmarkt verursacht hat. Dieses ganze Gebäude stützt sich bisher erstens auf die niedrige Inflation in den USA, da eine höhere Inflation ausländische Kreditgeber abschrecken würde, zweitens auf die Bereitschaft der US-»Konsumenten«, sich immer höher zu verschulden (so dass heute 14 Prozent der Einkommen für den Schuldendienst draufgehen, während es vor ein paar Jahren noch 11 Prozent waren), und drittens auf die Bereitschaft, die Fähigkeit und vor allem den Bedarf von Ausländern, die Zahlungsbilanzdefizite der USA immer wieder an diese zurückzuverleihen, damit die immer höher verschuldeten US-»Konsumenten« die »Lokomotive« der Weltwirtschaft sein können.

Michael Hudson
Super Imperialism. The origin and Fundamentals of U. S. World Dominance,
London (Pluto Press) 2003
416 Seiten.

[3] Arbitrage: Nutzung von Kursunterschieden

Die Weltwirtschaft als Pyramidensystem

Einem immer höher verschuldeten Schuldner ständig neues Geld zu leihen, um dessen Bankrott hinaus zu zögern, entspricht genau der Definition eines »Pyramidensystems«, zu dem die Weltakkumulation geworden ist.

Natürlich gibt es wichtige Unterschiede zu den frühen 1970er Jahren. Die US-Strategie fremdkapitalfinanzierter Unternehmensaufkäufe in vormals geschützten oder halbgeschützten Regionen (der ehemalige Sowjetblock, China, Indien, Ostasien, Europa) ist heute viel weiter entwickelt und macht mehr als zwei Milliarden Menschen zum Teil einer weltweiten Arbeitskraft, die immer

weniger durch nationale Schranken vor Plünderungen geschützt wird. Mit der Beschleunigung von Auslagerungen aus den USA und Europa in diese neuen Gebiete (China, Indien, Osteuropa) führt das zu massiven Lohnsenkungen.

Die frühen 1970er Jahre waren die finale Phase der letzten weltweiten Mobilisierung der Arbeiterklasse, und die gesamte Phase nach 1973 muss als bewusste Gegenoffensive dagegen verstanden werden. Die globale Arbeiterklasse hat fast drei Jahrzehnte gebraucht, um auf dem neuen Terrain des Neoliberalismus offensiv kämpfen zu lernen. Die neue Welle von Kämpfen begann mit dem Streik bei UPS in den USA 1997 und den Antiglobalisierungs-Riots in Seattle 1999, gegen die der 11. September als wichtiger Wendepunkt des kapitalistischen, vor allem des amerikanischen Gegenangriffs steht. Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse zeigte sich dann auch in einer spürbaren Streikwelle in Westeuropa und zuletzt in der Mobilisierung der Latino-Arbeiterklasse in den USA für ImmigrantInnenrechte.

Die Gegenwart unterscheidet sich von den 1970er Jahren auch durch die lange Phase der »Vermögensinflation«, womit gemeint ist, dass billige Kredite sich stärker auf die Preise von Immobilien, Aktien und Anleihen als auf Verbraucherpreise ausgewirkt haben. Die chinesischen Exporte wirken weltweit deflationär, was diese »Vermögensinflation« möglich gemacht hat. Aber die Löhne in Shenzen und der Provinz Guandong steigen rasant, um ArbeiterInnen anzulocken (mittlerweile wurde China als Spitzenreiter bei den Niedriglöhnen in der Dritten Welt von Bangladesch abgelöst); außerdem lässt der unerbittliche Boom in China mit seinem scheinbar unendlichen Bedarf an Rohstoffen die Preise aller Waren steigen und weitet damit den Boom auf Lateinamerika und die ölproduzierenden Länder Afrikas aus. Während ich dies schreibe, ist nach Jahren einer triumphalistischen »Preisstabilität« auf der Basis von Lohnzurückhaltung die Inflation in der US-Binnenwirtschaft, angefangen bei den Benzinpreisen, ins Zentrum der Debatte gerückt.

Last but not least darf man nicht die geopolitischen Veränderungen, allen voran die schwelende Irankrise, vergessen, eine von mehreren Dimensionen, die das oben Gesagte aus einer rein wirtschaftlichen Fragestellung herausheben.

Ein denkbarer Gegenentwurf zum oben beschriebenen Szenario wäre, dass das bereits laufende Absacken des US-Immobilienmarkts die USA (und durch ein Abreißen der US-Nachfrage, die ganze Welt) schneller als erwartet in einen deflationären Zusammenbruch stürzt. Meines Erachtens wird die *Fed* dies nicht geschehen lassen, ohne zuerst mit dem von Bernanke angedachten »Hubschrauber-Geld« alles Menschenmögliche für eine Reflation zu tun (interessanterweise stellte die *Fed* im März 2006 die Veröffentlichung der Geldmenge M3 ein, was als weiteste Definition der Gesamtgeldmenge verstanden werden kann, höchstwahrscheinlich um zu vertuschen, dass sie die Notenpresse angeworfen hatte). Die *Fed* ist natürlich nicht allmächtig, und es gäbe eine riesige Flucht aus dem Dollar, was einen rapiden Anstieg der Zinsen in den USA auslösen würde, was wiederum zusätzlich zum Platzen der Immobilienblase beitragen würde. Im Moment können die Kapitalisten nur die Schuldenpyramide immer höher bauen und ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärken.

Global Leveraged Buyout?

Was ist ein »global leveraged buyout« (eine weltweite fremdkapitalfinanzierte Übernahme)? Die Akkumulation ist bedroht, weil die Gesamtheit der papierenen Ansprüche der Kapitalisten auf Vermögen (Profit, Zinsen und Grundrente), angefangen mit den 11 bis 12 Billionen »Nomaden-Dollars«, die außerhalb der USA gehalten werden, den Mehrwert übersteigt, der für ihre Verwertung zur Verfügung steht. Dieser Überschuss fiktiver Ansprüche ist, wie oben skizziert, das Ergebnis eines jahrzehntelangen Schuldenpyramidenbaus mit dem Ziel, eine deflationäre Krise zu verzögern, und lässt sich nur aufrecht erhalten durch die Senkung des globalen Lohns und »ursprüngliche Akkumulation« (Nicht-Reproduktion oder Nicht-Tausch) aus der Einverleibung von landwirtschaftlichen Kleinproduzenten aus der Dritten Welt in die globale Arbeiterklasse, aus dem Verschleiß von Anlagenkapital und Infrastruktur und aus der Plünderung der Natur. Er unterscheidet sich deutlich von der vorangegangenen, »normalen« kapitalistischen Expansion, bei der diese Ansprüche zusammen mit der sozialen Reproduktion wuchsen. Heute wachsen die papierenen Ansprüche des Kapitals, und die soziale Reproduktion schrumpft.

Mit weltweiten fremdkapitalfinanzierten Übernahmen ist gemeint, dass seit 1973 nationale oder regionale Zonen mit Vermögenswerten für die Kreditblase mit Zentrum in den USA geöffnet wurden, ganz ähnlich wie die deutsche militärische Expansion nach 1938 die 1933-38 durch Hjalmar Schachts Mefo-Wechsel (Anleihen der Metallforschungsgesellschaft zur Finanzierung der deutschen Wiederbewaffnung) aufgetürmte Kreditpyramide stützen sollte.[4]

Während der asiatischen Finanzkrise von 1997-98 zum Beispiel öffnete das amerikanische Kapital mit Hilfe des IWF relativ geschlossene asiatische Ökonomien wie Korea für die Übernahme stark verbilligten Realvermögens durch »Heuschrecken«,

[4] Vgl. Loren Goldner, **Historische Parallelen? Deutschlands Drängen zum Krieg in den 30er Jahren und der gegenwärtige Krieg der Cheney-Bush-Regierung** in: *Wildcat Sonderheft Krieg*, März 2003

um es später umzustrukturieren und mit dickem Gewinn weiterzuverkaufen. Die Öffnung des ehemaligen Sowjetblocks, Chinas und Indiens eröffnet ungeheure Möglichkeiten für fremdkapitalfinanzierte Übernahmen. Die Ausbeutung einer gut ausgebildeten und billigen Arbeitskraft und der natürlichen Rohstoffe könnte diesen Prozess für Jahre am Laufen halten. Hinter diesen empirischen Erscheinungsformen sehen wir den klassischen Zyklus von Aufwertung, Entwertung und erneuter Aufwertung, wie er im dritten Band von Marx' *Kapital* beschrieben wird.

EU und China

Zwei große Mächte, die EU und China, stellen Hindernisse für die amerikanische Strategie weltweiter fremdkapitalfinanzierter Übernahmen dar. Beide sind verwundbar durch die gegenwärtige amerikanische Dominanz über die globalen Erdölressourcen und fordern die USA im weltweiten Wettlauf um deren Kontrolle immer mehr heraus, von Uneinigkeiten über den Umgang mit dem Iran bis zur Konkurrenz um neue Ölquellen in Afrika.

Europa ist weit davon entfernt, es mit den USA aufnehmen zu können. Da das Kapital nicht bloß ein ökonomisches und soziales, sondern auch ein militärisches und politisches Verhältnis ist, hat die Geschichte gezeigt, dass eine Währungs- und Wirtschaftseinheit ohne politische Vereinigung nicht möglich ist, und die politische Vereinigung Europas sieht zur Zeit aus wie eine Totgeburt.

Betrachten wir die Konkurrenz des Euro mit dem Dollar als internationale Reservewährung. Europas weltweite Handels- und Währungsbilanz hat zwar anders als die USA kein Auslandsverschuldungsproblem, aber eine weltweite Flucht aus dem Dollar würde den Euro stark aufwerten und Europas internationale Konkurrenzfähigkeit schwer belasten. (Dies alarmierte die europäischen Kapitalisten schon nach 2002, als der Euro innerhalb von 18 Monaten um 40 Prozent auf 1,25 Dollar anstieg.) Aber dieses Problem würde verblassen im Vergleich zu einer größeren Krise im Nahen Osten, die den europäischen Zugang zum Öl bedrohte, ganz zu schweigen von einer militärischen Konfrontation (die Jugoslawienkriege waren nur ein Vorgeschmack), die das Chaos in der europäischen Außen- und Militärpolitik offenlegte.

Das wirkliche Problem für die Welthegemonie der USA ist China, wie neue Studien der CIA offen zugeben. Manchmal scheint es, als habe die gesamte Außenpolitik der USA mindestens seit dem Ende der 1970er Jahre (z.B. Afghanistan) auf die Kontrolle der Peripherie Russlands und Chinas abgezielt, und seit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks auf die Einkreisung Chinas. Das Entstehen eines ostasiatischen Blocks, der die USA als Welthegemon ablösen könnte, ist der Alptraum des amerikanischen Kapitals. China ist im Gegensatz zur Europäischen Union noch zu geschützt für den Geschmack der Kapitalisten, und »fremdkapitalfinanzierte Übernahmen« befinden sich noch in der Frühphase. Die asiatischen Nationalismen (China, Korea, Japan) und die schwelenden Fragen des Kalten Krieges (Taiwan, die Teilung Koreas) sind immer noch große Hindernisse für jede Art von »Asiatischer Union«, und die USA tun alles, um diese Feuer zu schüren und die Entstehung einer solchen Union zu verhindern.

In Japan und Deutschland, den bisher weniger sichtbaren »Lokomotiven« Europas bzw. Ostasiens, die kürzlich durch den Euro und den Aufstieg Chinas verdrängt worden sind, herrscht in der sich gegenwärtig beschleunigenden globalen Reflation die höchste »kapitalistische Zuversicht« seit 15 Jahren. Aber beide Länder sind extrem anfällig gegenüber den steigenden internationalen Zinsen, die zur Kontrolle der zurückkehrenden Inflation nötig sind, und gegenüber der oben erwähnten Währungsaufwertung. Anfang Mai vermied die Europäische Zentralbank eine Anhebung der Zinsen, um eine derartige Aufwertung zu verhindern und die Zeichen des Aufschwungs nicht zu ersticken, vor allem in Deutschland.

Demographische Krise...

Auch zeigen sich in beiden Ländern (besonders in Japan) Anzeichen der »demographischen Krise«, von der die kapitalistische Presse im Zusammenhang mit dem einsetzenden Bankrott der Rentensysteme ständig spricht. Das Geschrei der Kapitalisten um diese Krise könnte heuchlerischer nicht sein. Es gibt sie im Rahmen des Kapitalismus nur, weil die Restrukturierungen der letzten 30 Jahre die »aktive Bevölkerung« (d.h. den Teil der Bevölkerung, der Mehrwert produzieren kann) auf Menschen zwischen 25 und 50 Jahren verengt hat. Frankreich zum Beispiel hat in den letzten Jahren die ganze Bandbreite von Kämpfen ausgeschlossener oder potentiell ausgeschlossener Gruppen gegen diese Verengung erlebt: Die Angestellten des Öffentlichen Dienstes gingen wegen ihrer Renten auf die Straße (Mai/Juni 2003), junge ImmigrantInnen randalierten gegen ihren totalen Ausschluss und ihre Kriminalisierung (November 2005), und kürzlich streikten die StudentInnen zwei Monate lang (März/April 2006), um die Abschaffung des Kündigungsschutzes für junge Leute zu verhindern. Die RentnerInnen, die nicht Vermittelbaren und diejenigen, denen die Ausbeutung noch bevorsteht, sind alle in Bewegung gekommen, während die mehrwertproduzierende Bevölkerung, die Gruppe

mit der größten Macht, sich dem Kapital zu widersetzen, sich größtenteils nicht bewegt hat.

Eine »demographische Krise« gibt es nur wegen der Anforderungen der kapitalistischen Verwertung. Sie ist Ausdruck der Tatsache, dass die heutigen Produktivkräfte eine höhere Form der Gesellschaft möglich machen, indem sie die gesellschaftlich notwendige Arbeit verringern und die übrige notwendige Arbeit verwandeln in die *»Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit selbst erscheint...«* (Marx: *Grundrisse,* S. 245)

Zudem spiegelt die »demographische Krise« in Europa und Japan den tatsächlichen Bevölkerungsrückgang (Japan hatte im Jahr 2005 ein negatives Bevölkerungswachstum, Deutschland näherte sich dem Nullwachstum), der auf die – im kapitalistischen Sinne – stark gestiegenen Kosten für die Reproduktion der nächsten Generation zurückgeht.

Letztlich gibt es im Weltmaßstab überhaupt keine »demographische Krise«. Eine solche gibt es nur aufgrund des Fortbestands der Wertproduktion und des Nationalstaats. Die in den frühen 1970er Jahren einsetzende Krise im entwickeltsten kapitalistischen Sektor hat eine auf das Kapital zugeschnittene alternde Bevölkerung produziert, und dieselbe Krise hat in der weniger entwickelten Welt eine riesige junge Bevölkerung geschaffen (z.B. unter armen Bauern, wo eine große Familie für die Alten, die keine Renten haben, unerlässlich ist). Diese sich ergänzenden Ungleichgewichte sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille, der Krise der Neuzusammensetzung des Kapitals für eine mögliche neue Expansion.

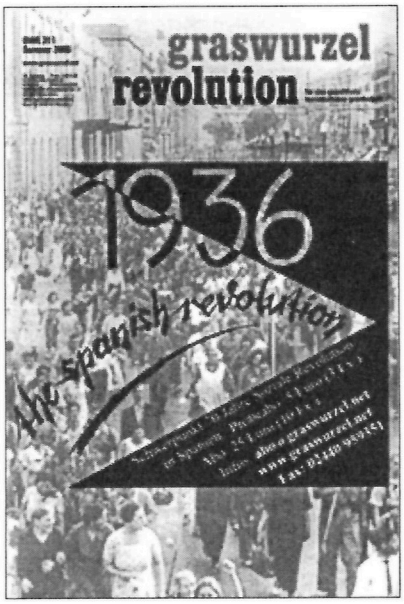
Das führt uns zur letzten Dimension der Analyse. Warum musste das Kapital seit den frühen 1970er Jahren auf eine derartige fiktive Entwicklung zurückgreifen und (zumindest in den USA) einen derartigen Klassenkampf beginnen, in dem nur eine Seite kämpfte?

Größere und brutalere Marktbereinigung?

Die Krise in den frühen 1970er Jahren brach wie erwähnt am Ende einer Phase eines sich ausweitenden Aufstands der Arbeiterklasse aus. Hinter dem äußeren Schein drückte sie aus, dass der Wert als Form, durch die die Gesellschaft sich reproduziert, überholt ist. In der proletarischen Eruption in Europa und den USA von der Mitte der 1960er Jahre (wilde Streikbewegung in den USA und Großbritannien) über den Mai '68 in Frankreich bis in die Mitte der 1970er Jahre (Italien, Portugal, Spanien) tastete die Arbeiterklasse (ebenso wie andere soziale Schichten) nach der *»volle[n] Entwicklung der Tätigkeit selbst«*, die durch die bisherige Entwicklung des Kapitalismus möglich und notwendig geworden war. Die Kapitalisten wiederum mussten eine allgemeine Entwertung des Kapitals und der Arbeitskraft bewerkstelligen, damit eine neue Expansion auf profitabler Grundlage beginnen konnte. Im Gegensatz zur ersten Phase der kapitalistischen Geschichte (1815-1914) konnte dies nicht durch eine schnelle Deflation, Depression und einen anschließenden Aufschwung passieren. Die globale Gesellschaft war *zu* produktiv für die Wertform, und daher musste nicht nur kapitalistisches Papier, sondern auch tatsächliche Produktivkräfte und vor allem Arbeitskraft zerstört und zurückgedrängt werden, wie schon 1914-15, als die USA Großbritannien als Zentrum der Weltakkumulation ablösten. Das Aufkommen der neoliberalen Phase Ende der 1970er Jahre war der Versuch, durch das oben beschriebene globale Pyramidensystem die kapitalistischen Ansprüche auf Profit, Zinsen und Grundrente vor exzessiver Abwertung zu schützen und zugleich eine kontrollierte »Bruchlandung in Zeitlupe« beim weltweiten Schleifen des Lebensstandards der Arbeiterklasse einzuleiten.

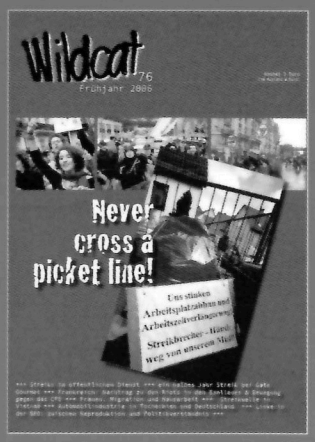
Im Ergebnis balanciert die Welt heute zwischen der US-zentrierten und der Ostasien-zentrierten Phase der kapitalistischen Expansion. Aber letztere kann nur durch eine viel größere und brutalere Marktbereinigung triumphieren, als es sie je gegeben hat. Und wie zu Beginn der letzten Marktbereinigung (1917-21), als die neue amerikanische Dominanz sich noch nicht etabliert hatte, eröffnet sie dem »alten Maulwurf« neue Möglichkeiten, in denen der Slogan »Sozialismus oder Barbarei« kein romantischer Schlachtruf, sondern zwingende Notwendigkeit sein wird. ■

10.6.2006



Wildcat

Back Issues.



Wildcat 76 (Frühjahr 2006)

Die deutsche Linke zwischen Alltag und radikalem Anspruch

Streiks im öffentlichen Dienst • Streik bei Gate Gourmet

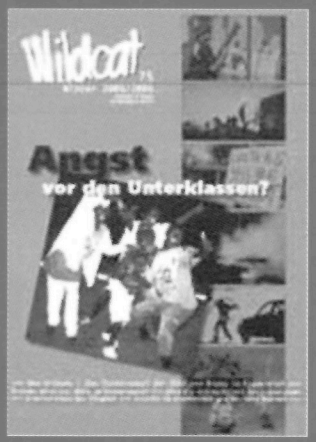
Automobilindustrie in Osteuropa • VW-Modell am Ende?

Frankreich: Eine zerfallende Gesellschaft oder eine Gesellschafft in Bewegung? • Gilles Dauvé: Wir wollen Nichts! • Die Bewegung gegen das CPE

Wie weiter in **New Orleans**?

Interview zur Situation im Iran • Streikwelle in Vietnam • Interview mit ArbeiterInnen bei Philips Semiconductors

Gender, Migration und Hausarbeit



Wildcat 75 (Winter 2005/2006)

Riots in Frankreich Revolte in den Banlieues

New Orleans: Das Tschernobyl der USA?

Mathematischer Kapitalismus – romantischer Antikapitalismus: Michael Heinrichs »Kritik der politischen Ökonomie«

Demontage des Sozialstaats als endgültige Entnazifizierung: zu Götz Alys »Hitlers Volksstaat«

Gate Gourmet: Streik am Düsseldorfer Flughafen

Viererkette - viel gelaufen, wenig erreicht: Streiks an den Uni-Kliniken in Baden-Württemberg

Polen: aus dem gelobten Land der Hausgeräteindustrie

u.v.m.

Wildcat 74 (Sommer 2005)

Die Commune ist die Antwort der Klasse

Ein-Euro-Spaziergänge in Berlin

Schließung des Hausgerätewerks Berlin

Verlagerung und Taylorisierung in der **IT-Industrie**

Polnische ArbeiterInnen in Irland und Polen

Bewegungen in Lateinamerika: Bolivien, Argentinien

Iran: Geschlossen gegen das soziale Erdbeben

Taylors Alpträume

Bücher: Den Himmel stürmen, Forces of Labor, Culture Jamming

Wildcat 73 (Frühjahr 2005)

Beilage: 40 Seiten Dossier zu den USA

Kollektiv leben: Interviews aus Kollektivprojekten

Wilder Streik bei Opel

Lateinamerika: Nach dem Neoliberalismus

Venezuela: Bürgerbeteiligung + Antiimperialismus + Sozialstaat = Revolution?

Spanien Olivenernte und Straßenblockaden

Community Kämpfe in Südafrika

Algerien: Frontstaat im globalen Krieg?

Erleben wir das Ende des Klassenkampfs oder nur eine Durststrecke, wie es sie in der Geschichte immer wieder gegeben hat? Der Blick auf ein langes Jahrhundert und erstmals auf die ganze Welt erschüttert eine ganze Reihe von Mythen über die Schwäche der Arbeiterkämpfe und die Bedeutung der Globalisierung. Der beginnende Zerfall der Weltordnung verleiht dieser historischen Analyse der Arbeitermacht ihre spannende Aktualität ...

Die nächsten Veranstaltungen zum Buch:
Leipzig, 14.7.
Magdeburg, 15.7.
Zürich, 3.9.

Beverly J. Silver

Forces of Labor

Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870

Assoziation A & wildcat, 2005
ISBN: 3.935936-32-X, 284 S. 18 Euro

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU IAA
Freie ArbeiterInnen Union
Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Ausland 24 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro (Ausland 4 Euro) – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 16 Euro (Ausland 20 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder per Aboformular auf unserer Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles
www.wildcat-www.de

Wildcat

DIESMAL IM MAGAZIN

- »**Unterklassen**« als Resultat der Desintegration im Produktionsprozess
- **Köln:** Barmer Block besetzt und geräumt
- **Italien:** Fankurven und Leben am Rand – rechtes Monopol aus Mangel an Konkurrenz
- **Bildung** als Spaltung

- **Zur Krise** des US-Finanzsystems
- **USA:** MigrantInnen kämpfen gegen Ausgrenzung
- **Spanien:** neue Wanderungsbewegungen und Organisierung der LandarbeiterInnen
- **China:** rebellische Initiativen und fröhliche Respektlosigkeit
- **Frankreich:** Stärken und Grenzen der Bewegung gegen den CPE
- **Polen:** jetzt schon Arbeitskräftemangel und Lohndruck?

- **Katastrophenpolitik:** Hochwasser hausgemacht
- **Streik im öffentlichen Dienst:** mehr war nicht drin?
- **Veränderungen** in der Druckvorstufe